



Cornelia Domaschke, Daniela Fuchs-Frotscher,
Günter Wehner (Hrsg.)

Widerstand und Heimatverlust

Deutsche Antifaschisten in Schlesien

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 73

Rosa-Luxemburg-Stiftung

*Cornelia Domaschke/Daniela Fuchs-Frotscher/
Günter Wehner (Hrsg.)*

Widerstand und Heimatverlust

Deutsche Antifaschisten in Schlesien

Karl Dietz Verlag Berlin

Bildnachweise:

S. 26, 38, 59, 63 Wolfgang Frotscher

S. 45, 51 Krystyna Gorazdowska

S. 44, 50 Archiv Rosenthal

S. 66 LAV NRW/Detmold

S. 12, 143, 153, 156, 169, 171, 173 privat

Redaktionelle Mitarbeit: Christa Sobanski

ISBN 978-3-320-02278-5

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2012

Umschlag: Heike Schmelter, unter Verwendung eines Fotos von Martin Löwenberg

Satz: Stephan Rosenthal

Druck und Bindearbeit: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	7
<i>Daniela Fuchs-Frotscher</i> Zwischen antifaschistischem Widerstand und Heimatverlust – die Breslauer Familie Löwenberg	10
<i>Marek Ordylowski</i> 1945/1946 – das erste schwere Nachkriegsjahr in Breslau/Wrocław	39
<i>Cornelia Domaschke/Daniela Fuchs-Frotscher</i> Täter und Biedermann – der Gestapokommissar Josef Kluske aus Breslau	58
<i>Reiner Zilkenat</i> Ein Hort der Konterrevolution? Bemerkungen zur politischen Szenerie in Schlesien in der Zeit der Weimarer Republik	77
<i>Günter Wehner</i> Widerstandsaktivitäten in Breslau 1933 bis 1936	97
<i>Marcel Bois</i> Die Tradition bewahrt. Kommunistische Opposition in Schlesien vor 1933	107
<i>Klaus Woinar</i> Meldungen über antifaschistischen Widerstand in Schlesien in Dokumenten der Gestapo im Bundesarchiv, Bestand R-58. Reichssicherheitshauptamt (1933 bis 1945)	124
<i>Anne Hunger</i> Der Weg einer Breslauer Antifaschistin <i>In Erinnerung an Irmgard Konrad 1915 bis 2003</i>	138

<i>Uta Hermann</i>	161
Fritz Maiwald erinnert sich: »Kleingekriegt ham se mich nicht ...«	
<i>Walter Schmidt</i>	165
Widerstand in Auras/Oder, Kreis Wohlau 1933 bis 1945	
Zu den Autorinnen und Autoren	204

Vorwort

Dieser Band beleuchtet ein bisher wenig beachtetes Forschungsthema in der linken kritischen Geschichtswissenschaft – den deutschen antifaschistischen Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur in Schlesien.

Schon vor Jahren hatte der aus Breslau stammende Ferdinand (Fred) Löwenberg (19. April 1924 [1923] bis 30. Mai 2004) die Rosa Luxemburg Stiftung ermutigt, sich dieser Problematik zu widmen.

Fred Löwenberg gehörte auch zu den Initiatoren des ehrenamtlich tätigen Gesprächskreises »Geschichte für die Zukunft«, der sich 2003 bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung konstituierte. Sein unermüdlicher Einsatz, historisch-politische Jugendbildung mit einer publizistischen, wissenschaftlichen Spurensuche zu verknüpfen, wurde mit dem Manuskriptband Nr. 84 der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Nationalsozialismus und antifaschistischer Widerstand in Schlesien. In memoriam Fred Löwenberg« erstmals gewürdigt. Dieser Band vereint Biographisches, Bildungs- und Schulprojekte und bisher unbekannte Forschungsergebnisse.

Martin Löwenberg (geb. am 12. Mai 1925), in München lebend, hat die enge Kooperation seines älteren Bruders mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung fortgesetzt und dessen Wunsch, vor allem der wissenschaftlichen Spurensuche mehr Gewicht zu geben, neue Impulse verliehen.

Seither sind viele neue Quellen und Details über den Widerstand gegen die Nazidiktatur in Schlesien erschlossen worden. Überlebende haben sich nach der Befreiung durch die Rote Armee und wegen der unerfüllten Hoffnung auf ein Leben in der alten Heimat zunächst in den vier Besatzungszonen und später in der BRD und der DDR auf die neuen Verhältnisse einstellen müssen.

Am vorliegenden Textband haben Historikerinnen und Historiker verschiedener Generationen aus dem Osten und Westen Deutschlands sowie ein Historiker aus Polen mitgewirkt. Die Autoren schärfen und erweitern den Blick auf den deutschen antifaschistischen Widerstand in Schlesien sowie auf Flucht und Vertreibung aus der einstigen Heimat.

Umfangreiche Interviews mit Martin Löwenberg, die die Erinnerungen seines Bruders Fred ergänzen, haben geholfen, eine Breslauer Familie und ihr Umfeld zu porträtieren. Dieser Beitrag geht über die Zeit der NS-Diktatur und das Jahr 1945

hinaus und zeigt die Familie Löwenberg in den Nachkriegswirren, geprägt durch die neue territoriale Zugehörigkeit ihrer Heimatstadt zu Polen auf der Grundlage alliierter Beschlüsse. Der Bevölkerungsaustausch und die Rivalitäten zwischen der sowjetischen Besatzungsmacht und der neuen polnischen Verwaltung werden ebenfalls von Daniela Fuchs-Frotscher thematisiert.

An diese dramatische Entwicklung knüpft der polnische Historiker Marek Ordylowski an. Er schildert das erste schwere Nachkriegsjahr in Breslau/Wroclaw und wie aus einer nahezu völlig zerstörten deutschen Stadt innerhalb eines Jahres eine Stadt im wiedergeborenen Polen wurde.

Dank umfangreicher Archivstudien von Cornelia Domaschke und Daniela Fuchs-Frotscher im Landesarchiv NRW/Abteilung Ostwestfalen-Lippe in Detmold wurde es möglich, von dem berüchtigten Gestapo-Kommissar Josef Kluske aus Breslau ein Täterbild zu erstellen, was Martin Löwenberg besonders am Herzen lag. Kluske wurde nach dem Krieg in der BRD vor Gericht gestellt, der Prozess verlief jedoch im Sande.

Dieser Band bietet Einblicke in die Widerstandsarbeit der SAP (Sozialistische Arbeiterpartei), der KJO (Kommunistische Jugendopposition), des KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands) und der KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) in Breslau in den Jahren 1933 bis 1936, bearbeitet von Günter Wehner.

Illegale Arbeit leisteten die Breslauer Fritz Maiwald (1916 bis 2007), interviewt von Uta Herrmann, und die Breslauerin Irmgard Konrad (1915 bis 2003), porträtiert von Anne Hunger.

Die bekannteste Oppositionsgruppe innerhalb der KPD, die KPO (Kommunistische Partei – Opposition), die in Breslau vor 1933 eine ihrer Hochburgen hatte, wird von Marcel Bois analysiert. Die KPO bewahrte jene Traditionen, die die KPD im Verlauf ihrer Stalinisierung über Bord geworfen hatte.

Die Widerspiegelung des antifaschistischen Widerstandes in Schlesien in den Dokumenten der Gestapo wird von Klaus Woinar untersucht.

Das Problem, ob Schlesien während der Weimarer Republik ein besonderer Hort der Konterrevolution gewesen sei, erörtert Reiner Zilkenat.

Am Beispiel der Pfarrer, Johannes Halm (evangelisch) und Martin Scholl (katholisch), und seines Vaters, des Elektromeisters Josef Schmidt, der vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt wurde, dokumentiert Walter Schmidt den Widerstand in der schlesischen Kleinstadt Auras/Oder (Kreis Wohlau).

Alle Beiträge führen zu einer Schlussfolgerung: Linke, kritische wissenschaftliche Spurensuche zum Rahmenthema »Antifaschistischer deutscher, oft zugleich jüdischer Widerstand in Schlesien 1933–1945« bietet Verknüpfungen zu aktuellen Fragen linker Politik, deren Parteien und Bewegungen.

Zeit ihres Lebens beunruhigte die Löwenberg-Brüder eine bis heute verbreitete Sorglosigkeit gegenüber den wachsenden neonazistischen Gefahren. Fred und Martin Löwenberg haben unermüdlich gegen den Einfluss von rechtem Gedankengut, besonders in der jungen Generation, gekämpft. Beide wurden und werden von engagierten antifaschistisch eingestellten Schülergenerationen hoch geschätzt und verehrt – in Berlin durch das Netzwerk von Schülern, Lehrern und Eltern »Menschlichkeit und Toleranz« (MuT) und in München durch das dortige Schülerbüro. Martin Löwenberg wurde u. a. für diese Arbeit von der Internationalen Liga für Menschenrechte 2004 mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille geehrt. Ein Dokumentarfilm von Michael Backmund und Petra Gerschner aus dem Jahr 2011 würdigt seine Lebensleistung.

Im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf trägt seit dem 19. April 2012 ein Platz den Namen Fred Löwenbergs.

Cornelia Domaschke/Daniela Fuchs-Frotscher

Daniela Fuchs-Frotscher

Zwischen antifaschistischem Widerstand und Heimatverlust – die Breslauer Familie Löwenberg

Die Löwenbergs waren zwei ungleiche Brüder – ginge man nur nach Äußerlichkeiten und Temperament. Ferdinand, genannt Fred, geboren 1923¹, war ein Energiebündel und Organisationstalent, spontan und redigewandt. Seine Extrovertiertheit diente ihm oft als Schutzmantel, um bestimmte Erlebnisse im tiefsten Innern zu verschließen. Der zwei Jahre jüngere Martin ist dagegen ruhig und zurückhaltend, seine Äußerungen überlegend und abwägend. Die Brüder waren bis zum Tode von Fred im Jahre 2004 einander eng verbunden. Martin sagt über Fred: »Er war der beste Bruder! Überall hat er mich mit hin geschleppt.«² Ein Leben lang haben beide unermüdlich gegen Rassismus und Antisemitismus gekämpft. In vielen Schülersgesprächen und Vorträgen haben sie über ihre Erlebnisse gesprochen und besonders über die Gefahren, die von Neonazis ausgehen, aufgeklärt.

Eine kurze Kindheit

Die Eltern der beiden Brüder, Katharina, geborene Scheer und Julius Löwenberg, waren Sozialdemokraten und hatten sich bei gemeinsamer politischer Arbeit Anfang der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts kennengelernt. Während der Reichstagswahlen von 1924 und 1929 konnte die SPD eine solide Mehrheit in Niederschlesien erringen, bevor auch hier der braune Mob Einzug hielt. Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 erreichte die NSDAP in Breslau bereits 43,5 Prozent der Stimmen. Am 5. März 1933 errang die Naziartei die absolute Mehrheit in der Stadt. Diese entwickelte sich schon zu Beginn der Hitlerdiktatur zu einer ihrer Hochburgen.³

Der aus Posen stammende Julius Löwenberg war Postschaffner im Innendienst. Diese verbeamtete Stellung verdankte er seinem Frontkämpfereinsatz im Ersten

1 Urzad Miejski Wroclawia, Urzad Stanu Cywilnego: Auszug aus dem Geburtenregister Breslaus Nr. 623/1923/V – Löwenberg, Ferdinand Hermann.

2 Interview der Autorin mit Martin Löwenberg am 22. und 23. Juli 2009 in München.

3 Norman Davies/Roger Moorhouse: Breslau. Die Blume Europas. Die Geschichte einer mitteleuropäischen Stadt, München 2002/2005, S. 417 f.

Weltkrieg. Für seine Kollegen setzte er sich als ehrenamtlicher Vorsitzender der Postgewerkschaft von Niederschlesien ein.

Am 14. Dezember 1924 ereignete sich jedoch eine Familientragödie. An diesem Tag wählte Julius Löwenberg den Freitod. Zwei Tage später wurde dies vom Standesbeamten Neumann vom Preußischen Standesamt Breslau V urkundlich bestätigt.⁴ Julius Löwenberg hinterließ seine schwangere 21-jährige Ehefrau, die er erst vier Monate zuvor, am 9. August 1924, geheiratet hatte und seinen Sohn Fred, der gerade ein Jahr und acht Monate alt war. Warum es zu dieser Verzweiflungstat des erst 30-Jährigen kam, erfuhren seine Söhne nie; obwohl sie später die Mutter und ehemalige Arbeitskollegen des Vaters eingehend befragten, erhielten sie nur ausweichende Antworten. Fred verarbeitete den Tod des ihm unbekannt gebliebenen jüdischen Vaters auf seine Weise, in dem er in späteren Interviews stets 1933 als Todesjahr des Vaters angab.⁵

Möglicherweise wollte er damit diesem Tod nachträglich einen Sinn geben, indem er ihn mit dem Schicksalsjahr verknüpfte, das durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten, das Ende der Weimarer Republik, durch den beginnenden Terror gegen Juden und durch die Verfolgung Andersdenkender geprägt wurde.

Julius Löwenberg wurde auf dem Neuen Jüdischen Friedhof in der Flughafenstraße (ul. Lotnicza 51) im Stadtteil Cosel (Kozanow)⁶ beigesetzt. Ein riesiger Efeu- und Laubteppich bedeckt heute das ca. 12 ha große Gelände und versucht die Narben zu verhüllen, die durch Friedhofsschändung der Nazis, Kriegseinwirkungen und Verwahrlosung nach dem Krieg verursacht worden sind. Im dichten Gestrüpp im einstigen Gräberfeld 25 b/Nr. 22 ist der noch gut erhaltene Grabstein Julius Löwenbergs mit Davidstern und hebräischer sowie deutscher Inschrift zu finden.⁷

Die junge Witwe Katharina Löwenberg brachte fünf Monate nach dem Schicksalsschlag am 12. Mai 1925 bei einer Hausgeburt ihren Sohn Julius Martin⁸ zur Welt. Wie schon bei ihrem Erstgeborenen stand ihr dabei hilfreich die Hebamme Ida Witzleben aus der Paulstraße 28 (ul. Michala Wroclawczyka) zur Seite. Die alleinerziehende Mutter, die selbst in ärmlichen Verhältnissen in einer Pflegefamilie groß geworden war, nahm jede Arbeit an, um sich und ihre Kinder durchzubrin-

4 Todesschein von Julius Löwenberg im Besitz von Martin Löwenberg.

5 Interview der Autorin mit Fred Löwenberg am 7. Juli 2003 in Berlin.

6 Auf dem Neuen Jüdischen Friedhof in Wrocław wurde vor einiger Zeit mit Aufräum- und Sicherungsarbeiten begonnen. Seit dem 27. August 2006 gibt es in Wrocław keine eigenständige Jüdische Gemeinde mehr. Sie wurde in die Organisationsstruktur des Verbundes Jüdischer Glaubensgemeinden in der Republik Polen übernommen, der nun auch der Friedhof gehört.

7 »Hier ruht mein lieber Mann, unser guter Vater, unser unvergesslicher Sohn, Bruder und Neffe, der Postschaffner Julius Löwenberg, geb. 27.8.1894, gest. 14.12.1924. Tief betrauert von den Seinen.«

8 Urzad Miejski Wrocławia, Urzad Stanu Cywilnego: Auszug aus dem Geburtenregister Breslau Nr. 721/1925/V – Löwenberg, Julius Martin.

gen. Die Arbeitslosigkeit der Weimarer Republik zwang die gelernte Verkäuferin für Weißwaren sich als Putzfrau zu verdingen, Treppen zu reinigen und für andere Leute Wäsche zu waschen. Zu dritt wohnten die Löwenbergs in einem Breslauer Arbeiterviertel in der Hirschstraße 75 (ul. Mikołaja Sepa-Szarzyńskiego). Das Bildnis eines jungen Mannes in Kriegsuniform mit Eisernem Kreuz schmückte die Wohnung und erinnerte die heranwachsenden Jungen an ihren unbekanntem Vater.

Das Wohnhaus der Löwenbergs hat den Krieg überstanden. Vor einigen Jahren waren Fred und Martin – nunmehr zwei ältere Herren – gemeinsam in Wrocław – in ihrer alten Heimat.



*Fred und Martin
Löwenberg in
Wrocław vor ihrem
früheren Wohnhaus*

Martin erinnert sich: »Ich hatte unser Haus als großes schönes Haus mit vier Stockwerken in Erinnerung – mit großen Fenstern und großer Tür. Vor der Tür haben wir uns immer als Clique getroffen. Denn zu der Zeit hat sich alles draußen abgespielt. Wir sind dann in den zweiten Stock aufgegangen, denn dort haben wir gewohnt. Die Treppen haben immer noch so geknarrt. Die Holzdielen mussten die Frauen jede Woche mit Scheuersand abscheuern. Das habe ich so in Erinnerung. Das Treppengeländer hat bei uns immer so gewackelt, weil wir runtergerutscht sind. Gewackelt hat es immer noch. Es war runtergewirtschaftet. Der Anstrich in der Wohnung war, glaube ich, noch der gleiche. Wir haben nach hinten raus gewohnt. Dort war ein schöner Hof. In dem Hinterhof haben wir Kinder Fußball gespielt.«⁹ Die Wohnungen hatten keine eigenen Toiletten und keine Bäder, aber fließendes Wasser. Mehrere Familien mussten sich die Toilette auf dem Flur teilen. Gebadet wurde freitags im Wannen- und Brausebad in der Paulstraße. Auch Hausgemeinschaften hat es gegeben, die zur Freude der Kinder und ihrer Eltern Sommerfeste auf dem Hof mit selbstgebackenem Kuchen und Lampionumzügen organisierten.

Vom September 1931 ist ein Foto erhalten. Es zeigt Katharina Löwenberg im geblühten Kleid. Rechts von ihr steht Martin mit hellen blondgelockten Haaren und Brille. Links an der Hand führt sie Fred. Die drei hatten sich zu einem Spaziergang in den Scheitniger Park (Park Szczytnicki) im Osten der Stadt aufgemacht. Mit den lockigen Haaren hatte Martin als Kind große Probleme. Er mochte sie nicht und versuchte sie mehrmals am Tag mit Wasser zu glätten. Ein Friseur zeigte sich jedoch begeistert von Martins Haarpracht – er verwendete sie als Puppenhaare. Der Scheitniger Park war überhaupt für die Löwenbergs ein favorisiertes Ausflugsziel. In einem der Biergärten arbeitete »Tante« Gertrud, die den Jungs immer etwas zu-steckte. Katharina Löwenberg versuchte so gut es ging, sich Zeit für ihre Söhne zu nehmen. Gern erinnert sich Martin an gemeinsame Dampferfahrten auf der Oder.

1931 war Martin in die konfessionslose Freidenkerschule am Lehmdamm (ul. Boleslawa Prusa), die Fred bereits besuchte, eingeschult worden.

Die Löwenberg-Kinder wuchsen mit sozialdemokratischem Gedankengut auf, wurden Mitglieder der Jugendorganisation »Die Falken«. Der gesellschaftliche Mittelpunkt der Arbeiterparteien und Gewerkschaften in Breslau, so erinnert sich Martin, konzentrierte sich vor 1933 auf das Gewerkschaftshaus in der Nähe der Kaiserbrücke in der Margaretenstraße (ul. Mazowiecka 17). Hier fanden die Falkentreffen statt, Geburtstage und Hochzeiten wurden dort gefeiert.

Das Gewerkschaftshaus, in den Jahren 1912 bis 1913 von Baumeister Max Matthis für die Gewerkschafts-Baugesellschaft Breslau errichtet, war von impo-

9 Interview der Autorin mit Martin Löwenberg am 22. und 23. Juli 2009 in München.

nierender Größe.¹⁰ Es bot über dreißig Einzelverbänden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, einer Bank und Berufskrankenkassen Platz. Hier hatte auch die Bezirksverwaltung der SPD ihren Sitz. Vereinszimmer, Bibliotheken und Restaurants gehörten ebenfalls dazu. Zwei Veranstaltungssäle konnten zu einem großen Raum vereinigt werden und fassten 3.000 Personen. Nach Hitlers Machtübernahme am 30. Januar 1933 und vor dem Verbot der Freien Gewerkschaften stürmte Anfang März 1933 ein Rudel von 200 SA-Männern das Gewerkschaftshaus. Unter den Toten und Verwundeten befand sich auch der SA-Mann Herbert Welkisch. Zum braunen Märtyrer stilisiert, wurde die Margaretenstraße in Herbert-Welkisch-Straße umbenannt.¹¹ Wie Phönix aus der Asche überstand das Gewerkschaftshaus als eines der wenigen Häuser dieser Straße den Endkampf um die Festung Breslau. Einzelne Einschüsse am Gebäude sind immer noch sichtbar. Heute wird das Gebäude vom Kunstzentrum »Impart« genutzt.

Das Jahr 1933 brachte nicht nur für die Löwenbergs tiefe Einschnitte. Die Gleichschaltung des sozialen und politischen Lebens wurde unverzüglich in Breslau umgesetzt. Eines der ersten Konzentrationslager Deutschlands entstand in Breslau-Dürrgoy (Tarnogaj). Für die Errichtung war der damalige schlesische SA-Chef, nunmehr Polizeipräsident Breslaus, Edmund Heines, verantwortlich, der sich durch besondere Brutalität, Skrupellosigkeit und Sadismus auszeichnete. Direkt nach dem Reichstagsbrand wurde ein bekannter Aktivist der Breslauer Arbeiterbewegung in das KZ Dürrgoy gebracht. Es handelte sich um den Juristen Dr. Ernst Eckstein, der am 4. Oktober 1931 zu den Mitbegründern der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), einer linken Abspaltung der SPD, gehörte. Diese »Abweichler« hatten besonders die seit 1928 von der SPD in einer Großen Koalition betriebene Politik scharf kritisiert und sahen darin einen Verrat an den sozialistischen Zielen der Partei. Mit der Gründung einer eigenen Partei wollten sie sich auch von der bereits stalinisierten KPD abgrenzen. Die SAP brachte es in kurzer Zeit auf 25.000 Mitglieder und besaß besonders in Breslau viele Anhänger. Eckstein, der auch Bezirksvorsitzender der SAP in Schlesien war, starb am 8. Mai 1933 nach furchtbaren Folterqualen im Alter von 36 Jahren. Er wurde nicht nur als Politiker, sondern auch als Anwalt der Armen geschätzt. Seine Beerdigung in Breslau entwickelte sich zu einer gewaltigen Massendemonstration verschiedener Arbeitergruppierungen und war zugleich die letzte während der faschistischen Diktatur. Unter den tausenden Trauergästen standen Hand in Hand Katharina Löwenberg und ihre Söhne. Die Trauerrede hielt, so erinnerte sich Fred, ein enger

10 <http://breslau-Wroclaw.de/wb/pages/gallery/seite-32430.php>. (Zugriff am 05.05.2012) Das Breslauer Gewerkschaftshaus. Festschrift und Programm zur Einweihung. Ostern 1913.

11 <http://breslau-Wroclaw.de/wb/pages/sammlungen/breslau-im-bild/sammlung/gewerkschaftshaus.php>. (Zugriff am 05.05.2012)

Kampfgefährte Ecksteins, Max Rausch. Der aus Breslau stammende Historiker Kurt Pätzold beschreibt in seinen Memoiren, wie er als Kind mit seinem Vater, der sich ebenfalls der SAP angeschlossen hatte, hin und wieder die letzte Ruhestätte von Eckstein auf dem Gräbschener Friedhof (Cmentarz Grabiszynski) aufsuchte.¹² Heute gibt es das Grab nicht mehr.

Die Freidenkerschule, die Fred und Martin Löwenberg besuchten, war von den Nazis 1933 aufgelöst worden. Die Jungen gingen deshalb auf die evangelische Kreuzschule für Knaben in der Sternstraße (ul. Henryka Sienkiewicza). Das war Katharina zu verdanken, denn sie hatte ihre Söhne vorsorglich evangelisch taufen lassen. Sie wurden später auch konfirmiert, obwohl Fred sich in seiner hitzigen Art mit dem Pastor geprügelt hatte. Eine Jugendweihefeier richtete Katharina für Fred dennoch heimlich an seinem 14. Geburtstag aus. Mit dem Sieg der Nazis in Breslau war für Fred und Martin die Kindheit zu Ende. Die Kreuzschule wurde später im Krieg zerstört.

Diskriminierungen

Fred berichtete, dass er mit seiner Falken-Gruppe und dem Gruppenleiter zur evangelischen Jugendorganisation »Ernst Moritz Arndt« wechselte. Sie versuchten noch ein Jahr ihre Falkenarbeit fortzusetzen. Es war ihre erste konspirative Arbeit ohne – wie Fred sagte – etwas von wirklicher Konspiration zu verstehen. Es war eher eine kindlich geprägte Opposition, die sich jedoch abschwächte, als Hitlerjugend- und Jungvolkführer in Breslaus Arbeitervierteln ähnlich dem Rattenfänger von Hameln unterwegs waren, um die dort spielenden Kinder zu ködern. Um richtig Fußball spielen zu können, hatten sie echte Lederbälle statt der schnell kaputtgehenden Gummibälle. Sie lockten die Heranwachsenden mit abenteuerlustigen Freizeitangeboten. Fred und Martins Straßenclique wurde immer kleiner. Die Brüder begannen ihre Mutter zu bedrängen, dort mitmachen zu dürfen. Katharina Löwenbergs Ablehnung war klar und entschieden. Mit Nazis wollte sie nichts zu tun haben und mit Uniformen auch nicht. Sie besorgte für ihre Söhne einen eigentlich für sie unerschwinglichen Lederball. Einige Freunde, die von Marschübungen und Befehlston genug hatten, kamen zurück.

Die antisemitische Ideologie der Nazis erhielt mit den Nürnberger Gesetzen vom 15. September 1935 eine juristische Grundlage. Dazu gehörte das »Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre«. Fred und Martin Löwenberg wurden als jüdische Mischlinge ersten Grades stigmatisiert. Das hatten sie nun überall anzugeben.

¹² Kurt Pätzold: Die Geschichte kennt kein Pardon. Erinnerungen eines deutschen Historikers, Berlin 2008, S. 17. Gespräch der Autorin mit Kurt Pätzold am 1.11.2011.

Katharina Löwenberg war eine couragierte und mutige Frau, die sich auch nicht von der Geheimpolizei einschüchtern ließ, ihre Söhne gegen jegliche Anfeindungen verteidigte und dafür auch Erschwernisse auf sich nahm. Zusammen mit Fred, dem bereits volljährigen, wurde sie zur Gestapo bestellt. Dort forderte man sie auf, den »jüdischen Namen« Löwenberg abzulegen und ihren Mädchennamen Scheer wieder anzunehmen. Katharina lehnte dieses Ansinnen ab. Bewusst habe sie, so erklärte sie dem Beamten, 1924 einen Juden geheiratet und sie werde immer denselben Namen wie ihre Kinder tragen.¹³ In diesem Moment war Fred besonders stolz auf seine Mutter.

Die Konsequenz hieß nun für Katharina, dass sie ihre Lebensmittelmarken bei einer Stelle abholen musste, die nur für Juden bestimmt war.

Die öffentliche Ausgrenzung der Löwenberg-Jungs begann mit dem Schuljahr 1936. Einige Schüler mussten nach Namensnennung beim Fahnenappell vortreten und wurden vor der Flaggenhissung in ihre Klassenzimmer geschickt, darunter Fred und Martin. Der elfjährige Martin war der Einzige aus seiner Klasse und sich keiner Schuld bewusst. Bis heute kann er die Demütigung nicht vergessen, als der Lehrer, der im Ersten Weltkrieg Hauptmann war, in der Klasse erklärte, dass der Schüler Löwenberg einer minderwertigen Rasse angehöre. Nur Katharina Löwenberg vermochte ihren Sohn zu trösten, als dieser weinend nach Hause kam. Der Grundgedanke des Unterrichtsfachs »Rassenkunde« war, die behauptete Überlegenheit der »arischen Rasse« wissenschaftlich zu begründen und die Ausgrenzung ethnischer Gruppen zu rechtfertigen. Die Unterrichtsstunden wurden für Martin zum Spießbrutenlauf: »Wir hatten Zirkel, da mussten wir uns gegenseitig messen, alles notieren und einstufen, die Nasenlänge usw. Wir haben uns gegenseitig ausgemessen, die Halsform, die Ohren ... Sie haben bei mir die typischen jüdischen Rassemerkmale gesucht und nicht gefunden. Das haben sie in allen Klassen gemacht, auch beim Fred. Er hat mir dann schmunzelnd erzählt, dass er als germanische Rasse eingestuft wurde. Er war blond, groß, blauäugig.«¹⁴ Martin wurde ein schlechter Schüler und wäre beinahe sitzengeblieben. Auch heute erinnert er sich noch mit Grauen an ein Gedicht, das zu Beginn jeder Rassenkunde-Stunde von den Schülern aufgesagt werden musste. Den Text wird er nie vergessen: »Wer da kommt mit platten Füßen, die Nase krumm, die Stirne kraus, der muss hinaus ...!«¹⁵ Das war für ihn ein Schlüsselerlebnis. Über all die Demütigungen half ihm das Unterrichtsfach Leibesübung hinweg. So wurde von den Nazis der Sport genannt.

13 Im Widerstand gegen das NS-Regime. Gespräche aus den Jahren 1997/98, Teil II, Hrsg. von der Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (BVVDN) e.V. und dem Verein für angewandte Konfliktforschung (VAK) e.V., Berlin 2000, S. 34.

14 Interview der Autorin mit Martin Löwenberg am 15. und 16. August 2010 in München.

15 Interview der Autorin mit Martin Löwenberg am 15. Oktober 2011 in München.

Er besaß in der damaligen Zeit einen hohen Stellenwert. Martin war ein guter Sportler im Hoch- und Weitsprung und im Turnen. Ballspiele lagen ihm besonders. Bei Mannschaftswettkämpfen wurde er von seinen Klassenkameraden immer als Erster aufgerufen. Seine Mitschüler wollten ihn in der Mannschaft haben, war er doch ein Garant für siegreiches Abschneiden. Die letzten beiden Schuljahre musste Martin unfreiwillig in einer anderen Schule verbringen. Jüdische Kinder und Halbjuden wie Martin wurden in der Pestalozzi-Schule zusammengefasst. Das große rote Backsteingebäude in der Michaelisstraße (ul. Nowowiejska 78-80) liegt direkt am Waschteich. Obwohl die Schule sich nicht weit von der Hirschstraße befand, war Martin doch aus seinem alten Freundeskreis herausgerissen. Die letzten Schuljahre waren für ihn traumatisch.

Den täglichen antisemitischen Rassismus erlebten die Löwenberg-Jungs auch im unmittelbaren Wohnumfeld. So verbot Frau Kynast aus der Hirschstraße 76, und das nicht nur einmal, aus dem Fenster des 1. Stocks gelehnt, lautstark ihren Söhnen, mit den »Judenbengels« zu spielen. Nach dem Krieg, als Martin aus dem KZ nach Hause kam, forderte Katharina ihren Sohn auf, Frau Kynast, die zudem aktiv in der NS-Frauenbewegung war, energisch die Meinung zu sagen. Martin fand in der Kynastschen Wohnung jedoch nur eine einsame verzweifelte Frau vor. Ihr Mann Georg, Geldheber (Inkassobeamter) und förderndes Mitglied der SS, galt als vermisst. Von ihren Söhnen hatte sie nichts mehr gehört. Martin ging unverrichteter Dinge, zum Ärger seiner Mutter, wieder nach Hause.

Martin kann sich gut an den 9. November 1938, an die sogenannte Reichskristallnacht, erinnern: »Es hieß, die Synagogen brennen. Ich bin mit anderen hingegangen und habe es gesehen. Ich sah die Neue Synagoge in der Angerstraße (Lakowa) in Flammen. In der Taschenstraße (ul. ks. Piotra Skargi) habe ich Männer gesehen, die auf die Straße gejagt wurden. Sie hatten dort ihre Büros. Das waren Ärzte und Rechtsanwälte. Sie wurden auf Lastwagen geschmissen. Ich habe auch Leute gesehen, wie sie Schaufenster geplündert haben. Das habe ich alles mitbekommen, und ich füge dann immer noch hinzu, dass ich auch viele gesehen habe, die zugeschaut haben, die nicht eingegriffen haben.« Auch der alte jüdische Hausarzt der Löwenbergs, Medizinalrat Maschke aus der Hirschstraße, durfte seine Tätigkeit nicht mehr ausüben.¹⁶

Den Überfall Nazideutschlands auf Polen am 1. September 1939, den Beginn des Zweiten Weltkriegs, erlebte Martin auf einem Großbauernhof in Schalkau (Skalka), etwa 20 km von Breslau entfernt. Er hatte einen Lehrvertrag in der Tasche und wollte die Gutsinspektorenlaufbahn einschlagen. Das Stadtkind interes-

16 Interview der Autorin mit Martin Löwenberg am 15. und 16. August 2010 in München. Vgl. ausführliche Darstellungen zur Judenverfolgung in Breslau: Walter Tausk: Breslauer Tagebuch. 1933–1940, Berlin 1977 und Willy Cohn: kein Recht – nirgends. Breslauer Tagebücher 1933–1941. Eine Auswahl, Köln, Weimar, Wien 2008.

sierte sich sehr für die Landwirtschaft. Auch im Lehrvertrag stand jüdischer Mischling ersten Grades. Bei der Landbevölkerung hielt sich die Kriegsbegeisterung in Grenzen, erinnert sich Martin. Doch der Sohn des Grundbesitzers, der auf Heimaturlaub war, prahlte mit seinen Fronterlebnissen und ließ seiner antisemitischen Gesinnung freien Lauf. Martins Ausbildung fand etwa ein halbes Jahr nach Beginn ein jähes Ende, als das Gesetz vom Reichsnährstand verabschiedet wurde. Juden und Halbjuden wurde verboten, bestimmte Ausbildungsberufe zu ergreifen. Der landwirtschaftliche Beruf gehörte dazu. Die Nazis hatten bei der Kolonisierung des Ostens hochtrabende Pläne, gestützt auf die verquaste Ideologie von Blut, Boden und germanischer Rasse.

Im November 1939 begann Martin eine Sattler- und Polstererlehre bei dem damals 33-jährigen Sattlermeister Kurt Sobanski¹⁷ in einem kleinen Laden in der Breslauer Paulstraße 38. »Der hat mich eingestellt in einer Zeit, als es schwer war, als Halbjude einen Lehrvertrag zu kriegen. Er war ein feiner Kerl.«¹⁸ Was Sobanski dazu bewog, hatte vielleicht ganz simple menschliche Gründe. Der verheiratete Sobanski, der schon vor 1933 der NSDAP beigetreten war und das Goldene Parteiabzeichen besaß, hatte ein Auge auf die gutaussehende Witwe Löwenberg geworfen. Wie dem auch sei, Martin lernte, da sein Lehrherr Aufträge von der Wehrmacht erhielt, Koppel, Tornister und Pistolentaschen herzustellen. 1942 bestand er seine Gesellenprüfung. Kurt Sobanski und der ältere Lehrling wurden dann eingezogen. Irgendwann galt Sobanski in Italien als vermisst. Seine Frau führte das Geschäft fort. Martin durfte weiterarbeiten.

Nicht so viel Glück mit der Lehre hatte sein älterer Bruder Fred. Seine Ausbildung war geprägt von antisemitischen Beleidigungen und persönlichen Schikanen. Zunächst besuchte er eine Handelsschule, die er bereits nach einem Jahr verlassen musste. In dem bekannten Breslauer Hotel »Zur Goldenen Gans« in der Schweidnitzer Straße (ul. Swidnicka), wo einst der berühmte polnische Pianist und Komponist Frederik Chopin abgestiegen sein soll, begann er eine Kellnerlehre. Das Hotel, welches jüdische Besitzer hatte, wurde arisiert. Fred versuchte seine Lehre nun in einem Hotel in Wittenberg in Sachsen-Anhalt fortzusetzen. Rassistische Beschimpfungen, die Fred verzweifeln ließen, waren hier an der Tagesordnung. Der damals noch Minderjährige verschwand daraufhin bei Nacht und Nebel und fuhr zu seinem Onkel Dagobert Löwenberg, dem Lieblingsbruder seines Vaters, nach Berlin. Dieser lieferte ihn umgehend wieder bei seiner Mutter in Breslau ab. Dagobert Löwenberg, ein offener und freigeistiger Mann, wurde später Opfer der nationalsozialistischen Judenvernichtung.

17 <http://www.breslau-Wroclaw.de/de/breslau/ab/1941>. (Zugriff 05.05.2012). Das Breslauer Adressbuch von 1941 nennt neben der Geschäfts- auch die Privatadresse: Sobanski, Kurt: Gellhornstraße 7.

18 Interview der Autorin mit Martin Löwenberg am 15. Oktober 2011 in München.

Der Sport blieb vor und auch nach dem Schulabgang Martins Leidenschaft, besonders das Boxen hatte es ihm angetan und half ihm über manche Erniedrigung hinweg und stärkte sein Selbstvertrauen. Er trainierte im Postsportverein Stephan im Postscheckamt am Ohlau-Ufer. In seiner Gewichtsklasse Bantam- oder Leichtgewicht war er ein gefürchteter Linksausleger. Doch außer an Freundschaftskämpfen durfte er an keinen weiteren Wettbewerben teilnehmen, da er nicht Mitglied der HJ war, so lautete jedenfalls die offizielle Begründung. Martin erinnert sich: »Freundschaftskämpfe sind zum Teil auch veröffentlicht worden. Wir hatten zu Hause immer die ›Breslauer Neuesten Nachrichten‹. Da standen immer die Boxergebnisse drin. Der Erstgenannte war immer der Sieger. Dann stand immer wie er gewonnen hatte, z. B. Löwenberg durch technisches k.o. oder nach Punkten. Ich habe zweimal in der Woche Training gehabt. Ich habe bis zur Inhaftierung geboxt. 1942 war mein Höhepunkt.«¹⁹

Im Januar 1942 wurden die Box-Europameisterschaften der Amateure in Breslau im imposanten Bau der Jahrhunderthalle, die in den Jahren 1911 bis 1913 vom Architekten Max Berg errichtet wurde und seit 2006 zum Weltkulturerbe zählt, ausgetragen. Für Martin war das ein großes Erlebnis: »Wir jungen Boxer sind eingesetzt worden. Wir mussten uns kümmern, dass immer Wasser am Ring und die Schwämme immer nass waren. Den besten Boxern Europas haben wir geholfen, ihren Zahnschutz wieder einzusetzen. Nach dem Krieg sind aus diesen Europameistern oder anderen Teilnehmern bekannte Berufsboxer geworden. Einer von ihnen war Hein ten Hoff im Schwergewicht.«²⁰

Martins Boxtrainer Franz war ihm immer wohlgesonnen, denn dieser kannte Julius Löwenberg noch von früher aus gemeinsamer Gewerkschaftsarbeit.

Fred wusste die Boxkünste seines Bruders zu schätzen, da sie ihn nicht nur einmal aus misslicher Lage befreiten, in die er sich durch sein schnelles Mundwerk gebracht hatte.

Stille Helden des Widerstands

Für die Löwenberg-Jungs hieß Widerstand erst einmal all das zu tun, was bei den Nazis nicht erlaubt war. Fred liebte Swing und Jazz, der als »Negermusik« von den Nazis verpönt wurde. Bei einem heimlichen Tanzvergnügen in einem spanischen Lokal wurde Fred mit seinen Freunden festgenommen, nach ein paar Stunden jedoch entlassen. In der Folgezeit schlug sich Fred mit Hilfsarbeiten durch. Eine körperlich schwere Arbeit in einer Glashütte im Riesengebirge brachte Fred gesundheitliche Probleme. Er hatte dennoch Glück, dass eine diagnostizierte of-

19 Interview der Autorin mit Martin Löwenberg am 15. und 16. August 2010 in München.

20 Ebenda.

fene Tbc auskuriert werden konnte. Wieder in Breslau verdingte er sich als Fahrradkurier. Mit einem Dreirad für die Firma Hauk, die Schreibmaschinen verließ, kam Fred viel herum. Er belieferte vor allem kleine Firmen und Handwerker, die am Monatsende Schreibmaschinen benötigten, um ihre Rechnungen zu schreiben. Später arbeitete Fred im Kino Zentral-Theater, Westendstraße 50-52 (ul. Zachodnia) in der Tschepine (Szczepin) als Filmvorführer und Kartenabreißer. Dieser Stadtteil Breslaus besaß einen etwas verrufenen Charakter. Auf engstem Raum in Mietskasernen zusammengepfercht, lebten hier größtenteils arme Familien, darunter Arbeiter solcher Großbetriebe wie die der Linke-Hofmann-Werke. Die Tschepine wurde während des Kampfes um die Festung Breslau zum Ende des Krieges nahezu komplett zerstört. Noch bis in die 60er Jahre des letzten Jahrhunderts waren polnische Bauarbeiter damit beschäftigt, Schutt und Ruinen zu beseitigen. Der Wroclawer Historiker Marek Ordylowski²¹ erinnert sich genau an die Ruinenlandschaft in dieser Zeit, an die meterhohen Trümmer, die ihm als Kind unheimlich und furchteinflößend erschienen sind. Heute dominieren in Großplattenbauweise gebaute Häuser die Siedlung Szczepin.

Als Fred im Frühjahr 1943 seiner Mutter und seinem Bruder verriet, dass seine Verhaftung unmittelbar bevorstünde, waren die beiden entsetzt, zumal sich ein freudiges Ereignis angekündigt hatte: Freds zukünftige Vaterschaft. Doch die Freundin von Fred, Edith Blaschke, war noch keine 18 Jahre alt und »arisch«. Fred hatte das hübsche Mädchen in der Tschepine kennengelernt. Liebe fragt nicht nach politischer Vernunft. Als Halbjude erfüllte Fred den Tatbestand der Rassen-schande. Die widerlichste Darstellung dieses »Vergehens« hatten die Nazis bereits 1940 in dem Veit-Harlan-Film »Jud Süß« auf Zelluloid gebannt. Nach seiner Verhaftung konnte Freds Mutter ihren Sohn noch einmal sehen. Martin Löwenberg erinnerte sich, dass eines Abends ein Mitarbeiter des Breslauer Erzbischofs Kardinal Adolf Bertram in ihrer Wohnung in der Hirschstraße erschien und ihnen mitteilte, dass Fred einem Arbeitskommando zugeteilt worden ist, das im Dom Arbeiten mit Löschkalk zu verrichten hätte. Sofort machte sich Katharina Löwenberg zum angegebenen Termin auf den Weg, um ihrem Sohn Wäsche und etwas Essen zu bringen.²²

Am 23. Dezember 1943 wurde Fred nach sechswöchiger Gestapohaft in das KZ Buchenwald eingeliefert. Dort nahmen sich die politischen Häftlinge aus Breslau seiner an; denn der Name des Gewerkschafters Julius Löwenberg war ihnen ein Begriff. Fred erhielt den Roten Winkel, der ihn als politischen Gefangenen auswies. Somit gehörte er zum politischen Block. Einige Wochen vorher, am

21 Die Autorin verdankt Prof. Marek Ordylowski viele Informationen zur Geschichte Wroclaws.

22 Interview der Autorin mit Martin Löwenberg am 25. März 2012 in München.

4. Dezember 1943, war seine und Ediths Tochter Doris bei einer Hausgeburt zur Welt gekommen. Martin erinnerte sich, wie er das erste Mal in seinem Leben bei einem Besuch bei den Blaschkes ein Neugeborenes, seine Nichte, in den Armen hielt.

Katharina Löwenberg war nicht nur in großer Sorge um Fred, sondern auch um Martin. Sie ahnte, dass ihr jüngerer Sohn allabendlich Dinge tat, die nicht nur mit seinen Überstunden zusammenhingen. Auch Martins Freunde wunderten sich über seine häufige Abwesenheit. Fred hatte Martin einmal beiseite genommen und ihm erklärt, dass Boxen nicht alles sein könne. Er hatte mitbekommen, dass sein Bruder sich mit Hitlerjungen geprügelt hatte.

Fred schwebte vor, Hilfe für Fremd- und Ostarbeiter zu organisieren. Die meisten Breslauer Industriebetriebe waren auf die Kriegsproduktion eingestellt. Es wurden u. a. Panzer, Panzerzüge, Zünder für Artillerie und Teile für die V-2 hergestellt. Da im Krieg deutsche Arbeitskräfte fehlten, wurden zunehmend Fremdarbeiter und Kriegsgefangene aus den von Deutschland besetzten Gebieten nach Breslau verschleppt. 1944 waren 18,1 Prozent der Beschäftigten ausländische Arbeitskräfte.²³ Die Hilfe für die Fremdarbeiter fing ganz klein an, in dem einzelnen Arbeitern mal ein Brot oder eine Semmel zugesteckt wurde. Sie fassten zu Fred Vertrauen und trafen sich manchmal bei ihm im Kino. Die entscheidende Frage neben dem Essen war das Ende des Krieges. Fred hatte Kontakt zu einem Mitarbeiter, einem Werkmeister aus der Großbäckerei Taschenstraße aufgenommen. Das war Robert Kotyra, der wie die Löwenbergs in der Hirschstraße wohnte.²⁴ Die Verteilung der Brotmarken lief nach Martins Erinnerung folgendermaßen ab: »In Breslau und sicher woanders auch waren die Bäcker aus den Kleinbackbetrieben zur Wehrmacht eingezogen. Die Bäckereien wurden von ihren Frauen weitergeführt, waren aber nur noch Verteilstationen. Sie wurden von Großbäckereien mit Backwaren gegen den Wert von Marken beliefert. Für die abgegebene Marke gab es als Gegenwert das Brot. Die Marken wurden dann von der Bäckerei entwertet. Diese Großbäckereien haben täglich tausende Brote und Mehlsachen gebacken für die Zivilbevölkerung, für Lazarette, für Krankenhäuser usw. Robert Kotyra hat Fred ins Vertrauen gezogen und ihm gültige Marken gegeben. Die Verteilung erfolgte vor allem über die Betriebe. Fred hat auch während seiner Tätigkeit im Kino Marken direkt an Fremdarbeiter weitergegeben. Mein Schwerpunkt waren bestimmte Betriebe wie Linke-Hofmann-Werke, FAMO und Borsig. Dann gab es Großlager, Baracken, die von verschiedenen Betrieben unterhalten wurden. Dort gingen die Fremdarbeiter nach Feierabend hin. Ich ging auch ins Fremdarbeiter-

23 Marek Ordylowski: *Zycie codzienne we Wroclawiu 1945–1948*, Wroclaw 1991, S. 8.

24 <http://www.breslau-Wroclaw.de/de/breslau/ab/1941>. (Zugriff 05.05.2012) Das Breslauer Adressbuch von 1941 enthält folgenden Eintrag: Kotyra, Robert, Disponent, I, Hirschstraße 84, IV.

lager Bergstraße. Die Übergabe lief folgendermaßen ab: Ich musste einen Termin ausmachen. Das war gut organisiert und ging in der Regel so vor sich: Ich sollte an einem bestimmtem Tag zu einer bestimmten Uhrzeit da sein. Das war meistens nach Feierabend auf der Straße. Da war es in der Regel dunkler und ruhiger und dann fand die Übergabe statt. Wenn derjenige nicht gekommen ist oder ich nicht gekommen bin, dann musstest du zwei Stunden später die Stelle wieder anlaufen. Wenn es wieder nicht geklappt hat, war der erneute Versuch 24 Stunden später. Wenn es dann nicht geklappt hat, durftest du nie wieder diesen Punkt anlaufen. So war das System. Ich hatte lediglich drei Personen, denen ich die Marken von Fred weitergegeben habe. Das waren zunächst nur wenige Brot- und Lebensmittelmarken. Erst als klar war, dass Fred verhaftet werden würde, habe ich seine Verteilerfunktion übernommen. Dann hatte ich selbst Kontakt zu Robert Kotyra in der Großbäckerei in der Taschenstraße in der Innenstadt.«²⁵ Woher Kotyra die gültigen Marken hatte, erfuhr Martin zu seiner Sicherheit nicht.

Über seine spätere Verhaftung erzählt Martin: »Als ich verhaftet wurde, habe ich an der vereinbarten Stelle gestanden und niemand ist gekommen. Dann erschienen Feldjäger zur Personenkontrolle. Ich war ein junger Mensch von 19 Jahren und da wurde das Soldbuch oder der Wehrpass kontrolliert. Soldbuch war für diejenigen, die Soldaten waren. Wehrpass war für die Wehrpflichtigen. Ich habe meinen Wehrpass gezeigt und da stand: NZV (Nicht zu verwenden), Halbjude war unterstrichen und rot eingekästelt: wehrunwürdig. Sie fragten mich, was ich hier mache. Ich stand vor den Linke-Hofmann-Werken, wohnte aber weiter weg im Stadtteil Scheitnig. Es vergingen keine zehn Minuten, da kam ein Wagen mit zivil gekleideten Leuten. Die haben sich in dieses Gespräch eingeschaltet. Die haben sich meinen Wehrpass angesehen und gefragt, was die Eintragung bedeutet. Ich sagte: »Ich bin jüdischer Mischling ersten Grades.« Wir haben keinen Judenstern getragen. Nur zur Information: Wenn die Mutter jüdisch war, mussten die Kinder in der Regel einen Judenstern tragen. Bei einem jüdischen Vater war das nicht der Fall. Bei mir wurde dann eine Leibesvisitation durchgeführt. Da haben sie bei mir Brotmarken im Werte von 150 kg gefunden. Ich habe dazu keine Aussage gemacht und dann haben sie mich mitgenommen und in die Kletschkaustraße gebracht.«²⁶ Dass Martin an diesem Tag im Mai 1944 »nur« die Brotmarken bei sich hatte, war sein Glück. Von Kotyra stammte die Idee, den Fremdarbeitern aus Breslauer Tageszeitungen Nachrichten, besonders die des Oberkommandos der Wehrmacht, zukommen zu lassen. Diese Nachrichten über den Frontverlauf hatten sicherlich mitgeholfen, den Lebenswillen der Fremdarbeiter zu stärken. Martin hatte diese

25 Interview der Autorin mit Martin Löwenberg am 22. und 23. Juli 2009 in München.

26 Ebenda.

Meldungen kopiert und mit den Marken verteilt. Oft waren es nur drei oder vier Kopien, deren Nachrichten auch durch Mundpropaganda weitergeben wurden.

Robert Kotyra gehört zu den stillen Helden des Widerstandes. Dass die Gestapo nicht auf seine Spur kam, ist auch der Verschwiegenheit der Löwenberg-Jungs zu verdanken. Sein Handeln gegen die Nazis begründete er mit seinem katholischen Glauben. Die Bergpredigt war für ihn nicht nur Bekenntnis, sondern Richtschnur seines Lebens. Er gehörte zu den Anhängern Adolph Kolpings, der im 19. Jahrhundert ein Wegbereiter der katholischen Sozialbewegung war. Robert Kotyra überlebte die Nazizeit. Die Tragik bestand darin, dass er wenig später erschossen wurde, als er auf der Straße einen Streit zwischen sowjetischen Soldaten und Polen schlichten wollte.

Im Polizeipräsidium Am Schweidnitzer Stadtgraben, das auch die Gestapo beherbergte, traf Martin nach seiner Verhaftung auf Josef Kluske. Der Gestapokommissar war bereits 64 Jahre alt und verfügte über umfangreiche Erfahrungen, die er seit 1921 bei der politischen Polizei der Weimarer Republik, zunächst als Sachbearbeiter gesammelt hatte. 1934 wurde er von der Gestapo übernommen. Er war als Kriminal-Bezirkssekretär im Referat »Kommunismus-Marxismus-Hochverrat« tätig und tat sich besonders bei der Verfolgung von Kommunisten und Sozialdemokraten hervor. Kluske hatte nach Martins Festnahme sofort eine Haussuchung bei Katharina Löwenberg angeordnet, in der Hoffnung, weitere Brotmarken oder anderes belastendes Material zu finden. Kluske vermutete in Martin ein Mitglied einer antifaschistischen Jugendgruppe, aus deren Reihen gerade einige verhaftet worden waren. Der Gestapomann zog bei den Verhören alle Register. Auch Schläge gehörten zur Aussageerpressung. Außerdem »begleiteten« zwei SS-Männer die Verhöre. Sie warteten nur auf ein Zeichen Kluskas, um loszuschlagen. Martin wurde erniedrigt, gedemütigt, mit Kluskas Tischlampe geblendet und dann wieder mit Versprechungen gelockt. Martin hatte Gefangene kennengelernt, die wegen einer Zigarette schwach geworden waren. Insofern war er froh, niemals geraucht zu haben. Kluske, so erinnert sich Martin, sagte: »Sie wissen, es gibt auch einen Weg nach dem Osten. Es gibt auch einen Weg in ein Lager im Reich. Sie haben es in der Hand zu bestimmen, wohin Sie wollen!«²⁷ Der Weg nach Osten hätte direkt in ein Vernichtungslager geführt. Der Gestapomann bluffte, indem er von Protokollen sprach, die Martin angeblich belasten sollten. Kluske ging davon aus, dass Martin mit Gruppen zusammenarbeitete, die in Fabriken Sabotage verübten und dass er für die materielle Seite verantwortlich war. Doch Martin schwieg beharrlich, machte keinerlei Aussagen.

27 Interview der Autorin mit Martin Löwenberg am 22. und 23. Juli 2009 in München.

Das Untersuchungsgefängnis befand sich in der Graupenstraße. Dort wurden die Transporte für die Konzentrationslager zusammengestellt. Nach 14 Tagen Gestapohaft kam Martin in das KZ Flossenbürg in die Nähe der Grenze zum Sudetenland. Die KZ-Haft hatte Kluske angeordnet. Die Gestapo konnte selbst entscheiden, was mit einem Gefangenen passiert. Im KZ gingen die Verhöre weiter, denn die Ermittlungen waren noch nicht abgeschlossen. Martin schaffte es, sich treu zu bleiben und niemanden zu gefährden.

Beinahe hätten sich nach dem Krieg die Wege von Martin Löwenberg und Josef Kluske²⁸ noch einmal gekreuzt. Am 15. Juni 1945 wurde der Gestapomann in der amerikanischen Besatzungszone festgenommen, aber nach 18 Monaten Internierung wieder entlassen. Am 8. Februar 1951 begann in Detmold ein Prozess gegen Kluske, der als Täter bzw. als Gehilfe bei der Begehung eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit angeklagt wurde. Martin Löwenberg war zunächst als Zeuge geladen, wurde aber nicht benötigt, da viele Zeugen aus ganz Deutschland zur Verfügung standen. Der Prozess verlief im Februar 1952 im Sande. Josef Kluske starb 1965 in der Bundesrepublik.

Das Prager Manifest der SPD

Katharina Löwenberg bangte um das Leben ihrer Söhne, die beide hinter elektrischem Stacheldrahtzaun eingesperrt waren. Was Fred und Martin jedoch nicht in allen Einzelheiten wussten: Auch ihre Mutter war an Widerstandsaktionen beteiligt, an der illegalen Verbreitung des Prager Manifests der SPD.

Dieses Manifest wurde am 20. Januar 1934 vom Exilvorstand der Partei (SoPaDe) in Prag verabschiedet. Es rief zum revolutionären Sturz des NS-Regimes auf und verkündete die Vision eines erneuerten demokratischen Staates und einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft. Es enthielt ein Bekenntnis zur direkten Demokratie, forderte die entschädigungslose Enteignung von Großgrundbesitz und Schwerindustrie sowie die Vergesellschaftung der Großbanken und zielte auf die Entfaltung einer freien Persönlichkeit. Das Manifest war unter der Federführung von Rudolf Hilferding, einem bekannten SPD-Politiker der Weimarer Republik, erarbeitet worden. Es erschien in ca. 10.000 Dünndruckexemplaren und in 40.000 Tarnbroschüren mit dem Titel »Die Kunst des Selbstrasierens«.

Als hilfreicher Partner bei der illegalen Verteilung des Manifests stand Katharina Löwenberg der verheiratete Postassistent bei der Bahnpost, Kurt Neufert, zur Seite. Neufert war Berliner und wohnte im Stadtteil Charlottenburg in der Spielhagenstraße 13.²⁹ Mit ihm führte Katharina elf Jahre lang eine feste Bezie-

28 Die Informationen zu Josef Kluske stammen aus dem LAV NRW Abt. OWL D 21 B Nr. 2568 bis 2575.

29 <http://adressbuch.zlb.de>

hung. Neufert unterstützte die kleine Familie auch finanziell. Onkel Kurt war für die Löwenberg-Brüder ein Ersatzvater geworden, den sie mochten und respektierten. Zunächst hatte er mit den Nazis sympathisiert und war Mitglied der NSDAP geworden. Doch zunehmend war er von der braunen Politik desillusioniert. Auf seinen Bahnfahrten hatte er Auschwitztransporte gesehen und davon den Löwenbergs berichtet. Hinzu kam, dass der Krieg das Leben seines einzigen, sehr musikbegabten Sohnes ausgelöscht hatte. Die Trauer um den Sohn ließ die Eheleute Neufert wieder langsam zueinander finden. Nach dem Krieg sahen sich Katharina Löwenberg und Kurt Neufert nicht wieder.

Kurt Neufert, der vor allem die Strecke Berlin-Breslau-Berlin im Bahnpostwagen fuhr, verstaute Dünndrucke des Manifests in den bereits vorsortierten Postsäcken, die dann an den verschiedenen Bahnstationen entladen wurden.

Für Martin hatte das Prager Manifest eine besondere Bedeutung. Als Fred nach Buchenwald kam, hatte Katharina Martin ein Exemplar gegeben. Er war von dem Text sofort angetan und lernte ganze Passagen auswendig. Diese Kenntnisse sollten sich für Martin im KZ als nützlich erweisen, denn als 19-Jähriger war er in der politischen Diskussion unerfahren und überhaupt war er an diesem furchtbaren Ort auf die Hilfe und Unterstützung der älteren und erfahrenen Häftlinge angewiesen. Martin erzählte, wenn z. B. Kommunisten über die Fehler der Sozialdemokraten schimpften, dann habe er solche markanten Sätze parat gehabt wie: »Die Einheit der Arbeiterklasse ist der Zwang, den uns die Geschichte auferlegt hat.« Den zweiten Satz, den er behalten hatte: »Die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten ist das Herzanliegen der deutschen Arbeiterklasse. Nur in der Einheit der Arbeiterklasse liegt unsere Stärke. Die Fehler der Vergangenheit dürfen sich nie mehr wieder wiederholen.«³⁰ Martin sagte, dass das Prager Manifest für ihn im Lager die einzige Grundlage war, um mitzudiskutieren.

Seine Mutter, so berichtet Martin, hat nach 1933 dem Sozialdemokraten und ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe³¹ ihre Wohnung für Beratungen zur Verfügung gestellt. Die Söhne waren dabei nicht anwesend und erfuhren erst nach dem Krieg davon.

In der Festungszeit pflegte Katharina Löwenberg Kontakte zur »Antifaschistischen Freiheitsbewegung« (Antifa), die im Oktober/November 1944 von Hermann Hartmann gegründet worden war. Ihr Ziel bestand darin, den Krieg und die Naziherrschaft schnellstmöglich zu beenden. Zwischen Januar und März 1945

30 Interview der Autorin mit Martin Löwenberg am 22. und 23. Juli 2009 in München.

31 Paul Löbe (1875–1967) wurde nach der Machtergreifung durch die Nazis u. a. im KZ Breslau-Dürrgoy inhaftiert. Später hatte er Kontakte zum Goerdeler-Kreis und kam nach dem misslungenen Attentat vom 20. Juli 1944 in das KZ Groß-Rosen. Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde er Alterspräsident des ersten Deutschen Bundestages. Heute trägt ein Parlamentsgebäude im Berliner Regierungsviertel seinen Namen.



Interview mit Martin Löwenberg, 22. Juli 2009, München

verbreitete sie in der bereits heiß umkämpften Festung Breslau Flugblätter unter dem Titel »Der Freiheitskämpfer« und führte auch Sabotageakte durch. Diese Antifa-Organisation spielte noch nach der Befreiung am 6. Mai und im Juni 1945 nunmehr in Wroclaw eine gewisse Rolle, da sie eng mit der Sowjetischen Militärkommandantur zusammenarbeitete.

Der Untergang der Festung Breslau

Breslau war eine idyllische Stadt, vom Krieg weitestgehend unberührt. Sie galt als der »Luftschuttkeller« Deutschlands. »Die Geschwader flogen über Breslau hinweg. Mancher glaubte an die schützende Hand der heiligen Hedwig, manche glaubten, es gäbe in diesem Punkt ein diplomatisch-militärisches Sonderabkommen zwischen den Feindmächten.«³² So erzählt es die Schriftstellerin Hildegard Maria Rauchfuß in ihrem Roman »Schlesisches Himmelreich«. Bomben, die dennoch über der Stadt niedergingen, waren selten. Martin erinnert sich, dass 1942

³² Hildegard Maria Rauchfuß: Schlesisches Himmelreich. Leipzig 1971, S. 415.

oder 1943 eine Bombe, wahrscheinlich ein Blindgänger, ausgerechnet in der Hirschstraße 74, bei den Löwenbergs gegenüber, einschlug. Für die Breslauer war das eine Sensation. Sie kamen in Scharen, um das zerstörte Haus zu betrachten. Nach dem Fall der Festung Breslau sollte sich jedes intakte Gebäude als Sensation erweisen. Bis zum 7. Oktober 1944 gab es keine gezielten großflächigen Bombardierungen der schlesischen Metropole. Deshalb kamen immer mehr Flüchtlinge nach Breslau, die hier Schutz suchten. Die Einwohnerzahl wuchs rasant. 1939 zählte die Stadt 629.000 Einwohner. 1944 lebte hier bereits eine Million Menschen. Zu den Ankömmlingen gehörte auch die damals bekannte Artisten- und Musikerfamilie Valente, deren jüngstes Mitglied Caterina nach dem Krieg ein Weltstar werden sollte. Die Valente-Familie war dem Bombenhagel aus Essen entkommen und hoffte hier nun, das Ende des Krieges zu erleben. Doch als Italiener im Ausländerlager Clausewitzstraße (ul. Jozefa Hauke-Bosaka) interniert, mussten sie in der Festungszeit Barrikaden bauen und als Musiker mit »fröhlichen Liedern« die »Götterdämmerung« begleiten.³³

Im Herbst 1944 hatte Hitler das völlig unbefestigte Breslau zur Festung erklärt. Die Einkesselung des wichtigen Verkehrsknotenpunktes Breslau durch die Rote Armee sollte mit allen Mitteln verhindert werden.

Als eindrucksvoller Chronist der Festung Breslau erwies sich der katholische Pfarrer Paul Peikert³⁴ von der Sankt Mauritiuskirche in der Klosterstraße (ul. Traugutta). Seine Chronik liefert nicht nur eine authentische Beschreibung des Geschehens, sondern ist auch eine Anklage gegen das verbrecherische Nazisystem. Bevor sich am 15. Februar 1945 der Ring der sowjetischen 6. Armee unter dem Kommando von Wladimir A. Glusdowski um die Stadt schloss, gab es am 19. Januar von Gauleiter Karl Hanke den Befehl, Breslau sofort von der Zivilbevölkerung zu räumen. Peikert gelang es als einem der wenigen von Breslaus Geistlichkeit, in der Stadt zu bleiben.

Unbeschreibliche Szenen voller Tragik und Panik spielten sich auf Breslaus überfüllten Bahnhöfen und auf den verschneiten, vereisten Landstraßen bei minus 15 bis minus 20 Grad Celsius ab. Der Schriftsteller Werner Steinberg beschreibt in seinem Breslau-Roman »Als die Uhren stehenblieben« den vergeblichen Versuch einer Mutter, auf eisiger Straße im Schneetreiben ihr kleines Kind vor dem Kältetod zu retten. »Sie darf ihn nicht sterben lassen...! Deshalb muss sie sich aufraffen, darf sich nicht fallen, nicht sinken lassen, muss sich loslösen von dem verlockenden, schmeichelnden Schneebett, muss laufen, laufen...«³⁵

33 Caterina Valente: *Bonjour Katrin! Singen, tanzen, leben...*, Bergisch-Gladbach 1985, S. 46-57.

34 Paul Peikert: »Festung Breslau« in den Berichten eines Pfarrers 22. Januar bis 6. Mai 1945, Wrocław-Warszawa-Krakow 2000.

35 Werner Steinberg: *Als die Uhren stehenblieben*, Halle/Saale 1957, S. 196 f.

Etwa zwei Drittel der Einwohner Breslaus waren auf der Flucht. Unter ihnen befand sich die Familie Blaschke mit Edith und der einjährigen Doris, Fred Löwenbergs Tochter. Ohne ihre Federbetten, die sie mitgenommen hatten, wären sie erfroren. Es gelang ihnen über das Sudetenland nach Bayern zu kommen, wo sie wochenlang in einem Massenlager in Hof gehaust haben. Nicht mit dabei war Ediths Vater, der schon vorher zur Wehrmacht nach Sylt eingezogen worden war. Am 23. Januar 1945 verließ nach eigenen Angaben auch Gestapokommissar Josef Kluske die Stadt in Richtung Waldenburg.

Am 8. Februar 1945 erging der Befehl vom Festungskommandanten von Ahlfen, dass alle Frauen mit Kindern und Frauen unter 40 Jahren Breslau zu verlassen haben. Katharina Löwenberg, nunmehr 42 Jahre alt, blieb in der geschlossenen Festung zurück und wurde zur Zwangsarbeit in einen Rüstungsbetrieb verpflichtet. Die Fabrikarbeit blieb ihr erspart, da der Betriebsleiter eine Putzkraft und Hilfe in seinem Privathaushalt benötigte. Ihre Söhne waren in der Zwischenzeit in andere Konzentrationslager verlegt worden. Doch davon wusste sie nichts. Fred kam am 26. Oktober 1944 in das KZ Neuengamme und Martin nach Longwy-Villerupt in Lothringen. In Longwy arbeitete Martin in einem Rüstungsbetrieb, der mit der Herstellung von V-Waffen zu tun hatte. Nachrichten über den Kriegsverlauf erhielt er dort von dienstverpflichteten französischen Zivilarbeitern. Kurz vor Kriegsende wurde er in das KZ in Leitmeritz, einem Außenlager des KZ Flossenbürg, überstellt.

Währenddessen bereitete man sich im Februar 1945 in Breslau auf den Endkampf vor. Die Naziführung lehnte Kapitulationsangebote der Roten Armee ab. Breslau sollte eher untergehen wie einst Rom zu Kaiser Neros Zeiten. Ganze Straßenzüge wurden von den noch verbliebenen Bewohnern frei gemacht, in dem man sie aus den Häusern trieb und diese in Brand setzte, um den Festungssoldaten ein freies Schussfeld zu ermöglichen. Günter Görlich, später ein bekannter Schriftsteller in der DDR, war damals 17 Jahre und gehörte zur »Kampfgruppe Hitlerjugend«. Seine Einheit hatte den Auftrag, in den südlichen Vororten der Stadt die Wohnungen der Villen leer zu räumen und die Möbel auf die Straße zu werfen, damit die Brandkommandos tätig werden konnten.³⁶ Dieses Inferno beschrieb Pfarrer Peikert: »O Gott, wie lange noch? Und doch ertragen die Völker, die wir überfielen, dieses Leid schon jahrelang.«³⁷ Am 29. März, Gründonnerstag, notierte er in sein Tagebuch: »Ich gehe die Uferstraße hinauf und die Hirschstraße entlang. Wo ich auch hinkommen mag, überall starren einem die wüsten Trümmer der feindlichen Fliegerangriffe entgegen, eingefallene Häuser, ausgebrannte Häuser, beschädigte Häuser.«³⁸ Wie durch ein Wunder blieb die Hirschstraße 75,

36 Günter Görlich: Keine Anzeige in der Zeitung. Erinnerungen, Berlin 1999, S. 28.

37 Peikert, S. 193.

38 Ebenda, S. 208.

die Wohnung der Löwenbergs, verschont. Wie Martin Löwenberg stammte auch der gleichaltrige Maler Bernhard Heisig aus Breslau. Dieser hatte sich zunächst euphorisch den Nazis angeschlossen, war Kriegsfreiwilliger und Angehöriger der Waffen-SS. Traumatische Kriegserlebnisse wie Festungskampf und Verwundungen hat er in seinem späteren Leben und künstlerischen Schaffen immer wieder thematisiert. Sein Ölgemälde von 2001/03 »Tod in Breslau – zäh + tapfer« ist eine Abrechnung mit der sinnlosen Verteidigung und Zerstörung seiner Heimatstadt.

Die aussichtslose Lage der Festung brachte die Naziführung auf eine Wahnsinnsidee, die 13.000 Zivilisten und Zwangsarbeitern das Leben kosten sollte. Da der Breslauer Flughafen Gandau im Westen der Stadt sich bereits in russischer Hand befand, wurde mitten in der Stadt unter schwierigsten, unmenschlichen Bedingungen ein Rollfeld angelegt. Zu diesem Zweck wurden in der Nähe der Kaiserbrücke Häuser gesprengt. Nur Gauleiter Karl Hanke soll von dort mit einem Flugzeug entkommen sein.

Am 6. Mai 1945 endlich kapitulierte Breslau. Als der nunmehrige Festungskommandant General Niehoff in der Villa Colonia in der Kaiser-Friedrich-Straße (ul. Rapackiego 14) die Kapitulationsurkunde unterschrieb, waren bis zu 80 Prozent der Stadt zerstört. Günter Görlich erinnert sich an einen sehr warmen Tag und an einen starken Verwesungsgeruch, der die Stadt einhüllte. Bereits am Abend vorher brannten vor dem Rathaus Holzfeuer, daneben lagen aufgetürmt Waffen, Maschinenpistolen, Gewehre und Pistolen. »Es war eine gespenstische Szene im flackernden Schein der Feuer. Die Soldaten traten heran, lösten ihre Patronentaschen, warfen sie in hohem Bogen auf die Waffenhäufen.«³⁹ Für den jungen Mann folgten nach dem ruhmlosen Ende viereinhalb Jahre Kriegsgefangenschaft hinter dem Ural.

Wie es mit der Stadt weitergehen sollte, darüber herrschte Unklarheit. Die Regierungs- und Staatschefs von Großbritannien, den USA und der Sowjetunion hatten sich auf ihrer Konferenz in Jalta im Februar 1945, zu einer Zeit als Breslau noch heiß umkämpft wurde, auf eine bereits in Teheran Ende November/Anfang Dezember 1943 anvisierte Westverschiebung Polens geeinigt. Der Grenzverlauf an der Oder und besonders an der Neiße war noch nicht eindeutig formuliert. Das sowjetische Protokoll der Jalta-Konferenz enthielt folgenden Hinweis: »Zur Erläuterung muss gesagt werden, dass es zwei Neißen gibt! Eine fließt weiter im Osten bei Breslau, die andere mehr im Westen.«⁴⁰ Die künftige staatliche Zugehörigkeit Breslaus war nicht eindeutig geklärt. Doch die Sowjetunion schuf in Bezug auf die Stadt vollendete Tatsachen, in dem die sowjetischen Militärbehörden am 9. Mai

39 Görlich, S.23.

40 Bernhard Fisch: Stalin und die Oder-Neiße-Grenze, hefte zur ddr-geschichte, Nr. 64, Berlin 2000, S. 18.

1945 die Verwaltung der Stadt an Polen übergab. Dies hielt sie jedoch nicht davon ab, alles Brauchbare an unzerstörten Maschinen, Einrichtungsgegenständen, Kunstwerken u.s.w. zu demontieren und als Reparationsleistung mitzunehmen.

Aus Breslau wird Wrocław

Für die Löwenberg-Brüder war die Leidenszeit in den Konzentrationslagern zu Ende. Martin machte sich auf den Weg nach Breslau, wo er Ende Mai 1945 ankam. Zunächst fuhr er mit einem polnischen Rot-Kreuz-Transport. Die letzten 100 bis 120 km lief er zu Fuß. Die zerstörte Stadt erkannte er nicht wieder. Nur mit Mühe gelang es ihm, sich inmitten der Trümmerwüste zurechtzufinden. Mit Erleichterung sah er, als er von der Stern- in die Hirschstraße einbog, dass das Haus mit der Nummer 75 noch stand. Überglücklich lagen sich Martin und seine Mutter in den Armen. Von den jüdischen Verwandten väterlicherseits und von Fred hatten sie keine Nachricht.

Dass Martin bereits wenige Wochen später Breslau für immer verlassen würde, ahnten sie zu diesem Zeitpunkt nicht. Die Lage in der Stadt war unübersichtlich und chaotisch. Einfache sowjetische Besatzungssoldaten fühlten sich als »Kommandanten« und ließen das jeden spüren. Ihre Alkoholexzesse wirkten abstoßend. Die Gewalt auf den Straßen brachte neue Opfer. Der Krieg hatte Sieger und Besiegte verrohen lassen. Martins Ausweis, den er nach der Entlassung aus dem KZ Leitmeritz erhalten hatte, wurde bei der erstbesten Militärkontrolle von einem sowjetischen Soldaten zerrissen, obwohl der Ausweis auch in Russisch den Hinweis enthielt, dass dem Besitzer jede Hilfe zuteil werden sollte.

Martin meldete sich bei der Sowjetischen Militärkommandantur, mit dessen Vertretern er zusammenarbeitete. Er bekam die Auflage, Namen aktiver Nazis zu nennen. Er half mit, sie aufzuspüren und festzunehmen. Mit einem jungen sowjetischen Leutnant, der Deutsch sprach, verstand er sich gut. Dieser reagierte aufgeschlossen, als Martin ihm ein sowjetisch-deutsches Freundschaftsfußballspiel vorschlug. Das Spiel fand auf dem VfB-Platz⁴¹ im Olympiastadion statt.⁴² Martin ist heute noch stolz darauf, das erste Fußballspiel nach der Befreiung in Breslau organisiert zu haben. Viele deutsche Zuschauer kamen zu diesem Ereignis, welches etwas Normalität in die chaotische Zeit brachte. Martins Sportsgeist war wieder geweckt: »Draußen stehen, hätte ich nicht gekonnt.«⁴³ Seine Mannschaft

41 VfB – Verein für Bewegungsspiele

42 Der Name Olympiastadion ist irreführend. Es war nie für Olympische Spiele geplant worden. Das Stadion wurde nach einem Entwurf des Architekten Richard Konwiarz von 1926 bis 1928 erbaut und 1935 bis 1939 erweitert. Konwiarz erhielt für seine Entwürfe bei einem Architekturwettbewerb anlässlich der Olympischen Spiele 1932 in Los Angeles eine Olympische Bronzemedaille.

43 Interview der Autorin mit Martin Löwenberg am 22. und 23. Juli 2009 in München.

gewann. Bei dem anschließenden Umtrunk, so erinnert sich Martin schmunzelnd, habe die gegnerische Mannschaft gewonnen.

Vor einem Problem konnte Martin die Augen nicht verschließen, auch heute noch mischen sich in seinem Gesichtsausdruck Wut und Trauer, wenn er darüber spricht: Das waren die Übergriffe eines Teils der Besatzungsmacht an der deutschen Bevölkerung und besonders die Vergewaltigung von Frauen und Mädchen, die Freiwild für sie waren. Martin Löwenberg ist der Meinung, dass dieses düstere Kapitel nicht verschwiegen werden darf. Dafür habe er bereits viel Kritik auch von Seiten der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) einstecken müssen.

Bekannte in der Kommandantur beschworen Martin, Breslau zu verlassen, denn er habe hier keine Zukunft mehr. Katharina Löwenberg war ganz entschieden dagegen, sie wollte auf Fred warten. Post gab es keine, erinnert sich Martin. Suchmeldungen wurden an kaputte Häuser- und Bretterwände geschrieben. Doch dann erfuhr Katharina von irgendjemandem, dass ihr älterer Sohn auf dem Weg nach Breslau sei. Sie hatte Angst, dass sie sich in den Wirren der Nachkriegszeit verlieren würden. Deshalb blieb sie.

Fred hatte, nachdem er im Frühjahr 1945 aus dem Außenlager Hohwacht des KZ Neuengamme von britischen Truppen befreit worden war, sich zunächst ärztlich in einem Lazarett behandeln lassen müssen. Im KZ war er bis aufs Skelett abgemagert. Nachdem er wieder zu Kräften gekommen war, machte er sich auf die Suche nach Edith Blaschke und der gemeinsamen Tochter Doris. Als er sie auf Sylt fand, musste er sich ernüchternd eingestehen, dass es zwischen Edith und ihm außer Doris keine weiteren Gemeinsamkeiten mehr gab. Edith hatte zudem einen neuen Partner.

Die Rückkehr Freds in seine Heimatstadt beruhte auf einer völlig falschen Einschätzung der politischen Situation. Der Gedanke liegt nahe, dass es für einige Genossen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) außerhalb jeder Vorstellungskraft lag, dass Breslau für immer verloren war. Wer Fred letztendlich dorthin zurückschickte, dazu machte er selbst unterschiedliche Angaben. So hatte ihm sein ehemaliger Blockältester aus dem KZ Buchenwald Gerhard Pfeiffer, den er in Dresden traf, Hinweise zur Neugründung einer deutschen Antifa in Breslau gegeben. Aber auch der ehemalige Reichstagsabgeordnete der KPD, Fritz Selbmann aus Leipzig, soll ihn dazu ermuntert haben. Selbmann habe ihn zu diesem Zweck mit Rückkehrern aus dem »Roten Treck« bekannt gemacht, die in Dresden eingetroffen waren. Die Mitglieder der Antifaschistischen Freiheitsbewegung (Antifa) Breslaus hatten am 7. Juli 1945 zusammen mit ehemaligen KZ- oder Zuchthaushäftlingen linksgerichteter Arbeiterorganisationen in einem sogenannten Roten Treck unter sowjetischem Geleitschutz mit roter Fahne am ersten Fuhrwerk und

geschmückt mit dem Emblem von Hammer und Sichel die Stadt verlassen. Der sowjetische Stadtkommandant hatte den deutschen Funktionsträgern bereits im Juni zu verstehen gegeben, dass für sie an eine politische Tätigkeit hier nicht mehr zu denken wäre.⁴⁴

Immer deutlicher zeichnete sich ab, dass die Stadt zu Polen gehören würde. Martin Löwenberg war durch Vermittlung seiner Mutter mit Gerhard Heidenreich⁴⁵ von der Antifa bekannt gemacht worden. Doch Martin fühlte sich im Kreis der Antifa-Leute, wo Kommunisten tonangebend waren, nicht wohl. Ihn störte das Misstrauen, das sie untereinander hegten, welches sich dann nach ihrer Ausreise in die SBZ fortsetzen sollte. In den Zusammenkünften, die Martin besucht hatte, ging es schon um die Zusammenstellung des Trecks, dem dann etwa 600 bis 650 Leute angehörten. Die klare Ansage der Sowjetischen Militäradministration nur bewährte Antifaschisten mitzunehmen, wurde nach Martins Meinung nicht eingehalten. Auch sogenannte Freunde und Bekannte hatten dort Unterschlupf gefunden.

Martin Löwenberg verließ seine Heimat im Juni 1945. Wenige Wochen vorher war er noch voller Hoffnung hier angekommen. Seine Abfahrt schilderte er folgendermaßen: »Wir sind von Breslau etwa eine halbe Stunde gefahren, als der Zug auf freiem Feld hielt. Uns wurde gesagt, dass der Bahnhof und die Gleise kaputt seien. Nach weiteren zehn Minuten hieß es: ›Alles aussteigen!‹. Meine liebe Mutter, es war Juni, hatte mir einen Rucksack mit Oberbett und Federdecke gepackt. Dann haben wir den überfüllten Zug verlassen. Wir haben unsere Sachen rausgeschmissen und sind rausgeklettert. Plötzlich waren wir von Hunderten von Plünderern umzingelt.«⁴⁶ Martin ist überzeugt, dass diese Plünderungen bestens organisiert waren. Seinen Rucksack sah er nicht wieder. Martin schlug sich nach Weißenfels an der Saale durch. Den Tipp, dort nach Arbeit zu suchen, hatte er von einem ehemaligen Mithäftling in Leitmeritz bekommen. In einer Schuhfabrik wurde der ausgebildete Sattler sofort eingestellt. Irgendwie hatte Martin erfahren, dass sich Fred in Leipzig aufhielt. Dort kam es zu einem kurzen bewegenden Wiedersehen der beiden Brüder. Martin erinnert sich, wie er dort auf einen schmucken Burschen in britischer Ziviluniform traf. Besonders bewunderte er Freds Haare, die nach der KZ-Haft viel schneller und dichter nachgewachsen waren als bei ihm selbst.

Fred ließ sich nicht abbringen, in die alte Heimat zurückzukehren und bereits Ende August 1945 saß er in einem Rückführerzug für polnische Zwangsarbeiter und fuhr in Richtung Wrocław. Die Alliierten hatten gerade das Potsdamer Abkommen unterzeichnet und sich u. a. auf die Festlegung der polnischen Westgren-

44 Michael Herms / Gert Noack: Der »Schlesierausschuss« der VVN im Visier der SED-Führung (1946 bis 1952). Berlin 1997, S. 11 f.

45 http://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Heidenreich (Zugriff 05.05.2012).

46 Interview der Autorin mit Martin Löwenberg am 22. und 23. Juli 2009 in München.

ze an der Oder und Lausitzer Neiße geeinigt. Breslau gehörte somit zu Polen. Die Formulierung unter polnischer Verwaltung und die endgültige Bestimmung durch einen Friedensvertrag sollten in den nächsten Jahrzehnten zu heftigen politischen Auseinandersetzungen im Kalten Krieg zwischen Ost und West führen.

Seine ersten Schritte in Wroclaw beschrieb Fred folgendermaßen: »In Wroclaw angekommen, meldete ich mich sofort bei der sowjetischen Kommandantur in der Sternstraße. Dort wurde mir jede Unterstützung zugesagt. Ich stellte mich auch bei den polnischen Behörden in der Mathiasstraße vor. Polizeilich meldete ich mich bei der polnischen Milizdienststelle in der Piastenstraße an. Ich ließ mich auch registrieren bei der örtlichen Organisation des polnischen Verbandes der Widerstandskämpfer in der Büttnerstraße.«⁴⁷

Materielle Unterstützung erhielt Fred vom Jüdischen Komitee, einem Hilfskomitee, nicht zu verwechseln mit der Jüdischen Gemeinde. Nach dem Krieg war die Situation der deutschen Juden in Wroclaw äußerst kompliziert. Die neue polnische Verwaltung wusste zunächst nicht, wie sie mit ihnen umgehen sollte. Einerseits waren sie Besiegte, andererseits waren sie Opfer des NS-Regimes. Als solche wurden sie letztendlich anerkannt, was sie jedoch nicht vor einer schnellen Ausweisung schützte.⁴⁸

Wie Martin einige Wochen vorher, arbeitete Fred eng mit den sowjetischen Behörden bei der Fahndung nach Kriegsverbrechern und Naziaktivisten zusammen. Eine Neugründung der Antifa, für die sich Fred eingesetzt hatte, scheiterte an den polnischen Behörden, die sie schlichtweg für überflüssig hielt. Dafür gab es außer der neuen territorialen Zugehörigkeit der Stadt auch andere Gründe: In den ersten Monaten nach Kriegsende hatten untergetauchte Kriminelle und Nazis die Antifa missbraucht. Viele Polen glaubten nach den schrecklichen Erlebnissen während der deutschen Okkupation zudem nicht, dass es deutschen Widerstand gegen die Nazis überhaupt gegeben haben könnte.

Fred arbeitete fortan in der deutschen Selbstverwaltung zunächst als Arbeits-einsatzleiter in einem Abschnitt der Scheitniger Vorstadt, später als »Bezirksbürgermeister« oder wie es offiziell hieß als Quartalsleiter⁴⁹. Er trug als äußeres Zeichen eine rot-weiße Armbinde.

Von den sowjetischen Militärbehörden unterstützt, war er für die geordnete Ausreise der deutschen Bevölkerung mit zuständig. Diese Arbeit wurde von der polnischen Verwaltung geduldet. Neben seiner Verwaltungstätigkeit, so schilderte Fred, hätte er Aufklärungsvorträge vor seinen Landsleuten gehalten, um von den

47 Ferdinand Löwenberg: Bericht über meine Verhaftung und Verurteilung in Wroclaw 1946 bzw. 1947 (im Besitz von Martin Löwenberg).

48 Leszek Ziatkowski: Die Geschichte der Juden in Breslau. Wroclaw 2000, S. 113.

49 Abgeleitet vom polnischen Wort kwartal. In der Übersetzung gibt es die Bedeutung Quartal aber auch Quartier.

faschistischen Gräueltaten in den Konzentrationslagern zu berichten. Weiterhin hätte er über die Bedeutung des Potsdamer Abkommens referiert.

In Wroclaw war die noch verbliebene deutsche Bevölkerung staatenlos und vogelfrei. Es gab willkürliche Übergriffe. Das Verhältnis zwischen Polen, Russen und Deutschen zu jener Zeit schilderte Fred als außerordentlich kompliziert und gespannt. Die deutsche Selbstverwaltung und Vertreter der Roten Armee arbeiteten relativ gut zusammen. Mit der polnischen Verwaltung war kaum ein Miteinander möglich. »Sie wollten nicht mit uns zusammenarbeiten, auch nicht mit Linken, nicht mit Sozialdemokraten und nicht mit Kommunisten.«⁵⁰ Für Polen waren die Wunden der deutschen Besatzung noch frisch, die deutschen Kriegsverbrechen allgegenwärtig. Für Fred sollte der Versuch einer Streitschlichtung auf dem Schwarzmarkt auf dem Scheitniger Stern, der zu seinem betreuten Bezirk gehörte, schwerwiegende Folgen haben. Schwarzmärkte waren zu dieser Zeit in Wroclaw nichts Ungewöhnliches. So versuchten die verbliebenen Deutschen, ihre Sachwerte wie Schmuck, Wäsche oder Bettzeug bei der polnischen Bevölkerung gegen Lebensmittel einzutauschen. Speck, Wurst und Butter waren dabei besonders begehrt. An dem Streit waren ein Pole mit Namen Stanislaw Wolbrowski, der Fred aus Buchenwald kannte und eine Deutsche beteiligt. Diese wollte ihr Federbett gegen Butter eintauschen. Als Fred merkte, wie die Frau von Wolbrowski betrogen werden sollte, stellte er sich schützend an ihre Seite. Daraufhin beschimpfte Wolbrowski wider besseren Wissens Fred lautstark als SS-Mann und rief die Miliz.

Nach seiner polizeilichen Festnahme⁵¹ geriet Fred am 21. März 1946 in die Fänge des Bezirksamtes für Öffentliche Sicherheit (WUBP)⁵². Die Anordnung kam von Alojzy Gryglewicz, dem stellvertretenden Leiter der Abteilung I., Bereich I. Die Abteilung I. hatte sich dem Kampf gegen deutsche Spionage und Reste des Hitleruntergrundes in Polen zur Aufgabe gemacht. Der Bereich I. kümmerte sich um die Aufdeckung einer deutschen Agentur Volksdeutscher und anderer deutscher Dienste. Des Weiteren warb er auch Leute an, um feindliche Kräfte aufzudecken. Gleichzeitig leitete er Stadt- und Kreisämter für Sicherheit an.

Fred, der während des Faschismus konspirativ gearbeitet und den Überlebenskampf im KZ geführt hatte, spürte instinktiv die neue existenzielle Gefahr, die auf ihn zurollte. Dem hilflos ausgeliefert, machte er sich bei seiner Festnahme – einen Ausweis hatte er nicht bei sich – spontan ein Jahr jünger. Er gab als Geburtsdatum den 19. April 1924 an. Damit war er 22 Jahre alt und hoffte noch als Jugendlicher behandelt zu werden. Dieses Geburtsjahr korrigierte Fred auch später nicht mehr.

50 Interview der Autorin mit Fred Löwenberg am 7. Juli und 21. August 2003 in Berlin.

51 Am 8. Februar 2006 konnte die Autorin die Akte von Fred Löwenberg im Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) in Wroclaw einsehen. Ihr Dank gilt dem Direktor Prof. Wlodzimierz Suleja.

52 Bezirks- oder Wojewodschaftsämter für Öffentliche Sicherheit waren die Territorialorgane des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit, dessen Vorläufer bereits im Juli 1944 in Moskau gebildet worden waren.

Es blieb in seinen amtlichen Dokumenten und wurde auf seinem Grabstein auf dem Berliner Friedhof der Sozialisten eingemeißelt.⁵³

Die Mitarbeiter der polnischen Staatssicherheit, die Fred verhörten, waren meistens jung und durch den Krieg und die furchtbaren Erlebnisse geprägt, die die Deutschen ihrem Volk angetan hatten. Vielen lag eine Differenzierung fern, ein Deutscher war generell ein Feind und wurde auch so behandelt. Freds Widerstand gegen die Nazis, seine Hilfe für die Zwangsarbeiter blieben unerwähnt. In den Unterlagen, die über ihn angefertigt wurden, schwingt zudem ein antisemitischer Unterton mit. Seine Nationalität wurde darin mit deutscher Jude, seine Religion mosaikisch und seine Muttersprache mit deutsch und jüdisch eingetragen, da seine Aussprache einen jüdischen Akzent hätte. Diese Stigmatisierung hielt die Sicherheitsbeamten nicht davon ab, Fred in eine Zelle mit Hauptmann Arthur Kühne zu sperren. Kühne gehörte der Organisation »Freies Deutschland« an, die erst am 15. Mai 1945 gegründet worden war. Ihre Aufgabe war es, im Falle eines neuen Krieges, die nunmehr polnischen Westgebiete von Polen loszureißen. Ihre Tätigkeit bestand in dieser Zeit erst einmal darin, Schulungen durchzuführen und abzuwarten, wie sich das Verhältnis der Alliierten untereinander entwickeln würde. Erst im Frühjahr 1946 waren Kühne und etwa 200 Mitglieder dieser Organisation verhaftet worden.⁵⁴

Fred blieb zunächst einige Wochen im Polizeigefängnis. Später kam er in den Kriegsverbrecherflügel des Gefängnisses in der Kletschkaustraße. Dort war er Misshandlungen und Schikanen von Mithäftlingen, ehemaligen SS-Männern, ausgesetzt.

Fred wurden von Funktionären der polnischen Staatssicherheit die absurdesten Verbrechen vorgeworfen, z. B. SS-Mann gewesen zu sein. Man suchte vergeblich nach einer eintätowierten Blutgruppe und schlug ihm Zähne aus. Er wurde niemandem gegenübergestellt, hatte keinen juristischen Beistand und sah weder einen Richter noch einen Staatsanwalt. Fred blieb für die Außenwelt verschwunden. Es war, als hätte es ihn nie gegeben. Seine Bitte, seine Mutter sprechen zu dürfen oder die sowjetische Kommandantur zu benachrichtigen bzw. das Jüdische Komitee von seiner Festnahme zu informieren, wurde abgelehnt. Katharina Löwenberg war verzweifelt. Sie suchte Fred überall und irrte in der zerstörten Stadt umher. Sogar ein Inserat mit einer Suchmeldung gab sie auf. Hilfe von der sowjetischen Kommandantur wurde ihr versagt. Als sie endlich erfuhr, dass Fred im Gefängnis saß, bot ein jüdischer Rechtsanwalt ihr seine Unterstützung an. Katharina vertrau-

53 Fred Löwenbergs Grab befindet sich in der Anlage für Opfer des Faschismus und Verfolgte des Naziregimes. Der schlichte Grabstein trägt die Inschriften Fred Löwenberg 1924–2004, Olga Löwenberg 1926–1980. Fred hatte Olga Froloff 1954 geheiratet und drei Kinder mit ihr. Olgas Vater war Russe. Während des Ersten Weltkrieges kam er in deutsche Kriegsgefangenschaft und ist dann in Deutschland geblieben.

54 Volker Koop: Himmlers letztes Aufgebot. Die NS-Organisation »Werwolf«. Köln, Weimar, Wien 2008, S.109 f.

te ihm und verkaufte alles von ihren persönlichen Dingen, was noch einen gewissen Wert besaß. Der Rechtsanwalt erwies sich jedoch als Betrüger. Er nahm das Geld und setzte sich dann mit einem Aussiedler-Transport nach Deutschland ab. Martin, der sich in der sowjetischen Besatzungszone aufhielt, versuchte seinem Bruder zu helfen. Er bat den ehemaligen Buchenwalder Häftling Robert Siewert, der Fred kannte, sich für seinen Bruder einzusetzen. Siewert war seit November 1945 1. Vizepräsident der Provinz Sachsen und ab Ende 1946 sächsischer Innenminister. Doch auf dessen Unterstützung konnte Martin nicht bauen. Siewert hatte ihm unmissverständlich erklärt, dass seine Arme nach Polen zu kurz wären. Fred schien verloren. Doch nach etwa zehn Monaten kam Bewegung in Freds Angelegenheit. Dies verdankte er einem ehemaligen polnischen Spanienkämpfer, einem Mitglied der Internationalen Brigaden, der als Wärter in Freds Gefängnis arbeitete und sah, wie Fred von den SS-Männern schikaniert wurde. Er sorgte nicht nur für die Verlegung Freds in eine andere Zelle, sondern brachte das Verfahren ins Rollen. Fred bekam zwei Monate später einen Rechtsanwalt zu seiner Verteidigung zugewiesen. Der nun von Fred geschilderte Prozess war eine Farce, der rechtsstaatlichen Normen in keiner Weise entsprach: Er hatte keinen Dolmetscher. Er verstand nicht viel von dem Gesagten. Der ehemalige Buchenwalder Wolbrowski, der ihn auf dem Schwarzmarkt beschuldigt hatte, ein SS-Mann gewesen zu sein, war trotz Ladung nicht erschienen und sein Verteidiger schwieg während der Verhandlung. Was muss in Fred vorgegangen sein? Welche Qualen musste er aushalten? Die Todesstrafe war nicht vom Tisch. Fred wurde letztendlich zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Sein Verteidiger gab ihm zu verstehen, dass es so eine Strafe, die nicht mit dem Tod endete, bei einem Deutschen bisher noch nie gegeben hätte. Fred wurde die lange Untersuchungszeit angerechnet. Trotzdem war er nicht sofort frei. Einige Wochen verbrachte er noch im Gefängnis, dann wurde er wieder in das Hauptquartier der WUBP überstellt, wo er sich aber tagsüber frei bewegen konnte.

Sein ganzes Leben konnte Fred sich mit diesem Urteil nicht abfinden. Alle späteren Versuche einer Rehabilitation scheiterten. Mehrere diesbezügliche Anfragen in Polen verliefen ergebnislos. Er war letztendlich unrechtmäßig dafür verurteilt worden, dass er in Buchenwald Häftlingsfunktionen ausgeübt und in dieser Eigenschaft polnische Kameraden geschlagen haben soll. Als Fred Löwenberg endlich im September 1947 das Gefängnis verlassen durfte, fand er Arbeit als Heizer und Bademeister im Bad der Jüdischen Gemeinde.

Fred war trotz seiner Jugend nicht mehr unbeschwert. Er hatte Schreckliches erlebt und dem Tod oft ins Auge geblickt. Nach Deutschland wollte er nicht. Man hatte ihm sogar die Möglichkeit eingeräumt, in Polen bleiben zu können und ihm angeraten, in diesem Falle zum katholischen Glauben überzutreten. Das kam für

Fred jedoch nicht in Frage. Sein unstetes Wesen suchte nach einem Halt, nach einer Orientierung. Vielleicht hatte der Holocaust, der Tod seiner jüdischen Verwandten väterlicherseits und sein Überleben der Konzentrationslager und des polnischen Gefängnisses etwas in ihm ausgelöst. Er begann sich auf etwas zu besinnen, was in seiner Familie kaum eine Rolle gespielt hatte, wofür er jahrelang geächtet wurde: auf seine jüdischen Wurzeln. Fred interessierte sich von nun an für die Gottesdienste in der einzig erhaltenen Synagoge zum weißen Storch. Er erlernte das Beten und freundete sich mit einem Mädchen aus einer orthodoxen jüdischen Familie an. Zu einer Heirat kam es jedoch nicht, denn Fred schreckte vor der geforderten Beschneidung zurück, die in der Jüdischen Gemeinde Fajwel Königsberger vornahm, der dort ebenso das rituelle Schlachten, das Schächten, ausführte. Fred träumte von einem Leben in Palästina. In diese Phantasien bezog er Edith Blaschke, die er nicht vergessen konnte, und die Tochter Doris mit ein. Er hatte in Polen einen Lehrgang der »Haganah« (Verteidigung) besucht, aus der sich später die Streitkräfte Israels formierten. Die polnische Regierung hatte diese Ausbildung eine gewisse Zeit unterstützt, da sie sich gegen die damalige Kolonialpolitik Großbritanniens richtete, die der Gründung des Staates Israel entgegenwirkte.

Warum sein Bruder letztendlich nicht auswanderte, konnte Martin nicht beantworten.

In Wroclaw fand Fred Anschluss an die Polnische Sozialistische Partei (PPS), deren Gastmitglied er wurde. Auf seine Initiative hin wurde das von den Nazis in der Kristallnacht 1938 geschändete Grab von Ferdinand Lassalle auf dem alten jüdischen Friedhof in der ul. Slezna 37/39 (Lohestraße) wieder hergerichtet. Dass Fred bei seiner Geburt den Vornamen Ferdinand erhielt, war eine Hommage seiner Eltern an Lassalle gewesen. Die PPS widmete dem deutschen Arbeiterführer eine Tafel, die sich heute noch an seinem Grab befindet: Ferdinand Lassalle – dem großen Sozialisten – PPS am Tag ihres 27. Kongresses am 14. 12. 1947. Die PPS wurde im Dezember 1948 Bestandteil der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Der Friedhof ist heute als Museum der Friedhofskunst Teil des Wroclawer Stadtmuseums.

Nach eigenen Aussagen verließ Fred Polen im Oktober 1948 in Richtung Westen. Sein weiteres Leben war von steter Unrast und großem Lebenshunger bestimmt. Er lebte in der Bundesrepublik in München und wurde Mitglied der SPD. Bereits 1950 schloss ihn die Partei aus. Den Genossen der SPD war sein Engagement für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, die eng mit Kommunisten zusammenarbeitete, ein Dorn im Auge. Als er erneut Verfolgungen ausgesetzt war, siedelte er 1969 in die DDR über und arbeitete dort als Wirtschaftsjournalist für die außenpolitische Zeitung »Horizont« und die »Neue Deutsche Bauernzeitung«. Seine Urania-Vorträge zu innenpolitischen Themen der DDR, die auch kritische

Töne beinhalteten, fanden regen Zuspruch. Fred Löwenberg starb am 30. Mai 2004. Ein Platz im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf trägt seit kurzem seinen Namen.

Martin verließ nach einer gewissen Zeit Weißfels. Er war dort, wie er sagte, als SPD-Mitglied und Mitbegründer des FDGB und der VVN ein großer Verfechter der Einheit der Arbeiterklasse geworden. Seine hagere abgemagerte Gestalt brachte ihm den Spitznamen »Roter Gandhi« ein.



Namensgebung Fred-Löwenberg-Platz am 19. April 2012

Seine Ausreise war rein privater Natur, ein Absprung aus einem »Liebeskarussell«. Er fuhr mit ordentlichen Ausreisepapieren von der sowjetischen in die amerikanische Zone nach Bayern, wo auch die Breslauerin Katharina Löwenberg, die im Sommer 1946 dort mit einem Aussiedlertransport angekommen war, eine neue Heimat gefunden hatte. Ein kleiner Artikel in der Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes »Die Tat« hatte am 30. Januar 1965 diese mutige Frau und ihr antifaschistisches Engagement gewürdigt.⁵⁵ Katharina Löwenberg starb am 17. April 1976 im Alter von 73 Jahren.⁵⁶

Heute wohnt Martin Löwenberg in einem Münchner Altenheim und ist seit August 2011 nach 58 Ehejahren, die er mit seiner Frau Josefine verbrachte, verwitwet. Sein unermüdliches politisches Wirken zur Unterstützung von Flüchtlingen sowie zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter, sein entschiedenes Eintreten gegen Neonazismus, Antisemitismus und Krieg ist in einem Dokumentarfilm festgehalten, der im Herbst 2011 Premiere hatte.⁵⁷

Martin Löwenberg ist auch im hohen Alter fest entschlossen, »wenn Kopf und Körper mitmachen«, sich aufmarschierenden Nazis entgegenzustellen.

55 »Eine Mutter findet keine Ruhe«, in: Die Tat, 30.01.1965.

56 Abschrift aus dem Sterbeprotokoll des Standesamtes II in München befindet sich im Besitz von Martin Löwenberg.

57 »es kann legitim sein, was nicht legal ist«. martin löwenberg – ein leben gegen faschismus, unterdrückung und krieg. ein film von petra gerschner und michael backmund. Dokumentarfilm 94 Minuten, München 2011.

Marek Ordylowski

1945/1946 – das erste schwere Nachkriegsjahr in Breslau/Wrocław

Das Jahr 1945 stellte auch für Breslau/Wrocław mit dem Kriegsende und dem Neubeginn eine wahrhaft historische Zäsur dar. Die von Hitler zur Festung erklärte Stadt Breslau kapitulierte erst am 6. Mai 1945, vier Tage nach der Kapitulation Berlins, mit einer erschreckenden Bilanz: Von 30.000 Häusern überstanden gerade 10.000 die Belagerung. Im südlichen und westlichen Teil der Stadt lagen 90 Prozent der Gebäude in Schutt und Asche, in der Altstadt und im Zentrum 50 Prozent. Die Infrastruktur der Stadt war weitestgehend beschädigt oder zerstört: Zu 100 Prozent das Beleuchtungsnetz, zu 70 Prozent das Verteilernetz, zu 60 Prozent das Elektrizitätswerk und das Energienetz, zu 80 Prozent das Straßenbahnnetz, die Gleise und das Gasnetz. Auch die Wasserleitungen und die Kanalisation funktionierten nicht mehr. Die Kathedrale, der Bischofspalast, der Sommerpalast des Bischofs, die Universität und viele Kirchen waren Ruinen.

Am Tage der Kapitulation befanden sich etwa 150.000 bis 160.000 Menschen in der Stadt.¹ Sowjetische Ärzte betreuten in den Krankenhäusern ungefähr 6.000 Kranke, einschließlich verwundeter deutscher Soldaten.²

Bereits im März 1945 hatte sich in Krakau eine Gruppe von polnischen Beamten formiert, die nach der Eroberung Breslaus die polnische Zivilverwaltung in Wrocław aufbauen sollte. Für die Funktion des Stadtpräsidenten war der Sozialist Dr. Boleslaw Drobner nominiert.³ Diese Gruppe erreichte unter großen Mühen erst am 9. Mai 1945 Wrocław. Nach Gesprächen mit dem sowjetischen Stadtkommandanten, Oberst Liapunow, quartierte sie sich in einem Gebäude in der damaligen Marschall Blücher-Straße ein. Nach einer gemeinsamen Konferenz mit der sowjetischen Führung am 11. Mai 1945 übernahm sie die zivilen Verwaltungsgeschäfte und das Vermögen der Stadt.

1 Marek Ordylowski: *Zycie codzienne we Wrocławiu 1945–1948*, Wrocław 1991, S. 13. Einige geben 200.000 bis 230.000 an. Alle Daten beruhen auf Schätzungen. Der Unterschied kann sich aus dem Fakt ergeben, dass nach Kriegsende viele Einwohner in die Stadt zurückkehrten.

2 M. Czarnecki: *Jak powstała sluzba zdrowia w odzyskanym Wrocławiu*, in: *Trudne dni. Wrocław 1945 we wspomnieniach pionierow*, Band II. Wrocław 1961, S. 223-229.

3 Dr. Boleslaw Drobner (1883–1968), Dr. der Chemie, sozialistischer Funktionär, nach dem Krieg bis 1968 Sejmabgeordneter, Seniomarschall (Alterspräsident).

Die polnische Mannschaft musste sich mit vielen Schwierigkeiten herumschlagen. Einem Großteil seiner Mitglieder war die Stadt völlig unbekannt. Unterstützung und Hilfe kamen von in Wroclaw lebenden Polen, den sogenannten Autochthonen. Der bestehende Dualismus der Machtverhältnisse erschwerte die Verwaltung der Stadt: auf der einen Seite die russische Kommandantur, auf der anderen die polnische Behörde. Die Russen behandelten Wroclaw wie eine Kriegsbeute. Sie transportierten Maschinen, Anlagen, Rohstoffe, Kunstwerke und kostbare Wertgegenstände ab. Davon waren auch Lebensmittelvorräte betroffen, die für das Leben in der Stadt unentbehrlich waren. Wie der Forscher Jędrzej Chumiński errechnete, wurden während der Belagerung der Festung Breslau höchstens 30 Prozent der Fabriken zerstört. Die Verwüstung erfolgte nach dem Ende der Kriegshandlungen, als sowjetische Abteilungen, »trofiejnyje roty«, Kriegsbeute-Abteilungen, zum Beispiel aus den Linke-Hofmann-Werken 424 Werkzeugmaschinen, 694 Elektromotoren und alle Werkzeuge demontierten und wegschafften.⁴ Aus der großen Chemiefabrik Superphosphat nahmen die Russen 85 Prozent der Maschinen und technische Ausrüstungen mit, aus den Betrieben Deutsche-Bau-Bedarf 80 Prozent und alle Maschinen aus der Firma Torwarth Hielscher.⁵ Trotz polnisch-sowjetischer Vereinbarungen nach dem Potsdamer Abkommen im August 1945 zur Übergabe von sowjetisch besetzten Betrieben in polnische Hände wurde die Aktion faktisch erst 1948 beendet. Die polnische Verwaltung, so schätzt Chumiński ein, übernahm lediglich 40 Prozent des Industriepotentials der Stadt aus dem Jahre 1939.⁶

Die Doppelherrschaft endete im Prinzip nach dem Potsdamer Abkommen mit der eindeutigen Zuordnung Wroclaws zu Polen. Seitdem fungierte formell die Stadtverwaltung als Hausherr. Doch die verbliebene sowjetische Armee und ihre Kommandantur⁷ schenkte dem wenig Beachtung. Die Regelung der Angelegenheit erforderte viele Interventionen bei Marschall Konstantin Rokossowski⁸, der zur Führung der Nordgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Legnica gehörte.

4 Jędrzej Chumiński: Radzieckie demontaze przemyslu Wroclawia w 1945 roku, S. 267.

5 Archiwum Akt Nowych, Zespol Akt Grupy Operacyjnej Komitetu Ekonomicznego Rady Ministrow, sygn. 102, Geschätzte Daten von übernommenen Betrieben unter staatlicher Verwaltung.

6 J. Chumiński, S. 283.

7 Der Stadtkommandant der Roten Armee teilte die Stadt in zwölf Ortskommandanturen. Notgedrungen passten die polnischen Behörden ihre Verwaltungsstruktur an und schufen zwölf Stadtbezirksämter.

8 Konstantin Rokossowski, Sohn eines Polen und einer Russin wurde in Warschau oder in Wielikije Luki geboren. (Während der Stalinschen Säuberungen gab er als Geburtsort Wielikije Luki an.) Von 1914 in der zaristischen Armee und danach in der Roten Armee, während des Zweiten Weltkrieges Heerführer und Marschall der UdSSR, nach dem Krieg Führer der Nordgruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Polen, von 1949 bis 1956 auf Befehl Stalins Marschall Polens, Vizepremier und Verteidigungsminister, verantwortlich für Säuberungen und Repressionen in der Polnischen Armee, führte das System der Zwangsarbeit in Kohle- und Uranerzgruben und Steinbrüchen ein, außerdem den Militärsatzdienst für Jugendliche aus Familien, die als politisch unzuverlässlich galten.

An der Tagesordnung waren Raub, Vergewaltigungen und Morde, begangen hauptsächlich durch Soldaten oder Marodeure der Sowjetarmee. Die sowjetische Kommandantur bekämpfte dieses Übel des Marodierens so gut sie konnte. Ein großes Problem waren Brandstiftungen. Auf der Suche nach Lebensmitteln durchstöberten Marodeure und Deserteure Häuser, nicht selten entzündeten sie auf dem Parkett Feuer. Die polnischen Behörden waren anfangs mit der Erhaltung öffentlicher Ordnung und Sicherheit überfordert. Zur Verwaltungsmannschaft gehörten nur einige Milizionäre – ein Tropfen auf dem heißen Stein, zumal sich in der Stadt unzählige Soldaten befanden und viele Menschen durch den Krieg stark demoralisiert waren. Die meisten besaßen Waffen und setzten sie skrupellos ein. Bewaffnete Banden raubten in den ersten Maitagen alles, was es gab. Zum Schutz wurden ein Städtischer Wach- und Objektschutz sowie ein Industrieschutz berufen. Miliz und Sicherheitsdienst befanden sich gerade im Aufbau. Erste größere Aktionen mit Ordnungscharakter erfolgten Ende Mai 1945 und richteten sich vor allem gegen versteckte Funktionäre der deutschen Polizei und der NSDAP, aber auch gegen Mitglieder der SS. Die Einführung einer Spezialabteilung für Innere Sicherheit (KBW)⁹ verbesserte die Situation. Ein großes Problem für die polnische Verwaltung waren Schiebereien. Mit diesem Terminus wird die Aneignung oder auch der Raub von Eigentum, das während der Kriegshandlungen oder nach dem Ende der Kämpfe zurückgelassen wurde, bezeichnet. Diese Erscheinung war nicht nur für Wroclaw spezifisch. Sie trat in allen frontnahen Zonen und an allen Fronten des Zweiten Weltkrieges auf. Die Schieberei war sehr verbreitet, besonders vor der Potsdamer Konferenz, als die staatliche Zugehörigkeit der Stadt noch offen war. Später, mit der Stabilisierung der Sicherheitslage, verschwand sie. Neben Diebstahl gehörten Plünderungen im ersten Nachkriegsjahr zu den großen Plagen der Stadt. Wegen der Schwäche der Ordnungsmacht blieben die Verbrecher oft straffrei. Ihre Verfolgung wurde durch die Mobilität der Einwohner erschwert. Besonders gefährlich und schwer zu bekämpfen waren die Plünderungsbanden aus den Reihen der Roten Armee. Eine dieser Banden attackierte im September 1945 eine Polizeiwache. Im Gefecht mit den Banditen im Park Szczytnicki (Scheitniger Park) musste sich die Miliz nach einer Stunde Schusswechsel wegen Munitionsmangel zurückziehen. Erst mit der Unterstützung durch eine Patrouille der Roten Armee, die den Park umstellt hatte, wurde die Bande liquidiert. Die Banditen überfielen oft Privatwohnungen unter dem Vorwand, Waffen zu suchen. Die Anstifter vieler Überfälle waren sowjetische Soldaten oder Zivilisten. In Wroclaw befanden sich Übergangslager für Bürger der UdSSR, die während des Krieges

9 Die Spezialabteilung für Innere Sicherheit wurde dem Ministerium für öffentliche Sicherheit untergeordnet, berufen zum Kampf gegen den Untergrund, der für Unabhängigkeit kämpfte (entsprach dem sowjetischen NKWD).

als Zwangsarbeiter hierher verschleppt worden waren. Viele dieser Zivilisten, durch den Krieg demoralisiert, waren Anstifter von Verbrechen, besonders gegen Deutsche, die sie als Verursacher des Krieges ansahen. Daher nahmen sie sich das Recht, sich an ihnen zu rächen. Die polnischen Behörden beschwerten sich darüber bei der russischen Kommandantur. Im Januar-Bericht des Stadtpräsidenten lesen wir: »Das Verhältnis zur Roten Armee ist weiterhin von Misstrauen geprägt. Ursache dafür ist in hohem Maße der Stand der Sicherheit und die Unsicherheit in Bezug auf Hab und Gut und Leben während der Nacht, aber auch am Tag gegenüber den Taten der Marodeure, aber auch gegenüber denen von Soldaten der Roten Armee. Ein wesentlicher Anstieg dieser Vorfälle ist in den Stadtteilen VI Karłowice (Karlowitz), VII Psie Pole (Hundsfeld) und besonders in VIII Lesnica (Lissa) zu verzeichnen. Überall steht dies im Zusammenhang mit den dort befindlichen Lagern für Zivilisten und sowjetischen Soldaten.«¹⁰

Besonders furchtbare Verbrechen stellten die Massenvergewaltigungen während und am Ende des Krieges dar. Als Sieger nahmen sich sowjetische Soldaten das Recht, Frauen zu vergewaltigen, unabhängig von Alter und Nationalität. Auch Polinnen wurden vergewaltigt, wenn sie das Pech hatten, ohne männliche Begleitung auf die Sieger zu treffen. In einem der Berichte der Wojewodschaftsmiliz über Vergewaltigungen heißt es: »Die genannten Verbrechen verübten Bürger russischer Nationalität vor allem an Frauen deutscher Nationalität. In einem Fall vergewaltigte ein Soldat der Roten Armee ein 9-jähriges Mädchen deutscher Nationalität.«¹¹

Nicht selten tauchten gemischte polnisch-sowjetische Banden auf. Eine von ihnen wurde im Februar 1946 gefasst. Drei Polen wurden vor das Standgericht gestellt und zum Tode verurteilt. Zwei ihrer russischen Kumpane wurden den sowjetischen Behörden mit dem Ziel einer Verurteilung übergeben.«¹² Verbrechen wurden auch von Offizieren der Roten Armee begangen. Beispielsweise ermordeten zwei Offiziere den ersten polnischen Bürgermeister von Pieszyce (Peterswaldau), als er sie beim Stehlen ertappte.¹³ Im Dezember 1945 überfiel im Kreis Bolesławiec (Bunzlau) eine Gruppe von Soldaten unter Führung von Offizieren ein Haus, das von Deutschen und Polen bewohnt wurde. Beim Eintreffen einer Milizabteilung kam einer der Angreifer ums Leben. Ein Leutnant wurde verhaftet,

10 Tätigkeitsbericht der Gesellschaftspolitischen Abteilung der Stadtverwaltung für den Monat Januar 1946, Archiwum Państwowe we Wrocławiu, Zespół Akt Urzedu Wojewodzkiego Wroclawskiego, Sign. VI/31./weiter AP UWW/.

11 Situationsbericht vom 1.IX. bis zum 30.IX.1946, Archiwum Komendy Policji we Wrocławiu, Zespół Akt Komendy Wojewodzkiej Milicji Obywatelskiej z lat 1945–1990, Sign. 147/51, Band II.

12 Siehe T. Tulaszewicz: Trzy wyroki smierci w sadzie doraznym. Wladze przystepuja do bezlitosnego tepienia bandytyzmu, in: Pionier 16 lutego. Unbekannt ist, was mit den Russen geschah.

13 Marek Ordylowski: Z problemow zycia codziennego na Ziemiach Odzyskanych w latach 1945–1950 na przykladzie Dolnego Slaska, in: Dzieje Najnowsze, Rocznik XXXIV/2002/, Nr. 1, S. 127.

ein älterer Leutnant konnte fliehen. In diesem Falle befasste sich der Militärstaatsanwalt der Roten Armee mit der Sache.¹⁴

Der fehlende Glaube an eine Bestrafung von Banditen in sowjetischer Uniform löste fragwürdige Verhaltensweisen bei den polnischen Milizen aus. In einem Bericht der Sicherheitsorgane wurde dargelegt, dass polnische Milizionäre brutal vorgingen, wenn sie sowjetische Soldaten auf frischer Tat ertappt hatten. Sie schlugen sie in aller Öffentlichkeit.¹⁵ Den Milizen ging es darum, der Bevölkerung zu zeigen, dass sie gegen Täter in sowjetischen Uniformen machtlos sind, obwohl sie sich bemühten, ihrer habhaft zu werden und sie die Pflicht hatten, sie der sowjetischen Kommandantur zu übergeben. Ihre Vorgesetzten dagegen haben die Täter laufen lassen, statt sie zu bestrafen.¹⁶

Als im März 1946 die Lager für sowjetische Bürger in der Stadt aufgelöst wurden, meldeten die Behörden umgehend dem Wojewoden, »angesichts des Rückzuges der Lager von sowjetischen Repatrianten aus dem Stadtgebiet verringerte sich die Anzahl der Raubüberfälle, die von sowjetischen Soldaten verübt wurden auf ein Minimum. Deshalb gibt es gegenwärtig keine Gründe für Klagen und Beschwerden.«¹⁷ Am Rande dieser Angelegenheit muss man daran erinnern, dass nicht nur einmal Überfälle von Polen oder Deutschen verübt wurden, die sowjetische oder polnische Uniformen trugen. Im Januar 1946 beispielsweise gaben sich zwei Deutsche als Mitarbeiter des Amtes für Sicherheit aus. Unter dem Vorwand einer Durchsuchung nach Waffen bestahlen sie eine Deutsche.¹⁸ Die schlechte Sicherheitslage in der Stadt war der Grund für die Einführung der Polizeistunde im Oktober, die von 20.00 Uhr bis 5.00 Uhr früh galt. Sie wurde erst im Frühjahr 1946 abgeschafft, nachdem die Miliz und das Komitee für Innere Sicherheit das Banditentum bedeutend eingrenzen konnten.

In den ersten Wochen nach Beendigung der Kriegshandlungen tauchten verschiedene ad hoc gebildete Organisationen der Deutschen auf. Sie traten gewöhnlich unter dem Schild antifaschistischer Organisationen hervor, was die Russen in der Regel respektierten. In Wroclaw waren zwei solcher Organisationen tätig: »Vereinigung Deutscher Antifaschisten« unter der Leitung von Paul Marzoll. Die

14 Siehe Marek Ordylowski: Sytuacja polityczna, gospodarcza i społeczna na wsi dolnoslaskiej w swietle raportow Milicji Obywatelskiej w latach 1945–1958. Materiały, in: Slaski Kwartalnik Historyczny »sobotka«, Jg. 1995, Nr. 3-4, S. 186.

15 Siehe Marek Ordylowski: Z problemow ..., S. 127-128.

16 Situationsbericht der Kreiskommandantur der Bürgermiliz in Luban vom 5.XI. bis 15.XI.1945, Archiwum Wojewodzki Komendy Policji we Wroclawiu, Zespol Akt Komendy Wojewodzkiej Milicji Obywatelskiej z lat 1945–1990, Sign. 146/20.

17 Tätigkeitsbericht der Gesellschaftspolitischen Abteilung für den Monat März 1946, Archiwum Panstwowe we Wroclawiu, Zespol Akt Urzedu Wojewodzkiego Wroclawskiego, AP UWW, Sign. VI/31.

18 Siehe Hermann Hoffmann: Im Dienste des Friedens. Lebenserinnerungen eines katholischen Europäers, Stuttgart und Aalen 1970, S. 322.



Breslau, Ring/Ostseite, um 1900

Gruppe zählte etwa 800 Mitglieder und arbeitete mit der polnischen Stadtverwaltung zusammen. Die Organisation half den polnischen Behörden, viele Hitlerfunktionäre zu ergreifen, die sich versteckt hatten. Die zweite Organisation, »Antifa – Antifaschistische Freiheitsbewegung«, arbeitete eng mit der sowjetischen Kriegskommandantur zusammen. Mit deren Hilfe besetzten sie mit ihren Leuten die Posten von Stadtteilbürgermeistern. Die Kontrollen der polnischen Behörden umgehend, eröffneten sie in den Stadtteilen eigene Quartierbüros und gründeten eine eigene Jugendorganisation. Ihr Vorsitzender war Hermann Hartmann. Die sowjetischen Behörden, die sich die Arbeit vereinfachen wollten, tolerierten sie, denn sie organisierten Ordnungsarbeiten, z. B. bei der Entrümmerung. Sie halfen, Betriebe wieder in Gang zu bringen, die für die Armee notwendig waren: Bäckereien, Mühlen, Wasserleitungen, städtische Infrastruktur. Sie stellten Arbeiter, die für die Demontage von Fabriken und für ihre Verladung zum Abtransport notwendig waren. Die Antifa versuchte, nach einem Bericht des Präsidenten Dr. B. Drobner, die nicht bis zum Ende geklärte rechtliche Situation auszunutzen und die deutsche Bevölkerung Wroclaws zu regieren. Sie gab sogar ein Flugblatt heraus, in dem sie zur Registrierung im Arbeitsamt »Juden, Halbjuden, Polen und Angehörige anderer Staaten unabhängig von ihrer Nationalität« aufrief.¹⁹ Nach der Intervention von Dr. Drobner in der sowjetischen Stadtkommandantur verließen

¹⁹ B. Drobner: *Zdobyliemy polskie Zloto Runo*, in: *Trudne Dni...*, Band I, Wrocław 1960, S. 90.



Breslau/Wrocław, Altstadt 1945

Mitglieder der Antifa die Stadt.²⁰ Nach dem Potsdamer Abkommen wurden beide Organisationen aufgelöst.²¹

Außer der Klärung politischer Fragen musste in der Stadt die Ernährung geregelt werden. Eine Aufgabe ersten Ranges für die polnischen Behörden war es, die städtischen Anlagen in Betrieb zu nehmen. Der erste Strom floss am 12. Mai, am 15. Mai kam Wasser aus den Hähnen, am 16. Mai wurde die Post wieder eröffnet (die ersten Kunden waren Deutsche), im Mai die Telefonzentrale, die anfangs ausschließlich Ämter bediente.²² Ab 22. Juni konnte eine Autobuslinie betrieben werden. Das erste Kino spielte am 16. Juni. Für die Belebung der Stadt war die Durchlässigkeit der Verkehrsverbindungen außerordentlich wichtig: die Beseitigung von Minen, die Entrümmerung der Straßen, die Inbetriebnahme der städtischen Kommunikation. Die Minen waren noch viele Jahre nach dem Krieg ein Problem und die Ursache für viel Leid. Noch heute kommt es vor, dass während des Häuserbaus oder der Straßensanierung alte Fliegerbomben, Blindgänger oder Artilleriegeschosse gefunden werden.

Ein weiteres Grundproblem war die Verpflegung. Einen Großteil der Lebensmittelmagazine hatten die russischen Befreier übernommen. Deshalb war die

20 Antifa oder Antifaschistische Freiheitsbewegung war von Januar bis August 1945 in Wrocław tätig.

21 Drobner stellt in seinen Erinnerungen fest, dass die Mitglieder der Antifa Wrocław noch Anfang Juni verlassen haben.

22 Beim Ausgraben der Telefonleitungen fanden Mitarbeiter des Städtischen Amtes für Telekommunikation in einem verschütteten Keller einen Deutschen, der nicht wusste, dass der Krieg zu Ende war.

Übergabe an die polnischen Behörden eine Angelegenheit ersten Ranges. Hinzu kam, dass eine große Zahl von Lebensmitteln aus Angst vor der Vernichtung durch Kriegseinwirkungen in vielen provisorischen Magazinen, z. B. in Läden, Kellern u. ä., lagerten. Die dort gesammelten Vorräte erlaubten der Bevölkerung nach der Kapitulation, die ersten Tage zu überstehen. Außerdem befanden sich in den Hafenspeichern einige tausend Tonnen Zucker, in den Mühlen Mehl und Getreide und in den Magazinen eine große Anzahl von gepökeltm Fleisch. Am schnellsten wurden die Bäckereien durch die alten Besitzer in Gang gesetzt. Im Laufe eines Monats arbeiteten schon 100 Bäckereien. Als in der Stadt die Lebensmittel knapp waren, wurden die Mitarbeiter polnischer Institutionen anfangs in Speisesälen versorgt. Wenn es um die Deutschen ging, so erhielten nur die Personen Lebensmittelzuteilungen, die arbeiteten. Ihre Zuteilungen waren um die Hälfte geringer als die Zuteilungen für polnische Mitarbeiter. Um die Verpflegungsangelegenheiten²³ zu vereinheitlichen, legte der Stadtpräsident im Mai die Lebensmittelzuteilungen fest: für Polen – monatlich 21 kg Brot, 4,5 kg Weizenmehl, 4,5 kg Zucker, 1,5 kg Fett, 7,5 kg Fleisch, 21 kg Kartoffeln, 0,5 kg Salz, 1,5 kg Getreidekaffee, 300 g Seife; für Deutsche – 9 kg Brot, 2 kg Weizenmehl, 2 kg Grütze, 0,5 kg Zucker, 1 kg Fett, 3 kg Fleisch, 12 kg Kartoffeln, 400 g Salz, 300 g Getreidekaffee, 100 g Seife. Die große Anzahl der Fleischzuteilung für Polen betraf wahrscheinlich die Mitarbeiter der Verwaltung. Nicht ausgeschlossen ist auch, dass man den Überschuss von verdorbenem gepökeltm Fleisch aus den Magazinen loswerden wollte. Ein Mitarbeiter aus den Kanalisationsbetrieben, Tadeusz Gabryszewski, erinnerte sich, dass man das zuteilte Fleisch in Kaliumpermanganat einweichen musste, denn es war schon verdorben und von großen lebenden Maden durchsetzt. Aber die von sechs Jahren Krieg ausgehungerten Polen würzten es mit viel Paprika und Pfeffer. Eine Folge war, dass viele über Magenbeschwerden klagten.²⁴

Zahlreiche Einwohner der Stadt suchten Lebensmittel in Ruinen, Kellern und verlassenen Wohnungen. Oft lagerten die Lebensmittel bei den Herstellerfirmen. Diese aufzusuchen war eine Notwendigkeit, denn über längere Zeit waren die Geschäfte nicht in Betrieb. Dafür entstand sehr schnell das Marktwesen, wo der Tauschhandel blühte. Die deutsche Bevölkerung tauschte gewöhnlich Schuhe und andere Industrieartikel gegen Lebensmittel, die aus Zentralpolen mitgebracht worden waren. Wenn es um Valuten ging, so waren bis Ende Juli 1945 die deutsche Mark und der polnische Zloty in Umlauf, in der Relation eine Mark gleich zwei Zloty. So war es bis Ende Juli. Vom 1. August an gab es nur eine Währung, den Zloty.

23 Die Abteilung Verpflegung der Stadtverwaltung leitete der diplomierte Major der Versorgungseinheit aus der Vorkriegszeit Aleksander Nizynski, während des Krieges war er Quartiermeister des Warschauer Gebietes der Landesarmee.

24 Siehe Tadeusz Gabryszewski: Odbudowa sieci kanalizacyjnej, in: Trudne dni, Bd. II, S. 253-254.

Die Stadt nutzte noch die aus deutschen Kriegsmagazinen stammenden Lebensmittel bis Ende September 1945. Von diesen Vorräten wurde die Bevölkerung Wroclaws ernährt, aber auch die nach Hause von der Zwangsarbeit oder aus Lagern zurückkehrenden polnischen und fremden Gefangenen wurden damit versorgt. Erst Ende September erhielt die Stadt Lebensmittel auf Zuteilung vom Niederschlesischen Wojewodschaftsamt. Von August 1945 an verringerte sich auch die Höhe der Lebensmittelzuteilungen für arbeitende Personen. Von da ab bekamen arbeitende Menschen monatlich eine Zuteilung von 10 kg Brot, 2,3 kg Weizenmehl, 2,3 kg Grütze, 0,9 kg Bohnen/ Erbsen, 30,5 kg Kartoffeln, 4,5 kg Gemüse, 1,15 kg Fett, 2,3 kg Fleisch, 0,8 kg Zucker, 0,45 kg Getreidekaffee, 0,55 kg Salz, 1,15 kg Marmelade oder Honig. Aber mit der Verteilung haperte es. Oft erfolgte sie mit erheblicher Verspätung. Alle diese Waren waren auch auf dem freien Markt erhältlich, aber zu einem wesentlich höheren Preis als auf Karten. Im November 1945 wurden die Zuteilungen in fünf Kategorien unterteilt: Mitarbeiter von staatlichen Institutionen, Arbeiter im privaten Sektor, Arbeiter vom Bau- und Transportwesen, Familien der Mitarbeiter.

Anfangs traten in der Stadt Probleme bei der Kartenzuteilung auf. Praktisch sah das so aus, dass man sich nach Erhalt der Karten in einem der entsprechenden Geschäfte registrieren ließ und dann dort kaufte. Hauptverteiler war die Allgemeine Lebensmittelgenossenschaft »Spolem«.²⁵ Weil ihr Geschäftsnetz damals noch nicht groß genug war, wurden die Karten auch in Privatgeschäften eingelöst, die in der Stadt in der Überzahl waren. Obwohl »Spolem« über entsprechende Vorräte verfügte, bestand das Problem darin, dass für die Verteilung Autos fehlten. Die privaten Ladenbesitzer wollten lieber die Ware zum Preis des freien Marktes verkaufen. Die Versorgung auf Karten entfiel in Polen erst am 1. Januar 1949.

Nicht nur Lebensmittel konnte man problemlos auf dem freien Markt kaufen. An vielen Punkten der Stadt entstanden Märkte, auf denen buchstäblich mit allem gehandelt wurde. Anfangs war das ein Tauschhandel, später bediente man sich des Geldes. Den größten solcher Märkte gab es am Grunwaldzki-Platz, andere befanden sich am Strzelecki-Platz neben dem Bahnhof Wroclaw-Nadodrze, dem Biskup-Nakier-Platz, am Hauptbahnhof und an anderen Orten. Die Eröffnung der ersten Geschäfte schränkte deren Bedeutung ein. Die Entwicklung eines Ladenetzes wurde von den städtischen Behörden unterstützt, denn es trug zur schnellen Belebung der Stadt bei. Das war insofern einfach, weil gewöhnlich die bisherigen deutschen Besitzer enteignet wurden, ihre Läden mit den Warenvorräten quasi beschlagnahmt wurden. Zur Besonderheit Wroclaws gehörte eine große Anzahl von

25 Die Allgemeine Lebensmittelgenossenschaft »Spolem«, gegründet 1907, ist ein genossenschaftliches Handelsnetz wie das System der Vereinigung der Gerechten Pioniere in Rochdale/England 1844. Sie besaß das größte Netz von Lebensmittelgeschäften in Polen, besonders nach der Begrenzung des Privathandels.

Kommissionsgeschäften. In ihnen verkauften Deutsche, die sich auf die Abreise aus der Stadt vorbereiteten, ihr bewegliches Vermögen, um Lebensmittel kaufen zu können. In den Jahren 1945 und 1946 gelang es vielen Händlern, wertvolle Waren von bedeutendem Wert zu erwerben, in dem sie die Zwangslage der Abreisenden ausnutzten und Waren wesentlich unter ihrem Wert ankauften. Die auf diese Weise gekauften Güter veräußerten sie anschließend in Zentralpolen. Viele Geschäfte waren sogenannte Gemischtwarenläden, die sowohl mit Industriartikeln als auch mit Lebensmitteln handelten. Den Umfang der Entwicklung des Handels belegt die Tatsache, dass Anfang Oktober 1945 in Wroclaw 160 Geschäfte existierten, Ende 1946 waren es zehnmal mehr, davon 1.250 Lebensmittelgeschäfte. Nach der Ausreise der Mehrzahl der Deutschen verschwanden viele Kommissionsgeschäfte, da ihre Versorgungsquellen versiegt waren (Mitte 1946).

Die Wroclawer Geschäfte besaßen im ersten Nachkriegsjahr kaum Schaufenster. Weil Glas fehlte, wurden Vitrinen und Schaufenster oft mit Sperrholz verkleidet. Erst im September 1945 entschieden die Behörden, dass die gesamte Produktion der Walbrzycher Glashütte für Wroclaw bestimmt wurde, damit Fenster und Vitrinen verglast werden konnten.

Neben den Geschäften wurden sehr schnell die bestehenden Warenhäuser in Betrieb genommen. Das erste dieses Typs wurde im Oktober 1945 in der ulica Swidnicka eröffnet. Mit der Zeit kamen weitere hinzu. In den Geschäften und Magazinen gab es eine Warenfülle. Eine andere Sache war, dass die Preise die Möglichkeiten eines durchschnittlichen Brotessers oft weit überschritten. Zwei Faktoren begünstigten die schnelle Entwicklung der Dienstleistungen: die große Anzahl von Werkstätten – ausgerüstet mit Maschinen, Einrichtungen und Rohstoffen –, die meistens waren von ihren bisherigen Besitzern verlassen worden und zum anderen die Gründung der Bank des Vereins der Erwerbsgesellschaften, deren Hauptziel darin bestand, das Handwerk, den Handel sowie die Kleinindustrie zu finanzieren. Dank dieser konnten schon 1945 Wäschereien, Uhrmacher, Apotheker, Glaser, Schneider, Schuster, Friseure, Schornsteinfeger, Leute vom Bau u. a. ihre Arbeit aufnehmen. Schnell bildeten sich auch Handwerkszünfte.²⁶

Ende Juni 1945 öffneten Restaurants, Bars und Hotels. Sie entstanden in so großer Zahl, dass die Stadtverwaltung keine Konzessionen mehr vergeben konnte, da es einfach zu viele gastronomische Einrichtungen gab. Die Presse bemängelte, dass in den Lokalen zu viel Wodka getrunken wurde, der als Auslöser für Verbrechen angesehen wurde.

26 Im Dezember 1946 waren in Wroclaw 185 Schuster-, 136 Schneider-, 116 Friseur- und 44 Uhrmacherbetriebe tätig. Außerdem boten Handwerker folgende Dienste an: Stempelherstellung, Sanitärinstallationen, Gas-, Klempner-, Dachdecker-, Buchbinderarbeiten, Fahrradreparaturen, Produktion von Prothesen, Foto-, Vulkanisierarbeiten, Kosmetik u.v.m.

Viele Restaurants lockten Feinschmecker und Musikliebhaber, z. B. mit Jazz. Die Presse brandmarkte besonders, dass deutsche Melodien gespielt wurden. Einige der Lokalitäten offerierten eine regionale Küche, z. B. das am Markt gelegene Restaurant »Rarytas«, das Warschauer Küche anbot. Viele Namen wiesen auf die regionale Herkunft der polnischen Ansiedler hin. Ansiedler aus den ehemaligen Ostgebieten der Republik (kresy) lockten mit Restaurants wie Kresowianka, Lwowskie Piekielko (Lemberger Hölle), Bar Ta joj, Bar Lwowski (Lemberger Bar), Gospoda Warszawska (Warschauer Herberge), Cukiernia Warszawska (Warschauer Konditorei).

Außerdem gab es Konditoreien und Bäckereien mit Namen Warschau, Kielce, Poznan, Lwow (Lemberg). In den Lokalen wurden regionale Leckerbissen wie Pirogen, Kolduny²⁷, Teigtaschen (Kulebiaki)²⁸, Kartätschen (Kartacze)²⁹, weißer und roter Barschtsch, Kaltschale und anderes serviert. Nach Zählungen der Tageszeitung »Pionier« gab es im Februar 1946 in Wroclaw rund 600 gastronomische Einrichtungen.

Neben Restaurants und Bars entstanden schnell Kantinen für ein nicht allzu begütertes Klientel. So eine Einrichtung eröffnete die Caritas bereits im September 1945 in der Schmiedebrücke-Straße. Im Februar 1946 nahm die religiöse Jüdische Vereinigung einen rituellen jüdischen Speiseraum für die ärmste Bevölkerung in Betrieb.³⁰ Auch das Komitee für Soziale Betreuung eröffnete im März 1946 eine Volksküche. Sie wurde vor allem von Umsiedlern und armen Studenten genutzt.

Eine Spezifik dieser Zeit waren die sogenannten fleischlosen Tage, die wegen Fleischmangels auf dem Markt eingeführt wurden. Montags durften in Speisesälen und gastronomischen Einrichtungen nur Mehlspeisen ohne Fleisch serviert werden. Im ersten Nachkriegsjahr sabotierten außer den Speisesälen private Betriebe diese Anordnung. Jedoch hielt die Mehrheit der Polen, Katholiken, streng das Fasten am Freitag ein. Die Behörden rechneten damit, dass sich auf diese Weise der Fleischkonsum reduzieren ließ.

Ein weiteres großes Problem der Stadt stellte die zerstörte Infrastruktur dar. Die erste Aufgabe der Stadtväter war die Räumung der Straßen von Trümmern

27 Koldun – kleine oder mittlere Größe einer Pirogge (gefüllte Teigtasche), hergestellt aus Mehl guter Qualität, Eiern, Back- oder Bierhefe, angerührt mit warmer Milch und einer Prise Zucker, eine traditionelle Speise der litauischen Küche, mit verschiedenen Füllungen versehen. Die häufigsten Füllungen sind: Fleisch, Zwiebel und Pilze, aber auch Käse. Sie werden ausschließlich im Ofen oder Backofen gebacken, wo sie auseinanderfallen. Ein kleinerer Koldun heißt Koldunka.

28 Kulebiak – eine Speise aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten, eine große gebackene Pirogge mit Fleischfüllung (manchmal auch Fisch) mit Gemüsebeigabe, Reis und Gewürzen.

29 Auch Zeppeline genannt. Eine original litauische Speise. Besonders bekannt in der Gegend von Punska und Sejn, aber nicht nur dort. Sie wird aus Kartoffeln, Fleisch, Zwiebeln und Gewürzen zubereitet. Kartätschen, das sind bildhaft gesprochen, große ovale Kartoffelknudeln mit Fleischfüllung. Der Teig ist ähnlich wie bei den Zeppelinen. Der Unterschied besteht in der Form. Die Kartätschen sind rund und die Zeppeline sehen wie Zigarren aus.

30 Eintritt gab es nur für Mitglieder der Vereinigung auf Vorzeigen des Mitgliedsausweises.



Breslau, Rathaus, um 1900

und Minen, um sie befahrbar zu machen.³¹ Damit verbunden war die Kontrolle des Zustandes der Häuser, denn vielen der beschädigten Gebäude drohte ein Zusammensturz und erforderte sofortigen Abriss. Außerdem waren viele Straßenbahnen als Barrikaden benutzt worden. Zudem waren das Gleisbett, Brücken und Transformatorenhäuschen beschädigt. Deshalb waren die ersten öffentlichen Transportmittel Autobusse, die ab 21. Juni 1945 (nach anderen Berichten ab 4. Juni) auf der Strecke Karlowice-Podwale fuhren.³² Danach entstanden weitere Linien zum Bahnhof Nadodrze und zum Hauptbahnhof. Die Straßenbahnen konnten erst fahren, nachdem die zwei von Zerstörung geretteten Depots in Biskupin (Bischofswalde) und in der Slowianska-Straße (Weißenburger Straße) ihre Arbeit aufgenommen hatten. Die erste Straßenbahnlinie startete am 22. August 1945 von Biskupin zur Slowianska-Straße. Nach einem Monat wurde die Strecke zum Bahnhof-Nadodrze und anschließend zum Platz Sw. Macieja (Matthiasplatz) verlängert. Die Verbreiterung des Radius für Straßenbahnen war eng mit dem suk-

³¹ Nach Schätzungen der Stadtbehörden lagen auf den Straßen acht Millionen Kubikmeter Schutt.

³² In Karlowice wohnte die Mehrheit der Mitarbeiter der Stadtverwaltung. In der Podwale-Straße befand sich die Stadtverwaltung.



Breslau/Wroclaw, Rathaus 1945

zessiven Zuschütten der Bombenrichter verbunden. Unmittelbar danach wurde die nächste Linie in Betrieb genommen, so dass 1946 elf Straßenbahn- und drei Buslinien fuhren. Weil bis 1947 Glas fehlte, fuhren die Wroclawer Straßenbahnen ohne Fensterscheiben. Diese waren im Winter mit Sperrholzplatten verkleidet. Erst 1947 wurden Scheiben eingesetzt. Interessanterweise wurde ein allgemeiner Aberglaube bedient: In den vierziger Jahren gab es keine Linie 13.

Daneben gab es den Privattransport. Anfangs waren es Rikschas und Droschken. Das erste Taxi, einen DKW, ließ L. Korzenowski registrieren.

Die Wroclawer Wasserleitungen hatten unter den Kriegshandlungen ebenfalls erheblich gelitten. Zum Zeitpunkt der Kapitulation war das gesamte Wasserleitungsnetz der Stadt nicht betriebsfähig. Das erste Wasser konnte aber bereits am 15. Mai eingeleitet werden. Bis Ende Mai und Juni erhielten die Stadtteile Karlowice und Srod miescie, im Juli und August die Stadtteile zwischen Oder und Oderkanal, im September Ksiese Male (Klein Tschansch, Klein Ohlewiesen) und Ksiese Duze (Groß Tschansch, Groß Ohlewiesen) sowie Zacisze (Wilhelmsruh) Wasser. Der Wasseranschluss ging somit schrittweise voran. Der Prozess der Inbetriebnahme endete erst 1948, als alle Wasserleitungen wieder funktionierten.

Wie bereits erwähnt, floss der erste Strom am 12. Juni 1945 in die Stadtverwaltung. Dies war noch eine provisorische Leitung. Die Inbetriebnahme des Elektrizitätswerkes war kein Problem. Schlechter stand es um die Leitungen, die an vielen Stellen der Stadt beschädigt waren. Die Situation wurde dadurch erschwert, dass einzelne Stadtteile verschiedene Stromarten (Wechsel- oder Gleichstrom) und verschiedene Spannungen nutzten.³³ Es kam häufig zu Havarien, besonders im Winter, wenn die Einwohner in den Wohnungen elektrische Heizkörper anschalteten. Zur Spezifik der Jahre 1945 und 1946 gehörten Klagen über Rechnungen des Elektrizitätswerks. Die ausreisenden Deutschen bezahlten vor ihrer Abreise oft keinen Strom mehr. Das Elektrizitätswerk ging von der Annahme aus, dass ihn irgendjemand bezahlen muss und es interessierte nicht, ob das der alte oder der neue Mieter war.

Ein noch größeres Problem hatte die Stadt mit dem Gas. Die Anlagen und das Netz waren zu 60 bis 70 Prozent zerstört. Trotz dieser sicherlich schwierigen Bedingungen erhielten bereits am 7. August 1945 die ersten tausend Abnehmer in Karlowice Gas. Danach, obwohl verhältnismäßig langsam, erfolgten weitere Verbindungen. Die Stadtteile an der Peripherie Pilczyce (Pilsnitz), Klecina (Kletendorf), Brochow (Brockau), Stablowice (Stabelwitz) erhielten erst 1949 Gas.

Eine andere Herausforderung, der sich die Stadtbehörden nach dem Krieg stellen musste, war die gesundheitliche Betreuung der Einwohner. Nach der Kapitulation befanden sich in der Stadt viele verwundete Soldaten und über 2.000 verwundete Zivilisten. Hinzu kam, dass kein Krankenhaus vollständig nutzbar war. Dafür gab es viele provisorische Krankenhäuser, z. B. in Schulen und anderen eilig eingerichteten Räumlichkeiten. Trotzdem gelang es den Behörden nach einigen Wochen, die ersten Krankenhäuser zu renovieren und in Betrieb zu nehmen. Das wichtigste war das Allerheiligenhospital (Wojewodschaftskrankenhaus)³⁴ am heutigen Jan-Pawel-II.-Platz. Bis Ende 1945 gab es 19 Krankenhäuser und Kliniken mit 3.182 Betten für die Zivilbevölkerung. Das war letztendlich eine Notwendigkeit, wenn nicht gar eine brennende Angelegenheit, denn im Sommer 1945 brachen in Wroclaw Epidemien aus: zuerst Ruhr, dann Bauch- und Flecktyphus. Die Ruhr breitete sich in der Junihälfte 1945 zuerst unter Deutschen aus, die aus den Sudeten geflüchtet waren. Ende Juni waren es 79 Kranke. Danach trat Typhus auf. 1945 wurden 500 an Ruhr und 2.000 an Bauchtyphus Erkrankte behandelt. Unabhängig davon, wurden Brunnen kontrolliert, Desinfektionen und Massensimpfungen durchgeführt. Sogar ein spezielles Komitee zum Kampf gegen Epidemien wurde ins Leben gerufen. Dazu gehörte auch ein Vertreter der sowjetischen Kommandantur. Anfang 1946 sank die Zahl der Erkrankungen von 1.000 auf 160. Es

33 1945 waren 80 Prozent des Stadtnetzes in geschlossenen Bauten auf Gleichstrom.

34 Das Allerheiligenhospital befand sich am Schnittpunkt Nikolaivorstadt vor dem Nikolaustor.

wurde nur ein neuer Brandherd in Lesnica (Deutsch Lissa) entdeckt. Kurz darauf berichtete die Presse vom Eindämmen der Epidemie. Doch diese Information war etwas übertrieben, denn 1947 tauchten erneut Fälle von Ruhr, Typhus, Scharlach und Diphtherie auf. Diese Krankheiten wurden kostenlos behandelt. Ende 1947 war die Mehrzahl der ansteckenden Krankheiten verschwunden.

Ein trauriges Kapitel stellten nach dem Krieg die sich schnell verbreitenden Geschlechtskrankheiten dar. Viele Frauen hatten sich nach den Vergewaltigungen bei Soldaten der siegreichen Roten Armee angesteckt. Diese Erscheinung hatte solch einen Massencharakter, dass sie als gesellschaftliches Problem zu betrachten war. Zur Verbreitung von Geschlechtskrankheiten trugen auch lockere Sitten während des Krieges und in den ersten Jahren nach seiner Beendigung bei.

Eine ernste Sorge bereitete der Stadt die Rattenplage, worüber die Presse in den Jahren 1945 und 1946 ausführlich berichtete. Die Plage betraf auch andere Städte. In Gdansk z. B. wurde ein Sonderkommissar zur Bekämpfung der Nagetiere berufen. Von Zeit zu Zeit erfolgten Aktionen zur Rattenvernichtung, jedoch mit mäßigem Erfolg. Es gab Fälle, wo die Ratten Menschen auf der Straße attackierten.³⁵ Erst eine große Aktion zur Rattenbekämpfung im Jahre 1946 brachte zunächst gute Ergebnisse. Leider vermehrten sich nach kurzer Zeit die Ratten erneut.

Eine weitere Plage waren die herumstreunenden Hunde. Viele ihrer Besitzer waren umgekommen oder in Panik geflüchtet und hatten die Tiere zurückgelassen. Erst 1947 beschäftigte die Stadt einen speziellen Mitarbeiter, der herumirrende Tiere einfing. Gewöhnlich wurden sie den Besitzern zurückgegeben oder Leuten übereignet, die sich mit ihnen beschäftigen wollten.³⁶

Das erste Jahr im Nachkriegs-Wroclaw stand unter dem Zeichen von zwei großen Bevölkerungsoperationen: der Aussiedlung der deutschen und an deren Stelle die Ansiedlung der polnischen Bevölkerung. Die letzte Entscheidung in dieser Angelegenheit fiel auf der Konferenz in Potsdam. Die Bestimmungen dazu waren schon früher in Jalta erlassen worden. Deshalb wurde sowohl mit der Aussiedlungsaktion als auch mit der Ansiedlung noch vor der Potsdamer Konferenz begonnen.

Anfangs war die Zahl der Polen nicht groß: Mitglieder der Organisationsgruppen der polnischen Verwaltung, eine gewisse Zahl von Zwangsarbeitern, die beschlossen hatten zu bleiben, aber auch eine kleine Zahl von polnischen Autochthonen, die schon vor dem Krieg in Breslau lebten. Nach verschiedenen Schätzungen wohnten vor Ausbruch des Krieges rund 3.000 Polen in Breslau, von denen etwa

35 Einige Chronisten haben festgestellt, dass sich Ratten besonders während der Festungszeit wohl fühlten, in dem sie sich von Bombenopfern und von Toten ernährten. Nicht alle Toten konnten, aus verständlichen Gründen, bestattet werden.

36 Formell musste nach damals gültigen Vorschriften nach drei Tagen der Hund eingeschlafert werden. Aber das kam sehr selten vor.

300 bis 500 aktiv in polnischen Organisationen tätig waren.³⁷ Während des Krieges kamen viele polnische Zwangsarbeiter nach Breslau.³⁸ Gleichzeitig kehrten nach Beendigung des Krieges viele Deutsche nach Wroclaw zurück, die die Stadt vor der Einkesselung durch die Rote Armee verlassen hatten. Außerdem kamen viele deutsche Soldaten aus der Kriegsgefangenschaft nach Hause. Sowohl die Aussiedlung der Deutschen als auch die polnische Ansiedlung verliefen sehr langsam, denn allgemein wurde geurteilt, dass die polnische Führung in der Stadt nur eine vorübergehende wäre. Erst ab August 1945 verliefen beide Aktionen zügiger. Bereits Ende Dezember 1945 wohnten in Wroclaw rund 43.400 Polen. Das Jahr 1946 war entscheidend für Veränderungen in der Einwohnerstruktur der Stadt. Das erste Einwohnerverzeichnis Wroclaws nach dem Krieg zeigt auf, dass es im Februar 1946 168.000 Einwohner in der Stadt gab, darunter waren 110.000 Deutsche.³⁹ Ende 1946 wohnten in Wroclaw 185.947 Polen und 17.000 Deutsche.⁴⁰ Das heißt, im Laufe des ersten Nachkriegsjahres veränderte sich der nationale Charakter der Stadt.

Die Aussiedlung der Deutschen verlief oftmals dramatisch, denn die Menschen lebten seit Generationen hier und mussten nun in irgendeine Besatzungszone ausreisen und dabei einen wesentlichen Teil ihrer Habe zurücklassen. Zwar standen die Ausreisen unter Kontrolle von Verbindungsoffizieren alliierter Armeen, dennoch kam es zu Misshandlungen und Plünderungen. Die Täter rechtfertigten sich gewöhnlich damit, dass sie mehr gelitten hätten als die Okkupanten und ihnen daher eine Entschädigung zustände. Viele ältere Menschen hielten den ständigen Druck im Zusammenhang mit der Ausreise nicht aus und nahmen sich das Leben. Die Meldungen der Bürgermiliz aus dieser Zeit sind voll von Nachrichten über Selbsttötungen alter deutscher Menschen. Das war nicht ausschließlich für Wroclaw typisch. Ähnliches wurde ebenfalls in größerem Umfang unter Polen festgestellt, die Lwow oder Vilnius verlassen mussten, denn diese Städte hatte die UdSSR besetzt.⁴¹

Viele Deutsche rechneten mit einer provisorischen Lösung der Grenzfrage und bemühten sich auf alle erdenkliche Weise, die Ausreise zu umgehen. Ein Teil von unerlässlichen Fachleuten für das Funktionieren von Betrieben erhielt Dokumente

37 Sie engagierten sich in der Polnischen Schule, im Amateurtheater und vor allem im Polnischen Haus, das sich zuerst in der Heinrichstraße 21/22 (ul. Henryka Brodatego) und ab Herbst 1938 am Schweidnitzer Stadtgraben 16a (Podwale) befand.

38 1944 waren es etwa 30.000, denn nach dem Warschauer Aufstand wurden viele Warschauer nach Breslau deportiert.

39 Wroclaw w liczbach 1945–1970, wydanie Miejskiego Urzedu Statystycznego, Wroclaw 1970, S. 10.

40 Wroclaw w cyfrach, in: *Słowo Polskie*, 8. Januar 1947. Die Angaben aus diesem Zeitraum sind unsicher. Einige Quellen geben andere Zahlen an, z. B. 170.000 Polen und 20.000 Deutsche oder 185.000 Polen und 18.000 Deutsche.

41 Nebenbei bemerkt waren Plünderungen an der polnischen Zivilbevölkerung in Lemberg ebenso an der Tagesordnung. Siehe G. Hryciuk: *Sprawa Lwowa wlasciwie wciaz otwarta. Miedzy nadzieja a zwatpieniem Polacy we Lwowie w 1945 r.*, in: *Dzieje Najnowsze*, Jg.: XXXVII/2005/, S. 111-138.

für einen ständigen Aufenthalt. Ein Teil deklarierte eine polnische Herkunft, um die Staatsbürgerschaft zu erhalten und bleiben zu können. Einige junge Frauen heirateten Polen und blieben.

1948 lebten noch 3.000 Deutsche in der Stadt. Viele von ihnen verzichteten nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik auf die polnische Staatsbürgerschaft und entschieden sich für die Ausreise. Schwierigkeiten mit der Ausreise hatten oftmals Deutsche, die in Einheiten der Roten Armee und in den von ihnen besetzten Betrieben beschäftigt waren. Nicht selten wurden sie im ersten Jahr nach dem Krieg wie absolut rechtlose Menschen behandelt. Sie hatten keine polnischen Dokumente und unterstanden praktisch nicht der polnischen Macht. Noch nach Jahren war dieser Umstand zu spüren. Der Autor, der im Staatsarchiv in Wroclaw gearbeitet hat, kam mit solchen Personen in Berührung, die keinerlei Dokumente besaßen, die ihre mehrjährige Arbeitszeit bestätigten. Diese Personen tauchten in keinen polnischen Verzeichnissen auf – und von den Russen wurden ihnen keine Dokumente ausgestellt.

Die in Wroclaw eintreffenden Polen stammten aus verschiedenen Regionen. In der polnischen Gesellschaft hielt sich die Meinung über eine östliche, Lemberger Herkunft der gegenwärtigen Einwohner Wroclaws, weil nach Niederschlesien Transporte mit Umsiedlern vor allem aus dem südöstlichen Grenzgebiet und auch aus der Stadt Lwow kamen. Sie waren eine sehr auffällige Gruppe, mit einem charakteristischen, singenden Akzent. Sie organisierten die Universität und die Technische Hochschule, ebenso das kulturelle Leben der Stadt. Im Wesentlichen, so belegen es Forschungen, die Anfang 1948 durchgeführt wurden, hatten die sogenannten inneren Emigranten den größten Anteil an der Besiedlung der Stadt. Sie kamen aus Gebieten, die sich 1945 in den Grenzen Polens befanden. Sie stellten 73,2 Prozent der Einwohner Wroclaws, die Umsiedler aus östlichen Grenzgebieten 20,5 Prozent. Den Rest bildeten Autochthone, darunter Deutsche und Remigranten aus Frankreich, Belgien sowie aus Westfalen und dem Rheinland. Unter den Migranten stellten Ankömmlinge aus der Wojewodschaft Poznan die größte Gruppe, etwa 15 Prozent (aus der Warschauer Wojewodschaft kamen 14 Prozent).

Die Umsiedler aus den polnischen Ostgebieten, selbst Vertriebene, konnten die Situation der Deutschen verstehen, hatten Mitleid mit ihnen, so dass ihre gegenseitigen Beziehungen nicht selten durch Sympathie geprägt wurden. Sie halfen sich gegenseitig, behinderten während der Aussiedlung beim Zusammenpacken der Habe einander nicht. Besondere Abneigung gegenüber Deutschen, vor allem in den ersten Monaten, hegten Ankömmlinge aus Großpolen⁴², die während der Okkupation viel Unrecht und Aussiedlung erleiden mussten.

42 Während der Okkupation in Warthegau geändert.

Die Presse verurteilte oft das unredliche Vorgehen gegenüber den Deutschen, z. B. geringere Bezahlung, geringschätzig Behandlung in Ämtern und appellierte an eine redliche Behandlung der deutschen Bevölkerung und mahnte, ihr gegenüber die rechtlichen Prinzipien einzuhalten.⁴³ Man muss jedoch auch bekennen, dass ein Teil der Journalisten kurz nach dem Krieg danach trachtete, Stimmungen der Abneigung und der Feindschaft gegenüber den Deutschen und alles was deutsch war zu entfachen, indem oftmals Anzeichen von Sympathie gegenüber der deutschen Bevölkerung verurteilt wurden. In dem Maße, in dem die Kriegserinnerungen in die weitere Ferne rückten, verloren viele bisher scharf gestellte Fragen an Bedeutung. Es kam zu vielen polnisch-deutschen Eheschließungen. Über gemeinsame Beziehungen entschieden die individuellen Bedingungen und nicht die Propagandaappelle.

Das erste Nachkriegsjahr war also – wie berichtet – für die Einwohner Wroclaws ungewöhnlich schwer. Die Behörden mussten die zerstörte Stadt wiederbeleben. Sie hatten mit bisher völlig unbekanntem Problemen zu kämpfen. Sie mussten nicht nur Wroclaw wieder aufbauen, sondern auch einen großen Bevölkerungstransfer bewältigen – die Aussiedlung der örtlichen Deutschen und die Ansiedlung der polnischen Bevölkerung. Sie mussten die Lebensgrundlagen für die gesamte Stadt neu aufbauen. Diese Veränderungen besaßen eine erhebliche Tragweite und führten nicht selten zu persönlichen Tragödien sowohl bei den auszusiedelnden Deutschen als auch bei den sich ansiedelnden Polen. Die einen verloren ihr Vaterland, andere wurden von ihren uralten Wohnorten vertrieben und mussten sich an einem anderen Ort ein neues Leben aufbauen. Es sei daran erinnert, dass über lange Jahre bei vielen Familienfesten oder geselligem Beisammensein in nicht nur einem Wroclawer Haus zum Abschluss der Vorkriegsschlager »Wenn ich noch einmal geboren würde, dann nur in Lemberg« gesungen wurde.

Doch nach einem Jahr war die immer noch verwundete Stadt mit neuem Leben erfüllt. Nicht nur die gesamte städtische Infrastruktur war in Gang gesetzt, sondern auch das kulturelle, gesellschaftliche und wissenschaftliche Leben. Allmählich passten sich die neuen Einwohner den neuen Umständen und Verhältnissen an. Das war zweifellos ein Erfolg der polnischen Behörden. Gleichzeitig lernten sich Polen und Deutsche, die nebeneinander wohnten, besser kennen. Es entstand Verständnis und nicht selten Sympathie. Heute nach Jahren trägt die kulturelle Zusammenarbeit, der schulische Jugendaustausch, oft initiiert durch Personen, die selbst oder deren Familien einst ausgesiedelt wurden, Früchte. Wroclawer Schulen

43 M. Ordyłowski: *Obraz Niemca w prasie wrocławskiej w 1945 r.*, in: *Studia historyczne nad polityką, gospodarką i kulturą*. Redakcja naukowa Bodhan Haleczak, Zielona Góra, S. 109.

berufen sich bei Jubiläen auf Traditionen ihrer deutschen Vorgänger.⁴⁴ Es kommt auch vor, dass ehemalige deutsche Abiturienten ihre Klassentreffen in den Mauern ihrer alten Schule abhalten, die sich heute in Polen befindet.

Übersetzung: Daniela Fuchs-Frotscher

44 Das Lyzeum, das der Autor besuchte, wurde in den 90er Jahren von einem ehemaligen deutschen Lehrer besucht. Er wurde von der Direktorin der Schule herumgeführt. Nach seiner Rückkehr bat er seine Tochter, ebenfalls Lehrerin in Schwalmstadt, eine Zusammenarbeit zwischen ihrem Gymnasium und dem polnischen Lyzeum einzugehen. Die Schule hat die Zusammenarbeit aufgenommen, ebenso die Schule in Kehl, dessen Direktor, Klaus Melcher, ein ehemaliger Breslauer, jedes Jahr gern in seine Heimatstadt kommt.

Cornelia Domaschke/Daniela Fuchs-Frotscher

Täter und Biedermann – der Gestapokommissar Josef Kluske aus Breslau

Josef Kluske war hoch zufrieden. Der 5. Senat des Obersten Spruchgerichtshofs in Hamm hatte ihn am 15. Februar 1949 nach Revision freigesprochen. Seine Zugehörigkeit zu Hitlers Geheimpolizei – der Gestapo – war kein Makel mehr, der ihm anhaftete. Seine Weste war rein und einem geruhsamen Lebensabend in Detmold/Ostwestfalen-Lippe stand nun nichts mehr im Wege. Er war jetzt wieder der ehrbare Kriminalkommissar a. D., der in seinem langen Breslauer Arbeitsleben pflichtbewusst dem Recht und der Gerechtigkeit gedient hatte. Wer sollte wissen, dass früher seine Tätigkeit gegen politische Gegner, besonders gegen Mitglieder und Sympathisanten linker Parteien und Bewegungen gerichtet war? Das waren für ihn sowieso Vaterlandsverräter, die es zu bekämpfen galt. Und das hatte er schon in der Weimarer Republik gründlich getan. Auch die Nazis wollten seine Erfahrungen nicht missen. Vom Sachbearbeiter hatte er sich zum Kriminalkommissar hochgearbeitet. Vorzuwerfen hatte er sich nichts. Er hatte ja niemanden gefoltert. Diese Arbeit hatten andere für ihn erledigt. Seine Methoden waren diffiziler – Erpressung oder einen gegen den anderen ausspielen. Das war schon mehr seine Sache. Manch einer seiner »Klienten«, wie das Mitglied der Kommunistischen Partei-Opposition (KPO) Ernst (Ernesto) Kroch oder der Sozialdemokrat Martin Löwenberg, bei denen alle seine »Verhörmethoden« versagten, konnten ihn jedoch schon mal dazu bringen, dass ihm die Hand ausrutschte. Doch diese alten Geschichten waren nun für Kluske passé. Wer sollte sich hier in Detmold an ihn erinnern? Breslau wie Schlesien überhaupt war durch alliierte Beschlüsse polnisch geworden. Ehemalige Breslauer Gefangene, die KZ und Krieg überlebt hatten, vermutete er sowieso in der sowjetischen Besatzungszone. Der bereits begonnene Kalte Krieg zwischen den einstigen Verbündeten kam ihm dabei sehr zupass.

Josef Kluske war ein unscheinbarer älterer Herr, seit dem 25. Juli 1949 verwitwet und Vater von vier erwachsenen, verheirateten Kindern. Den neuen Verhältnissen hatte er sich mühelos angepasst. Auch in die katholische Kirche war er wieder eingetreten, nachdem er sie zuvor wegen eines anderen »Glaubens« für einige Jahre verlassen hatte. Josef Kluske konnte sich sicher fühlen. Doch die Vergangenheit holte ihn nochmals ein.

Gestapokommissar – Höhepunkt einer Polizeikarriere

Josef Kluske stammte aus dem kleinen Ort Guschwitz (Goszczowice) in Oberschlesien, wo er am 25. Februar 1879 geboren wurde. Guschwitz gehörte zum Landkreis Falkenberg (Niemodlin), etwa 25 km südwestlich von Oppeln (Opole) entfernt. Nur etwa 85 Häuser zählte der triste Ort. Vom einstigen Schloss waren nicht einmal die Ruinen übriggeblieben. Einige exotische, wild wuchernde Bäume und Gewächse, die sich klimatisch angepasst hatten, waren die letzten Zeugen des ehemaligen Schlossparks. Die Bewohner arbeiteten bis auf wenige Handwerker vor allem in der Landwirtschaft. 1936 erhielt Kluskens Geburtsort, der für die Nazis wahrscheinlich nicht deutsch genug klang, den mystisch anmutenden Namen Buchengrund. Die Bevölkerung war vorwiegend katholisch, so auch die Familie Kluske. Der Vater von Josef Kluske, Julius Kluske, nannte sich Gärtnerstellenbesitzer, seine Frau Maria, geb. Bauch, gebar zwölf Kinder. Josef als Ältester musste frühzeitig in der Landwirtschaft mitarbeiten. Nach eigenen Angaben besuchte er vom 6. bis zum 14. Lebensjahr die Katholischen Volksschulen in seinem Heimatort und in Koppitz (Kopice), Kreis Grottkau (Grodzko). Über seine schulischen Leistungen ist nichts bekannt. Wie jedoch sein späterer beruflicher Weg zeigte, muss er Intelligenz und Ehrgeiz besessen haben. Mit 20 Jahren meldete er sich als Freiwilliger beim Ulanen-Regiment Nr. 1 in Militsch (Milicz), das er nach dreijähriger Dienstzeit als Reserve-Unteroffizier verließ. Es ist anzunehmen, dass der junge Mann der dörflichen Enge und Ödnis entfliehen wollte, denn nur ein halbes Jahr verbrachte Kluske 1903 im staatlichen Landgestüt Cosel (Kozle). Im dortigen Standesamt heiratete er im selben Jahr Maria Wloka aus Kobelwitz (Kobylice). Der Polizeidienst schien dem jungen Ehemann eine berufliche Perspektive zu bieten. Im August 1903 trat er als Polizeisergeant bei der Polizeiverwaltung Zabrze, dem späteren Hindenburg, ein. Josef Kluske begann hier eine Polizeikarriere, die später nahtlos in die Geheimpolizei der Nazis, die Gestapo, überging und dort 1945 endete.

1910 wurde er zum Polizeiwachtmeister befördert, nachdem er bereits zwei Jahre im Kriminaldienst gearbeitet hatte. Am 1. Oktober 1912 wurde er nach der Verstaatlichung der Behörde in den Staatsdienst übernommen. Über seinen Einsatz während des Ersten Weltkrieges und über die polnischen Aufstände in Oberschlesien zwischen 1919 und 1921 gibt es keine Notiz. Sein beruflicher Werdegang erhält am 1. April 1921 einen deutlichen Schub, als er nach Breslau versetzt wird. Die politische Abteilung der Kriminalpolizei (1A) und ab 1. April 1934 das Referat »Kommunismus-Marxismus-Hochverrat« der Gestapo wird bis 1945 seine berufliche Heimat. 1927 darf er sich Kriminal-Bezirkssekretär nennen, 1937 Kriminalinspektor und 1944 Kriminalkommissar. Im Sachgebiet Kommunismus

kennt er sich aus wie kein Zweiter. Seine Vorgesetzten wollen auf ihn auch nicht verzichten, als er bereits das 60. Lebensjahr vollendet hat. Nach eigenen Aussagen hatte er mehrmals um seine Pensionierung gebeten, die ihm aber nicht bewilligt worden war. Seine wiederholten Pensionierungsanträge hatten aller Wahrscheinlichkeit nach simple Gründe. Er sehnte sich einfach nach einem ruhigeren Leben im Kreise seiner Familie. In einer seelischen Konfliktlage, die sein Gewissen belastet hätte, befand er sich bei seiner Dienstausbildung nicht. Eigenen Angaben zufolge soll er kein Mitglied der NSDAP gewesen und eine Angleichung an den SS-Dienstgrad soll es ebenfalls nicht gegeben haben. Wie dem auch sei, auf Kluske war immer Verlass.

Wie ist sonst zu erklären, dass er buchstäblich bis zum letzten Tag sein Sachgebiet »Kommunismus« bearbeitete? Am 8. August 1950 gab er in Detmold zu Protokoll, dass er Breslau am 23. Januar 1945 in Richtung Waldenburg (Walbrzych) verlassen und dort auch noch gearbeitet habe. Nach dem Einmarsch der Roten Armee setzte er sich in Richtung Westen ab. Am 15. Juni 1945 wurde Kluske in Bindlach/Oberbayern durch die amerikanische Militärpolizei festgenommen und im Internierungslager Moosburg untergebracht. Am 23. April 1946 wurde er in die britische Zone überführt und saß dort in den Internierungslagern Esterwegen, Hemmer und Eselsheide. Am 6. Dezember 1946 zunächst entlassen, fand er Unterkunft in Paderborn in einem Altersheim der Caritas, das von der Flüchtlingsfürsorge betreut wurde. Bevor Kluske im Oktober 1948 in Detmold eine Wohnung erhielt, lebte er dort ebenfalls in einem Altersheim.

Diese Angaben zu seinem Lebensweg stammen von Josef Kluske selbst. Zunächst musste er sich einem Spruchgerichts- oder Spruchkammerverfahren in Bielefeld unterziehen. Diese Verfahren waren Verhandlungen, die im Zuge der Entnazifizierung nach 1945 in den westlichen Besatzungszonen mit unterschiedlicher Intensität bis in die Anfangsjahre der Bundesrepublik durchgeführt wurden. Die alliierten Besatzungsmächte hatten auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) allgemeine Grundsätze zur Entnazifizierung beschlossen. Auf gemeinsame Verfahren konnten sie sich jedoch nicht einigen.¹ Es gab solche Spruchkammern in allen größeren Städten Westdeutschlands. Am 23. März 1948 präzierte Kluske bei einer Vorladung vor dem Staatsanwalt Möhring seine Tätigkeit bei der Gestapo. Von Anfang an habe er in der Abteilung IV 1 A gearbeitet, deren Tätigkeitsfelder Kommunismus, Marxismus, Rundfunkverbrechen, Heimtücke und Homosexuelle umfassten. Im Juni 1944 übernahm Kluske nach seiner Beförderung zum Kriminalkommissar die Leitung der gesamten Abteilung, die aus zehn bis zwölf Beamten bestand.

¹ Siehe auch: <http://de.wikipedia.org/wiki/Entnazifizierung> (Zugriff 05.05.2012).



Martin Löwenberg bei der Identifizierung von Kluske anhand von Archivfotos

Kluske trat bei seiner Vorladung äußerst geschickt auf. In puncto Vernehmung konnte ihm keiner etwas vormachen, denn jahrzehntelange Erfahrungen kamen ihm hierbei zugute, auch wenn er nun auf der anderen Seite des Tisches Platz nehmen musste. Kluske nannte Namen von Kollegen, die Gefangene geschlagen haben sollen. Besonders belastete er den ehemaligen Kriminalsekretär aus der Polenabteilung, Kiske, dessen Namen dem seinen akustisch ähnlich klang. Zudem befanden sich Kiskes Büroräume genau über denen Kluskas. Er selbst, so Kluske, habe niemals geschlagen oder gar verschärfte Vernehmungen durchgeführt. Zu Einweisungen in Konzentrationslager äußerte er sich folgendermaßen: »Ich selbst habe niemals dafür gesorgt, daß irgendjemand ins KZ-Lager kam und habe die ohne Gerichtsurteil erfolgenden Einweisungen immer für Unrecht gehalten.«²

Für Martin Löwenberg ist diese Aussage der blanke Hohn, eine glatte Lüge. Er selbst wurde von dem Gestapo-Mann direkt ins KZ Flossenbürg geschickt. Auch heute im hohen Alter hat er nicht vergessen, wie dieser ihn verhörte, demütigte und schlug. Eine mögliche Verwechslung ist ausgeschlossen. Martin Löwenberg erkannte auf einem Foto, das ihm die Autorinnen im Herbst 2011 vorlegten, seinen Peiniger sofort wieder.

So genau Kluske über die Vorgänge in der Polenabteilung der Gestapo Bescheid wusste, so sicher versagte sein Gedächtnis bezüglich der Arbeit des Judendezernats. Er ließ nichts unversucht, Zeugen zu benennen, die ihn als einen kor-

² LAV NRW Abt. OWL D 21 B Nr. 2571. Abschrift aus Spruchgerichtsakte Kluske, Bielefeld 23.3.1948, Blatt 9.

rekten und sachlichen Beamten schilderten, dem jeder Fanatismus fremd war. Als prominentesten Entlastungszeugen präsentierte der einstige Gestapokommissar den früheren Reichstagspräsidenten Paul Löbe, der zu Protokoll gab, persönlich einwandfrei und korrekt von dem Beschuldigten behandelt worden zu sein.

Letztendlich wurde Josef Kluske am 5. Oktober 1948 durch das Urteil der Kammer des Spruchgerichts Bielefeld wegen Zugehörigkeit zur Geheimen Staatspolizei nach dem 1. September 1939 in Kenntnis der verbrecherischen Verwendung dieser Organisation zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt. Die Internierungshaft wurde auf die erkannte Strafe angerechnet, die damit bereits verbüßt war. Die Kosten des Verfahrens gingen zu Lasten Kluskens. In der Begründung hieß es u. a.: »Demgemäß war der Angeklagte nach Artikel II 1 d des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 in Verbindung mit dem Nürnberger Urteil und der Verordnung Nr. 69 der Britischen Militärregierung zu bestrafen. Die Strafzumessung musste davon ausgehen, dass der Angeklagte während des ganzen Krieges ununterbrochen an verantwortlicher Stelle in der Gestapo tätig gewesen ist und damit die verhängnisvollen Ziele dieser vielleicht verbrecherischsten aller Parteiorganisationen nicht nur besonders gefördert, sondern zugestandenermaßen auch eine sehr weitgehende Kenntnis von den grausamen und unmenschlichen Gestapomethoden erlangt hat. Unter diesen Umständen war die Verhängung einer Freiheitsstrafe unvermeidlich.«³

Josef Kluske ging nach dem Urteilsspruch in Revision, die am 15. Februar 1949 zu seinen Gunsten durch den Obersten Spruchgerichtshof in Hamm entschieden wurde. Ausschlaggebend für das Gerichtsurteil waren seine Gesuche, aus seiner Dienststelle auszuschneiden. Der Gestapo-Mann wurde zu Lasten der Staatskasse freigesprochen.

Gluschke oder Kluske? Wie der Stein erneut ins Rollen kam...

Oskar Vangerow⁴, geboren 1897 in Breslau, verheiratet, war ein weltgewandter und sprachbegabter Mann, der seine Handelsgeschäfte mit vielen Staaten tätigte. Das Familienunternehmen Papiergroßhandel-Papier-Buchbinderbedarf-Export in Breslau, Schlossplatz 7, war ein renommiertes Geschäft, das Oskar Vangerow ab 1926 allein führte. Sein Vater Paul hatte es 1886 gegründet. Vangerow reiste vor dem Krieg viel, u. a. in die Schweiz, nach Italien, Jugoslawien, Ungarn, Österreich, in die Tschechoslowakei und in die baltischen Staaten. In Posen besaß sein Geschäft eine Filiale. Gute Handelsbeziehungen pflegte er auch mit sowjetischen

3 LAV NRW Abt. OWL D 21 Nr. 2571 Abschrift aus Spruchgerichtsakte Kluske, Blatt 42, S. 3.

4 <http://www.breslau-wroclaw.de/de/breslau/ab/1941/Vangerow,Oskar,Kfm.,XXVI,Dietrich-Eckart-Straße34,T.44237>.

Geschäftspartnern. Anfangs schien Vangerow durchaus mit den Nazis sympathisiert zu haben. Davon zeugt ein Schreiben vom 16. Mai 1933,⁵ in dem er das Außenpolitische Amt der NSDAP in Berlin über die Lage in Polen und besonders die der Juden informierte. Doch irgendwann kam es zu Konflikten. Bei seinen späteren Auslandsreisen muss Vangerow bespitzelt worden sein, als er sich kritisch über die braunen Machthaber in Deutschland äußerte. Auch Jahre nach dem Krieg konnte Vangerow nicht vergessen, was er im Gefängnis und Zuchthaus durchleben musste. Nachdem seine Heimatstadt Breslau nun zu Polen gehörte, hatte sich der Kaufmann in Eiting/Engelsberg in Oberbayern eine neue Existenz aufgebaut. Doch er fand keine Ruhe. Daher entschloss er sich zur Anzeige gegen den Leiter der politischen Abteilung der Gestapo Breslau. Dessen Namen gab er mit Felix Gluschke an. Vangerow hatte sogar über die Heimatortskartei »Groß-Breslau« der Caritassuchstelle die aktuelle Wohnadresse von Felix Gluschke ermittelt. Dieser hatte in Breslau in der Wilhelmshavener Straße 76 gewohnt und lebte nun in Cham/Oberpfalz in der Katzberger Straße 18.

In einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft Amberg/Oberpfalz vom 31. August 1949 nannte Vangerow Namen von Mitgefangenen, Deutschen und Ausländern, die gefoltert und teilweise an den Folgen gestorben waren. Dieses Wissen resultierte aus seinem Aufenthalt in der überfüllten Gemeinschaftszelle des Breslauer Polizeigefängnisses, wo er vom 13. April bis 28. Juni 1944 einsaß. Diese Gemeinschaftszelle war eine Station Vangerows auf dem Wege ins Zuchthaus Bützow/Dreibergen in Mecklenburg, wo er am 3. Mai 1945 von der Roten Armee befreit wurde. Vangerow gab Auskunft über die verschärften Verhöre des vermeintlichen Gluschke.

Verstärkung in seinen Bemühungen erhielt Oskar Vangerow von Kurt Aloe, einem Mitgefangenen aus der Breslauer Gemeinschaftszelle, der nach dem Krieg in Berlin in der Invalidenstraße 63/68 wohnte. Aloe, der vom 12. Oktober 1943 bis 6. Juni 1944 im Polizeigefängnis der Gestapo in Breslau gesessen hatte, bestätigte die Schilderungen Vangerows. Er forderte keine Vergeltung, sondern eine gerechte Bestrafung. Aloes »Vergehen« hatte darin bestanden, als sogenannter Mischling ersten Grades mit einer »arischen« Frau, die ein Kind von ihm erwartete, verlobt gewesen zu sein.

Oskar Vangerow hatte mit seiner Anzeige den Stein ins Rollen gebracht.

Am 30. September 1949 wurde in der Kriminal-Außenstelle Cham der Landespolizei Niederbayern/Oberpfalz der verheiratete Kriminalsekretär a. D. Felix Gluschke zur Beschuldigtenvernehmung vorgeführt. Dabei klärte sich schnell,

5 Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Band 1, Dokument 43, 16. Mai 1933. Der Firmenvertreter Oskar Vangerow berichtet am 16. Mai 1933 über die Juden und die Stimmung in Polen, Bundesarchiv (Germany) 2008, S. 157 f.

dass Felix Gluschke mit den Anschuldigungen von Vangerow und Aloe nichts zu tun hatte. Gluschke war zwar in Breslau bei der Kripo tätig gewesen, aber seit Ende 1944 in Pension, da er seit Dezember 1943 wegen Krankheit seinen Dienst nicht mehr ausüben konnte. Bei der Gestapo war er nie beschäftigt. Dazu konnte er glaubhafte Zeugen benennen. Gluschke gab zu Protokoll: »Bei den Beschuldigungen des Vangerow und Kurt Aloe handelt es sich nicht um mich, sondern um den damaligen Kriminalinspektor Josef Kluske, damals etwa 59 bis 60 Jahre alt, der in Breslau bei der Gestapo (war)... Ich selbst hatte mit den Häftlingen der Gestapo nichts zu tun. Dienstlich ist es sehr oft vorgekommen, auch telefonisch, dass ich mit Kluske verwechselt wurde.«⁶ Persönlich war Kluske Gluschke bekannt. Folgende Geschichte gab Felix Gluschke ebenfalls zu Protokoll: Ein Bekannter der Breslauer Suchstelle Cham habe ihm einen Brief von Kluske gezeigt, in dem dieser darum bat, falls er in der Kartei-Suchstelle eingetragen ist, daraus entfernt zu werden. Oskar Vangerow wurde am 2. Oktober 1949 ein Foto von Felix Gluschke vorgelegt. Er erkannte darauf nicht den Gestapo-Beamten, der ihn in Breslau vernommen hatte. Vangerow hatte Kluskens Gesicht als etwas schwammig mit einer mittelgroßen, schmalen Nase und eher kleinen Augen beschrieben. Der Gesichtsausdruck, so erinnerte sich der Exportkaufmann, war immer von einem kleinen zynischen Lächeln beherrscht. In sein Gedächtnis hatte sich außerdem Kluskens Hand eingepägt, die er als eine verhältnismäßig kurze mit dicken Fingern charakterisierte.

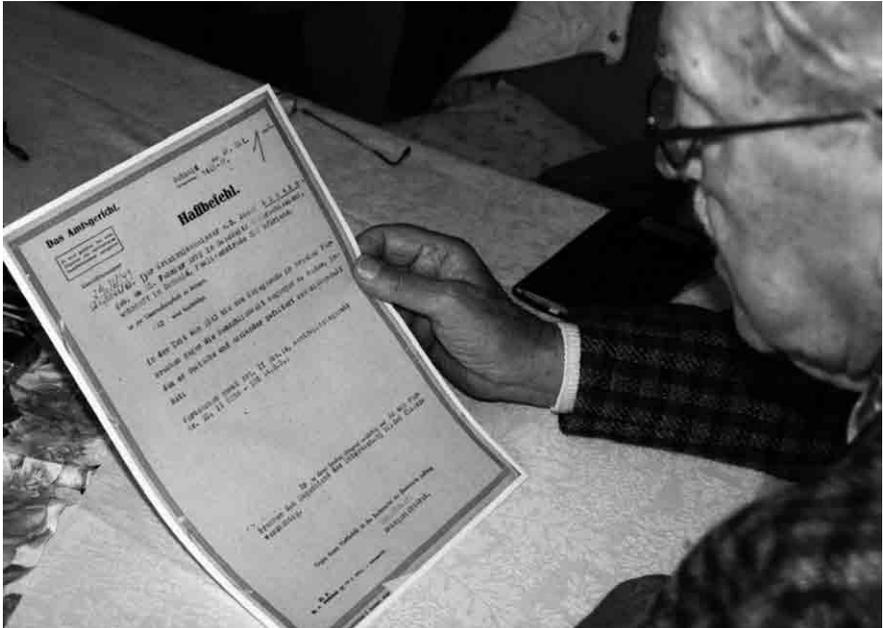
Gluschke war ein anderer Typ. Eine Namensverwechslung wurde nicht ausgeschlossen. Nach der Vernehmung Gluskens konzentrierte sich die Polizeiarbeit auf die Aufenthaltsermittlung von Josef Kluske. Am 1. Oktober 1949 um 11.00 Uhr erreichte die Fernschreibstelle der Kriminal-Außenstelle Cham eine Nachricht aus Paderborn. Darin teilten die Beamten mit, dass sich Kluske am 22. Oktober 1948 von Paderborn nach Detmold, Langestraße 1, Altersheim abgemeldet habe. Bereits um 15.40 Uhr meldete die Kripo Detmold, dass Kluske in Detmold in der Paulinenstr. 20B bei Griese polizeilich gemeldet sei. Das Fernschreiben am 2. Oktober 1949 um 01.00 Uhr, ebenfalls von der Kripo Detmold, enthielt folgende Nachricht: »Aufenthaltsermittlung Josef Kluske, ehem. Krim.-Inspektor aus Breslau... Personalien wie bekannt. Ist seit 22. 10. 1948 ... Detmold Paulinenstr. 20 bei Griese polizeilich gemeldet und auch wohnhaft. K. war 1943 Krim.-Inspektor und ab 1.4.44 Krim.-Komm. Bei Abtlg. V 1A (Bekämpfung des Kommunismus) der Gestapo in Breslau und wohnte daselbst, Herderstr.12.«⁷ Die Suche nach Kluske trug den Betreff: Ermittlungen wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit. Josef Kluske war gefunden worden!

6 LAV NRW Abt. OWL D 21 B Nr. 2572. Beschuldigtenvernehmung Felix Gluschke, Cham 30.9.1949.

7 LAV NRW Abt. OWL D 21 B Nr. 2572. Fernschrift Kripo Detmold an Kriminal-Außenstelle Cham 2.10.1949.

Seine sofortige Festnahme wurde veranlasst. Das Verfahren wurde von der Staatsanwaltschaft Cham nun an die Staatsanwaltschaft Detmold abgegeben. Darüber wurde auch Oskar Vangerow informiert und ihm weiterhin mitgeteilt, »... dass der von Ihnen angezeigte Gestapo-Beamte nicht der in Cham ansässige Felix Gluschke, sondern der in Detmold ansässige Josef Kluske ist«⁸. Das Verfahren gegen Felix Gluschke wurde mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt.

Am 17. Oktober 1949 wurde gegen den Kriminalkommissar a. D. Josef Kluske in Detmold der Haftbefehl ausgestellt.



Späte Genugtuung: Martin Löwenberg liest den Haftbefehl gegen seinen Peiniger Kluske

Darin wurde dieser beschuldigt, in der Zeit von 1943 bis zum Kriegsende in Breslau Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben, indem er Deutsche und Ausländer gefoltert und misshandelt habe. Die Verhaftung nahm britisches Militärpersonal vor, das den Bericht darüber der deutschen Polizei übergab. Kluske blieb zunächst in Haft, da die Behörden Fluchtgefahr befürchteten. Seine U-Haft dauerte laut späterer Anklageschrift vom 18. bis 21. Oktober 1949. Danach befand er sich auf freiem Fuß. Es ist davon auszugehen, dass dieser Beschluss für ihn mit Auflagen verbunden war.

⁸ LAV NRW Abt. OWL D 21 B Nr. 2572. Schreiben an Oskar Vangerow 7.10.1949.

Zeugensuche im Schatten des Kalten Krieges

Kaufmann Vangerow wusste von Überlebenden und empfahl der Staatsanwaltschaft Kontakt zur VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) Thüringen und besonders zu Erich Waschlewski aufzunehmen. Waschlewski gehörte neben Hermann Hartmann, Gerhard Heidenreich u. a. zu den Mitgliedern der Antifaschistischen Freiheitsbewegung, die in der eingeschlossenen Festung Breslau versucht hatten, den Untergang der Stadt zu verhindern. Diese Breslauer Widerstandskämpfer hatten der KPD bzw. der KPO angehört, hatten KZ und Zuchthausstrafen hinter sich. Praktisch alle waren »durch die Hände« von Kluske gegangen.

Im Sommer 1945 hatten sie in einem besonderen Treck ihre Heimat in Richtung sowjetische Besatzungszone verlassen. Sie organisierten sich dann im sogenannten Schlesierausschuss der VVN. Zu ihren selbstgestellten Aufgaben gehörte u. a., Täter wie Josef Kluske aufzuspüren und vor Gericht zu stellen.⁹ Waschlewski hatte Material über Kluske und seine Spitzel Oskar Pöhlich und Georg Paris zusammengetragen. Im Falle Pöhlichs kam es zu einer Zusammenarbeit des Schlesierausschusses mit der westdeutschen Justiz.

Zu Georg Paris war Josef Kluske bereits am 30. Mai 1949 als Zeuge in einer Protokollarischen Vernehmung durch die Zentralspruchkammer Nord-Württemberg befragt worden. Kluske hatte dort die Aussage auf die Frage, ob er selbst in seinem Sachgebiet mit V-Leuten gearbeitet habe, verweigert. Er machte seinen schlechten Gesundheitszustand, hervorgerufen durch seine Internierungszeit und sein Alter dafür verantwortlich, dass ihm Erinnerungen an die damaligen Vorgänge sowie an Namen früherer Kollegen und Mitarbeiter fehlten. Letztendlich räumte er die Möglichkeit ein, dass Paris in seiner Abteilung als V-Mann verwendet wurde, aber Konkretes wisse er nicht mehr anzugeben.¹⁰

Die Zeugensuche im Falle Kluske wurde in Ost und West mit großem Aufwand betrieben, da ehemalige Breslauer Widerstandskämpfer nach dem Krieg in alle Himmelsrichtungen verstreut waren. Zeugen, die mit Namen und Adresse bekannt waren, wurden angeschrieben, ihre Adressen außerdem der Staatsanwaltschaft Detmold mitgeteilt.

So erhielt Max Beckmann in Naundorf in Sachsen vom Landesauschuss der politisch Verfolgten in Bayern am 15. November 1949 die Aufforderung, der Staatsanwaltschaft in Detmold in Form einer eidesstattlichen Erklärung alles mitzuteilen, was er über die maßgebliche Tätigkeit von Kluske als Gestapobeamter

⁹ Siehe Michael Herms/Gert Noack: Der »Schlesierausschuss« der VVN im Visier der SED-Führung (1946 bis 1952), Berlin 1997. Reihe: Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte, hefte zur ddr-geschichte Nr. 47.

¹⁰ SAPMO BArch, DY 55/112-116. Protokollarische Vernehmung in Sachen Georg Paris, Zentrale Spruchkammer Ludwigsburg, 30.5.1949.

und über seine Haltung Häftlingen gegenüber aussagen könne. Beckmann wurde außerdem gebeten nachzuweisen, dass Kluske ein entscheidender Beamter bei der Gestapo in Breslau war und u. a. auch das Schicksal von politischen Häftlingen in der Hand hatte, indem er sie in Konzentrationslager schicken konnte. In dem Schreiben klingt auch darüber Besorgnis an, dass Kluske vor kurzem aus der Haft entlassen wurde und sich selbst als »kleiner untergeordneter Beamter« bezeichnete hatte.¹¹

Was Kluske später in Rage brachte, waren Aufrufe der VVN in der Presse, die Zeugen für seinen bevorstehenden Prozess suchten. In der Tageszeitung »Neues Deutschland« vom 10. Februar 1950 erschien unter der Überschrift »VVN erbittet Mitteilungen« folgende Meldung des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR: »Der in Kürze stattfindende Prozess gegen den ehemaligen Gestapo-Kriminalkommissar Josef Kluske aus Breslau vor der Oberstaatsanwaltschaft in Detmold veranlasst das Generalsekretariat der VVN alle Personen, denen das Treiben Kluskens bekannt ist, zu bitten, dem Sekretariat schriftlich beglaubigte eidesstattliche Erklärungen zuzustellen. Der Ermittlungsdienst der VVN befindet sich beim Generalsekretariat in Berlin, Neue Schönhauser Straße 3.«¹² Außerdem wurden in diesem Aufruf Mitteilungen über Kluskens V-Leute Marquardt, Pöhlich, Paris und Pfeiffer erbeten.

Die Zeugenbefragungen in Vorbereitung einer Anklageschrift gegen Josef Kluske fanden in beiden deutschen Staaten statt. Die Rechtsgrundlage bildete hierfür das Alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945, das die Bestrafung von Personen, die Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, regelte. Alliierte Kontrollratsgesetze waren vom Alliierten Kontrollrat der vier Siegermächte in den Jahren 1945 bis 1948 erlassene Gesetze zur Überwindung des Nationalsozialismus und Militarismus. Eine Präzisierung des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 erfolgte am 12. Oktober durch die Kontrollratsdirektive Nr. 38, die die Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen sowie Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen beinhaltete. Diese Direktive galt bis 1955 und wurde in dem Jahr von der DDR und der BRD außer Wirkung gesetzt.¹³

Einige Zeugen im Fall Kluske waren schon vor 1933 in antifaschistischen, linken und vor allem kommunistischen Gruppen aktiv und wurden bereits in dieser Zeit von Kluske vernommen. Oft blieb es nicht bei einer einmaligen Begegnung.

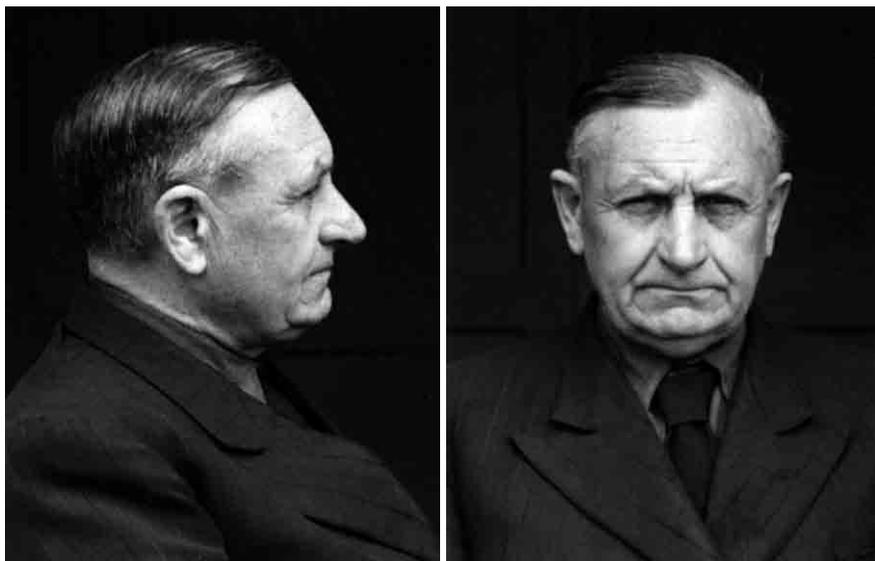
11 LAV NRW Abt. OWL D 21 B Nr. 2571. Schreiben des Landesausschusses der politisch Verfolgten in Bayern, München 15, Goethestraße 64/II an Max Beckmann Naundorf bei Ortrand Kreis Großenhain/Sachsen, 15.11.1949.

12 Neues Deutschland, 10.2.1950.

13 Siehe auch: <http://www.verfassungen.de/de/de45-49/kr-direktive38.htm> (Zugriff 05.05.2012).

Unerschrocken setzten sie trotz Verfolgungen, die ihr Leben bedrohten, ihre Widerstandsarbeit auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten fort.

Die Zeugen wurden nunmehr nach Kriegsende in das für den Wohnort zuständige Amtsgericht bestellt und in Anwesenheit eines Amtsrichters und eines Justizangestellten befragt. Die Ergebnisse der Befragung übersandten die Amtsgerichte an die Geschäftsstelle des Oberstaatsanwalts in Detmold. Zunächst wurden die Zeugen mit der Person des Beschuldigten und dem Gegenstand der Untersuchung bekannt gemacht, zur Wahrheit ermahnt und über die Bedeutung des Eides belehrt. Drei Fotos, die Kluske in stehender Haltung sowie sein Gesicht von vorn und im Profil zeigten, lagen allen Zeugen zur Identifizierung vor.



Josef Kluske

Einige Zeugenaussagen sollen hier wiedergegeben werden:

Der Zeuge Karl Maliske aus Erding berichtete über Einschleusung von V-Männern in Widerstandsgruppen durch Kluske. Ihm habe er auch seine Einweisung in ein KZ zu »verdanken«. Wilhelm Göttker aus Radebeul sagte aus, dass Kluske, wenn er nicht die gewünschte Antwort erhielt, SA- und bei einem späteren Verhör 1943 SS-Männer zum Schlagen aufforderte. Maliske habe sich nach dieser Tortur das Leben nehmen wollen. Max Beckmann wurde von Kluske ins Gesicht geschlagen. Erwin Schaar aus Halle erging es ebenso. Auch Beckmann bezeugte die Einschleusung von Spitzeln und Provokateuren in illegale Gruppen. Zu Kluskes Methoden habe auch gehört, einen Häftling gegen den anderen auszuspielen

oder Häftlinge stundenlang mit dem Gesicht zur Wand stehen zu lassen. Walter Rebohle aus Halle musste fünf Tage von 5.00 Uhr morgens bis abends um 19.00 Uhr in strammer Haltung stehen. Robert Bialek, aus Großenhain, fiel bei dieser »Behandlung« mehrmals in Ohnmacht und wurde von der SS mit Wasser und durch Gummiknüppel wieder zu Bewusstsein gebracht. Die Zeugin Agnes Thamm aus Hildesheim gab zu Protokoll, dass Kluske im Mai 1933 eine Sitzung der Bezirksleitung der KPD in Breslau ausgehoben habe. Die vier anwesenden Juden seien dann im Polizeipräsidium verprügelt worden. An ein Erpressungsangebot von Kluske erinnerte sich Fritz Stellmacher aus Halle. So habe ihm der Gestapomann 1934 die sofortige Freilassung unter der Bedingung angeboten, Spitzeldienste zu leisten. Georg Treske, ebenfalls aus Halle, «verdankt» seine stark eingeschränkte Hörfähigkeit einem massiven Faustschlag Kluskes. Hermann Hartmann aus Gera machte Kluske für seine Einweisung in das KZ Lichtenburg, Kreis Torgau verantwortlich. Später kam Hartmann in das KZ Sachsenhausen, wo er bis 1940 einsaß. Für ihn war Kluske ein führender Gestapo-Angestellter in Breslau, der für die Verschickung und Aburteilung von Widerstandskämpfern mit seinem ausge dehnten Apparat von Spitzeln und Provokateuren die Hauptverantwortung trug. Gefürchtet waren Kluskes Überstellungen von Verhafteten in das »Braune Haus«, dem Gestapogefängnis in der Neudorfstraße in Breslau. Dort wurden die Gefangenen oft bis zur Unkenntlichkeit misshandelt und anschließend halbtot Kluske zu weiteren Vernehmungen wieder vorgeführt. Josef Nagel aus Weiden hat diese schlimme Erfahrung selbst gemacht. Die Vorgehensweise Kluskes bestätigte auch der Zeuge Erich Waschlewski aus Weimar. Walter Ulbrich aus Halle fasst seine Zeugenaussage folgendermaßen zusammen: »Kluske hatte in der Gestapo eine leitende Stelle inne. Er ist auf keinen Fall von mir mit einem anderen verwechselt worden. Alle Misshandlungen sind meines Erachtens mit seiner Zustimmung und seinem Wissen erfolgt.«¹⁴

Am 30. August 1950 schrieb Kriminalkommissar i. R. Josef Kluske an den Oberstaatsanwalt in Detmold wegen seiner Strafsache – Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Darin verwahrte er sich gegen Anschuldigungen von Zeugen, besonders aus der DDR. Er fühlte sich inzwischen zunehmend sicherer, denn im Jahr 1950 verschärfte sich die politische und wirtschaftliche Teilung der Welt in zwei Blöcke und erfuhr einen ersten Höhepunkt mit dem Beginn des Korea-Krieges am 25. Juni. Zudem machte sich im Westen eine antikommunistische Stimmung breit, die in den USA besonders durch die Aktivitäten des Senators McCarthy geprägt wurde. Kluske schrieb: »Die Genannten belasten mich aus Rache, um

14 LAV NRW Abt. OWL D 21 B Nr. 2573. In der Strafsache gegen Kluske, Zeuge: Walter Ulbrich, Halle (Saale) 4.4.1950.

einen ehemaligen politischen Gegner zu schädigen. Sie sind alle noch heute überzeugte Kommunisten, bei denen es auf einen Meineid mehr oder weniger nicht ankommt, um nur den Wünschen ihrer Partei, der SED oder NKWD¹⁵, gerecht zu werden.«¹⁶ Kluske beließ es nicht bei plumper Propaganda. Um den Wahrheitsgehalt der Zeugen und der ostdeutschen Gerichte zu untergraben, berief er sich u. a. auf den Schriftsteller Arthur Koestler, der als ehemaliger Kommunist beizeiten die Verbrechen Stalins und dessen Justiz anprangert hatte. Damit versuchte Kluske geschickt von den Vorwürfen abzulenken, mit denen er in seiner Strafsache konfrontiert wurde.

Seinen tief sitzender Antikommunismus verdeutlicht ein weiterer Brief an den Oberstaatsanwalt vom 11. Oktober 1950. Kommunisten, die während der Nazizeit unter Einsatz ihres Lebens sich der NS-Diktatur widersetzt hatten, waren für Kluske keine Widerstandskämpfer, sondern Hochverräter, die mit Waffengewalt seit der Weimarer Republik die Diktatur des Proletariats errichten wollten. Seiner Meinung nach hatten sich Methode und Taktik bis in die Gegenwart nicht verändert. Die VVN bezeichnete er als 5. Kolonne. »Die Bekämpfung solcher staatsgefährlicher Extreme ist daher für jede Staatsregierung unerlässlich, was auch zu meiner Aufgabe gehörte.«¹⁷ Kluske forderte, von allen ihn belastenden Personen Strafregisterauszüge einholen zu lassen. Der ehemalige Gestapomann war fest davon überzeugt, dass Strafverfahren vor westdeutschen Gerichten durch den »internationalen Kommunismus« angezettelt wurden, um so politische Gegner auszuschalten. In diesem Sinne beklagte Kluske den für ihn unerträglichen Zustand in einem Einschreiben mit dem Vermerk »persönlich« an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen am 9. Januar 1951.¹⁸ Er sah sich als Musterbeispiel für eine dem Ansehen der westdeutschen Politik abträglichen Entwicklung. Seiner Meinung nach »werden die von einer solchen Anklage Betroffenen zum Opfer eines rechtswidrigen und vorsätzlichen Zeugenkomplotts und die westdeutschen Gerichte zum Tummelplatz ostzonaler Meineidiger und zur Propagandabühne des internationalen Kommunismus«¹⁹. Kluske ging davon aus, dass Kommunisten aus Ostdeutschland Ermittlungs- und Strafverfahren vor westdeutschen Gerichten mit Unterstützung westdeutscher Staatsanwaltschaften inszenierten. Er selbst bezeichnete sich als Fachmann mit jahrzehntelanger Praxis, den seine Gegner erledigen wollten. Die Zeugen, so bestätigte er, seien ihm zwar mit Namen bekannt, ihre Aussagen jedoch frei erfunden.

15 Kluske meint den sowjetischen Geheimdienst.

16 LAV NRW Abt. OWL D 21 B Nr. 2570. Schreiben von J. Kluske an den Oberstaatsanwalt in Detmold, 30.8.1950.

17 LAV NRW Abt. OWL D 21 B Nr. 2570. Schreiben von J. Kluske an den Oberstaatsanwalt in Detmold, 11.10.1950.

18 LAV NRW Abt. OWL D 21 B Nr. 2573. Schreiben von J. Kluske an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, 9.1.1951. Ministerpräsident war von 1947 bis 1956 Karl Arnold (CDU).

19 Ebenda.

Ausgang wie das Hornberger Schießen

Am 8. Februar 1951 übersandte der Oberstaatsanwalt in Detmold an den Vorsitzenden der Strafkammer des in Detmold ansässigen Landgerichts die Anklageschrift gegen den früheren Kriminalkommissar Josef Kluske. Dieser wurde angeklagt, »zu Breslau in den Jahren 1933 bis 1943 als Täter oder als Gehilfe bei der Begehung eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit an politischen Häftlingen mitgewirkt oder es begünstigt oder durch Zustimmung daran teilgenommen oder mit seiner Ausführung im Zusammenhang gestanden zu haben und durch dieselbe Handlung als Beamter an den Untersuchungen gegen politische Häftlinge Zwangsmittel angewendet oder anwenden zu lassen haben, um Geständnisse oder Aussagen zu erpressen, sowie als Beamter in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes vorsätzlich Körperverletzungen an den Häftlingen begangen oder begehen lassen zu haben«²⁰. Insgesamt wurden 26 Zeugen aufgeführt. Die Anklageschrift schilderte Kluskens beruflichen Werdegang, verwies ebenso auf das Urteil des Spruchkammerverfahrens in Bielefeld und machte deutlich, dass nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten die politische Polizei in vielen Fällen ohne Beachtung rechtsstaatlicher Prinzipien rücksichtslos gegen Regimegegner vorging. Dazu zählten willkürliche Festnahmen, Misshandlungen bei Verhören, aber auch die Erzwingung von Geständnissen durch Drohungen oder andere Zwangsmaßnahmen, also Verbrechen und Vergehen, die durch das Kontrollratsgesetz Nr. 10 unter Strafe gestellt wurden. Dem Angeschuldigten, der seit 1921 ununterbrochen in der politischen Abteilung der Kriminalpolizei das Arbeitsgebiet »Kommunismus« bearbeitet hatte, wurden nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten außerordentlich gute Sach- und Personalkenntnisse auf diesem Gebiet bescheinigt. Die Vorwürfe gegen Kluske konzentrierten sich auf Auslieferung von Verhafteten an ein Sonderkommando der SA, Veranlassung oder Duldung von Misshandlungen, Aussageerpressung durch Drohungen mit Auslieferung an die SA und KZ-Haft und Misshandlungen von politischen Gefangenen durch ihn selbst oder durch Untergebene. Diese Vorwürfe, mit Zeugenaussagen untersetzt, bestritt Kluske in seiner Verteidigung vehement. Er sei gegen seinen Wunsch 1934 von der Gestapo übernommen worden und habe auch eine Parteimitgliedschaft immer abgelehnt. »Er habe die Kommunisten stets anständig und sachlich korrekt behandelt und sich bemüht, die größten Härten zu vermeiden. Darüber hinaus sei er bestrebt gewesen, den Familien der Verhafteten zu helfen und ihnen nach Möglichkeit entgegenzukommen.«²¹ Als Polizist sei er gegenüber der

20 LAV NRW Abt. OWL D 21 B Nr. 2568. Anklageschrift. Der Oberstaatsanwalt an den Herrn Vorsitzenden der Strafkammer des Landgerichts in Detmold, Detmold 8.2.1951.

21 Ebenda.

SA machtlos gewesen. Auch eine Erklärung, warum er von den Zeugen so belastet würde, hatte Kluske parat. Er sei durch seine langjährige Tätigkeit eben bei den Kommunisten bekannt gewesen und diese haben die Meinung vertreten, dass er der alleinige Verantwortliche im Polizeipräsidium sei. Kluske redete seine Befugnisse klein und belastete zugleich ehemalige Kollegen, die er angeblich disziplinarisch nicht belangen konnte. Den Zeugen sprach er ab, aus eigener Veranlassung zu handeln. Sie würden im Auftrag des NKWD, der VVN und der SED-Führung auftreten und die kommunistische Propaganda in die Gerichtssäle tragen. Deshalb hätten auch die beeideten Zeugenaussagen keinerlei Bedeutung.

Die Staatsanwaltschaft beantragte unbeeindruckt von Kluskes Einlassungen, das Hauptverfahren vor der großen Strafkammer des Landgerichts Detmold zu eröffnen. Mit seiner Verteidigung hatte Josef Kluske die Anwaltskanzlei Albrecht Schweer und Erich Müller aus Stadthagen bei Hannover beauftragt. Rechtsanwalt Müller ließ nichts unversucht, das Hauptverfahren zu verhindern und forderte stattdessen eine gerichtliche Voruntersuchung anzuwenden. Das würde bedeuten, den Sachverhalt im Vorverfahren zu erforschen. Dem Verteidiger Kluskes ging es vor allem darum, die Anwendung des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 zu verhindern. So sei seiner Auffassung nach die internationale völkerrechtliche Sphäre nicht berührt worden, ausländische Staatsangehörige nicht betroffen gewesen. Alle Vorwürfe gegen seinen Mandanten beträfen die Zeit vor Beginn des Krieges. Die angeblichen Straftaten seines Mandanten, so argumentierte Müller u. a., wären durch die innerdeutschen Strafgesetze abgedeckt. Müller sprach weiterhin von Verjährung und sogar von einer Hitlergegnerschaft Kluskes. Besonders nahm der Rechtsanwalt die Aussagen der mehrheitlich ostdeutschen Zeugen ins Visier, denen er Beeinflussung vorwarf.

Daraufhin wurde am 14. Mai 1951 entschieden, gegen den ehemaligen Gestapobeamten Josef Kluske eine gerichtliche Voruntersuchung einzuleiten. Der Untersuchungsrichter beim Landgericht Detmold ließ den Oberstaatsanwalt in Detmold am 13. Juni 1951 wissen, dass er in den Räumen des Amtsgerichts Tiergarten in Berlin mit der Vernehmung der ostdeutschen Zeugen am 25. Juni 1951 beginnen werde. In den am 18. Juni 1951 verschickten Ladungen war zu lesen: »In der Strafsache gegen den Kriminalkommissar a. D. Josef Kluske in Detmold, Friedrichstraße 22 (früher in Breslau) wohnhaft, wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit u. a. beabsichtige ich, Sie als Zeugen zu vernehmen. Die Vernehmung soll in Berlin durchgeführt werden.«²² Die Zeugen sollten im Prinzip ihre schon einmal gemachten Aussagen in einer Gegenüberstellung mit dem ehemaligen Kriminalkommissar Kluske wiederholen. Alle Zeugen hatten sich daraufhin

22 LAV NRW Abt. OWL D 21 B Nr. 2574. Der Untersuchungsrichter bei dem Landgericht in Detmold, Ladung, 18.6.1951.

im Dienstgebäude des Amtsgerichts Tiergarten, Turmstraße 91, Zimmer 46 einzufinden. Ihr Erscheinen sei unbedingt erforderlich, wurde ihnen mitgeteilt, da der Angeschuldigte »die ihm zur Last gelegten Straftaten durchweg leugnet«²³.

Mit dieser Vorgehensweise erklärte sich die Verteidigung keinesfalls einverstanden. Josef Kluske fürchtete bei einer Berlin-Reise um sein Leben, obwohl es sich dabei um den Westsektor der Stadt handelte. Als »Fachmann« würde er die Methoden der SED und des NKWD kennen, ließ sein Anwalt in einem Schreiben an den Untersuchungsrichter beim Landgericht Detmold verlauten. Josef Kluske hatte Angst, nach Ostberlin verschleppt zu werden. Seine persönliche Sicherheit könne trotz aller Vorsichtsmaßnahmen und Sicherungen durch die Kriminalpolizei nicht gewährleistet werden. Die Verteidigung schlug deshalb vor, die ostdeutschen Zeugen in einem Ort an der Zonengrenze, evtl. in Braunschweig zu vernehmen. Am 15. Juni 1951 protestierte die Verteidigung erneut gegen eine Vernehmung der Zeugen in Westberlin. Kluske wollte keinesfalls nach Berlin reisen und fühlte sich in seiner Verteidigung behindert. Auch die vom Untersuchungsrichter gemachte Zusage, für die persönliche Sicherheit des Angeklagten zu sorgen, konnte ihn nicht umstimmen. Kluske blieb in Detmold.

Auch der Zeuge Robert Bialek aus Bautzen lehnte es ab, nach Westberlin zu fahren. Als Begründung schrieb er am 28. Juni 1951 an das Gericht in Detmold: »Als antifaschistischer Widerstandskämpfer bürgen mir die gegenwärtigen politischen Verhältnisse im Westen unseres Vaterlandes und in Westberlin nicht für die notwendige Sicherheit meiner Person.«²⁴ Gleichzeitig bestätigte er nochmals seine bereits gemachte Aussage zur Person Kluskes. Auch habe er ihn auf dem vorgelegten Foto erkannt.

Die Tragik des Robert Bialek bestand darin, dass ihm sein Aufenthalt in Westberlin knappe fünf Jahre später tatsächlich zum Verhängnis wurde. Nach dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 war er nach Westberlin geflüchtet. Er konnte und wollte nicht mehr die stalinistische Entwicklung in der DDR mittragen. Im Februar 1955 wurde er von der Staatssicherheit der DDR in Richtung Ostberlin entführt und dann wahrscheinlich ermordet. Über Robert Bialek hieß es später in der DDR u. a., dass er ein Gestapospitzel gewesen wäre. Als sich Josef Kluske während seines Ermittlungsverfahrens in Detmold mit den Aussagen des Zeugen Bialek auseinandersetzte, gelang es ihm erneut – wie zu seinen beruflich aktiven Zeiten – die Saat des Misstrauens erfolgreich zu streuen.²⁵ Sein Vorwurf gegenüber Bialek wurde von dessen Widersachern in der DDR dankbar aufgenommen.

23 Ebenda.

24 LAV NRW Abt. OWL D 21 B Nr. 2574. Schreiben vom 28.06.1951 von Robert Bialek, Bautzen an das Landgericht Detmold.

25 Siehe auch Michael Herms/Gert Noack: Aufstieg und Fall des Robert Bialek, Berlin 1998 und »Neues Deutschland« vom 9./10. Mai 1998 Ernesto Kroch – ein deutscher Antifaschist, dem das Exil Heimat wurde.

Misstrauen hegte auch der Zeuge Max Beckmann, als er die Aufforderung bekam, sich für eine Aussage im Amtsgericht Berlin-Tiergarten bereit zu halten. Dafür holte er sich extra das Einverständnis des Generalsekretariats der VVN ein. Das Verfahren gegen Josef Kluske fiel in eine Zeit, die in der UdSSR, der DDR und den Ostblockländern vom Personenkult um Stalin geprägt war. Denunziationen und Verdächtigungen, mit dem »Klassenfeind« zu paktieren, standen auf der Tagesordnung. Die Folgen konnten für die Betroffenen wie im Falle Bialek tödlich sein. Beckmann hatte von dem Untersuchungsrichter erfahren, dass es zwei Zeugen aus der DDR gegeben habe, die Kluske weitgehend entlastet hätten. Diese Namen teilte Beckmann bei seiner Rückkehr sofort der Bezirksparteikontrollkommission in Potsdam mit, zu deren Aufgaben es gehörte, »Parteifeinde« zu entlarven und zu bestrafen.²⁶

Am 3. September 1951 wurde Josef Kluske im Rahmen der gerichtlichen Voruntersuchung im Landgericht Detmold erneut vernommen. Nach wie vor ging es in der Strafsache gegen ihn um den Vorwurf von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Kluske blieb bei seinen schon früher gemachten Aussagen, die er gebetsmühlenartig wiederholte. Er stellte nochmals entschieden in Abrede, während seiner Tätigkeit bei der Kriminalpolizei und der Gestapo in Breslau sich irgendwelcher Übergriffe schuldig gemacht zu haben. Er wurde daraufhin mit den bei der Voruntersuchung gemachten Zeugenaussagen konfrontiert, zu denen er Stellung nehmen konnte. Immer wieder verwies Kluske auf Erinnerungslücken bei den von Zeugen geschilderten Vorfällen oder leugnete teilweise diese überhaupt gekannt zu haben. Er hatte auch eine Erklärung dafür parat, dass die Zeugen ihn auf den Fotos sofort identifiziert hatten und bezog sich auf seine Tätigkeit vor 1933: »Ich war ja fast allen Kommunisten in Breslau persönlich bekannt. Wenn ich auf einer Kommunistischen Versammlung erschien und ich musste fast zu jeder Versammlung selbst gehen, weil die anderen Beamten Angst hatten, so setzte bald eine richtige Völkerwanderung der Kommunisten ein, die an meinem Platz vorbeikamen und mich betrachteten.«²⁷

Unterstützung erhielt Josef Kluske u. a. durch seinen ehemaligen V-Mann Georg Paris. Dieser revanchierte sich für Kluskens Schweigen in eigener Sache und bescheinigte ihm eine stets anständige Behandlung. Auch sei er von ihm nie unter Druck gesetzt worden und den Namen Kluske habe er nie im Zusammenhang mit Misshandlungen gehört.²⁸

26 SAPMO-Barch, DY 30/IV 2/4/274. Schreiben vom 12.6.1953 von Max Beckmann an die SED BPKK, Bezirksleitung Potsdam, Betr. Werner Brodde, Leipzig.

27 LAV NRW Abt. OWL D 21 B Nr. 2568. In der Strafsache gegen Kluske wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit u.s.w., Detmold, 3.9.1951.

28 LAV NRW Abt. OWL D 21 B Nr. 2575. Das Landgericht Detmold, Strafsache gegen Kluske, Zeuge Paris, 16.8.1951.

Die Oberstaatsanwaltschaft Detmold beantragte am 21. Dezember 1951 – trotz Kluskes Widerstand – vor der großen Strafkammer des Landgerichts Detmold das Hauptverfahren gegen ihn zu eröffnen. Vergehen gegen das alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 10 spielten jedoch in der Anklageschrift keine Rolle mehr. Der Vorwurf Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben, wurde fallengelassen. Kluske wurde angeklagt, »in den Jahren 1933–1943 zu Breslau durch 12 selbständige, zum Teil in sich fortgesetzte Handlungen als Beamter an den Untersuchungen gegen politische Häftlinge Zwangsmittel angewendet oder anwenden lassen zu haben, um Geständnisse oder Aussagen zu erpressen«²⁹. Hinzu kam, vorsätzliche Körperverletzung an Häftlingen begangen oder diese beauftragt zu haben. Die Staatsanwaltschaft konnte nicht erkennen, dass die ostdeutschen Zeugen bei der richterlichen Vernehmung im fremden Auftrag gehandelt hatten oder beeinflusst worden waren. Die westdeutschen Zeugen waren Kluske direkt gegenübergestellt worden und hatten ihre Aussagen sicher und glaubhaft vorgetragen und ihn auch sofort wiedererkannt. Der Angeschuldigte Josef Kluske wurde als überführt angesehen.

Zu befürchten hatte er allerdings nichts. Denn am 9. Februar 1952 entschied die III. Strafkammer des Landgerichts in Detmold in der Strafsache gegen den früheren Kriminalkommissar Josef Kluske wegen Aussageerpressung und Körperverletzung im Amte den Angeschuldigten außer Verfolgung zu setzen. Die Eröffnung eines Hauptverfahrens war abgelehnt worden. Die Kosten gingen zu Lasten der Staatskasse. Das mit viel Aufwand über Jahre betriebene Verfahren gegen den ehemaligen Gestapokommissar war letztendlich im Sande verlaufen. Die III. Strafkammer des Landgerichts in Detmold sah keinen hinreichenden Verdacht, dass der Angeschuldigte schuldig sei. Sie ging zwar nicht davon aus, dass seine Unschuld damit erwiesen sei, aber es würde an hinreichenden Beweisen fehlen, so dass er mit Wahrscheinlichkeit nicht verurteilt werden würde.

Der Zeitgeist, aber auch das geschickte Agieren seiner Anwälte, hatten genügend Zweifel an der Schuld Kluskes geschürt. Auf 75 Seiten³⁰ war es ihnen gelungen, »glaubhaft« darzustellen, dass

- ausreichend Widersprüche in den Aussagen der Belastungszeugen zu finden waren;
- seine ständige Schreibkraft, Frau Borschdorf, ihn für die Zeit zwischen 1933 bis 1945 vollständig entlastete;

29 LAV NRW Abt. OWL D 21 B Nr. 2568. Der Oberstaatsanwalt. An den Vorsitzenden der Strafkammer des Landgerichts in Detmold. Anklageschrift, Detmold, 21.12.1951.

30 LAV NRW Abt. OWL D 21 B Nr. 2575. Beschluss. In der Strafsache gegen den früheren Kriminalkommissar Josef Kluske in Detmold, Detmold, 10.3.1952.

- die meisten Belastungszeugen vor allem Aussagen zu den Jahren vor 1933 und kurz danach machten, also zu einem relativ weit zurückliegenden Zeitpunkt;
- Josef Kluske als erfahrener Beamter nicht plötzlich Normen »rechtsstaatlicher« Vernehmungsmethoden geändert habe ...

Eine sofortige Beschwerde des Oberstaatsanwalts in Detmold vom 15. März 1952 gegen den Beschluss der III. Strafkammer des Landgerichts vom 9. Februar 1952 hat der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts in Hamm am 14. Januar 1953 verworfen. Die Gründe dafür waren eindeutig politischer Natur und fest in der Ideologie des Kalten Krieges im schwelenden Ost-West-Konflikt verwurzelt. Die während der NS-Diktatur verübte Mitwirkung des Gestapokommissars Kluske bei der Verfolgung und Ermordung von Nazigegegnern in Breslau war in der BRD kein relevantes Thema mehr. Den größtenteils aus der DDR stammenden Belastungszeugen, die nun in ihrer neuen Heimat oftmals führende Positionen einnahmen, wurde u. a. Rache für erlittenes Unrecht unterstellt. Diese habe sich nun auf die Person Kluskens fokussiert, zumal er aufgrund seiner Erkenntnisse und jahrzehntelanger Erfahrungen immer noch ein gefährlicher Gegner für die andere Seite wäre. Der Konflikt im ideologischen Konkurrenzkampf der Systeme erwies sich letztendlich als unlösbar.

Josef Kluske tauchte noch einmal 1960 in den Akten auf. Inzwischen war er von Detmold nach Bayern verzogen. Er lebte in Landshut, Kleistweg 8. Dort wurde er am 21. April 1960 als Zeuge in einem anderen Verfahren vernommen. Kluske machte dort nur vage und unverbindliche Aussagen, die niemandem schaden. Die Beamten fragten ihn u. a. nach dem bereits wegen mehrfachen Judenmordes verurteilten Kriegsverbrecher Bernhard Fischer-Schweder, der zeitweise bei der Gestapo-Leitstelle Breslau beschäftigt war und zu dem es neue Erkenntnisse gab. Kluske bestätigte eine persönliche Bekanntschaft mit Fischer-Schweder. Aber mehr konnte oder wollte er über ihn nicht sagen.³¹

Josef Kluske starb am 5. August 1965 im Alter von 86 Jahren.

31 BArch B 162/ 5310, fol. 1.

Reiner Zilkenat

Ein Hort der Konterrevolution? Bemerkungen zur politischen Szenerie in Schlesien in der Zeit der Weimarer Republik

Die gesellschaftlichen Konflikte und politischen Auseinandersetzungen in der Weimarer »Republik auf Zeit« (Wolfgang Ruge) waren bekanntlich nicht zuletzt durch die Existenz von einflussreichen faschistischen und anderen reaktionären Organisationen geprägt. Sie kämpften nicht nur kompromisslos – auch mit dem Einsatz physischer Gewalt – gegen die ihnen verhassten Sozialdemokraten und Kommunisten, gegen die »Erfüllungspolitiker« und alle Bekundungen einer demokratischen Gesinnung, sondern verbreiteten in ihren Programmen und Publikationen, bei ihren Versammlungen und Kundgebungen die aus dem Kaiserreich tradierten Ideologien des Nationalismus und Chauvinismus, den jetzt vor allem als »Antibolschewismus« umdrapierten Antisozialismus sowie den Antisemitismus. Auch in den vergleichsweise stabilen, sogenannten Goldenen Zwanzigerjahren änderte sich daran grundsätzlich wenig. Zwar ging in der Zeit von der Überwindung der Hyper-Inflation an der Jahreswende 1923/24 bis zum Beginn der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise Ende 1929 der an Wahlergebnissen messbare politische Einfluss reaktionärer Parteien deutlich zurück, die von ihnen propagierten Ideologien blieben allerdings weiterhin subkutan wirksam.

Dies galt in besonderer Weise für Schlesien, das als Nieder- und Oberschlesien in der Form zweier Provinzen des preußischen Staates existierte. Hier verknüpften sich auf spezifische Weise die auch anderswo in Deutschland anzutreffenden Themen der politischen Rechten, hier bekamen sie ihre besondere Schubkraft durch eine aggressiv-nationalistische, vor allem gegen Polen gerichtete Komponente.

Besonderheiten für die Ausbreitung reaktionärer Politik in Schlesien

Schlesien besaß für die Wirkungsmöglichkeiten reaktionärer Organisationen und der von ihnen verbreiteten Ideologien besonders günstige Voraussetzungen. Eine der wesentlichen Ursachen hierfür waren diejenigen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages von 1919 bzw. seiner Nachfolgeverträge, die weitreichende Gebietsabtretungen Deutschlands zugunsten des neu entstehenden polnischen Staates vorsahen. Dies betraf neben dem größten Teil von Westpreußen und der

Provinz Posen nicht zuletzt Regionen in Oberschlesien, die bis dahin zu den wichtigsten Rohstoff- und Industriegebieten des Deutschen Reiches zählten.¹ Der britische Premierminister Lloyd George hatte gegen den Widerstand Frankreichs² zwar durchsetzen können, dass in Oberschlesien am 20. März 1921 Volksabstimmungen durchgeführt wurden, um die Einwohner selbst bestimmen zu lassen, ob sie künftig in den polnischen Staatsverband integriert werden möchten. Doch ungeachtet der Ergebnisse – 59,6 Prozent der Abstimmenden (478.820) entschieden sich bei einer Wahlbeteiligung von 97,8 Prozent zugunsten des Verbleibs in Deutschland, 40,4 Prozent (307.554) votierten für Polen – entschied der Oberste Alliierte Rat am 20. Oktober 1921 anders.³

Oberschlesien wurde geteilt, wobei 80 Prozent der Steinkohlebergwerke mit 74 Prozent der Fördermenge und 95 Prozent der Steinkohlevorkommen, sämtliche Eisenerzgruben, 60 Prozent der Stahl- und Eisengießereien, ungefähr 80 Prozent der Blei- und Zinkerzförderung sowie alle Blei- und Zinkhütten dem polnischen Staat zugeschlagen wurden, der nun mit der Region um Kattowitz und Königshütte über eine nennenswerte Schwerindustrie und Rohstoffbasis verfügen konnte.⁴ Insgesamt umfasste das von den Alliierten dem polnischen Staat zuerkannte Gebiet Oberschlesiens 3.213 Quadratkilometer mit ungefähr einer Million Einwohnern. Es wurde Polen als »Wojewodschaft Schlesien« inkorporiert. Bei Deutschland verblieb zwar der größere Teil Oberschlesiens, der allerdings weitgehend agrarisch geprägt war.

Bereits am 10. Januar 1920 war das sogenannte Hultschiner Ländchen, im Süden Schlesiens als Teil des Landkreises Ratibor gelegen, Bestandteil der neu entstandenen Tschechoslowakei geworden. Dieses Gebiet war etwa 290 Quadratkilometer groß, hatte ca. 50.000 Einwohner und verfügte über einige Steinkohlegruben. Die politische Rechte in Schlesien kultivierte deshalb auch neben ihrer antipolnischen Hetze die Stimmungsmache gegen die Tschechoslowakei.⁵

1 Siehe Peter Krüger: Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986, bes. S. 88 ff.; Hans Mommsen: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918–1933, München 2001, S. 131 ff.; Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008, S. 120 ff. u. 153 ff.

2 Frankreichs Interessen bestanden vor allem darin, mittels starker »Pufferstaaten« einen »cordon sanitaire« in Mittel- und Osteuropa gegen ein künftig erstarkendes Deutschland, aber auch gegen Sowjetrußland, zu etablieren. Deshalb galt Frankreich, dessen in Oberschlesien stationierte Truppen nichts unternahm, um die polnischen Freischärler aufzuhalten, als Protektor eines politisch wie ökonomisch vitalen Polens wie auch der Tschechoslowakei.

3 Siehe Hans Roos: Geschichte der Polnischen Nation 1916–1960. Von der Staatsgründung im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Stuttgart 1962, S. 91.

4 Siehe Ferdinand Friedensburg: Die Weimarer Republik, Berlin 1946, S. 30 f.

5 Beispielhaft hierfür war ein Artikel des »Bundeskanzlers« (Reichsgeschäftsführers) des Stahlhelms Wagner in der gleichnamigen Verbandszeitung: »Die Tschechen – ein Kleinvolk von 6 Millionen Menschen, um Prag herum, also mitten im deutschen Raum wohnend – müssen sich mit dem Deutschtum verständigen, mit dem sie das Schicksal ganz Mitteleuropas immer teilen werden. Sei es, dass die Nationen Mitteleuropas, gestützt durch

In einer 1921 publizierten Schrift, die sich außerordentlich polemisch, mit fragwürdigen historischen Vergleichen argumentierend, mit dem Versailler Vertrag, der Demilitarisierung und den Gebietsabtretungen an Polen und andere Staaten auseinandersetzt, hieß es dazu unter anderem:

»Seit Karthagos Untergang nennt die Weltgeschichte kein Volk, das so wie das deutsche seine Kriegs- und Handelsschiffe, Luftschiffe und Flugzeuge den Feinden ausliefert und alle seine Verteidigungsmittel und Waffen bis auf gänzlich unzureichende und zwecklose Reste auf feindliches Geheiß mit eigenen Händen zerstört hat... Machtlos steht die deutsche Regierung ihren Gegnern im Innern und den Feinden des Reiches nach außen gegenüber, obwohl gerade Revolutionsregierungen, ganz gleich welcher Parteirichtung, zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern und zur Abwehr feindlicher Eindringlinge ... dringend einer Wehrmacht bedürfen.(...) Der Friedensvertrag wird in Deutschland noch immer zu leicht genommen. Man denkt, ein 70-Millionen-Volk könne nicht zugrunde gehen, und vergisst den Untergang kulturell hochstehender und mächtiger Völker, z. B. den Untergang des alten Ägyptens und Griechenlands, den Untergang des karthagischen Reiches und des römischen Weltreiches.«⁶

Von großer Bedeutung waren die am 3. Mai 1921 erneut aufflammenden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen polnischen Insurgenten⁷ unter dem Kommando des Obersten Graf Mielzynski und deutschen Freikorps, die als militante Begleitmusik für die von den Alliierten festzulegenden Schlussfolgerungen aus der Volksabstimmung dienen sollten und die von etwa 60.000 polnischen und 32.000 deutschen Kämpfern mit unerhörter Härte geführt wurden.⁸ Sie erreichten am 23. und 24. Mai 1921 ihren Höhepunkt, als in der Schlacht am Annaberg bei Oppeln die deutschen Freikorps, die sich zum »Selbstschutz Oberschlesien« zusammengeschlossen hatten, unter dem Kommando der Generalleutnants Karl Hoefler und Bernhard von Hülsen einen entscheidenden militärischen Sieg erran-

ein neu erstandenes drittes Deutsches Reich, ihre Kulturen noch weiterhin entfalten können, sei es, dass dieser ganze Raum aufbrennt im Kampf zwischen Eurasien und dem Westen.« Siehe Major a. D. Dr. Wagner, in: Der Stahlhelm, Nr. 18, 10.5.1931, S. 1: »Der Sinn des 12. Reichsfrontkämpfertages: Front nach Osten!« Exemplar in: Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: BArch), R 72/154.

6 Dr. Henry Behnen u. Dr. Werner Genzmer: Valuta-Elend und Friedensvertrag, Leipzig 1921, S. 51 u. 71. Ein Exemplar dieser Broschüre befindet sich in: Bundesarchiv – Zwischenarchiv Hoppegarten – R 13 I/195.

7 Zum Gesamtzusammenhang dieser Aktionen mit der polnischen Innen- und Außenpolitik siehe Hans Roos: Geschichte der polnischen Nation 1916–1960, S. 52 ff. u. Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik, S. 160 f. Die ersten polnischen »Aufstände« in Oberschlesien, die zu erbitterten Gefechten mit deutschen Freikorps geführt hatten, waren bereits im August 1919 und im August 1920 ausgelöst worden.

8 Siehe Bernhard Sauer: »Auf nach Oberschlesien«. Die Kämpfe der deutschen Freikorps 1921 in Oberschlesien und den anderen ehemaligen deutschen Ostprovinzen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im Folgenden: ZfG), 58. Jg., 2010, H. 4, S. 297 ff. In den Anmerkungen dieses Beitrages findet sich auch die einschlägige Literatur zur Thematik.

gen.⁹ Dabei hatten die Freikorps »Bund Oberland« und das nach General Hülsen benannte Freikorps den Hauptanteil. Beide Einheiten waren für ihre besonders grausame Kriegsführung berüchtigt. Der »Bund Oberland« wurde später zu einer wichtigen Vorläuferorganisation der bayerischen SA, die sich im November 1923 am Hitler-Ludendorff-Putsch in München beteiligte¹⁰ und gegen »Verräter« in den eigenen Reihen rigoros »Fememorde«¹¹ verübte. Insgesamt 24 Kämpfer des »Bundes Oberland« wurden später Generäle der faschistischen Wehrmacht bzw. Ober- und Gruppenführer der SS; beim Freikorps Hülsen waren es 16 Männer, die nach 1933 entsprechend hohe Führerränge der SS bekleideten.

Der »Mythos Annaberg« wurde für die deutsche Rechte zum Symbol des Abwehrkampfes gegen das »anstürmende Slawentum«, für die angeblich reale Chance, ungeachtet der Reduzierung der deutschen Armee auf 100.000 Mann erfolgreiche Kämpfe durch fanatisierte, paramilitärische Einheiten an den Grenzen im Osten führen zu können – freilich musste gegenüber der Öffentlichkeit und den Alliierten verschwiegen werden, dass dies nur mit tatkräftiger logistischer Unterstützung der Reichswehr ermöglicht werden konnte. Am 5. Juli 1921 wurden die Kämpfe nach alliierter Intervention durch einen Waffenstillstand endgültig beendet, die polnischen Einheiten zogen sich wieder hinter die Grenze zurück.

Von nun an waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen endgültig schwerwiegend belastet, konnte sich eine Normalisierung des Verhältnisses beider Staaten zueinander nur in Ansätzen entwickeln, zumal sich alle deutschen Reichsregierungen der Weimarer Republik strikt weigerten, die Grenze zu Polen, wie auch die Grenze zur Tschechoslowakei, völkerrechtlich verbindlich anzuerkennen.¹²

Vor allem hatte sich der Ungeist eines aggressiven, antipolnischen Nationalismus in den Köpfen von Hunderttausenden deutschen Schlesiern eingenistet, dessen Anschlussfähigkeit an die Ideologie des Nationalsozialismus außer Frage stand. Die eigenen Untaten, die von den Kämpfern der Freikorps gegen Po-

9 Siehe ebenda, S. 313 ff.

10 Siehe Peter Longeric: *Geschichte der SA*, 2. Aufl., München 2003, S. 33 ff. u. 65 ff.

11 Siehe Bernhard Sauer: »Verräter werden bei uns in Mengen erschossen werden.« Die Fememorde in Oberschlesien 1921, in: *ZfG*, 54. Jg., 2006, H. 6, S. 653 ff. Für den Gesamtzusammenhang siehe derselbe: *Schwarze Reichswehr und Fememorde. Eine Milieustudie zum Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik*, Berlin 2004. Siehe auch Peter Bachmann u. Kurt Zeisler: *Der deutsche Militarismus. Illustrierte Geschichte*, Bd. 2: Vom wilhelminischen zum faschistischen Militarismus, Berlin-DDR 1983, S. 154 f.

12 Dieses Thema ist in der Geschichtsschreibung seit langem gut erforscht worden. Siehe u. a. Wolfgang Ruge: Die Außenpolitik der Weimarer Republik und das Problem der europäischen Sicherheit 1925–1932, in: *ZfG*, 22. Jg. 1974, H. 3, S. 273 ff., bes. 278 ff.; Klaus Megerle: Danzig, Korridor und Oberschlesien. Zur deutschen Revisionspolitik gegenüber Polen in der Locarnodiplomatie, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, Bd. 29, 1976, S. 145 ff.; Peter Krüger: Der deutsch-polnische Schiedsvertrag im Rahmen der deutschen Sicherheitsinitiative von 1925, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 230, 1980, S. 577 ff. Empfehlenswert ist die Lektüre der Dissertation von Ralph Schattkowsky: *Deutschland und Polen von 1918/19 bis 1925. Deutsch-polnische Beziehungen zwischen Versailles und Locarno*, Frankfurt a. M. 1994.

len begangen worden waren, wurden als heroische Handlungen interpretiert, die Angehörigen der Freikorps als »Retter« Oberschlesiens gefeiert.¹³ Tief ins Massenbewusstsein eingedrungen war das Selbstverständnis, als »Vorposten« für das »Deutschtum«, als »Bollwerk« gegen das aggressionsbereite Polen und alle von Osteuropa ausgehenden, vermeintlichen Gefahren, eine nationalpolitisch unverzichtbare Aufgabe zu erfüllen.

Selbst Repräsentanten demokratischer Parteien und Organisationen waren von derartigen Anschauungen erfüllt, was unter anderem der Blick auf die Rednerliste einer »Protest-Veranstaltung« gegen die polnische und alliierte Oberschlesienpolitik in Berlin im Juli 1921 verdeutlicht.¹⁴ Hier waren neben dem deutschnationalen Politiker und Historiker Prof. Dr. Otto Hoetzsch und einem Abgesandten der Deutschen Volkspartei auch Vertreter der SPD und des Zentrums anwesend. Die Deutsche Demokratische Partei hatte ihren Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Walter Schücking delegiert, einen ausgewiesenen Pazifisten und linken bürgerlichen Demokraten; für das »intellektuelle Deutschland« ergriff der Schriftsteller Gerhart Hauptmann, der 1912 den Nobelpreis für Literatur verliehen bekommen hatte, das Wort. Keine dieser Persönlichkeiten ging auf die unseligen Traditionen der wilhelminischen »Germanisierungspolitik« von vor 1914 ein. Die Entstehung des polnischen Staates als ein Ergebnis des wesentlich vom Deutschen Reich angezettelten Ersten Weltkrieges blieb gänzlich ausgeklammert. Alle genannten Redner gestatteten sich mehr oder weniger ausgeprägte nationalistische Tiraden gegenüber Polen und den Alliierten, besonders gegen Frankreich. Angesichts eines auch hier demonstrierten, breit gefächerten gesellschaftlichen Konsenses über die Ursachen der komplizierten Situation in Oberschlesien, die ausschließlich bei Polen und seinen Verbündeten verortet wurden, kann es nicht verwundern, dass die politische Rechte mit ihren von Hass erfüllten antipolnischen Reden und Schriften auf nicht geringe Resonanz stieß.

Der Vorsitzende des militant-reaktionären »Stahlhelm-Bund[es] der Frontsoldaten« in Schlesien, einer einflussreichen Massenorganisation, die hier über mehr

13 Hierzu führte der »1. Bundesführer« des Stahlhelms, Major a. D. Fritz Seldte, auf dem 1. Schlesischen Frontsoldatentag in Oppeln am 1. Juli 1928 aus: »Der schlesische Kamerad hatte keine Zeit, sich zu organisieren und an Ortsgruppengründungen zu denken. Er stand mit Gewehr und Handgranate in den Reihen der Freikorps und Selbstschutzverbände, er kämpfte und blutete noch einmal für den bedrohten Bestand des zusammengebrochenen Reiches und hat durch seine Hingabe und Aufopferung die schöne Heimat gerettet. (...) Aus diesen Kämpfen um Heimat und Herd ist der schlesische Stahlhelm hervorgewachsen: tapfer und stark, furchtlos und treu, deutsch bis ins Herz.« BAArch, R 72/110, Bl. 133.

14 Ein Exemplar der Broschüre zu dieser Veranstaltung befindet sich im Bundesarchiv – Zwischenarchiv Hoppengarten – R 13 I/197: Für ein ungeteiltes deutsches Oberschlesien! Öffentliche Protest-Versammlung unter dem Vorsitz vom Wirklichen Geheimen Rat Prof. Dr. Adolf von Harnack am 15. Juli 1921 im großen Saal der Philharmonie zu Berlin, Berlin 1921. Prof. Harnack (1851–1930) galt als der bedeutendste evangelische Theologe seiner Zeit. Er hatte die Entstehung der Weimarer Republik nachdrücklich begrüßt und galt als ein Mann von eher liberalen Anschauungen.

als 30.000 Mitglieder verfügte,¹⁵ brachte dies in der Wochenzeitung seines Verbandes paradigmatisch zum Ausdruck:

»Schlesien liegt geopolitisch so, dass seine Geschicke von allem berührt werden, was sich in Europa ereignet. Dem Reich des Bolschewismus nicht sehr weit entfernt, dem östlichen Träger französischer Vormachtsgelüste, Polen, benachbart, in seiner Südostausdehnung auf dem alten Handelswege nach dem Balkan, hineinragend in alle jene Gärungen, welche, von dort ausgehend, sich über Ungarn und Österreich hin in die Slowakei und bis in die Tschechei erstrecken.«¹⁶

Stimmen der Vernunft, die mit Recht einseitige Schuldzuweisungen an die polnische Seite vermieden, waren rar. Eine dieser Stimmen gehörte dem Abgeordneten der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung Ziegler, Mitglied der USPD, der die Verantwortlichkeiten für die seit dem Kriegsende entstandene Lage in Oberschlesien helllichtig mit folgenden Worten kennzeichnete:

»Meine politischen Freunde und ich sind der Meinung, dass die Zustände in Oberschlesien unhaltbar geworden sind. Dem Treiben der nationalen Elemente beiderseits, nicht nur der Polen, auch der Deutschen, haben wir sie zu verdanken. Die Polen sind die gelehrigen Schüler der nationalistischen Kreise Deutschlands...« Es sei festzustellen, »dass die deutschen Nationalisten die Geister gerufen haben, die sich jetzt als nationalistische Polen dort herumtreiben.(...) Es steht doch fest, dass auch deutsche Übergriffe polnische heraufbeschwohren haben. (Tumulte).«¹⁷

Solche Stimmen der Vernunft verhallten jedoch weitgehend ungehört. Welchen Einfluss antipolnische Ressentiments mittlerweile gewonnen hatten, dokumentiert der Beitrag des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun (SPD) in der gleichen Sitzung, der sich in Tonlage und Inhalt nur geringfügig von entsprechenden Einlassungen deutschnationaler Abgeordneter unterschied. Braun führte unter anderem aus:

»Die Staatsregierung hat mit Entsetzen und Schmerz Kenntnis genommen von den furchtbaren Ereignissen, die sich in Oberschlesien abgespielt haben. (...) Mit inniger Anteilnahme und steigender Empörung verfolgt sie den heroischen Kampf, den die überwiegend deutsch gesinnte oberschlesische Bevölkerung gegen die Heimtücke und Schändlichkeit polnischer Schädlinge, gegen die Bestialität einer durch verlogene polnische Hetze bis zur Siedehitze nationalistischen Hasses aufgestachelten Volksmenge führt. (...) Der schwer geprüften

15 Siehe Volker R. Berghahn: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935, Düsseldorf 1966, S. 287.

16 Oberst a. D. von Marklowski, in: Der Stahlhelm, Nr. 18, 10.5.1931, S. 3: »Schlesien«. Exemplar in: BArch, R 72/154.

17 Sitzungsberichte der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung, Tagung 1919/21, 9. Bd., 134. bis 155. Sitzung, Berlin 1921, Sp. 12221, 12224 u. 12227 (153. Sitzung v. 17.9.1920).

oberschlesischen Bevölkerung gebührt Dank und Anerkennung für ihre hingebende Standhaftigkeit, mit der sie die Fahne des Deutschtums gegen die anstürmende polnische Flut hochgehalten hat. (Lebhaftes Bravo)«¹⁸

Die politische Rechte wurde einerseits nicht müde, auf die Unterdrückung der deutschen Minderheit im polnischen Staat hinzuweisen, jedoch versagte sie andererseits der starken polnischen Minderheit in Oberschlesien jegliche politischen Mitwirkungsrechte; ja, einige ihrer Protagonisten gedachten sogar, sie aus Deutschland auszuweisen. Ganz in diesem Sinne forderte der schlesische Stahlhelm-Führer von Marklowski im Mai 1931: »Der Pole muss raus aus Oberschlesien!«¹⁹

In welchem Maße blanker Chauvinismus gegen alles Polnische das Denken und Handeln führender Politiker der Rechten prägte, dokumentiert ein streng vertraulicher Brief, den der Pressezar der Weimarer Republik, Alfred Hugenberg²⁰, an den Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (VDE-StI), Jakob Reichert, im August 1920 sandte. Reichert²¹, ein äußerst umtriebiger Lobbyist der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, der zugleich in mehreren großen Konzernen Aufsichtsratsmandate innehatte und publizistisch außerordentlich aktiv war,²² gehörte zugleich als Abgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei dem Reichstag an, war Mitglied des Wirtschaftsrates des »Stahlhelms« sowie des »Deutschen Herrenklubs«, einem Diskussionszirkel einflussreicher Politiker, Unternehmer und Publizisten,²³ schließlich hatte er Sitz und Stimme im »Arbeitsausschuss Deutschnationaler Industrieller«.²⁴

Hugenberg beunruhigte die Vorstellung, dass die deutsche Industrie wegen ihrer außenwirtschaftlichen Interessen Polen als einen potenziell wichtigen Exportmarkt betrachten und bei den bevorstehenden Verhandlungen über einen Handelsvertrag Druck auf die Reichsregierung ausüben könnte, um den Abschluss eines solchen Vertrages zu beschleunigen, ohne dass von polnischer Seite politische

18 Ebenda, Sp.12215 f.

19 Oberst a. D. von Marklowski, in: Der Stahlhelm, Nr. 21, 31.5.1931, S. 1 f.: »Für Deutschland!« Exemplar in: BArch, R 72/154.

20 Hugenberg war zu jener Zeit Reichstagsabgeordneter der DNVP, deren Parteivorsitzender er im Oktober 1928 werden sollte. 1919 war er zum Mitglied der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung gewählt worden. Im wilhelminischen Reich hatte er seit 1894 der »Ansiedlungskommission« in der preußischen Provinz Posen angehört, die eine strikte Germanisierungspolitik in dieser weitgehend von Polen bewohnten Region betrieb. Ebenfalls 1894 gehörte Hugenberg zu den Gründern und aktiven Betreibern des Alldeutschen Verbandes, einer extrem reaktionären »Denkfabrik«, die es verstand, vor allem hinter den Kulissen Einfluss auf wichtige politische und personelle Entscheidungen bis zur Zerstörung der Weimarer Republik zu nehmen.

21 Reichert war von 1920 bis 1930 Reichstagsabgeordneter der DNVP. Seine unverändert ablehnende Haltung zur »Erfüllungspolitik« gab er u. a. in folgender Schrift zu Protokoll: Dr. J. W. Reichert: Die Deutschnationalen zur Reparations- und Währungspolitik, Berlin 1928. Exemplar in: Bundesarchiv – Zwischenarchiv Hoppegarten – R 13 I/612.

22 Viele seiner wissenschaftlichen wie journalistischen Veröffentlichungen sind gesammelt in: ebenda, R 13 I/609-613.

23 Siehe BArch, R 72/1863, Bl. 5.

24 Siehe ebenda, R 72/308, Bl. 19 ff.

Konzessionen erbracht werden müssten. In seinem Schreiben an Reichert hieß es deshalb unter anderem:

»Ich rechne bei dem, was ich sage, damit, dass ein Polen überhaupt bestehen bleibt und gehe in erster Linie davon aus, dass wir natürlich das Interesse haben, dass dies nicht der Fall ist und dass wir deshalb auch im Augenblick überhaupt keinen Anlass haben, Polen die Existenz zu erleichtern. Eine der größten Schwächen Polens ist, dass es in Bezug auf industrielle Erzeugnisse sozusagen vollkommen blank ist.(...) Die Fortführung der Wirtschaft in Polen hängt geradezu davon ab, dass es von uns Ersatzteile und sonstige industrielle Lieferungen bekommt.(...) Also nicht wir haben das Interesse, uns die Tür nach Polen aufzumachen, sondern Polen hat seinerseits das allergrößte Interesse an unseren Lieferungen. Wir dürfen die Zulassungen deutscher Waren ... nicht als Zugeständnis an uns, sondern als ein großes Zugeständnis auffassen, das wir den Polen machen. Wir können damit die größten Zugeständnisse einhandeln, insbesondere auch eine Revision der Haltung der Polen gegenüber den in Polen lebenden Deutschen, insbesondere den Ansiedlern, erzwingen.(...) Die Geschicke mögen laufen, wie sie wollen. Diese Zukunftsfrage der Stellung des Deutschtums in Polen ist also unendlich viel wichtiger als die Frage, ob wir in den nächsten Monaten dort einige Millionen oder Milliarden Industriewaren absetzen... Wir müssen mit zäher Zurückhaltung auf diesem Gebiete die Polen nach und nach reif für eine vollständige Revision ihrer Haltung gegen uns machen und dürfen uns durchaus ihnen gegenüber als die in der Verhandlung Überlegenen fühlen. Ich bitte Sie nochmals dringend, dafür zu sorgen, dass in dieser Frage die Industrie sich vom allgemeinen nationalen Interesse und nicht von wirtschaftlichen Augenblickinteressen leiten lässt.«²⁵

Hugenbergs in diesem Brief formulierter »Primat der Politik« gegenüber rein ökonomischen Interessen traf übrigens bei seinem Empfänger auf offene Ohren. Reichert war seinerseits nicht gewillt, die Existenz des polnischen Staates, aber auch der Tschechoslowakei, anzuerkennen, sondern betrachtete sie als Transitorien. Im September 1925 bekannte Reichert ganz in diesem Sinne während der Tagung des Hauptvorstandes des VDEStI in Berlin, dass für ihn »eine Anerkennung der jetzigen Ostgrenzen nicht in Betracht« käme und »erst recht« sei er gegen »die französische Forderung, als Garant der Verträge seiner östlichen Bundesgenossen auftreten zu können«.²⁶

25 Bundesarchiv – Zwischenarchiv Hoppegarten – R 13 I/195, Bl. 190-192, »streng vertraulich!« Unterstreichungen im Original. Der Brief ist undatiert, dürfte aber zwischen dem 14. und 30. August 1920 abgeschickt worden sein.

26 Siehe Bundesarchiv – Zwischenarchiv Hoppegarten – R 13 I/100, Bl. 216. Aufzeichnung über die am 29. September 1925 im Gasthof Esplanade zu Berlin abgehaltene Sitzung des Hauptvorstandes und des Fachgruppenausschusses der VDEStI.

Geheime Waffenlager in Schlesien – der »Fall Jäschkowitz«

Eine wesentliche Hinterlassenschaft der Freikorps aus den Jahren unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges waren zum Teil umfangreiche Waffen- und Munitionslager, die mit Billigung und Hilfestellung der Reichswehr nicht nur für den Fall einer »polnischen Invasion«, sondern auch für den Einsatz paramilitärischer Einheiten gegen linke Parteien und Organisationen angelegt worden waren.

Seit Mitte der zwanziger Jahre wurden immer von neuem versteckte Waffen unterschiedlichster Art entdeckt, wobei gelegentlich der Zufall seine Hand im Spiel hatte. Ein markantes Beispiel dafür ist der folgende Fall: Seit Dezember 1930 befasste sich die schlesische Justiz mit einem umfangreichen Waffenfund in Jäschkowitz im Kreis Breslau, dessen Umstände und Begleiterscheinungen zugleich einen interessanten Einblick in die Wirkungsmöglichkeiten der faschistischen NSDAP in Oberschlesien gestatten.

Die Hitlerpartei hatte es in dieser Provinz zunächst nicht einfach. Ihre Resonanz bei den Wahlen war gering, die Deutschnationale Volkspartei hatte auf der politischen Rechten das entsprechende Stimmenreservoir abgeschöpft. Bei den Wahlen zum Preußischen Landtag am 20. Mai 1928 kamen die Nazis in Oberschlesien gerade einmal auf ca. 21.400 Stimmen und konnten kein einziges Mandat erringen. Zum Vergleich: Die DNVP konnte das Votum von ca. 430.000 Wählerinnen und Wählern auf sich vereinen und erreichte elf Mandate. Wie überall in Deutschland, so brachten auch hier erst die Reichstagswahlen am 14. September 1930 der NSDAP den großen Durchbruch.²⁷ In der Provinz Niederschlesien gewannen die Nazis 22,9 Prozent (DNVP: 8,8 Prozent), in Oberschlesien waren es 9,5 Prozent (DNVP: 15,2 Prozent), wobei sich in Breslau – hier erreichte die Nazipartei mit 24,2 Prozent der abgegebenen Stimmen eines ihrer besten Wahlergebnisse – eine der Hochburgen der Partei im Reichsmaßstab herauszukristallisieren begann. Dass sich die politischen Gewichte auf Seiten der politischen Rechten zugunsten der Partei Hitlers zu verschieben begonnen hatten, wurde jedoch nicht nur an Wahlergebnissen ablesbar. Der Waffenfund in Jäschkowitz verdeutlichte die wachsende Akzeptanz der NSDAP durch staatliche Autoritäten und eine – vorsichtig formuliert – gewisse Zurückhaltung der Justiz bei der Verfolgung von Straftaten, die von Nazis begangen worden waren. Was war geschehen?²⁸

27 Siehe Jürgen Falter, Thomas Lindenberger u. Siegfried Schumann: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933, München 1986, S. 72. Zum Gesamtzusammenhang siehe Reiner Zilkens: »Ein schwarzer Tag für Deutschland!« Die NSDAP und die Reichstagswahlen vom 14. September 1930, in: Rundbrief, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand DIE LINKE, Heft 3–4/2010, S. 60 ff.

28 Zum Folgenden siehe die umfangreichen Materialien in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (im Folgenden: GSt PK), I. Hauptabteilung (im Folgenden: I. HA), Rep. 84a, Nr. 53539.

In der Nacht vom 2. zum 3. Dezember 1930 wurde das Schloss Jäschkowitz, 18 Kilometer südöstlich von Breslau gelegen, von Polizei-Einheiten gestürmt; etwa 300 der hier angetroffenen ca. 400 Angehörigen der »Sturm-Abteilungen« der NSDAP (SA) wurden vorläufig festgenommen und in das Polizeipräsidium nach Breslau verbracht. Bei der Erstürmung des Schlosses wurden anscheinend vom Schlossturm aus auch mehrere Schüsse auf die Polizei abgegeben.²⁹ Der zuständige Breslauer Oberstaatsanwalt berichtete noch am 3. Dezember dem preußischen Justizminister: »Die Nationalsozialisten, die offenbar zu einem Propagandamarsch, zum Teil uniformiert, feldmarschmäßig ausgerüstet und bewaffnet waren, hatten im Schlosse des Gutspächters von Oelffen Unterkunft bezogen. Die Polizei hat dort eine Menge von Waffen, darunter einige scharf geladene Karabiner, ferner Pistolen, Handgranaten, Munition sowie Hieb- und Stichwaffen aller Art vorgefunden und beschlagnahmt.«³⁰ Am darauf folgenden Tag ergänzte und präzierte die Strafverfolgungsbehörde ihren Bericht dahingehend, dass die Räumlichkeiten im Schloss offenbar kasernenartig hergerichtet waren. Insgesamt habe die Polizei »3 Militärgewehre, 3 Karabiner, 2 Jagdgewehre, 3 Teschings, 21 Revolver und Pistolen, 2 Schreckschusspistolen, 2 Leuchtpistolen, 3 Handgranaten, 3 Übungshandgranaten, 517 Stück Militärpatronen, 80 Gewehrpatronen, 362 Stück Pistolen- und Revolvermunition, 1 Sprengkapsel, 22 Seitengewehre, 55 Dolche und Messer, 36 Gummiknüppel und Totschläger, 6 Schlagringe«³¹ sichergestellt. Es seien außerdem 700 Stahlhelme aufgefunden worden.

Zwei Fragen waren in dieser Sache zunächst zu klären: Weshalb waren zu diesem Zeitpunkt derartig viele SA-Männer im Schloss Jäschkowitz untergebracht? Und vor allem: Woher stammten die beschlagnahmten Waffen?

Bei den Befragungen der Staatsanwaltschaft Breslau behaupteten die Nazis, dass sie darüber informiert worden seien, in der Nacht vom 2. zum 3. Dezember von Kommunisten »in ihren Wohnungen ausgehoben« zu werden. Am Vorabend der Zusammenkunft des Reichstages sollte damit ein Signal gegeben werden, um »Unruhen« anzuzetteln.³² Auch der Gutspächter von Oelffen sagte aus, ihm seien Gerüchte zu Ohren gekommen, denen zufolge durch »linksradikale Kreise Gefahren für die persönliche Sicherheit und das Leben junger Nationalsozialisten«³³ bestanden hätten. Bekannt sei ihm, dass vom Reichsbanner, der Wehrorganisation der SPD, Bedrohungen für die NSDAP und den Stahlhelm ausgingen.³⁴ Er habe

29 Eine entsprechende Meldung verbreitete die »Schlesische Volkszeitung«, Nr. 282, 20.6.1931: »Das »Schlachtfest« im Schloss Jäschkowitz«, deren Ausgabe sich in den Akten befindet. Siehe ebenda, Bl. 102.

30 Ebenda, Bl. 1.

31 Ebenda, Bl. 2 ff.

32 Ebenda, Bl. 44 f.

33 Ebenda, Bl. 4.

34 Ebenda, Bl. 28.

deshalb beschlossen, den Nazis für mehrere Nächte ein Obdach im Schloss anzubieten. Erst später habe er angeblich erfahren, »dass die Nationalsozialisten mit Rücksicht auf die bedrohliche Lage an der oberschlesischen Grenze gleichsam als Selbstschutz nach Oberschlesien gebracht werden sollten«. ³⁵

Und die dort aufgefundenen Waffen?

Herr von Oelffen gab an, dass er vor einigen Jahren im Auftrage der Reichswehr »Waffen verwaltet« habe, die allerdings von Beamten der Kriminalpolizei wieder abgeholt worden seien. ³⁶ Soweit die Aussagen des Gutspächters.

Die Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen der Justiz in dieser Sache waren durch einige Merkwürdigkeiten geprägt. Die ursprünglich angestrebten Schnellverfahren gegen die Verhafteten konnten nicht realisiert werden, »da der größte Teil der Beschuldigten von der Polizei auf freien Fuß gesetzt worden ist«. ³⁷ Schließlich beantragte der Oberstaatsanwalt am 21. April 1931 – mittlerweile waren fast fünf Monate seit der Räumung des Schlosses Jäschkowitz vergangen – insgesamt 287 Strafbefehle. ³⁸ Die endlich am 9. April 1931 vorliegende Anklageschrift richtete sich gegen zehn beteiligte Nazis. Niemand von ihnen war vorbestraft, sie waren zwischen 19 und 35 Jahre alt. Als ihre Berufe bzw. Arbeitstätigkeiten wurden ermittelt: Dentist, Elektromonteur, promovierter Jurist, Leutnant a. D., Bildhauer, Malergehilfe, Schneidermeister, Praktikant, Arbeiter, Handlungsgehilfe. ³⁹ Während des Prozesses behaupteten sie, die aufgefundenen Waffen seien »offenbar von politischen Gegnern in das Schloss eingeschmuggelt worden«; einige von ihnen hätten sich allerdings »aus Angst vor Überfällen von Seiten der Gegner« bewaffnet. Zugegeben wurde immerhin, dass einige der Waffen »aus der Selbstschutzzeit« ⁴⁰ stammten.

Das Gerichtsverfahren selbst dokumentierte eine sehr milde Beurteilung der Handlungen, die den Angeklagten zur Last gelegt wurden. Während sieben Nazis vom erweiterten Schöffengericht in Breslau freigesprochen wurden, erhielten drei der Angeklagten mit drei Monaten Gefängnis nur geringfügige Strafen. ⁴¹ Die Urteilsbegründung des Gerichts liest sich wie das Plädoyer eines engagierten Strafverteidigers, der mit allen denkbaren Argumenten, auch solchen absurdesten Art, ein mildes Urteil für seinen Mandanten erreichen möchte. Zunächst negierte das Schöffengericht die Frage, ob es sich bei der Ansammlung der ca. 400 Nazis um einen »bewaffneten Haufen« im Sinne des Strafgesetzbuches gehandelt

³⁵ Ebenda, Bl. 4.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Ebenda.

³⁸ Ebenda, Bl. 20 u. 23.

³⁹ Ebenda, Bl. 25 ff.

⁴⁰ Ebenda, Bl. 45.

⁴¹ Siehe ebenda, Bl. 43 ff.

habe. Diese Frage wurde verneint, da ein »erheblicher Teil« der verhafteten Nazis nicht bewaffnet gewesen sei. Außerdem seien Waffen »in der Kleidung verborgen gewesen, so dass nicht festgestellt werden konnte, dass die Angeklagten die Bewaffnung der anderen kannten«. ⁴² Diese Erklärung, die angesichts der Menge der aufgefundenen Waffen und Munition nur Erstaunen hervorrufen konnte, veranlasste die Oberstaatsanwaltschaft gegenüber dem Preußischen Justizministerium zu der Erklärung, dass sie »das Urteil für verfehlt halte«, da wohl alle in Jäschkowitz angetroffenen Nazis von der Bewaffnung wissen mussten. Deshalb legte die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil Berufung ein. ⁴³ Doch im September 1931 zog sie die Berufung wieder zurück, Gleiches tat die Verteidigung, der die drei Urteilsprüche in Höhe von drei Monaten Gefängnis noch zu weitgehend waren. Was war inzwischen geschehen? Des Rätsels Lösung besteht in einem vertraulichen Gespräch, das am 16. September 1931 vom Breslauer Oberstaatsanwalt geführt wurde. Aus der Prozessakte ist zu erfahren:

»In einer Besprechung mit dem Verteidiger, zu welcher ich den Major beim Stabe der 2. Kavallerie Division von Rintelen als Vertreter der Heeresleitung hinzugezogen hatte, stellte der Verteidiger in Aussicht, dass seitens der Angeklagten wie der Verteidigung in der Hauptverhandlung Vorgänge zur Sprache gebracht werden würden, deren Verhandlung in öffentlicher Sitzung im Interesse des Reichswehrministeriums Major von Rintelen als unerwünscht bezeichnete.« ⁴⁴

Um welche Vorgänge es sich hier gehandelt haben dürfte, kann nur gemutmaßt werden: Sollte der Öffentlichkeit verborgen bleiben, dass viele der Waffen- und Munitionsdepots, die von Freikorps und der Reichswehr Anfang der zwanziger Jahre in die Treuhandschaft politisch »zuverlässiger« Männer überantwortet worden waren, nach wie vor existierten? Galt es zu verschleiern, dass die NSDAP und die SA gelegentlich Zugang zu ihnen hatten? Und weiter: Bestand der Sinn der Zusammenfassung von ca. 400 Nazis auf dem Schloss Jäschkowitz vielleicht in der Vorbereitung militärischer Manöver gegenüber »äußeren Feinden« oder sollten bürgerkriegsartige Einsätze der Nazis mit Reichswehrwaffen und mit Billigung von Reichswehrkommandeuren geprobt werden? Wurde deshalb die Ladung des Gutspächters von Oelffen zur Gerichtsverhandlung zunächst schlicht vergessen, desjenigen Zeugen, der genauen Aufschluss über die Herkunft der in Jäschkowitz verwahrten Waffen, einschließlich der Munition und von 700 Stahlhelmen, geben konnte? ⁴⁵ Wie ist seine zitierte Aussage vor der Staatsanwaltschaft vom 4. Dezem-

42 Ebenda, Bl. 45 f.

43 Siehe ebenda, Bl. 37 u. 49 f.

44 Ebenda, Bl. 55.

45 Von Oelffen sagte, ohne unter Eid genommen zu werden, erneut aus, von den Waffen sei »fast alles« abgeholt worden. Siehe ebenda, Bl. 104: Bericht der »Schlesischen Volkszeitung«, Nr. 285, 23.6.1931: »Freisprüche im Jäschkowitz Nazi-Prozess«.

ber 1930 zu bewerten, dass die bei ihm einquartierten Faschisten an die polnische Grenze verlegt werden sollten? War seine Behauptung zutreffend, dass offenbar ein Großteil der ursprünglich auf dem Schloss verwahrten Waffen vor einiger Zeit durch die Kriminalpolizei abgeholt worden seien oder waren sie nur besser versteckt worden als das am 2. Dezember 1931 entdeckte Arsenal?

Jedenfalls ging jetzt alles ganz schnell, ohne dass die vorherigen Fragen, deren überzeugende Beantwortung im Interesse der Aufklärung von schweren Straftaten notwendig gewesen wäre, von der Justiz gestellt, geschweige denn einer befriedigenden Antwort zugeführt worden wären. Stattdessen wurden die Strafen für die drei Verurteilten von drei auf anderthalb Monate halbiert, während Anklage und Verteidigung ihre Berufungsanträge zurückzogen. Nicht nur das Reichswehrministerium, sondern auch das Preußische Justizministerium, das in jenen Tagen von Carl Severing (SPD) geleitet wurde, teilte dem Oberstaatsanwalt in Breslau mit, dass sie mit dieser Verfahrensweise »keine Bedenken« hätten.⁴⁶ Damit schlossen sich die Akten im »Fall Jäschkowitz«.

Das Thema der geheimen, mit Billigung oder Teilhabe der Reichswehr angelegten Waffenverstecke in Schlesien blieb in der Öffentlichkeit aber präsent. Die sozialdemokratische Tageszeitung »Vorwärts« berichtete nur wenige Wochen nach den Waffenfunden im Schloss Jäschkowitz, dass wiederum in der Nähe von Breslau, im Pawelwitzer Gelände, Nazis nächtliche Manöver mit Schusswaffengebrauch durchgeführt hätten.⁴⁷ Im Jahr darauf ermittelte die Staatsanwaltschaft Ratibor gegen den Kaufmann Karl Krömer, der in Bieskau sechs Infanteriegewehre, eine Blechkiste mit einem Maschinengewehr und reichlich Munition verwahrt hatte. Dass Krömer vom Schöffengericht in Ratibor freigesprochen wurde, konnte nicht verwundern, nachdem der Gemeindevorsteher von Bieskau versichert hatte, dass nach seiner Kenntnis die Aufbewahrung dieser Waffen »mit Genehmigung der Reichswehr-Kommandantur von Oppeln« erfolgt sei.⁴⁸

Ein erstaunlicher Fall ereignete sich in Fraustadt/Grenzmark, wo ein gewisser Gustav Mark in der dortigen Zuckerfabrik seit 1920 nicht weniger als sechs Geschütze versteckt hatte, was sicherlich nicht möglich war, ohne dass die Reichswehr von Anfang bis Ende daran unmittelbar beteiligt gewesen wäre!⁴⁹ Weitere Beispiele ließen sich zahlreich den hier dargestellten Fällen hinzufügen.⁵⁰ Allen ist gemeinsam, dass die Justiz – wenn überhaupt – sehr milde Urteile fällte. Nicht selten erfolgten Interventionen des Reichswehrministeriums, das offenkundig ein

46 Ebenda, Bl. 73 u. 75.

47 Siehe Vorwärts, Nr. 599, 23.12.1930: »Ein neuer Fall Jäschkowitz«.

48 Siehe Gst PK, LHA, Rep. 84a, Nr. 55023, Bl. 1 f. u. 6 ff.

49 Siehe ebenda, Nr. 54860, Bl. 2 f., 18 u. 25.

50 Siehe ebenda, z. B. Nr. 54053, 54133, 54933, 54977, 55601.

großes Interesse an der Verschleierung der genauen Umstände hatte, die zur Anlage der jeweiligen Arsenale und zu den Modalitäten ihrer Verwahrung bei den als »vertrauenswürdig« erachteten Personen geführt hatten. Die Dunkelziffer der nicht entdeckten Waffen, Ausrüstungsgegenstände und Munition, so darf gemutmaßt werden, war sicherlich hoch.

Ein Nazi wählt sich seinen Richter aus – zum Antisemitismus in Schlesien

Es ist weitgehend bekannt, dass der Antisemitismus zu den konstitutiven Bestandteilen der Ideologie und Politik der politischen Rechten in der Weimarer Republik gehörte.⁵¹ Auch in Schlesien, wo die Breslauer jüdische Gemeinde zu den größten in Deutschland zählte, waren Juden und ihre Einrichtungen häufig die Zielscheibe antisemitischer Propaganda sowie gewalttätiger Aktionen.

Dass die Justiz auch in diesen Fällen – ähnlich wie bei den Verfahren gegen Personen, die Waffen und Munition versteckt hatten – größtmögliches Verständnis und äußerste Milde an den Tag legte, verdeutlicht der Fall des Fritz Waldmann.

Im Zeitraum von August bis Dezember 1929 kursierte in schlesischen Ortschaften, besonders in den Kreisen Oels, Trebnitz und Guhrau, ein von der NSDAP vertriebenes antisemitisches Flugblatt. Verfasser dieses massenhaft vertriebenen Pamphletes war der Organisations- und Propagandaleiter des Bezirks Ostgrenze-Mitte der Nazipartei, Fritz Waldmann. Die vom Oberstaatsanwalt in Breslau inkriminierten Passagen des Flugblattes lauteten:

»Der Jude ist auch ein Mensch, so salbadert der rote Bonze, wenn er gezwungenermaßen einmal über die Judenfrage sprechen muss, über die er sonst gerne herumgeht, wie die Katze um den heißen Brei. Wer hat das angezweifelt? Der Floh ist auch ein Tier! aber gewiss kein angenehmes, eben so wenig, wie der Jude ein angenehmer Mensch ist. Und eben so wenig, wie man den Floh hütet und beschützt, weil er uns beißt und zwickt, und uns das Blut aussaugt, eben so wenig hüten und beschützen wir den Juden, denn er beißt und zwickt uns und saugt wie ein Vampir den letzten Blutstropfen aus unseren Adern.«⁵²

51 Siehe Walter Mohrmann: *Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Berlin-DDR 1972, S. 88 ff.; Werner Jochmann: *Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945*, 2. Aufl., Hamburg 1991, S. 99 ff. u. 171 ff.; Dirk Walter: *Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik*, Bonn 1999; Cornelia Hecht: *Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik*, Bonn 2003.

52 GSt PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 54721, Bl. 3 f.

Gegen diese antisemitische Hetze primitivster Art erstattete der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) Strafanzeige. Am 5. April fertigte die Staatsanwaltschaft in Breslau die Anklageschrift aus, in der es unter anderem hieß, die zitierten Formulierungen seien »geeignet, Stimmung dafür zu machen, den Juden ebenso wie den Floh zu behandeln, d. h. mit Gewalttätigkeit gegen ihn vorzugehen«.⁵³

In seiner Stellungnahme zu diesem Vorwurf gab Waldmann zu Protokoll, »er habe lediglich mit dem Flugblatt den in letzter Zeit eingewanderten jüdischen Ostgalizier treffen wollen, den er, wie den Floh, als Schädling betrachte«.⁵⁴

Das anstehende Gerichtsverfahren erhielt größere Aufmerksamkeit, weil der Angeschuldigte den Vorsitzenden des mit der Verhandlung betrauten Schöffengerichtes, Dr. Grünbaum, wegen dessen Mitgliedschaft im CV für »befangen« erklärte. Dessen ungeachtet, leitete Grünbaum die Verhandlung, in deren Ergebnis Waldmann am 30. August 1930 zu einer Geldstrafe in Höhe von 300 Reichsmark oder einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Waldmann trat in arroganter Weise vor dem Gericht auf. Auf die Frage, womit er seinen Lebensunterhalt verdiene, antwortete er: »Mit Reden!« Nach dem Urteilsspruch verkündete Waldmann: »Es ist mir eine Ehre, von diesem Gericht verurteilt zu werden«,⁵⁵ wofür er eine Ordnungsstrafe von einem Tag Haft erhielt. Das vergleichsweise milde Urteil begründete das Gericht damit, dass der Angeklagte mit 25 Jahren noch relativ jung und das Flugblatt »in einer politisch sehr bewegten Zeit« verteilt worden sei. In weiten Teilen müsse man es zudem als Plagiat ansehen, da es mit einem antisemitischen Pamphlet, das 1927 in Finsterwalde vertrieben worden war, identisch sei.⁵⁶

Ungeachtet des milden Urteils beantragte Waldmann die Berufung, die am 12. Februar 1931 vor einer Strafkammer des Landgerichts Breslau stattfand. Berücksichtigt werden sollte, dass zwischen den Verhandlungen der ersten und zweiten Instanz der sensationelle Wahlerfolg der faschistischen Partei am 14. September 1930 lag, bei dem die NSDAP zur zweitstärksten Fraktion im Reichstag avanciert war. Offensichtlich blieb dies nicht ohne Eindruck auf die Richter in Breslau, einer der Hochburgen der Nazipartei, wo fast jeder vierte Wähler zugunsten der Faschisten votiert hatte.

Mit der neuerlichen Verhandlung wurde die V. Strafkammer des Landgerichts Breslau betraut. Auch dieses Mal stellte Waldmann einen Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden Richter, Landgerichtsdirektor Steinfeld, und den Beisitzer Dr. Stanner. Beide seien Juden, Stanner darüber hinaus organisierter Zionist, so

53 Ebenda, Bl. 4.

54 Ebenda.

55 Vossische Zeitung, Nr. 410, 31.8.1930.

56 Siehe Schlesische Volkszeitung, Nr. 412, 4.9.1930. Exemplar in: GSt PK, I.HA, Rep. 84a, Nr. 54721.

dass eine unparteiliche Beurteilung seiner Berufung nicht zu erwarten sei. Im Gegensatz zur ersten Instanz, die den Befangenheitsantrag Waldmanns gegen den Richter jüdischen Glaubens abgelehnt hatte, geschah jetzt Skandalöses: Am 17. Januar 1931 billigte das Landgericht mit den Unterschriften dreier mit dem Vorgang befasster Richter den Antrag Waldmanns, wobei die Begründung Wasser auf die Mühlen der Faschisten war und bereits den Geist des »Dritten Reiches« ahnen ließ. Es hieß hier unter anderem:

»Zwar vermag grundsätzlich die Zugehörigkeit eines Richters zu einem bestimmten Glaubensbekenntnis oder seine Abstammung die Besorgnis der Befangenheit nicht zu rechtfertigen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass die abgelehnten Richter nicht unparteilich entscheiden würden. Vom Standpunkt des Angeklagten jedoch erscheinen die besonderen Umstände des Falles geeignet, in ihm die ernstliche Besorgnis zu begründen, dass die Art seiner Angriffe gegen einzelne Juden als solchen die Unparteilichkeit der abgelehnten Richter ihm gegenüber nachhaltig beeinflussen könnte.«⁵⁷

Dass der ursprünglich als Beisitzer vorgesehene Gerichtsassessor Dr. Stanner erklärte, er sei kein Zionist und deshalb auch nicht Mitglied einer zionistischen Organisation,⁵⁸ konnte das Votum der den Antrag Waldmanns befürwortenden Richter nicht korrigieren. Anscheinend waren bereits zwei Jahre vor der Machtübernahme der Nazis in den Augen des Breslauer Landgerichts jüdische Kollegen in Prozessen, bei denen Mitglieder der NDSAP unter Anklage standen, untragbar geworden. Völlig zutreffend titelte die sozialdemokratische Tageszeitung »Vorwärts«: »Justizskandal in Breslau – Ein angeklagter Hakenkreuzler darf sich passende Richter aussuchen!«⁵⁹

Das Urteil des Berufungsverfahrens, das am 12. Februar 1931 verkündet wurde, lautete erwartungsgemäß »Freispruch«. Es lohnt sich, die Urteilsbegründung einer näheren Betrachtung zu unterziehen, da sie gleichsam das Dokument einer klammheimlichen Solidarität der Richter mit dem Straftäter Waldmann darstellt. Zwar wurde konzediert:

»Es wird dem Leser der Gedanke aufgezwungen, der Jude sei wie ein Floh, man könne ihn daher auch so behandeln, wie man einen stechenden Floh behandelt, d. h. ihn gewaltsam entfernen. (...) Durch den Vergleich des Blutsaugers wird auch der Eindruck erweckt, augenblickliche wirtschaftliche Notlage von den Juden herrührt.« Allerdings sei keine konkrete jüdische Person genannt worden, sondern »das Flugblatt richtet sich seinem klaren Wortlaute

57 Ebenda, Bl. 26.

58 Siehe ebenda, Bl. 33.

59 Abend – Spätausgabe des »Vorwärts«, Nr. 92, 24.2.1931.

nach gegen die Juden als Allgemeinheit, als Bevölkerungsklasse, ohne jede Einschränkung.«⁶⁰

Nach diesen durchaus zutreffenden Interpretationen des von Waldmann vertriebenen Flugblattes formulierte das Gericht jedoch anschließend drei entlastende Sachverhalte, die einen Freispruch des Angeklagten nach sich ziehen müssten. Erstens wolle der Nazifunktionär keine Gewalttätigkeiten gegen Juden, sondern wolle gegen sie mit rechtlichen Maßnahmen vorgehen, wie zum Beispiel dem Verbot des Geldhandels. Zweitens hätte Adolf Hitler als »Führer« der NSDAP Gewalttätigkeiten gegen Juden verboten, und da in seiner Partei »strenge Zucht« herrsche, sei davon auszugehen, dass sich auch der Angeklagte daran halten werde. Drittens sei Waldmann »politisch nicht so reif, dass er die Tragweite seines Handelns voll erkannt hat«.⁶¹ Folglich, so die Strafkammer des Landgerichts, müsse der Angeklagte freigesprochen werden.

Die Staatsanwaltschaft legte ihrerseits gegen dieses Urteil Revision beim Reichsgericht in Leipzig ein. Doch am 29. Juni 1931 wurde die Revision durch den damals höchsten deutschen Gerichtshof verworfen und das Urteil des Landgerichts damit rechtskräftig. Die Anklage der Staatsanwaltschaft, Waldmann habe »in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegeneinander öffentlich aufgehetzt«, wurde vom Reichsgericht nicht für rechtens erkannt, da bei den zu beurteilenden Handlungen des Nazifunktionärs der »Vorsatz verneint« werden müsse.⁶²

Unter vielerlei Gesichtspunkten können die Urteilsbegründungen als ganz und gar unverständlich, wenn nicht gar als Heuchelei bezeichnet werden.

Besonders die Bezugnahme auf Aussagen Adolf Hitlers, der angeblich Gewalttätigkeiten gegen Juden verboten hätte, ist nur schwer nachzuvollziehen. Am 14. Oktober 1930, dem Tag der Konstituierung des Reichstages, hatten Angehörige der NSDAP und der SA stundenlang in der östlichen Berliner Innenstadt antijüdische Krawalle inszeniert, wobei auch physische Gewalt gegen Juden angewandt worden war. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die ausführliche, sich über mehrere Tage hinziehende Berichterstattung über diese antisemitischen Krawalle in der überregionalen Presse von den Richtern in Breslau und Leipzig nicht zur Kenntnis genommen wurde.⁶³ Dieser Teil der Urteilsbegründung ist aber vor allem deshalb verlogen, weil in Schlesien und Breslau bereits seit Jahren immer wieder antisemitische Gewalttaten von Mitgliedern der faschistischen Partei Gegenstand von

60 GSt PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 54721, Bl. 56 f.

61 Ebenda, Bl. 57 f.

62 Ebenda, Bl. 65.

63 Siehe Dirk Walter: Antisemitische Kriminalität und Gewalt, S. 209 ff.; Cornelia Hecht: Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik, S. 221 f.

Gerichtsverfahren waren. Die Diskrepanz zwischen den Worten Hitlers und seines Adepten Waldmann einerseits und die tatsächlich angewandte Praxis der Nazis und anderer Antisemiten gegenüber den Juden andererseits konnte den Richtern in Breslau nicht verborgen geblieben sein.

Hierzu gehörten Schändungen des jüdischen Friedhofs in Breslau⁶⁴ ebenso wie publizistische Pöbeleien in Gazetten wie zum Beispiel der »Schlesischen Volksstimme«⁶⁵ und nicht zuletzt antisemitische Hetzreden nationalsozialistischer Agitatoren auf öffentlichen Versammlungen. Auch Störungen von Veranstaltungen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens waren nicht selten.

Drei Monate vor den antisemitischen Krawallen in der östlichen Berliner Innenstadt gab es ähnliche Ereignisse in Breslau, die über die Grenzen Schlesiens hinaus für Aufsehen sorgten. In der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1930 veranstalteten bis zu 2.000 Nazis und Mitglieder anderer rechtsextremer Organisationen ab ca. 22 Uhr in der Innenstadt eine nicht angemeldete Demonstration, in deren Verlauf es zu antisemitischen Exzessen kam. Die Menge skandierte immer wieder: »Deutschland erwache, Juda verrecke!« Juden oder für Juden angesehene Passanten wurden angepöbelt und verprügelt, wobei auch Frauen angegriffen wurden.⁶⁶ Nachdem aus der Menge ein Schuss gefallen war, setzte die Polizei den Gummiknüppel ein und nahm zahlreiche Verhaftungen vor, wobei sich unter den Festgenommenen interessanterweise zwei Gerichtsreferendare befanden.⁶⁷ Die Polizisten wurden vom braunen Mob mit den Rufen »Judenknechte!« und »Judendiener!« empfangen.⁶⁸ Erst um 4 Uhr in der Frühe hatte sich die Lage einigermaßen beruhigt. Die Justiz ging – wie gewohnt – sehr milde mit den Auführern um: Von den 41 eingeleiteten Ermittlungsverfahren wurden 26 eingestellt, lediglich sechs Angeklagte wurden wegen Beleidigung von Polizeibeamten, Widerstandes gegen die Staatsgewalt bzw. wegen groben Unfugs zu geringen Geldstrafen zwischen 25 und 100 Mark verurteilt.⁶⁹

Was auch immer die Anlässe waren, um als Angeklagte vor Gericht gestellt zu werden: In der Regel wurden Nazis und andere Antisemiten von der schlesischen Justiz wegen ihrer antijüdischen Gewalttaten oder publizistischen Pöbeleien mit Freisprüchen oder lächerlich geringen Strafen, meist Geldbußen, bedacht. Die Annahme einer gewissen Sympathie für die Denkart und die Handlungen dieser Personen auf Seiten vieler Richter und Staatsanwälte dürfte naheliegend sein.

64 Siehe GSt PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 55784: Schändung eines alten jüdischen Friedhofs in Breslau im Dezember 1926.

65 Siehe ebenda, Nr. 54585, 54586, 54727, 55213, 55769 u. 55798.

66 Siehe Vossische Zeitung, Nr. 305, 1.7.1930: »Tumulte der Nationalsozialisten«.

67 Siehe GSt PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 53538, Bl. 9.

68 Siehe ebenda, Bl. 3.

69 Siehe ebenda, Bl. 16 u. 18.

Zusammenfassung

Die geschilderten Handlungen rechter politischer Gruppierungen, nicht zuletzt der Nazis, bildeten für Schlesien keine Ausnahme. Auch in den anderen deutschen Ländern und preußischen Provinzen war die Justiz auf dem rechten Auge weitgehend blind, stellte der Antisemitismus, in welchen Spielarten auch immer, einen bis weit in das Bürgertum hineinreichenden Bestandteil des Selbstverständnisses größerer Schichten der Bevölkerung dar. Auch anderswo hatten die Nazis nach den für sie so erfolgreichen Reichstagswahlen vom 14. September 1930 einen unerhörten Auftrieb erfahren.

Es stellt sich die Frage, was an alledem nun spezifisch »schlesisch« gewesen sein soll.

Es dürfte vor allem das weithin verbreitete Bewusstsein gewesen sein, an besonders exponierter Stelle stellvertretend für »das Deutschtum« auf Wacht zu stehen – sich dabei gleichsam mit den Feinden an den östlichen Grenzen, insonderheit den Polen, aber auch den Tschechen, auf Tuchfühlung zu befinden.

In einem Gedicht, das anlässlich des 12. Reichsfrontsoldatentages in Breslau im »Alten Dessauer«, dem »Kampfblatt der nationalen Frontsoldaten« publiziert wurde, wird dies in der ersten und vierten Strophe in aller Deutlichkeit und mit Aggressivität auf den Punkt gebracht:

»Pole, vernahmst Du den ehernen Schritt?

Alte Soldaten, die nicht geboren,

Feig zu vergessen, was wir verloren,

Hämmern und rütteln an Deinen Toren,

Wagten den Ostland-Ritt!

[(...)]

Polnischer Räuber, vernimm's: noch stehen

Wächter der Ehre auf Grenzland-Posten,

Lassen die geistige Wehr nicht rosten,

Kämpfen, bis über dem deutschen Osten

Fahnen der Freiheit weh'n.«⁷⁰

Der zum Teil unbändige Hass auf alles Polnische, der in diesen holprigen Reimen artikuliert wurde, ein übersteigerter deutscher Nationalismus, der sich in allem als den östlichen Nachbarn turmhoch überlegen fühlte, wirkte als Katalysator für diese Anschauung. »Ich möchte darauf hinweisen«, so formulierte es der »Führer«

70 Der Alte Dessauer. Kampfblatt der nationalen Frontsoldaten, der vaterländischen Frauen- und Jugendbewegung – Schlesische Ausgabe, Nr. 23, 6.6.1931, S. 1. Autor des Gedichtes ist ein gewisser Kurd Schrader. Exemplar in: BArch R 72/154.

des Stahlhelm-Landesverbandes Schlesien, Oberst a. D. von Marklowski, »dass Polen das rote Tuch für jeden Stahlhelmkameraden mit Recht ist.«⁷¹ Ergänzt werden darf: Dies galt nicht nur für die Mitglieder des Stahlhelms. Die sogenannten Abwehrkämpfe der Jahre von 1919 bis 1921 und das Gedenken an sie taten ein Übriges, um diese Anschauung zu kultivieren. Die im Gefolge des Ersten Weltkrieges verlorengegangenen Gebiete Oberschlesiens waren im Bewusstsein vieler Bewohner nur zeitweilig in den polnischen Staat inkorporiert worden, es gelte alles zu tun, um sie eines nicht allzu fernen Tages wiederzugewinnen.

Diejenigen politischen Kräfte, die am überzeugendsten versprachen, dieses Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, waren die Organisationen der politischen Rechten; seit Anfang der dreißiger Jahre primär die zur Massenpartei avancierte NSDAP, die sich auch bewusst in die Tradition der Freikorpskämpfer stellte und dabei darauf verweisen konnte, nicht wenige von ihnen als Mitglieder und »Führer« gewonnen zu haben. Und tatsächlich musste den vielen Tausend ehemaligen Freikorpsleuten und ihren noch zahlreicheren Sympathisanten in Schlesien die brutale Militanz der SA als die Fortsetzung des Kampfes und der Gesinnung der Freikorps aus den ersten Jahren der Weimarer Republik erscheinen. Es drängte sich der Eindruck auf, dass die »Sturmabteilungen« der NSDAP deren legitime Erben seien. Wie auch immer:

Das propagierte »Dritte Reich« erschien immer mehr Schlesiern als ein anzustrebender deutscher Staat, wo die sogenannte Ostfrage mit militärischer Gewalt, besser vorbereitet als dies 1914 und von 1919 bis 1921 der Fall war, gelöst werden würden. Die Rückkehr der ehemals zu Deutschland gehörenden oberschlesischen Gebiete musste am wahrscheinlichsten erscheinen, wenn man diejenige Partei unterstützte, die am überzeugendsten proklamierte, Polen alles wieder zu entreißen, was man 1921 verloren hatte. Die bis zum Ende der zwanziger Jahre weit verbreiteten deutschnationalen Überzeugungen, die vor allem in der wählerstarken DNVP und im Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten ein festes Fundament gewonnen hatten, wurden schließlich zu faschistischem Gedankengut umgeformt, wobei dieser Prozess keine großen Anstrengungen erforderte, wie z. B. der Blick in die zeitgenössischen Publikationen der beiden genannten Organisationen lehrt. Sie hatten dem deutschen Faschismus gut vorgearbeitet. Hitler konnte somit ernten, was die DNVP und der Stahlhelm gesät hatten.

Dass am Ende ganz Schlesien im Gefolge der faschistischen Politik endgültig verlorengehen sollte, vermochte sich damals, als auch in dieser preußischen Provinz der Siegeszug der Nazis unaufhaltsam zu sein schien, niemand vorzustellen.

71 BAArch, R 72/25, Bl.158. Schreiben von Marklowksis an das Bundesamt des »Stahlhelms« vom 3. Dezember 1930. An anderer Stelle schrieb er, ebenfalls im Dezember 1930, vom »polnischen Asiatentum«. Siehe ebenda, Bl.171.

Günter Wehner

Widerstandsaktivitäten in Breslau 1933 bis 1936

Die Widerstandsaktivitäten in Breslau, die hier untersucht werden, beziehen sich auf die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), die Kommunistische Jugendopposition (KJO), den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Bereits im Juni und Juli 1932 entstanden Einheitskomitees der Antifaschistischen Aktion in so großer Zahl in Deutschland, dass ein Zusammenschluss der Bewegung notwendig wurde. Am 10. Juli 1932 tagte der Kongress der Antifaschistischen Aktion in Berlin. Er stellte den Auftakt zu einer Kampfwoche dar, die mit zahlreichen Kundgebungen begangen wurde.

Zu einem Zentrum der Antifaschistischen Aktion entwickelten sich auch Breslau und die umliegenden Ortschaften.

Nachdem Reichspräsident Hindenburg unmittelbar die Macht an Hitler übertragen und ihn zum Reichskanzler ernannt hatte, kam es am 30. und 31. Januar 1933 zu umfangreichen Protesten gegen das neue Regime, insbesondere in Breslau, Waldenburg und Liegnitz. Organisiert und geleitet wurden diese ersten antifaschistischen Aktionen durch den Politischen Leiter der KPD in Schlesien, Augustin Sandtner. Besonderen Anteil an Widerstandsaktionen, z. B. kurzen Protestmärschen, Verteilen von Flugblättern und Druckschriften wie der »Roten Fahne«, hatten Jungkommunisten im Bündnis mit jungen SAP-Mitgliedern sowie Angehörigen der SAJ (Sozialistische Arbeiter-Jugend), die gegen den Willen des Parteivorstandes der SPD gemeinsam gegen die NS-Diktatur kämpften.

Mit der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland erwachsen für die antifaschistischen Kräfte vielfältige neue Aufgaben und Probleme. Eine der vordringlichsten Maßnahmen aller demokratischen Parteien und Organisationen war es, sich auf die Illegalität vorzubereiten, um die Mitglieder so gut und schnell wie möglich zu schützen.

Unter Leitung von Augustin Sandtner bemühten sich die Breslauer Kommunisten, bereits vorbereitete illegale Quartiere für die weitere politische Arbeit zu nutzen. Man bildete kleine Dreiergruppen, die durch Kuriere miteinander konspirierten. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen fiel Augustin Sandtner bereits am 27. April 1933 in die Hände der Gestapo. Sandtner wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der Haftverbüßung wurde er in

das Konzentrationslager Sachsenhausen gesperrt. Er ist dort am 11. Oktober 1944 mit dreiundzwanzig Kampfgefährten erschossen worden.

Bereits in den ersten Tagen der NS-Diktatur verlor die schlesische SAP ihren wichtigsten Funktionär, den prominenten Breslauer Arbeiterführer Dr. jur. Ernst Eckstein. Der beliebte Rechtsanwalt war Vorsitzender der SPD in Breslau und gehörte 1931 zu den Gründungsmitgliedern der SAP in Deutschland. Unter seiner Leitung als Vorsitzender der Bezirksleitung Mittelschlesien stieg die SAP in Schlesien zur zweitgrößten Bezirkseinheit nach der SAP in Sachsen auf. Der Breslauer Arbeiterfunktionär wurde bereits in der Nacht des Reichstagsbrandes am 27./28. Februar 1933 verhaftet und starb nach unmenschlichen Misshandlungen am 8. Mai 1933. Die Ermordung Ecksteins blieb nicht ohne Folgen für die braunen Machthaber. In breit angelegten Flugblattaktionen wurden die Breslauer Bürger über den Mord informiert und aufgeklärt. Diese illegale Propagandaarbeit lenkte das Augenmerk der Gestapo auf die Akteure. Im Juli 1933 kam es zu umfangreichen Verhaftungen von SAP-Mitgliedern, die den Nachfolger von Ernst Eckstein, August Enderle, zur Emigration zwangen. Durch seine Flucht entstand zwar eine weitere Lücke in den Reihen der Breslauer SAP, aber es kam nicht zu dem von der Gestapo erhofften Stillstand des antifaschistischen Widerstandes in der Stadt. Vorsichtig gingen die verbliebenen SAP-Mitglieder daran, sich erneut illegal zu sammeln. Aus Sicherheitsgründen wurden nur die weitgehend unbekannteren ehemaligen Parteimitglieder in die illegalen Dreiergruppen aufgenommen. Bekannte Funktionäre wurden in legale Organisationen, z. B. Sport- und Musikvereine, eingeschleust, um dort politisch zu wirken. Die illegale Arbeit wurde auf das Herstellen und Verbreiten von Druckschriften konzentriert. Die selbst hergestellten Flugschriften wurden vorwiegend in Breslau, Liegnitz und Brieg verbreitet. Unter Leitung des Funktionärs Walter Fabian konnten die Breslauer Antifaschisten aus der SAP auch die Verbindung zur illegalen Reichsleitung der SAP in Berlin aufnehmen. Nach monatelangen Recherchen gelang es der Gestapo, im August 1933 einen Teil der illegalen SAP-Gruppe aufzudecken und zu verhaften.

Dazu zählten: Bernhard Kollei, Gerhard Schwarz, Walter Rosenstein, Karl Dachale, Emil Marquardt, Georg und Reinhold Schuler, Alfred Oder, Friedrich Simon, Walter Gerlach, Emilie Rollnik, Wilhelm Schäfer, Marie Hartig und Karl Kretschmer – alle aus Breslau.

Im Folgenden wird die Anklage anhand eines längeren Zitats ausführlich dargestellt; am 20. Dezember 1933 klagte der Generalstaatsanwalt des Oberlandesgerichts in Breslau auf Hochverrat

»Gegen

1. den Schriftsetzer Bernhard Kollei aus Breslau, Forckenbeckstr. 7, geb. am 15. Aug. 1913 hier in Untersuchungshaft,

2. den Monteur Gerhard Schwarz aus Breslau, Hirschstr. 67, geb. am 10. Mai 1896 in Breslau, Preuße, verheiratet, in dieser Sache seit dem 4. Aug. 1933 hier in Untersuchungshaft,
3. den Angestellten Walter Rosenstein aus Breslau, Antonienstr. 23, geb. am 1. Sept. 1903 in Buk, Kr. Posen, Preuße, ledig, in dieser Sache seit dem 4. Aug. 1933 hier in Untersuchungshaft,
4. den Bauarbeiter Karl Dachale aus Breslau, Klosterstr. 93, geb. am 31. Juli 1904 in Breslau, Preuße, ledig, in dieser Sache seit dem 4. Aug. 1933 hier in Untersuchungshaft,
5. den Angestellten Emil Marquardt aus Breslau, Vorwerkstr. 15, geb. am 10. Juli 1906 in Breslau, Preuße, ledig, in dieser Sache seit dem 4. Aug. 1933 hier in Untersuchungshaft,
6. den Stuckateur Reinhold Schuler aus Breslau, Sachsenweg 25, geb. am 12. Jan. 1905 in Breslau, Preuße, ledig in dieser Sache seit dem 4. Aug. 1933 in Untersuchungshaft,
7. den Stuckateur Georg Schuler aus Breslau, Mollwitzerstr. 11, geb. am 26 März 1878 in Breslau, Preuße, verheiratet, in dieser Sache seit dem 4. Aug. 1933 hier in Untersuchungshaft,
8. den Lagerhalter Alfred Oder aus Breslau, Klosterstr. 43, geb. im Aug. 1899 in Breslau, Preuße, verheiratet, in dieser Sache seit dem 4. Aug. 1933 hier in Untersuchungshaft,
9. den Bauhilfsarbeiter Friedrich Simon aus Breslau, Klosterstr. 7, geb. am 29. Dez. 1897 in Breslau, Preuße, verheiratet, in dieser Sache seit dem 4. Aug. 1933 hier in Untersuchungshaft,
10. den Buchdrucker Walter Gerlach aus Breslau, Vorwerkstr. 82, geb. am 16. Nov. 1897 in Breslau, Preuße, verheiratet, in dieser Sache seit dem 4. Aug. 1933 hier in Untersuchungshaft,
11. die Arbeiterin Emilie Rollnik aus Breslau, Neumarkt 21, geb. am 31. Aug. 1894 in Paulsdorf, Kr. Hindenburg O/S, Preußin, ledig, in dieser Sache seit dem 4. Aug. 1933 hier in Untersuchungshaft,
12. den Schneider Wilhelm Schäfer aus Berlin, Neumarkt 28, geb. am 15. Aug. 1880 in Siebenhufen, Kr. Strehlen, verheiratet, in dieser Sache vom 4. Aug. bis 5. Aug. 1933 hier in Untersuchungshaft gewesen,
13. die Ehefrau Marie Hartig aus Breslau, Klosterstr. 144, geb. am 27. April 1893 in Breslau, Preußin, verheiratet, in dieser Sache seit dem 4. Aug. 1933 hier in Untersuchungshaft,
14. den Bäcker Karl Kretschmer aus Breslau, Brüderstr. 23, geb. am 10. Sept. 1906 in Breslau, Preuße, ledig, in dieser Sache seit dem 4. Aug. 1933 hier in Untersuchungshaft ...

Der Gegenstand der Anklage im Allgemeinen.

Die Anklage beschäftigt sich mit dem Neuaufbau der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) in Breslau in der Zeit von April bis August 1933. Die seit dem Jahr 1931 bestehende SAP wurde in Breslau von ihrem Mitbegründer Rechtsanwalt Eckstein geführt. Dieser wurde wegen seiner führenden Stellung in der Partei zusammen mit den weiteren Vorstandsmitgliedern Rausch und Kirstein am 28. Februar 1933 in Schutzhaft genommen.

Von diesem Tag ab war die Partei in Breslau führerlos. Sie gab deshalb auch ihre Büroräume in der Holzgasse auf. Die Verhaftung der Führer und der Zerfall der Partei wurde ihren Mitgliedern durch die Tageszeitungen bekannt.

Allmählich lebte die SAP jedoch wieder auf. Neue Führer setzten sich an ihre Spitze und versuchten, die Partei wieder ins Leben zu rufen. Dabei handelte es sich aber nicht um Einzelaktionen noch interessierter Mitglieder, sondern um die Reorganisation der Partei im Auftrag und in Verbindung mit der Reichsleitung in Berlin, die dort ebenfalls zerschlagen worden war, aber wieder auflebte. In Breslau waren es die Angeschuldigten, die den Neuaufbau der SAP führend betrieben.

Die politische Zugehörigkeit der Angeschuldigten.

Die Angeschuldigten sind sämtlich Mitglieder der SAP. Der Angeschuldigte Kollei gehörte ihr seit der Gründung im Jahr 1931 an, desgleichen die Angeschuldigte Hartig. Rosenstein war vom Jahr 1927 bis 1928 Mitglied der KPD und vom April 1932 an Mitglied der SAP. Als kaufmännischer Angestellter der Firma Leinenhaus Bielschowski in Breslau war er dort Vorsitzender des Betriebsrats und bekleidete außerdem das Amt eines Arbeitsrichters in der Angestelltenkammer des Arbeitsgerichts in Breslau. Der Angeschuldigte Dachale gehörte vom Jahr 1930 bis 1931 der SPD an und ging dann bei der Gründung der SAP zu dieser über. Schwarz war bereits seit 1923 Mitglied der SPD, trat 1931 bei der SAP ein und wurde als ihr Vertreter Stadtverordneter im Breslauer Stadtparlament. Auch die Angeschuldigten Marquardt, Reinhold und Oder gingen 1931 zur SAP über, nachdem sie vorher seit dem Jahr 1925 eingetragene Sozialisten gewesen waren. Georg Schuler war sogar schon im Jahr 1897 Mitglied der SPD und blieb es bis zu seiner Eintragung in die Listen der SAP bei deren Gründung. Simon war vom Jahr 1920, Gerlach von 1922 ab Mitglied der SPD, worauf sie im Jahr 1931 ebenfalls zur SAP übertraten. Die Angeschuldigte Rollnik gehörte der SPD seit dem Jahr 1928 an und erklärte ihren Eintritt in die SAP ebenfalls bei der Gründung, dort war sie stellvertretende Frauenschaftsleiterin. Wilhelm Schäfer war von 1909 bis 1931 eingetragener Sozialdemokrat und wurde dann nach seiner Eintragung in die SAP noch kurz

vor der Auflösung dieser Partei Kassierer. Schließlich war Kretschmer von 1927 bis 1930 Mitglied der SPD und gehörte vom September 1932 ab der SAP an.

Die hochverräterischen Bestrebungen der SAP.

Die im Oktober 1931 nach einer Spaltung der SPD gegründete SAP setzte sich in ihrem Mitgliederbestand aus Personen zusammen, die sich infolge ihrer kritischen Einstellung einerseits der SPD, andererseits gegenüber der KPD, den Parteien nicht oder nicht mehr anschließen wollten. Tatsächlich näherte sich die SAP in ihrer Tendenz vollkommen den Zielen der KPD. Sie erstrebt, wie jene, die Diktatur des Proletariats und die Errichtung einer Räterepublik nach russischem Muster und betreibt die Bildung einer einheitlichen proletarischen Klassenfront unter ihrer Führung, um auf dem Weg des außerparlamentarischen Kampfes schließlich durch Gewalt zum Sturz der gegenwärtig bestehenden verfassungsgemäßen Staatsform zu gelangen. Während die SAP bei ihrem parlamentarischen Bestehen bis Anfang März 1933 eine kaum nennenswerte Stimm[en]zahl auf sich zu vereinigen mochte, hält sie nunmehr ihre Zeit für eine umso stärkere illegale Agitationstätigkeit für gekommen, um sich zum Sammelbecken aller marxistischen Elemente zu machen, die insbesondere der SPD und KPD nach der nationalen Revolution den Rücken gekehrt haben. Sie ist sich zwar bewusst, dass zur Zeit noch für sie mit einer raschen Verwirklichung ihrer Ziele nicht zu rechnen ist. Sie hofft aber, dass früher oder später Krisen über die jetzige Regierung hereinbrechen werden, für die es jetzt schon zu rüsten gilt, um sie im gegebenen Augenblick ausnutzen zu können. In Flugblättern und ähnlichen Schriften sucht die SAP durch ständige Verbreitung von Gräuelnachrichten die Staatsautorität zu untergraben, um mit der gleichzeitigen Aufforderung zum Zusammenschluss aller Kräfte für den revolutionären Klassenkampf den Boden zu bereiten und die Masse der Arbeiterschaft zur Mitwirkung am gewaltsamen Vorgehen aufzuwiegeln und zu gewinnen. Dieses alles ist bereits in einem Urteil des Oberlandesgerichts in Stuttgart vom 27. Juli 1933 in der Strafsache gegen Schneider und Genossen festgestellt worden und findet in vorliegenden Fällen seine erneute Bestätigung...«¹

Ungewollt schildert der Breslauer Generalstaatsanwalt des Oberlandesgerichts, dass es der SAP gelungen sei, sich bereits im Februar 1933 zu reorganisieren und eine wirksame illegale Arbeit zu leisten. Anhand der Anklageschrift wird auch sichtbar, dass junge und alte Antifaschisten, die aus den unterschiedlichsten Berufen kamen, zusammenhielten und sich im illegalen Wirken sinnvoll ergänzten.

1 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, NJ 5342 ohne Blattsignierung.

Man spürt förmlich den Zorn des Anklägers darüber, dass im illegal verbreiteten Aktionsprogramm der SAP das Hauptziel in der Errichtung einer Räterepublik besteht und dieses Ziel durch den Sturz des Hitlerregimes und der Kapitalistenklasse erreicht werden soll. Weiterhin wurde als verwerflich kritisiert, dass die SAP es als eine ihrer vornehmsten Pflichten ansieht, die Sowjetunion zu verteidigen und ihren sozialistischen Aufbau zu fördern. Im Abschnitt »Aufbau der illegalen SAP von April bis August 1933« listet die Anklageschrift auf, dass die SAP in Breslau untergliedert war in die Stadteile Mitte, Nord, Süd, Südost, Südwest und Ohlauer Tor. Die Leitung des Stadtteils Mitte lag in den Händen der Antifaschisten Walter Rosenstein, Emilie Rollnik und Karl Dachale. Leiter des Stadtteils Ohlauer Tor war Reinhold Schuler. Zur SAP in Breslau gehörten ferner zwei Untergruppen in Brieg und Liegnitz. Hauptkassierer der SAP in Breslau war Gerhard Schwarz. Die Gesamtstärke der SAP in Breslau belief sich laut Anklageschrift auf etwa 500 zahlende Mitglieder, die auch illegal arbeiteten. Über die anderen genannten Gruppen in den verschiedenen Breslauer Stadtteilen konnte wegen deren guter Konspiration nichts ermittelt werden.² So wirkte unabhängig von der SAP-Widerstandsgruppe um Bernhard Kollei eine umfangreiche SAP-Gruppe um den Bankangestellten Herbert Tulatz, der auch die nicht Verhafteten sowie den wegen Mangel an Beweisen im Prozess gegen Bernhard Kollei freigesprochenen Breslauer Stadtverordneten, Elektromonteur Gerhard Schwarz, in die von ihm geleitete Gruppe integrierte.

In der Anklageschrift des Generalstaatsanwaltes beim Oberlandesgericht in Breslau vom 18. November 1936 gegen Herbert Tulatz und 24 Mitstreiter wurde von diesem hervorgehoben, dass sich die SAP in Breslau trotz rigoroser Verfolgung erneut sammeln und im größeren Umfang ihre illegale Tätigkeit fortsetzen konnte. Nach der Flucht von August Enderle übernahm der Schriftsetzer Willi Kalinke aus Breslau-Zimpel die Gesamtleitung der illegalen SAP in Breslau und den umliegenden Ortschaften. Gegen die führenden Antifaschisten, Willi Kalinke und den Stellmacher Fritz Sommer, sowie den flüchtigen jüdischen Studenten Martin Kaliski wurde vom Reichsanwalt Anklage beim Volksgerichtshof erhoben.

Im Prozess gegen Herbert Tulatz und dessen Gefährten wird sichtbar, dass die Widerstandskämpfer in gekonnter Konspiration in acht Stadtteilen in Breslau illegale Gruppen errichten konnten, die mit Decknamen relativ gut getarnt bis zum Juli 1936 agierten. Die einzelnen Mitglieder zahlten Beiträge zum Ausbau der Organisation, sammelten Geld für Angehörige politischer Gefangener und verbreiteten illegale Schriften. Das Druckmaterial bekamen die Breslauer Antifaschisten größtenteils von der Reichsleitung der SAP aus Berlin und bis zum November

2 Siehe ebenda.

1935 aus Prag von der dortigen Leitung der SAP. Von dort erhielten sie auch die illegale Druckschrift »Das Banner der revolutionären Einheit«. Ferner stellten sie eigenständig mit der Schreibmaschine angefertigte Schriften her und verbreiteten sie.

Im November 1935 wurde der Kurier Herbert Grämel an der tschechoslowakischen Grenze verhaftet. Bei seiner Festnahme fand die Gestapo umfangreiches Schriftmaterial, das er nach Breslau bringen wollte.

Allen Angeklagten wurde vorgeworfen, dass sie seit Bestehen der NS-Herrschaft ihre marxistische Denk- und Handlungsweise nicht abgelegt, sondern die SAP in Breslau erneut im größeren Umfang illegal reorganisiert hatten. Sie konnten auch nach Strehlen Kontakte knüpfen. Durch den Kurier der SAP-Reichsleitung in Berlin, Eugen Brehm, besaßen sie eine feste Verbindung zur Zentrale. Der Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht in Breslau hob in der Anklageschrift hervor, dass trotz der Verhaftung des Herbert Grämel seine Mitstreiter ihren Kampf nicht einstellten, sondern intensiv selbst gefertigte Flugschriften verbreiteten und zu Pfingsten 1936 in Prag ein Treffen mit einem Mitglied der SAP-Leitung hatten. Dabei wurde über die weitere illegale Arbeit beraten und Schulungsmaterial übermittelt. Der Angeklagten Ilse Hacks wirft der Generalstaatsanwalt als besonders verwerflich vor, dass sie ein zweites Treffen auf tschechoslowakischem Gebiet organisierte. Dabei wurde vor allem über die Betriebsarbeit der SAP beraten. Die Reichsleitung orientierte auf umfassende Stimmungsberichte aus den Betrieben.

Zusammenfassend resümierte der Anklagevertreter:

»Die illegale SAP will die gewaltsame Beseitigung der gegenwärtigen Regierung und die Errichtung der von ihr erstrebten Diktatur des Proletariats. Die Angeschuldigten haben diese hochverräterischen Absichten der SAP durch ihr Handeln bewusst gefördert, und zwar in der Mehrzahl dadurch, dass sie als Gruppenleiter den organisatorischen Zusammenhalt aufrechterhalten, an der Herstellung illegaler Schriften mitgewirkt, derartige Schriften verbreitet, für die illegale SAP Beiträge gezahlt und einkassiert, an illegalen Besprechungen teilgenommen und ihre Wohnungen dazu zur Verfügung gestellt haben. Insoweit haben schon diejenigen Angeschuldigten den Tatbestand der Vorbereitung zum Hochverrat erfüllt. Aus den genannten Umständen ergibt sich, dass dies nur zu dem Zweck geschehen sein kann, dadurch ihre hochverräterische Gesinnung zu stärken. Ferner haben sich die Angeschuldigten auch dadurch strafbar gemacht, dass sie in der Mehrzahl die illegalen Schriften, nachdem sie sie gelesen hatten, zurückgegeben haben. Dadurch haben sie bewusst ermöglicht, dass durch dieselben Schriften auch andere Personen in ihrer hochverräterischen Absicht gestärkt worden sind. Aufgrund dieses Sachverhaltes klage ich die Angeschuldigten an:

In den Jahren 1934 bis 1936 in Breslau und anderen Orten fortgesetzt und zum Teil gemeinschaftlich handelnd ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitet zu haben, wobei die Tat

- a. sämtlicher Angeschuldigter darauf gerichtet war, zur Vorbereitung des Hochverrats einen organisatorischen Zusammenhalt herzustellen und aufrechtzuhalten,
- b. sämtlicher Angeschuldigter mit Ausnahme des Angeschuldigten Schwarz auf Beeinflussung der Massen durch Herstellung oder Verbreitung von Schriften gerichtet war,
- c. der Angeschuldigten Tulatz, Danziger und Hacks auch im Ausland und dadurch begangen worden ist, dass sie es unternommen haben, Schriften zum Zweck der Verbreitung im Innland aus dem Ausland einzuführen.«³

Am 24. März 1937 verurteilte der erste Strafsenat des Oberlandesgerichts in Breslau Herbert Tulatz als führenden Funktionär zu drei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus. Er erhielt in dem Prozess die Höchststrafe. Insgesamt sprach das Gericht gegen die Mitangeklagten 17 Jahre Haft aus. Dank des festen Zusammenhalts der Kampfgefährten, die jede Möglichkeit des Leugnens illegaler Aktivitäten ausnutzten, kam es zu zehn Freisprüchen, die trotz des Einspruchs des damaligen Reichsministers der Justiz nicht revidiert wurden. Der Einspruch gegen das Urteil wurde folgendermaßen begründet: »Der Neuaufbau einer so großen und zielbewusst aufgebauten Organisation, wie es die illegale SAP in Breslau und in Schlesien war, stellte namentlich unter der tatkräftigen Leitung des Zeugen Kalinke ein für den Staat überaus gefährliches Unternehmen dar. Die Gefahr war umso größer als die Organisation sich nicht nur örtlich, sondern Beziehungen zu der illegalen Reichsleitung und sogar zu der Auslands-SAP aufnahm. Zu welchen gefährlichen Bedrohungen der Sicherheit des Staates dieses Unternehmen führte, zeigte sich besonders in dem Vorschlag des Vertreters der illegalen Reichsleitung bei der Besprechung in Breslau, man solle im Ernstfall Sabotage in den kriegswichtigen Betrieben herbeiführen, indem man rechtzeitig Einfluss auf die Arbeiterschaft gewinne. Erschwerend muss auch wirken, dass trotz des Verfahrens gegen Kollei und andere die illegale Arbeit der SAP nicht ins Stocken geraten, sondern sofort wieder eine neue Organisation aufgezogen worden ist. Sogar nach der Verhaftung Kalinkes haben die in Freiheit gebliebenen SAP-Freunde sofort wieder versucht, eine neue Ersatzorganisation aufzubauen und sogar zu dieser Zeit noch Verbindungen mit dem Ausland unterhalten...«⁴

3 Bundesarchiv Berlin-Hoppegarten, ZC 20050, Akte 10, Bl. 5 ff. und Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, NJ 5277 Bl. 1 ff.

4 Ebenda.

Zeitgleich wirkte in Breslau unter Leitung des KJVO-Mitgliedes Robert Bialek eine umfangreiche, konspirativ gut organisierte Jugendgruppe, zusammengesetzt aus Angehörigen der illegalen KJVO, des KJVD und der SAJ, die eine breite Agitationsarbeit in mehreren Stadtteilen Breslaus leistete; es waren zirka 60 Jugendliche im Alter von 18 bis 24 Jahren, unterteilt in Vierergruppen. Sie verbreiteten selbst gefertigte Flugschriften und heimlich beschaffte Druckschriften, wie »Die Klassenfront« und der »Junge Prolet«. Ferner wurden Klebezettel hergestellt mit den unterschiedlichsten antifaschistischen Losungen, z. B. »Der Faschismus muss sterben, wenn das Volk leben will!« Robert Bialek berichtete, dass die Jugendlichen ihre Zettel an Taxis, Telefonzellen und Häuser klebten. Mit einem dazu speziell hergerichteten Fahrrad wurden auch antifaschistische Parolen, die schwer zu entfernen waren, auf die Straßen in verschiedenen Stadtteilen aufgetragen.

Ein aus Berlin nach Breslau gesandter Kurier des KJVD mit dem Decknamen »Willy« suchte und fand Kontakt zu Robert Bialek. Er übermittelte ihm ein Rundschreiben des ZK der KPD, das zu einer breiten antifaschistischen Front aller Hitlergegner aufforderte. Gemeinsam berieten sie im Frühjahr 1934, einen antifaschistischen Aktionsausschuss zu bilden, der alle in Breslau vorhandenen illegalen Gruppen umfassen sollte. Selbst Jugendliche, oppositionell eingestellte Schüler, sollten in die illegale Arbeit einbezogen werden. Im Bestreben, eine breite illegale Einheitsfront zu schaffen, gelang es Robert Bialek auch, Kontakt zu Gerhard Heidenreich herzustellen, der von 1933 bis zu seiner 1934 erfolgten Verhaftung eine KJVD-Gruppe in Breslau leitete.⁵

Die Breslauer Gestapo suchte fieberhaft nach den Verteilern der illegalen Schriften. Eines dieser Flugblätter erhielt auch ein Betriebsarbeiter von einem Lehrling der gemeinsamen Arbeitsstätte. Dieser konnte nicht ahnen, dass jener Mitglied der SA war. Der von der Gestapo umgehend verhaftete Lehrling beschrieb nach brutalem Verhör durch den zuständigen Kriminalsekretär Kluske den Flugblattverteiler. So gelang es der Gestapo, den Antifaschisten Georg Brückner zu verhaften. Er gab nach mehreren verschärften Vernehmungen durch Kluske die Namen von Mitstreitern preis. Aufgrund der Aussagen von Georg Brückner erfolgte am 11. November 1934 auch der Zugriff auf Robert Bialek. Er legte jedoch bei seinen Vernehmungen durch den Gestapobeamten Kluske falsche Spuren, um seine Mitstreiter soweit wie möglich zu schützen. Aufgrund seiner Lungentuberkulose erhielt er während seiner Untersuchungshaft eine Einzelzelle. Robert Bialek wagte es sogar, einen Fluchtversuch vorzubereiten, um ins Ausland zu gelangen. Er nahm über einen Mithäftling, der aber ein Gestapospitzel war, Kontakt zu seiner Mutter auf. Der Kassiber wurde durch den Spitzel an die Gestapo übermittelt, die

⁵ Siehe Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde DY 30/2/4274 ohne Blattsignatur.

ihn dann an die Mutter weiterleitete. Durch die sofortige Überwachung der Mutter und der Schwester von Robert Bialek, die ebenfalls eingeweiht war, scheiterte das geplante Unternehmen.

Robert Bialek schrieb in einem Bericht über seine illegale Tätigkeit nach der Befreiung im Jahr 1945: »Durch den Fluchtversuch wurde mein Verfahren von dem anderen Prozess, der unter dem Titel ›Bialek und Genossen‹ lief, abgetrennt und gegen mich extra durchgeführt mit dem Genossen Ostrowski, der eigentlich mit mir fliehen wollte ... Jedenfalls wurde ich nach 1 ½ Jaren Untersuchungshaft im Juni 1936 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.«⁶

Der Grund für das harte Urteil wird im zusammenfassenden Bericht des Kriminalsekretärs Kluske von der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Breslau vom 26. Mai 1935 ersichtlich. Kluske informiert über beabsichtigte Mordanschläge gegen ihn und weitere Gestapomitarbeiter sowie über die Fluchtvorbereitung Robert Bialeks aus der Untersuchungshaft. Kluske betont, dass für den Zeitraum des Jahres 1934 durch drei verschiedene illegale Organisationen, bestehend aus der kommunistischen Jugendopposition KJO, dem KJVD und der KPD, eine umfangreiche illegale Flugblatt- und Druckschriftenagitation betrieben wurde sowie der Zusammenschluss zu einer antifaschistischen Einheitsfront erfolgte.

Erst nach monatelangen Ermittlungen wurden im Herbst 1934 90 Antifaschisten verhaftet und in mehreren Prozessen abgeurteilt. Bedingt durch die Verhaftungswellen in den Jahren 1934 bis 1936 stagnierte in Breslau der Widerstand gegen das NS-Regime. Es gelang aber der Gestapo nicht, alle illegalen Kontakte aufzuspüren. So konnte der Reichskurier des KJVD »Willy« nicht gefasst werden, so dass dieser illegal weiterarbeiten konnte.⁷

6 Ebenda.

7 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde R 58/3726, Bl. 1 ff.

Marcel Bois

Die Tradition bewahrt. Kommunistische Opposition in Schlesien vor 1933

Die Genossen aus Breslau sahen keinen anderen Weg mehr. »Der Entschluss, dieses Blatt für die Parteimitglieder herauszugeben, ist uns nicht leicht gefallen. Wir greifen zu diesem außergewöhnlichen Mittel in einer kommunistischen Partei, nachdem alle anderen Mittel erschöpft sind, nachdem wir mit äußerster Anspannung unserer Geduld vergebens versucht haben, die Parteinstanzen zur Wahrung der primitivsten Parteidemokratie anzuhalten.«¹

Das Blatt trug den programmatischen Titel »Gegen den Strom« und erschien erstmalig am 17. November 1928, knapp ein Jahr vor Beginn der Weltwirtschaftskrise. Seine Aufmachung war schlicht, ein Manuskript ohne Bilder, elf Seiten dünn. Auf der Titelseite prangte der Hinweis: »Nur für Mitglieder der KPD«.

Die KPD, die Kommunistische Partei Deutschlands, war in der Weimarer Republik eine revolutionäre Massenpartei. Um die Jahreswende 1918/19 gegründet, hatte sie zeitweilig über 300.000 Mitglieder. Bis zu sechs Millionen Menschen stimmten für sie bei den Reichstagswahlen. Sie gab Dutzende Tageszeitungen heraus und mehrere tausend Mitglieder waren im Parteiapparat angestellt. Kommunisten hatten zum Teil großen Einfluss in verschiedenen Gewerkschaftsgliederungen.

Doch die Partei hatte sich in den ersten zehn Jahren ihrer Existenz massiv gewandelt. Dagegen wehrten sich die Macher von »Gegen den Strom« und gründeten die KPO, die bis heute bekannteste Oppositionsgruppe innerhalb der Kommunistischen Partei Deutschlands.² Ihre Zeitschrift, die Wolfgang Abendroth später als die »beste marxistische Zeitschrift in den Endjahren der Weimarer Republik«³ bezeichnete, entwickelte sich schnell vom Lokalblatt zum deutschlandweiten Theorieorgan mit einer Auflage von 5000 Stück.⁴

1 Gegen den Strom. Mitteilungsblatt der KPD, Ortsgr. Breslau (Opposition), Nr. 1, 17.11.1928.

2 Zur Geschichte der KPO: Theodor Bergmann: »Gegen den Strom«. Die Geschichte der KPD (Opposition), 2. Aufl., Hamburg 2001; K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechts«-Opposition im Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964.

3 Wolfgang Abendroth: Vorwort, in: Gegen den Strom: Organ d. KPD-Opposition, Vollst. Nachdr. in 3 Bd., Hamburg 1985, Bd. 1, S. 11*f.

4 Bergmann: Gegen den Strom, S. 208.

Die schlesische Stadt Breslau war also einer der Geburtsorte der KPD und wurde zu einer ihrer Hochburgen. Doch bis heute existiert keine systematische Untersuchung der kommunistischen Opposition in der Region – ebenso ist die Geschichte der schlesischen KPD vor 1933 wenig erforscht.⁵ Dieser Beitrag versucht, die Entwicklung der dortigen kommunistischen Opposition in ihren Grundzügen darzustellen.

Ein geteilter Bezirk

Der KPD-Bezirk Schlesien blickte auf eine bewegte Geschichte zurück. Die Region hatte sich schon früh zu einem wichtigen Industriestandort entwickelt, vor allem für die Leinenproduktion. Dementsprechend existierte dort im 19. Jahrhundert eine kampfbereite und selbstbewusste Arbeiterbewegung. Zu dieser Zeit war Schlesien, so Arno Herzig, »die unruhigste Provinz Preußens«, wofür der Weberaufstand von 1844 nur das berühmteste Beispiel ist.⁶

Doch im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts erlebte Schlesien einen deutlichen Niedergang, vor allem nachdem 1922 große Teile des oberschlesischen Industriegebiets an Polen gegangen waren. Die Wirtschaft der Region verlor durch die neue Randlage erheblich an Kraft und Bedeutung, was vor allem die Einwohner der an der Oder liegenden Ortschaften zu spüren bekamen. Nur zeitweilig konnten Hilfsprogramme wie der Dawes-Plan die Situation mildern. Vor allem die 1929 beginnende Weltwirtschaftskrise machte sich in Schlesien deutlich bemerkbar und führte zu einer Radikalisierung der Bevölkerung, von der hauptsächlich die Nazis profitierten.⁷

Zu Beginn der Weimarer Republik wurde Schlesien geteilt. Fortan bildeten zwei preußische Provinzen das Gebiet. Der größere Westteil mit der Hauptstadt Breslau hieß nun Niederschlesien, aus dem bisherigen Regierungsbezirk Oppeln im Osten wurde die Provinz Oberschlesien. Strukturell unterschieden sich die beiden Gebiete deutlich voneinander. Niederschlesien war eher landwirtschaftlich geprägt und eine Hochburg der Sozialdemokratie, die bis 1932 stets den Oberprä-

5 Siehe Helmut Neubach: Parteiengeschichte, in: Joachim Bahlcke (Hg.): Historische Schlesienforschung. Methoden, Themen und Perspektiven zwischen traditioneller Landesgeschichtsschreibung und moderner Kulturwissenschaft, Köln u. a. 2005, S. 267-292, hier S. 277; Klaus Woinar: Die Organisation der KPD in Oberschlesien (1933–1938), in: Cornelia Domaschke u. a. (Hg.): Nationalsozialismus und antifaschistischer Widerstand in Schlesien. In memoriam Fred Löwenberg, Berlin 2009, S. 113-122, hier S. 113. Einige Fakten zur KPD in Oberschlesien hat Ulrich Eumann in seiner Sozialgeschichte der Partei zusammengetragen. Er vergleicht dort Oberschlesien mit vier weiteren KPD-Bezirken: Ulrich Eumann: Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 2007.

6 Arno Herzig: Wirtschafts- und Sozialgeschichte, in: Joachim Bahlcke (Hg.): Historische Schlesienforschung, S. 159-184, hier S. 176.

7 Ebenda, S. 173.

sidenten stellte. Oberschlesien hingegen war stärker industrialisiert und dennoch konservativ dominiert: Die Menschen wählten zum großen Teil die Zentrumspar-
tei und in etwas geringerem Maße die Deutschnationale Volkspartei (DNVP).

Die Veränderung des schlesischen Territoriums spiegelte sich auch in der Struktur der regionalen KPD wider. Der Parteibezirk Schlesien umfasste anfangs lediglich Teile der Provinz Niederschlesien, während sich in Oberschlesien Ende 1920 eine binationale Partei gründete: die Kommunistische Partei Oberschlesiens/
Komunistyczna Partia Gornego Slaska (KPO/S). Erst mit der Abtrennung einiger
oberschlesischer Gebiete an Polen wurde die KPO/S im deutschen Teil Oberschlesiens in die KPD eingegliedert. Fortan war Oberschlesien ein Unterbezirk des KPD-Bezirks Schlesien.⁸ Doch diese Lösung war nicht von Dauer. Die Tatsache, dass eine Industrieregion (Oberschlesien) einem eher landwirtschaftlich geprägten Bezirk (Schlesien) unterstellt war, führte zu permanenten Spannungen zwischen der Bezirksleitung in Breslau und der Unterbezirksleitung in Gleiwitz. Schließlich gründete sich im Sommer 1924 ein eigenständiger KPD-Bezirk Oberschlesien.⁹

Keiner der beiden Parteibezirke war eine Hochburg der KPD. Oberschlesien kam bis Ende der 1920er Jahre nie über eine Mitgliederzahl von 1000 hinaus; Mitte des Jahrzehnts waren nur 0,07 Prozent der Einwohner Parteimitglied – eine Quote, die deutlich unter der anderer KPD-Bezirke lag.¹⁰ Erst im Jahr 1931, bedingt durch die zunehmende Radikalisierung während der Wirtschaftskrise, stieg die Mitgliederzahl auf fast 2.000.¹¹ Trotz ihrer geringen Größe war die regionale KPD relativ stark in der Arbeiterklasse verankert. Das belegt die Tatsache, dass der Anteil der Betriebsräte unter den oberschlesischen KPD-Mitgliedern sehr hoch war.¹² Auch bei Wahlen zeigte sich die Stärke der Kommunisten, wo sie regelmäßig erfolgreicher als die regionale Sozialdemokratie abschnitten. Am deutlichsten fiel das Ergebnis bei der Reichstagswahl im Mai 1924 aus. Die KPD kam auf 16,7 Prozent der Stimmen, während die SPD magere 4,2 Prozent erhielt.¹³

8 Knapp tausend Mitglieder der KPO/S vollzogen dann 1922 diesen Schritt. Als sich die KPO/S am 5. Dezember 1920 gründete, war ein Viertel der 4000 Mitglieder polnischer Herkunft. Eumann: *Eigenwillige Kohorten*, S. 57 f.

9 Etwa zeitgleich übernahm der Bezirk Schlesien mehrere Unterbezirke vom Bezirk Lausitz. Damit entsprach er fortan in etwa der preußischen Provinz Niederschlesien. Siehe Hermann Weber und Andreas Herbst: *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*, Berlin 2004, S. 921.

10 Auf diese Zahl kommt man, wenn man von einer Bevölkerungszahl von 1,38 Mio. ausgeht. Eumann: *Kohorten*, S. 60 kommt auf eine Quote von 0,17 Prozent. Allerdings nimmt er nur die städtische Bevölkerung zur Grundlage.

11 Siehe Eumann: *Kohorten*, S. 62.

12 Siehe ebenda, S. 82. Der Anteil lag bei über acht Prozent, während er selbst im Ruhrgebiet nur fünf Prozent betrug.

13 Siehe Woinar: *KPD in Oberschlesien*, S. 113 sowie die Internetdatenbank zu Wahlergebnissen in der Weimarer Republik: <http://www.gonschior.de/weimar/Preussen/Oberschlesien/index.htm> (Zugriff am 12.08.2011). Auch bei allen folgenden Reichstags- und preußischen Landtagswahlen erzielten die Kommunisten bessere Ergebnisse als die Sozialdemokraten. Interessanterweise war die Differenz bei den Wahlen zum oberschlesischen Provinziallandtag nicht so groß; 1929 lag die SPD sogar vor der KPD.

Von solchen Ergebnissen konnten die Genossen in Niederschlesien nur träumen. Ihre Provinz war eine Hochburg der Sozialdemokratie, die in den 1920er Jahren regelmäßig Wahlergebnisse von deutlich über 30 Prozent erzielte. Die Kommunisten hingegen kamen in dieser Zeit auf Werte zwischen drei und acht Prozent. Bei Provinziallandtagswahlen erzielten sie vor 1933 sogar nie mehr als 3,5 Prozent.¹⁴ Die Mitgliederzahlen im Parteibezirk Schlesien schwankten in der Zeit von 1926 bis 1930 zwischen 2.000 und 3.000.¹⁵ Bei einer Einwohnerzahl von über drei Millionen lag die Quote damit ähnlich niedrig wie in Oberschlesien.

Stalinisierung der KPD

Seit 1926 war der gelernte Elektromonteur Erich Hausen politischer Leiter des Bezirks Schlesien. Der junge Mann machte damals eine steile Karriere in der Kommunistischen Partei. Im Jahr 1921, im Alter von gerade einmal 21 Jahren, war er bereits zum Kandidaten des Zentralaussschusses der KPD gewählt worden, später wurde er Mitglied des Zentralkomitees (ZK). Zudem leitete er vor seiner Tätigkeit in Schlesien bereits den Bezirk Lausitz.¹⁶

Doch im Herbst 1928 endete Hausens Aufstieg abrupt. Er wurde seines Postens enthoben, weil er während der sogenannten Wittorf-Affäre starke Kritik an der Parteiführung geäußert hatte. Diese Affäre war dadurch ausgelöst worden, dass sich der Hamburger KPD-Funktionär John Wittorf während des Reichstagswahlkampfes Geld aus der Wahlkampfkasse angeeignet hatte. Der Parteivorsitzende Ernst Thälmann, ein Freund und Förderer Wittorfs, wusste von der Unterschlagung, verschwieg sie aber aus wahlkampfaktischen Motiven. Nachdem Gerüchte an die Presse durchgesickert waren, schloss das ZK Wittorf und drei weitere Hamburger Funktionäre Ende September 1928 aus der Partei aus. Thälmann wurde gezwungen, seine Parteiämter niederzulegen. Daraufhin intervenierte Moskau. Auf Druck des sowjetischen Parteichefs Stalin beschloss die Führung der Kommunistischen Internationale (Komintern), den ZK-Beschluss aufzuheben und Thälmann wieder einzusetzen.¹⁷

14 http://www.gonschior.de/weimar/Preussen/Niederschlesien/UEbersicht_PLW.html (Zugriff am 12.08.2011).

15 Siehe Grafik Mitgliederzahl Schlesien, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden SAPMO BArch), RY 1, I 3/7/23. Genaue Zahlen sind vom Februar 1926 überliefert. Da hatte die KPD 2.849 Mitglieder. Siehe Bericht über die Entwicklung des schlesischen Bezirks, März 1926, SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/14, Bl. 141-152. Im März 1929 lag die Zahl bei 2.530. Siehe hierzu Karl Ado[...] an die Orgabteilung des ZK, 02.03.1927, SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/14, Bl. 243-246, hier Bl. 244.

16 Zur Biographie Hausens siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 291 f.; Bergmann: Gegen den Strom, S. 457 f.

17 Ausführlich zur Wittorf-Affäre: Bernhard H. Bayerlein und Hermann Weber (Hg.): Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin, Berlin 2003; Elke Reuter u. a. (Hg.): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928 – Die KPD am Scheideweg. Eine kommentierte Dokumentation, Berlin 2003.

Wie viele andere Parteimitglieder war Hausen entsetzt über die Vorgänge. Er erkannte zudem, dass ein gewisses System hinter den Ereignissen steckte. Der Konflikt, so schrieb er damals, sei »nicht nur die einfache Verwicklung eines Führers in eine Korruptionsaffäre« gewesen: »Nein! Er warf ein Schlaglicht auf den inneren Zustand der Partei, er charakterisiert das innerparteiliche Regime [...]«. ¹⁸

In der Tat illustrierte die Wittorf-Affäre einen schon seit Jahren anhaltenden Niedergang der KPD. Die Partei durchlief einen Wandlungsprozess, der heute von der historischen Forschung als »Stalinisierung« bezeichnet wird. ¹⁹ Parallel zum Aufstieg Stalins in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion geriet die KPD materiell und ideologisch in immer stärkere Abhängigkeit von ihrer russischen Schwesterpartei. Unter der Führung Ernst Thälmanns verwandelte sie sich von einer eigenständigen kommunistischen Partei zu einem Instrument der russischen Außenpolitik. Zunehmend orientierte sie sich, analog zur stalinisierten sowjetischen Bruderpartei, an dem Ideal einer militärisch disziplinierten, straff hierarchischen Organisation und baute auch ihren eigenen Führerkult auf – eine Kultur, die im deutlichen Gegensatz zu den Gründungsjahren der KPD stand. Kritiker belegte die Parteiführung mit Redeverboten oder entfernte sie kurzerhand aus der Partei. Bekannte Kommunisten wie Karl Korsch oder Ruth Fischer wurden ausgeschlossen. Insgesamt herrschte eine enorme Fluktuation in der Mitgliedschaft, die auch vor der Parteiführung nicht halt machte. So befanden sich beispielsweise 1929 von 16 Spitzenfunktionären aus den Jahren 1923 und 1924 nur noch zwei im Polbüro, aber nicht weniger als elf waren inzwischen aus der KPD ausgeschlossen worden. ²⁰ Mit dem personellen Aderlass ging eine ideologische Erstarrung einher, die politischen Positionen der KPD wurden immer dogmatischer – oder wie es die Historikerin Sigrid Koch-Baumgarten ausdrückte: Die Sowjetunion wurde »zum heiligen Land stilisiert, Marx, Engels, Lenin (...) wie Religionsstifter verehrt«. ²¹

Dies war nicht immer so: In den ersten Jahren nach ihrer Gründung war die KPD keineswegs eine homogene, uniformierte Partei. Vielmehr vereinte sie verschiedene Strömungen. Kontroversen wurden offen in der Parteipresse ausgetra-

18 Erich Hausen: Offener Brief an die Parteimitgliedschaft Schlesiens, in: Gegen den Strom: Organ d. KPD-Opposition, Vollst. Nachdr. in 3 Bd., Hamburg 1985, Bd. 1, S. 43*-48*.

19 Siehe hierzu vor allem: Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969; Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, mit einer Einleitung von Sigrid Koch-Baumgarten, Hamburg 1986. Vor wenigen Jahren hat Weber seine These noch einmal bekräftigt: Hermann Weber: Die Stalinisierung der KPD – Alte und neue Einschätzungen, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007, S. 221-244. Seit Mitte der 1990er Jahre ist die Stalinisierungsthese von einigen Historikern infrage gestellt worden. Zu einem kurzen Überblick über die Debatte siehe: Marcel Bois und Florian Wilde: Ein kleiner Boom. Entwicklungen und Tendenzen der KPD-Forschung seit 1989/90, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2010, S. 309-322.

20 Weber/Herbst: Kommunisten, S. 17.

21 Sigrid Koch-Baumgarten: Einleitung, in: Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, S. 9-54, hier S. 39.

gen und Oppositionelle konnten in allen Gliederungen der Partei ihre Positionen vertreten. Es war nicht ungewöhnlich, dass die Parteiführung bei Auseinandersetzungen unterlag. So erlitt beispielsweise Rosa Luxemburg während des Gründungsparteitages der KPD eine Abstimmungs Niederlage über die Frage, ob sich die neue Partei an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen sollte.

»Zurück zu Lenin«

Die Mitglieder der KPD nahmen die Wandlung ihrer Partei keineswegs widerstandslos hin. Vielmehr entstanden ab Mitte der 1920er Jahre Oppositionsgruppen wie die »Entschiedene Linke«, die Gruppe »Kommunistische Politik«, die »Weddinger Opposition« oder der »Spartakusbund Nr. 2«, die sich alle der Parteilinken zugehörig fühlten.²² Sie wehrten sich gegen die bürokratische Entwicklung der Partei und setzten sich für eine Rückkehr zur »alten KPD« ein. Zeitweilig repräsentierten die verschiedenen Oppositionsgruppen einen nicht unbedeutenden Teil der Parteibasis. Zusammen verfügten sie über mehrere zehntausend Anhänger.

Die Stärke der Linkskommunisten wurde im September 1926 deutlich, als sie mit einer »Erklärung zur russischen Frage« an die Parteiöffentlichkeit gingen.²³ Darin heißt es: »Das Zentralkomitee der KPD hat bis jetzt geglaubt, die Lage in der KPD und in der Komintern mit organisatorischen Mitteln meistern zu können. Aber die Gegensätze sind so zugespitzt wie noch nie. Der Opposition steht die Parteipresse überhaupt nicht mehr zur Verfügung.« Unter der Losung »Zurück zu Lenin, zum wirklich echten, unverfälschten Leninismus« forderten sie eine offene Diskussion innerhalb der Partei. Das Papier wurde innerhalb weniger Tage von knapp 700 Funktionären der Partei unterzeichnet. Zu den Unterstützern zählten zahlreiche lokale Führungsmitglieder, mehrere Reichs- und Landtagsabgeordnete sowie zwei Mitglieder des Zentralkomitees der Partei.

22 Otto Langels: Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Zur Geschichte und Theorie der KPD-Opposition (Linke KPD), der Entschieden Linken, der Gruppe »Kommunistische Politik« und des Deutschen Industrie-Verbandes in den Jahren 1924 bis 1928, Frankfurt a. M. u. a. 1984; Günter Wernicke: Die Radikallinke der KPD und die russische Opposition. Von der Fischer/Maslow-Gruppe zum Lenin-Bund, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 42. Jg., 2000, H. 3, S. 75-101; Marcel Bois: Im Kampf gegen Stalinismus und Faschismus. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik (1924–1933), in: Kora Baumbach u. a. (Hg.): Strömungen. Politische Bilder, Texte und Bewegungen. Neuntes DoktorandInnenseminar der Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin 2007, S. 86-109; Marcel Bois: Vergessene Kommunisten. Die »Weddinger Opposition« der KPD, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2008, S. 58-67.

23 Erstmalig wurde die Erklärung 1980 unter folgendem Titel dokumentiert: Innerparteiliche Opposition 1926: Die »Erklärung der 700«, in: Georg Junglas: Von der proletarischen Freidenkerjugend im Ersten Weltkrieg zur Linken der siebziger Jahre. Eine politische Dokumentation. 1902–1975, Hamburg 1980, S. 39-47. Im Jahr 1997 erschien schließlich eine kommentierte Fassung: Erklärung der KPD-Linken zur russischen Frage, in: Leo Trotzki: Schriften, Bd. 3.1: Linke Opposition und IV. Internationale (1923–1926), hg. von Helmut Dahmer u. a., Hamburg 1997, S. 671-80. Die Originalerklärung inkl. der Unterzeichnerliste findet sich im Bundesarchiv (im Folgenden BArch) Berlin, R 1507/1063g, Bl. 103/04, 106-39.

Die KPD-Führung ließ die geforderte innerparteiliche Debatte nur sehr begrenzt zu. Vor allem reagierte sie mit Repressionen auf das »Brief der 700« genannte Papier. Innerhalb weniger Monate schloss sie zahlreiche prominente Vertreter der »Linken Opposition« aus der Partei aus. Den Höhepunkt dieser Repressionswelle bildete der im März 1927 in Essen stattgefundene 11. Parteitag, in dessen Folge etwa 1.300 Funktionäre die Partei verlassen mussten. Ganze Ortsgruppen wurden aus der KPD gedrängt.²⁴

Die Ausschlusswelle zwang die linksoppositionellen Kommunisten dazu, sich verbindlicher zu organisieren. Zu Ostern 1928 gründeten sie schließlich mit dem Leninbund eine eigenständige Organisation.²⁵ Auch wenn der Leninbund bald in die Bedeutungslosigkeit verschwand, wies er in seiner Frühphase, so der Kommunismus-Forscher Hermann Weber, »von allen linken Oppositionsgruppen die meisten prominenten Namen« auf.²⁶ Die genaue Mitgliederzahl lässt sich leider nur schwer rekonstruieren, zeitweilig dürfte sie bei 3.000 bis 6.000 gelegen haben.²⁷

Auch in Schlesien waren die Linkskommunisten aktiv. Beispielsweise ist aus Breslau eine Ortsgruppe des Leninbundes überliefert.²⁸ Diese ging wahrscheinlich aus einer bereits im Jahr 1926 bestehenden Gruppe der linken Opposition hervor.²⁹ In der Provinzhauptstadt schienen die Linkskommunisten eine gewisse Stärke gehabt zu haben. So konnten sie Ende November 1926 bei einer Generalmitgliederversammlung 96 Unterstützer für eine von ihnen eingebrachte Resolu-

24 Siehe Ruth Fischer: *Stalin und der deutsche Kommunismus*, Bd. 2, Berlin 1991, S. 267. Siehe auch Weber: *Wandlung*, Bd. 1, S. 178 ff.

25 Siehe Rüdiger Zimmermann: *Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1978.

26 Weber: *Wandlung*, Bd. 1, S. 184.

27 Pierre Broué schätzt, dass die Mitgliedschaft wohl eher »in der Nähe von 2.000 [lag], die sie 1929 umfasste, als von 11.000, die man 1927 in den Reihen der Opposition zählte«. (Pierre Broué: *Die deutsche Linke und die russische Opposition 1926–1928*, in: Annegret Schüle: »Für die Arbeitereinheitfront zur Abwehr des Faschismus«. Trotzismus in Deutschland bis 1933, Köln 1989, S. 7-34, hier S. 23). Diese Einschätzung unterstützt auch der Brief der Leitung der Minderheit im Leninbund an Leo Trotzki, 29.09.1929. Trotsky-Archive, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Ma. (USA), bMS Russ. 13.1, 1091: Bei seiner Gründung habe der »Lenin-Bund [...] auf der Plattform der russischen Opposition ca. 3 ½ Tausend Arbeiter organisatorisch erfasst«. Bis 1929 sei die Mitgliederzahl auf 2.000 gesunken. Weber: *Wandlung*, S. 184 spricht von 5.000 bis 6.000 Mitgliedern (leider ohne Quellenangabe). 1927 schätzte der Reichskommissar zur Überwachung der öffentlichen Ordnung die Mitgliederzahl der Urbahns-Gruppe auf 5.000, die von Fischer/Maslow auf 6.000 bis 7.000; BArch Berlin, R 1507/1064 Bl. 101.

28 Im Oktober 1928 hielt der Leninbund eine Versammlung in Breslau ab, Hugo Urbahns referierte. Bezirk Schlesien der KPD: Referenten-Material zur innerparteilichen Diskussion Nr. 1, 18.10.1928, SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/17, Bl. 148-153, hier Bl. 150.

29 Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Parteidiskussion im Bezirk Schlesien, 24.08.1926, SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/14, Bl. 223 f. Siehe auch Bezirksleitung der KPD Schlesien, Sekretariat Polbüro an das Zentralkomitee Polbüro, 21.10.1926, SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/17, Bl. 57 f. Auch Zimmermann: *Leninbund*, S. 97 schreibt, dass die linke Opposition in Schlesien zu dieser Zeit in Breslau aktiv gewesen ist.

tion gewinnen, während die der Bezirksleitung 296 Stimmen erzielte.³⁰ Zudem existiert aus dem September 1927 ein Brief des oppositionellen Reichstagsabgeordneten Werner Scholem an Breslauer Genossen, in dem er ankündigt, zu einer Veranstaltung zu erscheinen: »Neue Zeitungen bringe ich zur Versammlung mit. Nach der Versammlung soll noch mit den leitenden Genossen eine Sitzung stattfinden.« Zur Vorbereitung riet er: »Macht gute Propaganda für die Versammlung. Ihr müsst Plakate durch die Straßen tragen. 3.000 Zettel sind für die Propaganda etwas wenig.«³¹

Doch viel mehr ist über die linke Opposition in Schlesien nicht bekannt. Insgesamt ist die Quellenlage äußerst dürftig, die Erforschung der regionalen Gruppe steht noch aus. Es ist anzunehmen, dass die Strömung außerhalb Breslaus kaum Einfluss hatte. Im August 1926, als sich die linke Opposition republikweit im Aufschwung befand, hieß es in einem Bericht der Bezirksleitung, »dass der Bezirk Schlesien [...] einheitlich auf dem Boden des ZK und des ZK der KPdSU steht«. Abgesehen von der Provinzhauptstadt wurde lediglich über das Städtchen Liebau berichtet, dass dort »jetzt gegenwärtig die Opposition die Oberhand besitzt, dadurch, dass ein gewisser Genosse Pallas aus Berlin nach dort gekommen ist und in der Zeit seines Urlaubs die Ortsgruppe verrückt gemacht hat.«³²

»Auf dem Boden der Opposition«

Auf stärkeren Rückhalt unter den schlesischen Parteimitgliedern konnte die sogenannte rechte Opposition zählen, zu deren führenden Genossen der bereits erwähnte Erich Hausen gehörte. Dieser Flügel, der viele Kommunisten der ersten Stunde vereinte, nahm in den Jahren 1927/28 seine Oppositionstätigkeit gegen den Kurs der Partei auf. Damals vollzog die Komintern – und mit ihr die KPD – eine »ultralinke Wendung«. Dieser Kurswechsel beruhte auf der Annahme, dass die Stabilisierung des Kapitalismus »immer fauler und unbeständiger« werde und sich die inneren und äußeren Widersprüche zuspitzen würden. Daher, erklärte Stalin damals, »haben wir jetzt allen Grund zu der Behauptung, dass Europa eindeutig in die Phase eines neuen revolutionären Aufschwungs eintritt.«³³ Kernelement der

30 Bezirksleitung Schlesien der KPD an das ZK der KPD, 30.11.1926, SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/17, Bl. 73. Siehe auch den Bericht von der Fraktionssitzung der Urbahns-Gruppe vom 15. November 1926: »Anwesend waren 21 Genossen, davon der überwiegende Teil Funktionäre der Zellengruppe Ost der Ortsgruppe Breslau, 1 Funktionär der Zellengruppe Süd und 4 Jugendgenossen und Genossinnen.« Bezirksleitung Schlesien der KPD an das Zentralkomitee Polbüro, 16.11.1926, SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/17, Bl. 65-67.

31 W[erner] Sch[ole]m an die Opposition in Breslau], September 1927, SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/17, Bl. 107.

32 Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Parteidiskussion im Bezirk Schlesien, 24.08.1926, SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/14, Bl. 223 f.

33 J. W. Stalin: Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, in: ders.: Werke, Bd. 10, Berlin 1953, S. 248, zit. nach: Reuter u. a.: Luxemburg oder Stalin, S. 10.

neuen kommunistischen Politik war die Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie. Hatte es in der Vergangenheit durchaus gemeinsame Aktivitäten gegeben – etwa beim Volksentscheid zur Fürstenenteignung im Sommer 1926 –, bekämpfte die KPD nun die SPD als »Hauptfeind«. Zudem beendete die Partei ihre Mitarbeit in den Freien Gewerkschaften und baute mit der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) eine eigene Arbeitnehmerorganisation auf. Der »rechte« Parteiflügel um den ehemaligen Parteivorsitzenden Heinrich Brandler kritisierte diesen Kurs massiv und warnte davor, dass sich die Partei isolieren würde.³⁴ Außerdem wandte er sich, ähnlich wie die linke Opposition, gegen die zunehmende Unterordnung der KPD unter die Interessen der KPdSU.³⁵

Die Parteiführung reagierte abermals mit Parteiausschlüssen und Funktionsenthebungen. Auch diesmal regte sich Widerstand, wofür der Bezirk Schlesien ein anschauliches Beispiel ist. Als Hausen als politischer Leiter abgesetzt wurde, stellte sich laut »Gegen den Strom« die »überwältigende Mehrheit der Breslauer Funktionäre [...] auf den Boden der Opposition und lehnte die Funktionsenthebung des Gen[ossen] Hausen ab«.³⁶

Das berichtete auch ein Mitglied der Bezirksleitung: »Tagtäglich finden von der Opposition unter aktiver Unterstützung von Genossen, die noch Mitglieder der Partei sind, einberufene Versammlungen statt«, schrieb das Mitglied an das Zentralkomitee in Berlin. »Besonders stark ist der Einfluss der Opposition in Breslau selbst. Dort ist die reguläre Parteiarbeit, bisher wenigstens, in den Bezirken Nord, Süd, Zentrum lahm gelegt.«³⁷ Auch aus den Städten Landeshut und Gottesberg (heute: Kamienna Góra und Boguszów) ist ein starker Einfluss der Opposition überliefert,³⁸ ebenfalls aus Sagan, Jauer, Penzig und dem Unterbezirk Langenbielau (Zagan, Jawor, Piensk und Bielawa)³⁹ sowie der Stadt Liebau (Lubawka), über die die Bezirksleitung berichtete: »Die Hausengruppe hat hier einen ihrer festesten Plätze. Die Ortsgruppe ist oppositionell.«⁴⁰ Dafür hatten die Rechtskommun-

34 Siehe Bergmann: *Gegen den Strom*, S. 152-156.

35 Allerdings war die KPO weitaus zurückhaltender in ihrer Kritik an den Entwicklungen in der Sowjetunion. Noch 1936 rechtfertigte sie den Schauprozess gegen Grigori Sinowjew als einen »Akt der berechtigten Abwehr gegen ein konterrevolutionäres Komplott«. Erst als Anfang 1937 auch dem »rechten« Nikolai Bucharin der Prozess gemacht wurde, änderte die KPO ihre Position. Vgl. Tjaden: *KPO*, S. 336; siehe auch Hartmut Beseler: *Die Haltung der KPO zur Sowjetunion hinsichtlich ihrer inneren Systementwicklung, Außenpolitik und Politik im Rahmen der Kommunistischen Internationale*, Berlin 1981.

36 *Gegen den Strom*. Mitteilungsblatt der KPD, Ortsgr. Breslau (Opposition), Nr. 1, 17.11.1928.

37 Bericht über die Lage der Partei, der R.H., der IAH in Schlesien und Stand der Opposition, [1929], SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/14, Bl. 259-262, hier Bl. 259. Siehe auch Bezirksleitung Schlesien der KPD an das ZK der KPD, 05.01.1929, SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/17, Bl. 179-182.

38 Bezirksleitung Schlesien der KPD an das ZK der KPD, 18.10.1928, SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/17, Bl. 145-147, hier Bl. 145.

39 Bezirksleitung Schlesien der KPD an das ZK der KPD, 05.01.1929, SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/17, Bl. 179-182, hier Bl. 181.

40 Ebenda, Bl. 179.

nisten großen Zulauf im Jugendverband und in Vorfrontorganisationen wie dem Roten Frontkämpferbund⁴¹ und der Roten Hilfe.⁴²

Anstelle Hausens hatte das ZK Ernst Wollweber als Politischen Leiter des Bezirks eingesetzt. (Wollweber hat in den 1950er Jahren das Ministerium für Staatssicherheit in der DDR geleitet.) Doch schon damals zeigte er seine Fähigkeiten im Umgang mit Oppositionellen: Gestützt auf die Mehrheit in der Bezirksleitung stieß er im lokalen Parteiorgan »Arbeiterzeitung« eine Kampagne gegen die Rechtskommunisten an.⁴³ Auch andernorts verschärfte Partei- und Kominternführung den Kampf gegen die Opposition. Führende KPD-Mitglieder warfen den Rechtskommunisten vor, sie seien »vom Standpunkt des Opportunismus zum Standpunkt des Liquidarentums und des Parteiverrats« herabgesunken.⁴⁴

Mitte Dezember trat das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) zusammen. Stalin erklärte, das »Treiben der Rechten« in der KPD könne »nicht länger geduldet werden«. Er forderte »eiserne revolutionäre Disziplin« und den unnachgiebigen Kampf gegen die »sozialdemokratischen Gefahren in der KPD«.⁴⁵ Schon während seiner Tagung statuierte das EKKI-Präsidium ein Exempel und schloss die ZK-Kandidaten Erich Hausen und Heinrich Galm aus der KPD und aus der Komintern aus. Eine eigens einberufene Kommission unter Führung von Walter Ulbricht warf Hausen ideologische Fehler und Disziplinbrüche vor. Als seine schlimmste Verfehlung galt, dass er die Oppositionszeitschrift »Gegen den Strom« herausgab.⁴⁶

Zudem veröffentlichte das EKKI-Präsidium einen »Offenen Brief«, in dem es vor der »rechten Gefahr« in der KPD warnte. Die Oppositionellen wurden als »Agentur des Reformismus in der kommunistischen Partei« verunglimpft, die die »Bildung einer neuen opportunistischen Partei« anstrebten. Dem ZK der KPD gab die Kominternführung freie Hand für den Ausschluss führender Oppositioneller. Daraufhin mussten in den folgenden Wochen unter anderem Heinrich Brandler, August Enderle, Paul Frölich, August Thalheimer und Jacob Walcher die Partei verlassen⁴⁷ – allesamt Kampfgefährten Rosa Luxemburgs in der Vorkriegssozialdemokratie.

Die aus der KPD Gedrängten ließen sich jedoch nicht einschüchtern und organisierten sich unabhängig von den Parteistrukturen. Ende Dezember 1928 führ-

41 Bezirksleitung Schlesien der KPD an das ZK der KPD, 18.10.1928, SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/17, Bl. 145-147, hier Bl. 145.

42 Bericht über die Lage der Partei, der R.H., der IAH in Schlesien und Stand der Opposition, [1929], SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/14, Bl. 259-262, hier Bl. 261.

43 Siehe Weber: Wandlung, Bd. 1, S. 211.

44 Zit. nach Weber: Wandlung, Bd. 1, S. 213.

45 »Gen. Stalin im Präsidium des EKKI zum Offenen Brief an die Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands über die rechte Gefahr«, in: Die Rote Fahne, 04.01.1929.

46 Siehe Weber: Wandlung, Bd.1, S. 217.

47 Siehe ebenda, S. 218 f.

ten sie eine erste Reichskonferenz durch und formierten sich als Kommunistische Partei Deutschlands – Opposition (KPO). Zudem beschlossen sie, dass »Gegen den Strom« ab Januar 1929 als republikweites Organ der Strömung erscheinen solle. Die Tatsache, dass 57 der 74 Delegierten noch Mitglied der KPD waren, belegt deutlich, dass das strategische Ziel der KPO die Rückeroberung der Partei blieb. Dem ZK bot die Reichskonferenz natürlich einen willkommenen Anlass, um weitere administrative Schritte gegen die KPO-Unterstützer vorzunehmen. Bis März 1929 wurden sie fast alle aus der Partei entfernt. Etwa 6.000 Kommunisten mussten die KPD verlassen.⁴⁸

Auch in Schlesien wurden die Oppositionellen aus der Partei gedrängt. Im Januar 1929 meldete die Bezirksleitung einen ersten Erfolg in Breslau-West: »[N]ach schweren Auseinandersetzungen in mehreren Versammlungen eroberten wir dort eine Mehrheit mit wenigen Stimmen.«⁴⁹ Zwei Monate später berichtete ein Vertreter der lokalen Parteiführung nach Berlin: »Der Einfluss der Rechten Opposition ist in den letzten Wochen weiter zurückgedrängt worden. Nur noch in wenigen Ortsgruppen hat dieselbe eine größere Bedeutung.«⁵⁰

Doch zugleich stärkte die Opposition die eigenen Strukturen: »Tagtäglich finden von der Opposition unter aktiver Unterstützung von Genossen, die noch Mitglieder der Partei sind, einberufene Versammlungen statt. Die ehemaligen Genossen Brandler, Thalheimer, Hausen, Steffen, Gläser und Erbe stehen der Opposition im Bezirk zur Verfügung«, hieß es in einem Bericht der Bezirksleitung.⁵¹ Zudem gaben die Breslauer Rechtskommunisten ab Ende 1928 mit dem »Kämpfer« eine regionale Wochenzeitung heraus.⁵² Ein Anhänger des ZK musste konstatieren: »Die Aktivität ist wie bei allen Oppositionellen [...] bedeutend größer als bei unseren Mitgliedern.« In Breslau bringe die Opposition mittlerweile eigene Mitgliedsmarken mit der Aufschrift »KPD. Ortsgruppe Breslau« in Umlauf, was der Partei schaden würde. Der Bezirk befinde sich »finanziell in einer katastrophalen Lage. Allein durch die Kassierer, welche zur Opposition gehören, wurden der Partei 400 Mk. vorenthalten. In Breslau kleben ungefähr 120 Mitglieder die Beitragsmarken der Opposition.« Zwar würde die KPO mittlerweile eigene Mitgliederversammlungen durchführen, doch ihre Anhänger kämen weiterhin zu den Veranstaltungen der KPD: »Dort, wo die Rechten in der Mehrheit sind, lassen sie unsere Redner nicht zu Worte kommen, sprengen unsere Versammlungen [...]. Wo

48 Siehe ebenda, S. 220.

49 Bezirksleitung Schlesien der KPD an das ZK der KPD, 05.01.1929, SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/17, Bl. 179-182, hier Bl. 180.

50 Karl Ado[...] an die Orgabteilung des ZK, 02.03.1929, SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/14, Bl. 243-246, hier Bl. 243.

51 Bericht über die Lage der Partei, der R.H., der IAH in Schlesien und Stand der Opposition, [1929], SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/14, Bl. 259-262, hier Bl. 259.

52 Siehe Bergmann: Gegen den Strom, S. 206.

in den Ortsgruppen noch einige Anhänger der Opposition sind, beteiligen sie sich meistens nicht an der Diskussion [...].«⁵³

Überhaupt verwirre die Existenz der KPO viele Parteimitglieder. »Eine Versammlung der Opposition in Breslau, in der Paul Fröhlich über das Thema ›10 Jahre KPD‹ sprach, war von ca. 180 Arbeitern und Arbeiterinnen, zum überwiegenden Teil Parteigenossen, besucht. [...] In allen drei Stadtteilen sind von der B.L. durch Genossen der Mehrheit der Partei neue Stadtteileitungen geschaffen worden, die jetzt mit der Partei zusammenarbeiten sollen. Daneben existieren die ›alten‹ Stadtteileitungen weiter, so dass in der letzten Zeit eine ziemliche Verwirrung innerhalb der Parteimitgliedschaft herrscht, insbesondere unter den Genossen, die noch schwankend sind.«⁵⁴

Auf eine führende Persönlichkeit musste die schlesische Opposition jedoch fortan verzichten: Erich Hausen war in die Reichsleitung der KPO gewählt worden und verließ die Region in Richtung Stuttgart. An der Spitze der schlesischen Rechtskommunisten standen nun vor allem Max Gläser und Richard Monden.

Kommunisten gegen Faschismus

Was die KPO in den letzten Jahren der Weimarer Republik auszeichnete, war ihre Auseinandersetzung mit der immer stärker werdenden faschistischen Bewegung. Damals war Adolf Hitlers NSDAP innerhalb weniger Jahre von einer »irritierenden Randerscheinung«⁵⁵ der Weimarer Gesellschaft zu einer Massenpartei geworden. Hatten die Nationalsozialisten 1928 gerade einmal 2,6 Prozent der Wählerstimmen erhalten, so zogen sie 1930 mit einem Zuwachs von 5,6 Millionen Stimmen als zweitstärkste Fraktion in den Reichstag ein. Zwei Jahre später konnten sie ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln und wurden mit 37,3 Prozent stärkste Kraft. Die SA, ihre paramilitärische Kampforganisation, wuchs auf etwa eine halbe Million Mitglieder an.

Unzweifelhaft ist diese Entwicklung nicht ohne die Weltwirtschaftskrise von 1929 zu erklären, deren Auswirkungen in Deutschland besonders deutlich zu spüren waren. Die prekäre soziale Situation von Millionen führte zu einer politischen Massenradikalisierung, von der auch die Kommunisten profitierten. Zwischen 1928 und 1932 erhöhte sich ihre Wählerschaft von 3,3 auf 6,0 Millionen und die Zahl eingeschriebener KPD-Mitglieder nahm von knapp 125.000 (1929) auf 360.000 (1932) zu. Diese Erfolge ließen die KPD-Führung jedoch übersehen, dass

53 Karl Adof[...] an die Orgabteilung des ZK, 02.03.1929, SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/14, Bl. 243-246, hier Bl. 243 f.

54 Bericht über die Lage der Partei, der R.H., der IAH in Schlesien und Stand der Opposition, [1929], SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/14, Bl. 259-262, hier Bl. 259.

55 Ian Kershaw: Hitlers Macht. Das Profil der NS-Herrschaft, 2. durchges. Aufl., München 2000, S. 58.

die Hauptnutznießer der Krise die Nationalsozialisten waren. So erklärten sich die Kommunisten, von Selbstüberschätzung geblendet, nach der Reichstagswahl 1930 zum »einzig wahren Sieger« – trotz der Verachtfachung der NSDAP-Stimmen.

Dahinter steckte eine völlige Unterschätzung der Gefahr, die von den Nationalsozialisten für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung ausging. Besonders deutlich kam dies in der »Sozialfaschismusthese« zum Ausdruck.⁵⁶ Auf Kominintern-Weisung erklärte die KPD-Spitze die Sozialdemokraten ab 1929 zu »Sozialfaschisten« und zum »Hauptfeind«, der die Arbeiter davon abhielte, gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Eine Zusammenarbeit mit der SPD – auch gegen die Nationalsozialisten – lehnte sie daher ab: »Die Sozialfaschisten wissen, dass es für uns mit ihnen kein gemeinsames Zusammengehen gibt. Mit der Panzerkreuzerpartei, mit den Polizeisozialisten, mit den Wegbereitern des Faschismus kann es für uns nur Kampf bis zur Vernichtung geben.«⁵⁷

Tatsächlich gab es Begebenheiten, die es der KPD-Führung erleichterten, die Parteibasis von der Sozialfaschismusthese zu überzeugen. Der »Blutmai« 1929 – als die vom Sozialdemokraten Karl Friedrich Zörgiebel geleitete Berliner Polizei Dutzende kommunistische Demonstranten erschoss – trug sicher am symbolkräftigsten zur sich vertiefenden Spaltung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung bei. Auch sonst schien die Politik der SPD die kommunistische These zu stützen. In der zweifelhaften Hoffnung, den Nationalsozialisten den Weg an die Macht zu versperren und die Weimarer Demokratie am Leben zu erhalten, verfolgte die SPD eine Politik des »kleineren Übels«: Sie unterstützte die Kandidatur des erkonservativen Paul von Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl 1932 und tolerierte das autoritäre Präsidialkabinett des Kanzlers Heinrich Brüning.

Jedoch war auch die KPD nicht in der Lage, den von sozialer Not und Armut Betroffenen eine Alternative zur Politik der Sozialdemokratie anzubieten. Im Gegenteil: Ihre hauptsächlich gegen die SPD gerichtete Rhetorik führte sie nicht nur in abenteuerliche Allianzen – 1931 unterstützte sie einen von Nationalsozialisten und Deutschnationalen initiierten Volksentscheid gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Landesregierung –, sie entfernte sie auch von den Massen. Zwar brachte ihre Politik gewisse Erfolge, weil das verzweifelte Heer der Arbeitslosen sich ständig vergrößerte und viele radikalisierte Menschen ihre Hoffnung auf die KPD setzten, doch entgegen den Hoffnungen der Parteiführung kamen die meisten ihrer Neuwähler nicht aus sozialdemokratischen Milieus. In den Betrieben waren die Kommunisten kaum mehr präsent.⁵⁸

56 Siegfried Bahne: »Sozialfaschismus« in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: *International Review of Social History*, 10. Jg., 1965, S. 211-245.

57 Zit. nach Weber: *Wandlung*, Bd. 1, S. 240.

58 Im Herbst 1932 machte der Anteil lohnabhängig beschäftigter Arbeiter an der Gesamtmitgliedschaft nur noch elf Prozent aus. Andreas Dorpalen: SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 31. Jg., 1983, S. 77-107, hier S. 86.

Einen ernsthaften Beitrag zur Verhinderung des Nationalsozialismus lieferte die Faschismus-Theorie der Kommunisten nicht. Vielmehr führte diese Politik schließlich zu ihrem Untergang. Wenige Monate nach der Machtübernahme Hitlers wurde die Partei verboten und Tausende ihre Mitglieder – ebenso wie viele der von ihnen bekämpften Sozialdemokraten – in die ersten Konzentrationslager des NS-Regimes gesperrt.

Gerade angesichts des Versagens der Strategie der KPD ist die wesentlich differenzierter ausfallende Faschismusanalyse der oppositionellen Kommunisten bedeutsam.⁵⁹

Wichtigster Theoretiker der KPD in dieser Frage war August Thalheimer.⁶⁰ Er ging davon aus, dass vor allem die Nationalsozialisten von der Wirtschaftskrise profitieren würden. Im Gegensatz zur offiziellen Linie der Komintern war er nicht der Ansicht, dass es sich bei Hitlers Nationalsozialisten um eine »Schöpfung« des reaktionären Finanzkapitals handele. Vielmehr sah er den Faschismus als eigenständige Massenbewegung an, die sich hauptsächlich aus dem Kleinbürgertum – also Selbständige, höhere Angestellte und Beamte – und den »Deklassierten aller Klassen« zusammensetzte. Das Bürgertum würde die Nationalsozialisten nur unterstützen, weil diese die radikalisierte Arbeiterklasse zerschlagen könnten: »Die soziale Herrschaft der Bourgeoisie ist in Widerspruch geraten mit ihrer politischen Herrschaft. Sie bereitet ihre politische Abdankung vor, um ihre Klassenherrschaft zu retten und zu festigen.«⁶¹

Thalheimer hielt die Sozialfaschismusthese für falsch und gefährlich. Er sah es als ein Ziel der faschistischen Bewegung an, die gesamte Arbeiterbewegung zerschlagen zu wollen. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an Italien, wo der faschistische Diktator Benito Mussolini bereits an der Macht war – und die Parteien der Arbeiterklasse verboten hatte. Die Beschwichtigungen von SPD und KPD, dass Deutschland »nicht Italien sei«, zeugten für die Mitglieder der KPD von einer maßlosen Unterschätzung der Situation. Wenn sich die Organisationen der Arbeiterklasse nicht zusammentun würden, »dann wird der deutsche Faschismus [...] die italienischen Zustände bald eingeführt, ja übertroffen haben.«⁶²

59 Einen guten Überblick gibt: Der Faschismus in Deutschland. Analysen der KPD-Opposition aus den Jahren 1928 bis 1933, eingeleitet und herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt a. M. 1973.

60 Thalheimer formulierte in seiner Einschätzung des deutschen Faschismus sehr ähnliche Ansichten wie Trotzki. Zum Vergleich der beiden Theoretiker siehe: Udo Kuckartz: Der Aufstieg des Faschismus und die kommunistische Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Faschismustheorien Leo Trotzki und August Thalheimers, unveröffentl. Magisterarbeit, Aachen 1978; Sarah Kröger: Die Faschismustheorien von Leo Trotzki und August Thalheimer. Eine vergleichende Analyse, unveröffentl. Abschlussarbeit, Hamburg 2005.

61 A[ugust] Th[alheimer]: Die Krise des Parlamentarismus – das Vorspiel zur Krise der bürgerlichen Herrschaft, in: Gegen den Strom, 2. Jg., Nr. 10, 09.03.1929.

62 Faschistische Diktatur über Deutschland, in: Der Faschismus in Deutschland, S. 198-202, hier S. 198.

Der Aufschwung des Faschismus könne nur durch »einen umfassenden und planmäßigen Generalangriff« der Arbeiterklasse verhindert werden. Notwendig sei die Taktik der »Einheitsfront« mit der SPD, wie sie von Parteien der Komintern bereits in der Vergangenheit angewendet worden war.⁶³ Dementsprechend kämpfte auch die KPO für die Verwirklichung einer solchen Einheitsfront: »Aktion oder Nichtaktion der Arbeiterklasse: davon hängt die Entscheidung ab, ob der Vormarsch des Faschismus weitergeht bis zu seinem Sieg, oder ob der Vormarsch der proletarischen Revolution ihn zurückwirft.«⁶⁴ Thalheimer erklärte, die verschiedenen Arbeiterorganisationen müssten sich an jedem Ort zu antifaschistischen Kartellen zusammenschließen.

Diese vorgeschlagene Taktik traf durchaus die Stimmung an der Arbeiterbasis. So sind – entgegen den Weisungen der nationalen Parteiführungen – einige lokale Einheitsfrontaktionen aus den frühen 1930er Jahren überliefert. In mehreren württembergischen Städten gab es beispielsweise gegenseitige Aktionsangebote und bei den Kommunalwahlen entstanden gemeinsame Listenverbindungen.⁶⁵ Dort, wo kommunistische Oppositionelle unabhängig vom stalinisierten Parteiapparat agieren konnten, gelang es ihnen häufig, Einheitsfrontausschüsse und -komitees unter Einbeziehung der SPD aufzubauen.

Das blieben jedoch Einzelfälle. Die unnachgiebige Haltung der Parteiführungen von SPD und KPD gegenüber der jeweils anderen Partei ließ alle Hoffnungen auf ein reichsweites Bündnis zerplatzen. Vielmehr trugen beide dazu bei, die Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung zu vertiefen. Zugleich war die kommunistische Opposition Anfang der 1930er Jahre zahlenmäßig viel zu schwach, um eine Kursänderung der KPD zu erreichen.

Ausblick: im Widerstand gegen die Nazis

Trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche – auch in Schlesien – blieb die KPO dort ein politischer Faktor. Sie hatte etwa 250 Mitglieder in der Region.⁶⁶ Zu den 15 schlesischen Ortsgruppen, die in den Jahren 1928/29 entstanden waren, kamen bis

63 Siehe hierzu John Riddell: The origins of united front policy, in: International Socialism 130, Frühling 2011, S. 111 bis 138.

64 Die sächsischen Wahlen, in: Gegen den Strom, 3. Jg., Nr. 26, 28.06.1930.

65 Siehe Thomas Kurz: Feindliche Brüder im deutschen Südwesten. Sozialdemokraten und Kommunisten in Baden und Württemberg von 1928 bis 1933, Berlin 1996.

66 Karl Ado[...] an die Orgabteilung des ZK, 02.03.1929, SAPMO BArch, RY 1, I 3/7/14, Bl. 243-246, hier Bl. 243 schreibt: »Im Bezirk Schlesien wird die Opposition noch ungefähr 250–275 Anhänger haben.« Von einer ähnlichen Zahl geht auch Bergmann: Gegen den Strom, S. 581 aus. Er schreibt, vier Prozent aller KPO-Mitglieder seien aus Schlesien gekommen. Geht man von knapp 6.000 KPO-Unterstützern aus, so kommt man in der Tat auf etwa 240 oppositionelle Kommunisten in Schlesien.

zum Ende der Weimarer Republik noch Stützpunkte in Haselbach, Petersdorf und Weißenburg hinzu.⁶⁷

Vor allem während der ersten Jahre, nachdem die Nazis die Macht übernommen hatten, zeichnete sich die Organisation durch einen hohen Aktivitätsgrad aus. Allein in Schlesien veröffentlichte sie mehrere illegale Zeitschriften. Sie hießen »Der Widerstand«, »Kampfprud« und »Die Klassenfront«.⁶⁸ Der schlesische Oppositionelle Ernesto Kroch erinnert sich: »Zahlenmäßig waren die KPO und ihre Jugendorganisation, die KJO, relativ klein. Doch waren ihre Mitglieder meist sehr aktiv und kampferprobt. Vielleicht war das der Grund, weshalb sie nach der Machtergreifung der Nazis eine der relevanten und dauerhaften Gruppen im Widerstand war.«⁶⁹

Wenngleich die KPO eine realistischere Strategie als die KPD im Kampf gegen die Nazis verfolgte, hatte sie dennoch hohe Verluste. Viele schlesische KPO-Mitglieder wurden während der NS-Zeit inhaftiert, verurteilt, hingerichtet oder ermordet. Theodor Bergmann, einst Mitglied der Opposition, hat die Gerichtsakten gesichtet und die Namen der Opfer zusammengetragen. Er kommt zu dem Schluss: »Besonders zäh und brutal war der Kampf der Nazijustiz gegen die Breslauer KPD(O)-Gruppe.«⁷⁰ Allein im November 1934 wurden 15 Mitglieder des Jugendverbandes KJO festgenommen und vor Gericht gestellt. Ein weiterer großer Prozess fand gegen 19 Breslauer KPO-Mitglieder statt, die Prozessakten sind jedoch verschollen.⁷¹

Es gelang den oppositionellen Kommunisten nicht, weder die KPD zu reformieren noch den Vormarsch der Nazis zu stoppen. Neben subjektiven Gründen – wie der geringen organisatorischen Größe – erschwerten ihnen objektive Umstände den Kampf. Die Stalinisierung der Partei war mittlerweile zu weit fortgeschritten. Hinzu kam, dass sich die KPO im Jahr 1932 spaltete, als sich etwa 1.000 Mitglieder um Paul Frölich und Jacob Walcher der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) anschlossen.⁷² Zudem verdeutlichten alle Wahlen, zu denen die Partei antrat, dass sie über keinerlei Masseneinfluss verfügte. So kam die KPO bei der Wahl zum niederschlesischen Provinziallandtag im November 1929 nicht

67 Siehe Bergmann: *Gegen den Strom*, S. 584. Er datiert die Gründung der Ortsgruppe Landeshut auf 1932, jedoch hatte die Opposition dort schon Ende 1928 Unterstützer.

68 Bergmann: *Gegen den Strom*, S. 272 f.

69 Ernesto Kroch: *Es ist nicht umsonst gewesen. Persönliche Widerstandserfahrungen in Breslau*, in: Cornelia Domaschke u. a. (Hg.): *Nationalsozialismus und antifaschistischer Widerstand in Schlesien*, S. 72-84, hier S. 75.

70 Bergmann: *Gegen den Strom*, S. 257.

71 Siehe ebenda, S. 266.

72 Siehe Florian Wilde: »Den nach Hoffnung hungernden Massen den Sozialismus als einzig mögliche Rettung aus der Krise zeigen.« *Die Entwicklung der SPD-Linken von der Klassenkampf-Gruppe zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP)*, in: Marcel Bois, Bernd Hüttner (Hg.): *Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken*, Heft 1: *Theorien und Bewegungen vor 1968*, S. 22-26.

einmal auf 4.000 Stimmen oder 0,3 Prozent.⁷³ In Oberschlesien trat sie gar nicht erst an.

Die Weimarer Republik erlebte in ihren letzten Jahren eine derartige politische Polarisierung, dass es nahezu unmöglich war, eine dritte linke Massenpartei neben SPD und KPD aufzubauen. Die Gefahr des aufsteigenden Faschismus ließ die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse auf eine der beiden Parteien schauen – trotz aller Fehler, die sie womöglich begingen. In dieser Situation eine unbedeutende linke Kleinpartei zu wählen oder sich ihr gar anzuschließen, erschien den wenigsten als gangbarer Weg.

Dennoch bleibt die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Opposition lohnenswert. Nicht nur, dass die systematische Erforschung der schlesischen Opposition neue Erkenntnisse zu Wege fördern könnte⁷⁴ – ihre Existenz verdeutlicht, dass die KPD in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik keineswegs der monolithische Block war, als der sie häufig erscheint. Gerade die KPD bewahrte jene Traditionen, die die KPD im Verlauf ihrer Stalinisierung über Bord geworfen hat.

73 <http://www.gonschior.de/weimar/Preussen/Niederschlesien/PL3.html> (Zugriff am 26.09.2011).

74 Interessant wäre auch eine Regionalstudie der schlesischen KPD. Als Vorbild könnte Norman LaPortes Arbeit über die Partei in Sachsen dienen: Norman LaPorte: *The German Communist Party in Saxony, 1924–1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure*, Bern, Lang, 2003. Dort zeigt er das Zusammenspiel zweier Faktoren in der Entwicklung der KPD auf: So betont er zum einen die starke Wirkung nationaler sowie internationaler Entscheidungen, Diskussionen und Fraktionskämpfe auf die einzelnen Parteigliederungen. Zum anderen argumentiert er, dass regionale politische Traditionen und sozioökonomische Faktoren die Haltung der lokalen Gruppen ebenfalls beeinflussen konnten. Dies verdeutliche die Tatsache, dass verschiedene lokale Gliederungen unterschiedlich mit den Vorgaben der Parteiführung umgegangen sind. LaPorte belegt seine These anhand der drei sächsischen Parteibeirke, in denen jeweils unterschiedliche Strömungen führend waren. Diese unterschiedliche Ausrichtung sieht er in den verschiedenen regionalen Bedingungen begründet. Die Stärke der KPD-Linken im Bezirk Westsachsen führt er beispielsweise auf die hegemoniale Stellung der SPD in dieser Region zurück. Die kompromisslose Haltung der Linken gegen die Sozialdemokraten sei hier auf fruchtbaren Boden gefallen. Dagegen sei die Parteirechte im Bezirk Erzgebirge-Vogtland stark gewesen, weil den Kommunisten seit 1919 eine Verankerung in der lokalen Arbeiterbewegung gelungen sei. Der »pragmatischere« Kurs der Rechten sei hier plausibel für die Mitgliedschaft gewesen. Dementsprechend war hier 1928/29 der Widerstand gegen die von Stalin vorgegebene Linkswendung wesentlich stärker ausgeprägt als in anderen Bezirken. Schlesien würde sich als Untersuchungsobjekt durchaus anbieten, da auch hier zwei von der Sozialstruktur unterschiedliche Regionen existierten. Möglicherweise würde eine Studie über die schlesische KPD zu anderen Ergebnissen kommen als LaPorte. Denn hier waren die Parteirechten – anders als in Sachsen – gerade dort einflussreich, wo auch die SPD stark war.

Klaus Woinar

Meldungen über antifaschistischen Widerstand in Schlesien in Dokumenten der Gestapo im Bundesarchiv, Bestand R-58. Reichssicherheitshauptamt (1933 bis 1945)¹

Im folgenden Artikel wird der bisher weitgehend unbekannte antifaschistische Widerstand in Schlesien, das Bestandteil des Staates Preußen war, aus Quellen des faschistischen Repressionsapparates, gesammelt im Bundesarchiv Berlin im Bestand »Reichssicherheitshauptamt – R 58«, ausgewertet.

Es finden sich zum vorliegenden Thema eine große Anzahl von Dokumenten, auch aus der Zeit vor der Zentralisation 1938.² Gleichwohl ist die schriftliche Hinterlassenschaft dieser faschistischen Terrorinstitution lückenhaft.

Aus den Jahren 1934 bis 1937 sind in größerer Anzahl, aber nicht vollständig, Ereignis-, Monats-, Quartals- bzw. Jahresberichte sowie Analysen über die Aktivitäten verschiedener politischer Kräfte überliefert. Die Jahre 1938 und 1939 müssen quellenmäßig als sehr dürftig eingeschätzt werden. Aus den Kriegsjahren existieren die »Meldungen staatspolitisch wichtiger Ereignisse« mit größeren Lücken – das letzte Schriftstück trägt das Datum 22. November 1944 –, welche eine Zusammenfassung lokaler Meldungen im RSHA (Reichssicherheitshauptamt) zur Weitergabe an die Parteikanzlei und Staatsbehörden darstellen.

Die Dokumente belegen eine wachsende Breite des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Diktatur von grundsätzlichen Gegnern des Faschismus, den Vertretern der Arbeiterbewegung, bürgerlichen Demokraten u. a.

Mit den Kenntnissen über Naziverbrechen, der wachsenden Ausgrenzung und Schikane von Menschen wegen politischer Tätigkeit, der Zugehörigkeit zur jüdischen und polnischen Minderheit werden auch Personen erfasst, welche nicht grundsätzlich im Gegensatz zu den faschistischen Machthabern standen.

Im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges, beginnend mit der Zerschlagung des polnischen Staates, der Annexion des polnischen Schlesiens (Slask) und der ständig wachsenden Zahl von Zwangsarbeitern aus den von Deutschen besetzten Staaten und Gebieten Europas, wächst die nationale Vielfalt der Akteure. Im Verlaufe des

1 Gleichlautender Dokumentenbestand im Bundesarchiv.

2 1938 wurden Gestapo und Auslandsgeheimdienste im neu gebildeten Reichssicherheitshauptamt (RSHA) zusammengefasst.

Krieges beginnt auch ein bewaffneter Partisanenkrieg in Schlesien, getragen von polnischen Kämpfern unterschiedlicher politischer Ausrichtung.

Dieser Aufsatz kann nur einen Teil des wirklichen Widerstandes erfassen, nämlich den öffentlichkeitswirksamen und den von den Polizeidienststellen festgestellten.

Sofern die Namen der Widerstandskämpfer bekannt sind, werden sie genannt, auch wenn sie manchmal unvollständig sind.

Die Meldungen und Analysen der Gestapo werden häufig im Wortlaut zitiert, wobei zu beachten ist, dass die Gestapo besonders ihre Erfolge (über)betonte, die Handlungen und Dokumente entsprechend den NS-Strafgesetzen einordnete und den Sinn umdeutete. In einigen Fällen erhielt die Gestapo über ihre Spitzel oder bei Festnahmen originale interne Dokumente der Widerstandsbewegungen.

Die Geheime Staatspolizei unterhielt in Schlesien die Gestapoleitstelle Breslau (Wroclaw), zuständig für den Regierungsbezirk Mittelschlesien und zugleich vorgesetzte Dienststelle für die Provinzen Schlesien und Oberschlesien mit den Gestapostellen in Liegnitz (Legnica) [Regierungsbezirk Niederschlesien] und Opeln (Opole) [Provinz Oberschlesien].

Nach der Zerschlagung des polnischen Staates im Oktober 1939 wurde aus dem ehemals polnischen Staatsgebiet, der Wojewodschaft Slask und den Gebieten Sosnowitz (Sosnowiec) und Dombrowa (Dabrowa Gornicza) als Regierungsbezirk Kattowitz (Katowice) annektiert, der 1941 mit der Provinz Oberschlesien vereinigt wurde. Die zur Provinzhauptstadt erhobene Stadt Kattowitz [von 1922–1939 Hauptstadt der polnischen Wojewodschaft Slask] wurde Sitz einer Gestapoleitstelle (Staatspolizeileitstelle).

Der Aufsatz handelt die Ereignisse chronologisch ab. Die reichsweiten Maßnahmen der faschistischen Diktatur werden als bekannt vorausgesetzt, Bezüge nur in ausgewählten Fällen hergestellt.

Der Text gliedert sich in zwei zeitliche Abschnitte, in denen die Bedingungen des Widerstandes und dessen Akteure voneinander unterschieden werden.

Der 1. Abschnitt behandelt die Zeit von Beginn der faschistischen Diktatur mit dem Machtantritt Hitlers Ende Januar 1933 bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges mit dem Überfall auf Polen im September 1939, der zweite den Abschnitt bis zur Befreiung durch die Rote Armee im Winter/Frühjahr 1945.

1.

Der Widerstand in Schlesien in der Phase der Errichtung sowie der Festigung der faschistischen Diktatur bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges (Februar 1933 bis August 1939)

Im Saal »Neue Welt« der oberschlesischen Industriestadt Gleiwitz (Gliwice) fand am 29. Januar 1933 ein von der KPD einberufener »Freiheitskongress« statt mit 349 kommunistischen Delegierten aus dem deutschen und polnischen Oberschlesien sowie sozialdemokratischen Arbeitern, Arbeitslosen, Kriegsversehrten und ehemaligen Nazis als Gäste. Die Grußrede des Mitglieds des Zentralkomitees der KPD, Theodor Neubauer, ging auf den Sturz des Reichskanzlers Schleicher und eine mögliche Diktatur unter einem Reichskanzler von Papen oder Hitler ein. Neubauer forderte alle zu einer »Einheitsfront von unten« auf und griff gleichzeitig scharf die Führung der SPD wie auch die »römische Partei«, das Zentrum, an.

Unmittelbar nach dem Machtantritt Hitlers am 31. Januar 1933 begannen in Breslau »Verhandlungen zu einer erstrebten Einheitsfront« auf Initiative der KPD (Augustin Sandtner) mit Vertretern der SPD (Kukielczynski) und der SAP [Sozialistische Arbeiterpartei] (August Enderle). Die gemeinsamen Schritte im Kampf gegen die Hitlerregierung waren die Herausgabe einer Generalstreikspareole sowie Demonstrationen trotz Verbotes. Diese Verhandlungen verliefen jedoch ergebnislos, da die Vertreter der SPD forderten, dass während des »bevorstehenden, laufenden Wahlkampfes [zur Reichstagswahl am 7. März 1933] jegliche Angriffe der Parteien untereinander zu unterbleiben hätten«.

Im April 1933, die KPD war bereits verboten, kabelte der Oppelner Regierungspräsident nach Berlin: »Die SPD selbst tritt z. Zt. öffentlich gar nicht hervor. Ein Zusammengehen von Kommunisten mit Mitgliedern der SPD ist bisher nicht beobachtet worden. Vertraulich wurde mitgeteilt, dass Funktionäre der SPD in einem Rundschreiben ihrer Bezirksleitung streng angewiesen wurden, bei Neuaufnahmen ehemalige Mitglieder der KPD abzulehnen...«

Das Berliner Geheime Polizeiamt konstatierte über Oppeln im September 1933: »Durch zahlreich gelungene Eingriffe in den illegalen Apparat hat festgestellt werden können, dass die KPD in den verschiedensten Zweigen ihrer Organisationen (Partei, RGO [Revolutionäre Gewerkschafts-Opportunisten = Anm. d. Verf.], RFB [Roter Frontkämpferbund = Anm. d. Verf.], Rote Hilfe und Zersetzungsapparat) nach wie vor sehr rührig ist... Die Staatspolizeistelle Oppeln konnte bei der Aushebung der dortigen illegalen Parteiorganisation das Vorhandensein kommunistischer Terrorgruppen, einer M(militärischen)-Leitung, sowie einer Gruppe, die sich speziell mit der Zersetzung der Reichswehr, der Polizei und der Wehrverbände befasste, feststellen. Neben Generalstabskarten, Munition, Sprengstoffen

und Material zur Herstellung von Druckschriften wurden 17 Militärgewehre und Karabiner sichergestellt. 61 Personen wurden festgenommen.«

Die Staatspolizeistelle Liegnitz übermittelte im Oktober 1933 eine Liste von 89 Buchtiteln, die als »Tarnschriften für die kommunistische Ideologie« dienten.

Gegen die Umdeutung der polnischen Minderheit in eine »oberschlesisch-polnische« Volksgruppe anlässlich einer 1933 durchgeführten Volkszählung protestierte der Landesverband I Schlesien des Polenbundes beim Präsidenten der Gemischten Kommission in Kattowitz, Felix Calonder.

Meldungen aus Breslau und Liegnitz Anfang 1934 dokumentieren eine verstärkte katholische Vereinstätigkeit, z. B. von Frauen in Trautlieberdorf (Kochanow) [Kreis Landeshut (Kamienna Gora)], in einem »katholischen Frauen- und Mütterverein« in Kindelsdorf (Dobromysl), in einer »Handarbeitsvereinigung katholischer junger Mädchen« und in Kamenz gab es einen wehrsportlich orientierten Jugendverein unter dem Dach der katholischen Kirche. Das wurde als ihr Versuch gewertet, »ihren alten Einfluss auf die Jugend wiederzugewinnen ...«

Im Lagebericht über die kommunistische Bewegung im Reich für den Monat Februar 1934 hob die Gestapo eine verstärkte kommunistische Tätigkeit in dichtbevölkerten, industriereichen Bezirken, darunter auch im oberschlesischen Industrieviertel, hervor. Im Bereich der Stapostelle Oppeln wurden Flugblattaktionen der kommunistischen »Roten Hilfe, Bezirk Oberschlesien« festgestellt.

Die zentrale Tagesmeldung vom 11. Mai 1934 informierte aus Breslau: »Die Sozialdemokratische Partei hatte auch im Kreise Striegau (Strzegom) mit dem Wiederaufbau einer Organisation begonnen, die in engster Beziehung mit der sozialdemokratischen Gruppe in Waldenburg (Walbrzych) stand. In Striegau sind 45 Personen festgestellt worden, die bereits an dem organisatorischen Wiederaufbau der Partei teilgenommen hatten und mit Schriftmaterial beliefert worden waren. Der Leiter der Gruppe in Striegau hatte die beteiligten Personen in Fünfergruppen eingeteilt. Außerdem waren von ihm sogenannte Platus-Gruppen gebildet worden. Diese Gruppen hatten die Aufgabe, in der SA Zersetzungsdienste zu leisten. Die Ermittlungen in Striegau sind abgeschlossen. Gegen 6 Funktionäre sind Haftbefehle erlassen worden.«

Bereits ab 1933 nutzten schlesische Antifaschisten die angrenzende Tschechoslowakei als Basis im Kampf gegen die Nazis. So fiel im September 1933 in der Nähe des tschechischen Grenzortes Ebersdorf folgendes Plakat auf: »Wer hat den Reichstag angezündet? Göring!«

Von den Kurierlinien der KPD nach Schlesien beschrieb eine Analyse des RSHA aus dem Jahr 1938 allein drei offizielle Grenzübergangsstellen. Ein Bericht für das Jahr 1934 des Parteivorstandes der SPD (SoPaDe) [Name der Auslandsleitung der SPD im Exil] in Prag schätzte ein: »Die Zusammenarbeit mit den Ver-

trauensleuten im Reich erfolgt in den verschiedensten Formen. In regelmäßigen Abständen finden Besprechungen mit den maßgebenden Funktionären der Bezirke außerhalb der Grenzen statt. Die Organisation dieser Besprechungen obliegt den Grenzsekretären, an den wichtigsten Besprechungen nehmen außerdem Mitglieder des Parteivorstandes teil. Die Zahl der Besprechungen hat in den letzten Monaten stark zugenommen ...

In der Tschechoslowakei ist der Kontakt mit den in Deutschland tätigen Genossen infolge der günstigen Grenzbedingungen noch leichter herzustellen als im Westen, so dass die Kuriere und Vertreter der sächsischen, bayerischen und schlesischen Bezirke in sehr kurzen Abständen die Verbindung mit ihren Grenzsekretariaten oder mit dem Parteivorstand herstellen ... Der Genosse Bögler in Trautenau unterhält die Beziehungen zu den Bezirken Mittel- und Oberschlesien.«

In Troppau (Opava, ČSR) wurde unter Leitung des früheren Redakteurs bei der Buchdruckergewerkschaft, Schultze, eine Nachrichtenstelle der SPD errichtet, von der aus auch Kuriere nach Deutschland reisen sollten.

Über einen Spitzel im Parteivorstand der SPD, der die Deutsche Gesandtschaft in Brüssel regelmäßig informierte, war die Gestapo über Aktivitäten und Pläne zur Reorganisation der SPD und des ADGB [Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund] im Bilde. Dieser Spitzel schrieb auch über schlesische Probleme: »Präsident Ossowski, früher Polizeipräsident in Gleiwitz, wohnt zur Zeit in Freiwalldau (Jesenik) in der Tschechoslowakei und pflegt enge Bekanntschaft mit dem SPD Rechtsanwalt Lichtenstein aus Hindenburg in Schlesien. Lichtenstein soll Protokolle von Emigranten zur Auswertung für das Haus Graphia in Karlsbad erhalten.«

Im selben Bericht erfuhr die Gestapo von dem Vorhaben, »von der bisherigen Literaturverteilung zu einem wirklichen Widerstand überzugehen«. Neben einer Gruppe in Köln und Berlin sollte die Gruppe Südost mit Sitz in Gleiwitz gebildet und Sprengstoffe für spätere Anschläge im Bergbau beschafft werden.

In den grenzüberschreitenden Personen- und Güterzügen wurde bei Kontrollen immer wieder antifaschistisches Propagandamaterial sichergestellt (Juli 1934 in Breslau – ein Paket Flugblätter; in Oppeln wurden Hetzschriften entfernt und 207 Druckschriften beschlagnahmt, im September 1934 in Breslau »verbotene Druckschriften in größerer Anzahl vorgefunden ...«)

Im I. Quartal des Jahres 1935 registrierte die Gestapo eine verstärkte Tätigkeit der KPD: So wurde in Breslau eine 6-seitige Druckschrift »Rote Funken«, Organ der KPD, verbreitet; auf der Baustelle eines Staubeckens bei Turawa, Kreis Oppeln, stellte die Gestapo eine kommunistische Zellenbildung fest.

Im oberschlesischen Industriegebiet wurden in einer Aktion der Stapostelle Oppeln im März 1935 nach umfassenden Ermittlungen 52 Personen einer kommunistischen Organisation verhaftet. Im Quartalsbericht I/1935 heißt es dazu:

»Wesentlich ist hierbei, dass es sich bei der bestätigten Zellenbildung nicht um ein zusammenhangloses Gebilde der illegalen KPD, sondern um einen zentral geleiteten Apparat handelt. Bei zwei der festgenommenen Kommunisten wurde das richtungsgebende Flugblatt ›Der rote Instrukteur‹ gefunden, welches von der kommunistischen Zentralleitung herausgegeben wird, und nur für Funktionäre bestimmt ist. Somit dürfte ein Zusammenhang der Kommunisten des oberschlesischen Industriegebietes mit der Zentralleitung erwiesen sein. Die Vermutung lässt sich nicht von der Hand weisen, dass es sich hier um einen vollkommen durchorganisierten Körper der KPD mit einem eigenen technischen Apparat handelt. Es ist leider nicht gelungen, die vermutlich in Hindenburg befindliche kommunistische Druckerei zu erfassen.«

Derselbe Bericht benennt die Zusammenarbeit früherer SPD-Mitglieder des Industriereviers in einer Kettenverbindung und die Vorbereitung einer gemeinsamen »Gegenpropaganda« von KPD, SPD und Anhängern der Polnischen Sozialistischen Partei [Polska Partia Socjalistyczna – PPS] zu geplanten Vertrauensleuwahlen in oberschlesischen Industriebetrieben.

Zur Vorgehensweise der katholischen Kirche wird vermerkt: »Die Ausführungen dieser Redner aber sind derartig formuliert, dass trotz schärfster Beobachtung bisher nicht eingeschritten werden konnte. Es darf aber nicht verkannt werden, dass in der Art, wie diese Redner ihren Kampf führen, eine ernste Gefahr für Volk und Staat entstehen kann.«

Zum Heldengedenktag 1934 waren in Oberschlesien 25 Geistliche der »Bekennenden Kirche« in »Schutzhaft« genommen worden. Damit sollte – so die Zielstellung – diese Bewegung geschwächt werden. Da aber durch diese Maßnahme die »Bekennende Kirche« noch mehr Anhänger fand und katholische Priester für die Inhaftierten Bittgottesdienste abhielten, wurden bereits im März 1935 die Geistlichen wieder entlassen. Sie wurden von ihren Gemeinden als Märtyrer mit Blumen und in Kreuzburg/Oberschlesien am Bahnhof mit einer Kundgebung von 1.000 Personen empfangen. Einige evangelische Pfarrer schilderten in den Kirchen »die Behandlung der gemäßregelten Pfarrer in den KZ-Lagern ... und ... dass den Geistlichen die Haare geschoren worden seien und sie in Sträflingskleidern schwere Arbeit verrichten mussten«.

Im Juni 1935 verhaftete die Stapostelle Breslau 14 Personen, darunter 6 Frauen, wegen des Verdachts, die Befreiung des im Herbst 1934 festgenommenen politischen Leiters der K.P.O. [Kommunistische Partei Opposition] Robert Bialek aus dem Untersuchungsgefängnis Breslau organisiert zu haben.

Am 7. Juli 1935 sandte die Stapostelle Breslau ein Einschreiben an den Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Gruppenführer Heydrich, mit dem Vermerk: Geheim: Sehr wichtig. Dort heißt es: »Ständige Beobachtungen der Linksbewe-

gung mit Hilfe von Vertrauenspersonen haben auf die Spur einer Organisation geführt, die sich den Sturz der Regierung zum Ziele gesetzt hat und die Tarnung »Miles-Gruppe« trägt.«

Während bei der Breslauer Gruppe auch in der Folgezeit keine Verhaftungen erfolgten, wurde die Gruppe in Berlin aufgrund dieser Informationen zerschlagen und Verbindungen in das Ausland nach Prag kontrolliert.

Nach einer Schießerei bei der gescheiterten Festnahme eines kommunistischen Kuriers (Deckname »Fischer«) an der deutsch-tschechischen Grenze bei Arnoldsdorf (Jarnoltowek) am Berg »Bischofskuppe« (Biskupska Kupa) am 6. August 1935 durch die Stapostelle Oppeln leitete diese eine sofortige Verhaftungsaktion im oberschlesischen Industrierevier ein; denn der Kontaktmann der KPD, ein alter Spitzel der Politischen Polizei, auf deutscher Seite in Neustadt OS, [OS = Oberschlesien] hatte alle geschleusten Dokumente aus der Tschechoslowakei und aus dem Reich der Gestapo als Kopie übergeben. Der Verhaftungswelle fielen 44 Personen zum Opfer, darunter Karl Gruchmann, der Leiter des illegalen Apparates in Oberschlesien und Paul Achtelik, der mit dem Aufbau einer illegalen Gewerkschaft beauftragt war. Beide hatten kurz zuvor im Geheimen an einer Beratung mit dem KPD-Landesleiter und einem Vertreter des ZK der KPD auf tschechischem Gebiet teilgenommen. Ebenso inhaftiert wurde der technische Leiter Georg Kurpas, der Leiter für die illegale Jugendorganisation Erwin Lukaschek, sowie die Bezirksleiter in Hindenburg Roman Hoenisch, in Gleiwitz Theodor Lellek, und in Beuthen Ignatz Scholtyssek. Der illegale Instrukteur für Oberschlesien, Deckname »Oswald«, konnte entkommen.

Trotz dieser Erfolge musste die Stapoleitstelle Breslau für den Monat September 1935 »in allen Teilen Schlesiens« eine erhöhte Zellenbildung der KPD feststellen.

Auch die Bemühungen »des emigrierten Parteisekretärs der SPD Emil Fuchs aus Gleiwitz ..., im oberschlesischen Gebiet die SPD wiederaufzurichten, seien trotz schärfster Beobachtung nicht ohne Erfolg geblieben«.

Die KPD in Schlesien konzentrierte sich auch im Jahr 1936 auf die Bildung neuer Zellen.

Die Gestapo nahm im Februar 1936 in Breslau 27 Personen fest, die im Verdacht standen, radikale Kräfte aus KPD und SAP zu einer neuen Organisation zusammenzuschließen. Zur gleichen Zeit wurden wegen kommunistischer Propagandatätigkeit und des Aufbaus der illegalen KPD in Muskau und Umgebung 35 Personen verhaftet.

Im Industrierevier Beuthen und Gleiwitz ermittelte die Oppelner Gestapo einen Wiederaufbau der Organisation, die jenseits der polnischen Grenze unterstützt worden war.

Im April 1936 meldete die Stapostelle Breslau aus »vertraulicher Quelle« das Auftauchen eines kommunistischen Funktionärs, Pseudonym »Karl«, des AM-Apparates aus Prag, »der anregte, neben der einen Parteiorganisation einen AM-Apparat aufgrund der sich zuspitzenden internationalen Lage aufzubauen«. Aus vermutlich derselben Spitzelquelle erfuhr die Breslauer Gestapo im August 1936 vom Wiederaufbau der Roten Hilfe, einer KPD nahen Organisation zur Unterstützung politischer Gefangener und deren Angehörigen unter dem Tarnnamen »Union für Recht und Freiheit«.

Über vielfältige Wege schmuggelten Sozialdemokraten die Exilzeitung »Sozialistische Aktion« nach Schlesien/Oberschlesien. Am 14. Februar 1936 wurden zwei Exemplare im Amtsgericht Beuthen, am 11. März 1936 als Flaschenpost in der Oder bei Annaberg, am 22. Mai 1936 im Abteil eines D-Zuges im deutschen Grenzbahnhof Oderberg und am 5. Januar 1937 im Briefkasten der Gräfllich Schaffgott'schen Verwaltung, eines Kohlengrubenunternehmens in Gleiwitz, gefunden.

Zahlreiche Exemplare der »Sozialistischen Aktion« tauchten am 10. Februar und 12. Oktober 1937 in Postbriefkästen in Hindenburg auf; bereits im Januar waren sie in Gleiwitz im Verlagsgebäude der nationalsozialistischen Zeitung »Oberschlesischer Wanderer« entdeckt worden.

Nach den zahlreichen Festnahmen von Kommunisten in den vorangegangenen Jahren fehlen für das Jahr 1937 solche Meldungen. In einem Rundschreiben vom Mai 1937 wurden die lokalen Stapostellen über die »augenblickliche Arbeitstaktik der KPD vom April 1937« informiert. Darin wurden die besonders erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen in der illegalen Arbeit erläutert, die durch die personellen Verluste bedingt waren.

Über die Grenzarbeit der SPD im Jahr 1937 berichtete die Stapostelle Liegnitz: »An der Grenze sind sogenannte Grenzlandleiter bzw. Grenzstützpunktleiter eingesetzt, die einen regen Kurierdienst nach Deutschland und von Deutschland unterhalten. Grenzlandleiter für den Bezirk Schlesien ist Martin Stahl in Reichenberg (Liberec) ČSR. Als Grenzstützpunktleiter wurden weiter bekannt: Richard Kretschmar, Grottau (Hradek nad Nisou), Parteisekretär der SPD... Verbindungsmann ... im Abschnitt Riesengebirge-Liegnitz-Breslau ist der Emigrant Gerhard Neumann in Unterpolaun (Dolny Polubny) ČSR. Das Schwergewicht der illegalen Arbeit der SPD liegt auf dem gewerkschaftlichen Gebiet. Dafür sprechen die zahlreichen Betriebsberichte der sogen. Deutschlandberichte der SPD (SoPaDe).«

Am 11. November 1937 wurden in Trebnitz (Trzebnica) die Anhänger der SPD, die Maurer Adolf Kliche, Hermann Kliem, Paul Knuhr und Wilhelm Peukert in Schutzhaft genommen, da sie auf ihrer Baustelle wegen Lohndifferenzen zur Arbeitsniederlegung aufgerufen hatten.

Durch die wachsenden Spannungen im Jahr 1938 und der im Oktober 1938 erfolgten Annexion des Sudetengebietes wurden viele Kurierlinien zu illegalen schlesischen Gruppen unterbrochen.

In einem Fernschreiben meldete die Stapostelle Breslau den Rückzug des »marxistischen Grenzabschnittleiters Franz Bögler, alias Hertel aus Braunau (Broumov) ČSR« und die Festnahme der kommunistischen Instrukteurin Hildegard Gurgeit im September 1938. In Oels (Olesnica) wurde am 20. Mai 1939 der Reiter Waldemar Kubus vom 6. Kavallerie-Regiment wegen kommunistischer Zersetzungstätigkeit verhaftet.

In Westoberschlesien, wie in anderen Reichsgebieten mit polnischer Bevölkerung, wurde »die deutsche Abwehrarbeit gegenüber dem polnischen Volkstum innerhalb der Reichsgrenzen« im Verlaufe des I. Quartals des Jahres 1939 verstärkt. Ortsnamen wurden »verdeutsch«, in Ämtern und Läden wurden Schilder mit Texten wie »Deutscher sprich deutsch!!« angebracht. Polnische Versammlungen und Veranstaltungen wurden aufgelöst, polnische Schulen geschlossen. In einer für den 17. Mai 1939 festgelegten »Volkszählung« als »Schlag gegen das Polentum« gekennzeichneten Propagandaaktion sollte sich die Bevölkerung zum »deutschen Volkstum« bekennen. Dieser gesteigerten Diskriminierung »setzten sich die Polen mit allen Widerständen in ihrem Volkstumskampf mit größter Intensität entgegen...«,« so die Einschätzung des 1. Vierteljahresberichtes 1939 des RSHA.

2.

Widerstand gegen Faschismus und Krieg in Schlesien/Oberschlesien in der Zeit des Zweiten Weltkrieges bis zur Befreiung (September 1939 bis Winter/Frühjahr 1945)

Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. Schlesien und Oberschlesien waren unmittelbares Aufmarsch- und Kriegsgebiet. In der Zeit des militärischen Erfolges, eines nationalistischen Taumels, war illegale antifaschistische Arbeit besonders schwer. Zusätzlich führte der »Deutsch-Sowjetische Nichtangriffsvertrag« vom 23. August 1939 und die ihn begleitende Nazi-Propaganda zu Lähmungen. Inwieweit die 7-seitige »Erklärung des ZK der KPD zum Abschluss des Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Deutschland« vom 25. August 1939 Antifaschisten in Schlesien erreichte, geht aus den Gestapoquellen nicht hervor. In einer Analyse »Die III. Internationale und ihre Tätigkeit in Deutschland während des gegenwärtigen Krieges« vom 15. Mai 1940 wurde ausgeführt: »Wenn ... eine bemerkenswerte Tätigkeit der III. Internationale in Deutschland seit langem nicht mehr beobachtet wurde, so darf damit nicht angenommen werden, dass sie so gering ist, um ihr keine Beachtung mehr zu schen-

ken. Die besonderen seit Kriegsbeginn eingetretenen außen- und innenpolitischen Verhältnisse haben die Annahme bestärkt, ... vorher zum Erliegen gekommene illegale Tätigkeit wieder aufleben zu lassen... Dem in Deutschland »kämpfenden« illegalen Funktionär wird immer wieder eingeschärft, alles gründlich zu studieren, gut zu überlegen und nur mit wirklich vertrauten Bekannten die gemeinsame Arbeit zu besprechen...«

Nach der Monatsstatistik vom Oktober 1939 wurden im Bereich der Stapoleitstelle Breslau wegen Betätigung a) für die KPD 1, in Liegnitz 5, b) für die SPD 2 und in Oppeln auch 2 Personen verhaftet. 16 Personen wurden wegen »staatsfeindlicher Äußerungen« festgesetzt.

Der sich formierende polnische Widerstand zeigt sich in einer Mitteilung des Sicherheitsdienstes vom 8. Dezember 1939: »Aus Kattowitz wird berichtet, dass eine illegale Sammelaktion für die polnische Legion eingesetzt hat. Die erhaltenen Beträge sollen dazu dienen, den geworbenen Legionären die Fahrt zu den Sammelpunkten zu ermöglichen. Die Sammler legen ein freches Auftreten an den Tag und erklärten, dass diejenigen Leute notiert würden, die eine Geldspende ablehnten.« Der Bericht vermeldet zudem, dass staatlich angeordnete Arbeit von Katholiken an ihrem Feiertag »Maria Empfängnis«, am 8. Dezember 1939, verweigert worden ist.

Im Verlaufe des Jahres 1941 wurden immer häufiger Ausländer unter menschenunwürdigen Bedingungen zur Arbeit in Deutschland gezwungen. Die Stapoleitstelle Breslau nahm im Juni 1941 insgesamt 450 Personen (darunter 412 Polen und 14 Ukrainer), in Liegnitz 66, in Oppeln 228 (119 Polen) und in Kattowitz 40 wegen »Arbeitsvertragsbruch bzw. grundloser Arbeitsverweigerung« fest.

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion trat der kommunistische Widerstand stärker in Erscheinung: Die Stapostelle Oppeln meldete im Juni 1941 61 Festnahmen wegen kommunistischer Betätigung. Darunter befanden sich Fridolin Jares, August Adamietz, Alexander Hellerung und Josef Widera, die Blätter mit kommunistischem Inhalt öffentlich angeschlagen hatten. Im Regierungsbezirk Niederschlesien erfolgten aus gleichem Grund acht Verhaftungen. Im November 1941 ergriff die Gestapo den 18-jährigen Artur Brückmann, der » kommunistische Hetzschreiben gefertigt und versandt hatte...«

Auch katholische Geistliche verurteilten faschistische Praktiken und begingen zudem die für die Kriegszeit verbotenen katholischen Feiertage. So wurde im August 1941 der katholische Geistliche Adolf Jaschke aus Oberschwedelsdorf (Szalejow Gorny), Krs. Glatz (Klodzko), wegen »Verächtlichmachung der Wehrmacht« festgenommen, aus der Provinz Niederschlesien wurde der Erzpriester Reinhold Thiel aus Kolzig (Kolsko), Krs. Grünberg (Zielona Gora), ausgewiesen, der Franziskanerpater Josef Wieschollek aus Kieferstädtel erhielt ein reichsweites

Redeverbot. Den Pfarrer Franz Maron aus Brzenskowitz (Breczkowice), Krs. Kattowitz, verurteilte man zu einem Monat Gefängnis, den Pfarrer Johannes Wessolly in Bodland (Bogacica), Krs. Rosenberg (Olesno), zu 20 Tagen Gefängnis, Pfarrer Josef Klapper in Alt-Grottkau (Stary Grodkow) zu 30 Tagen Gefängnis.

Die Hausgehilfin Marie Nowak in Breslau kam in Haft, »weil sie 60 Stück frische Eier und größere Mengen Fleischkarten für einen jüdischen Haushalt erworben hatte...«

Im November 1941 meldete die Stapoleitstelle Kattowitz die Verhaftung eines ehemaligen Mitglieds der PPS »wegen kommunistischer Propaganda« und die »Aufrollung« einer über das gesamte oberschlesische Gebiet verbreiteten polnischen Geheimorganisation OZNP (Oboz Zjednoczenia Narodowego Polskiego – Lager der nationalen Vereinigung Polens), bei der die Mitgliederkartei, 400 Propagandaschriften sowie die illegale Druckerei für das Untergrundblatt »Spolem« (Gemeinsam) beschlagnahmt wurden.

Im Dezember 1941 wurde über die Verhaftung von Herschel Ferens und eines namentlich nicht genannten jüdischen Bürgers, die in Bendsburg (Bedzin) bzw. Kattowitz, »kommunistische Gruppen« aufgebaut hatten, berichtet.

In Sosnowitz tauchten deutsch-polnische Flugblätter auf: »Nieder mit Adolf Hitler und seinem Regime! Nieder mit dem Vernichter der Menschheit und der europäischen Kultur!«

Im Januar 1942 verhaftete die Stapostelle Oppeln in Warthenau (Zawiercie) und Blachstädt (Blachownia) 94 Personen (89 Männer und 5 Frauen) verschiedener polnischer Geheimorganisationen wegen »reichsfeindlicher Umtriebe«. Der Organisator, ein »Volksdeutscher« konnte fliehen.

Bei Kattowitz wurden im gleichen Monat 104 Personen (88 Männer und 16 Frauen) der polnischen Geheimorganisation »Weißer Adler« in Haft genommen.

In Groß Neundorf (Zlotoglowice), Krs. Neisse (Nysa), brachte Ottilie Scholz ein »selbstgefertigtes Hetzplakat« aus »katholischer Einstellung« an.

Weil der Ordensgeistliche Karl Golda aus dem Salesianerkloster Auschwitz (Oswiecim) »geheimzuhaltende Lagerangelegenheiten des Lagers Auschwitz ausgeforscht hatte...« und die »Auswertung der erhaltenen Nachrichten für deutschfeindliche Propagandazwecke beabsichtigt zu haben« schien, wurde er im März 1942 festgenommen.

Im Mai 1942 meldete die Stapoleitstelle Kattowitz eine Festnahmeaktion gegen 46 Funktionäre der polnischen Untergrundorganisation POO (Polska Obrona Obywatelska – Polnische Bürgerwehr), welche Sabotageakte und einen Aufstand vorbereitete. Die Gestapo fand sowohl eine größere Anzahl der Untergrundzeitungen »Front Polski« und »Polak« als auch polnische Armbinden, Fahnen und Wappen.

In Bobrek wurde Anton Cesarz wegen »vorsätzlicher Beschädigung eines Aufzuges im Hochbetrieb, verbunden mit längerem Produktionsausfall in der Juliehütte Bobrek« festgenommen.

In Kattowitz trat ab Februar 1942 die PPR (Polska Partia Robotnicza – Polnische Arbeiterpartei) in Erscheinung; im Juni 1942 wurden 13 Funktionäre wegen »Vorbereitung von Sabotageakten« verhaftet.

Wegen Sabotageversuchs in der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke AG – Gleiwitz verurteilte ein Oppelner Sondergericht im August 1942 die polnischen Arbeiter Mieczyslaw Grodek und Stanislaus Gaudyn zum Tode.

In Saybusch (Zywiec) wurde eine Geheimdruckerei der in 800 Exemplaren erscheinenden illegalen Zeitung »Front Polski« der polnischen Geheimorganisation TON (Tajna Organizacja Niepodleglosciowa – Geheime Unabhängigkeitsorganisation) sichergestellt.

In der Firma »Schlesische Cellulose- und Papierfabrik« in Breslau wurden im Oktober 1942 beim Anfahren zwei Antriebszahnäder einer Cellulosemaschine beschädigt, in die mit Sabotageabsicht eine dreiviertel-zöllige Maschinenschraube geworfen worden war. Als Täter wurden polnische oder tschechische Zwangsarbeiter vermutet.

Im Juni 1943 häuften sich Sabotageaktionen. Der britische Kriegsgefangene Thor Larson beschädigte in der Holz- und Pappenfabrik in Krapnitz OS (Krapkowitz) eine wichtige Maschine. In Breslau wurde der französische Arbeiter Ernest Sauzer wegen »Wehrmittelbeschädigung« festgenommen. Wegen vorsätzlicher Lokbeschädigung musste der D-Zug Krakau-Berlin auf dem Bahnhof Ehrenforst (Slawiecice) nothalten; auf der Hauptbahnstrecke Krakau-Kattowitz, der Nebenstrecke Slawkow-Bukowno und an einer über die Przemsa führenden Eisenbahnstrecke wurden Eisenbahnschienen entfernt.

Der Stapoleitstelle Kattowitz gelang nach langer Fahndung im Juli 1943 die Festnahme des Polen Julius Sliwinski (Deckname »Ignatz«), eines ehemaligen Interbrigadisten im Spanischen Bürgerkrieg, der ein Aktivist der PPR nahen GL (Gwardia Ludowa – Volksgarde) in den Kreisen Bendsburg, Krenau (Chrzanow) und in Sosnowitz war.

Ein Sondergericht in Breslau verurteilte im Frühjahr 1943 eine »Fluchthilfe- und Fälschergruppe«, die aus vier deutschen Juden, zwei Franzosen und einem Italiener bestand, zu langjährigen Zuchthausstrafen. Sie hatte Urlaubs- und Rückkehrscheine für ausländische Arbeiter, Passersatzpapiere, Sichtvermerke, Arbeitsvertragsvordrucke und Stempel in Massen gefälscht und an französische Kriegsgefangene weitergeleitet.

In der gleichen Zeit wurden Sabotagevorfälle aus den Vereinigten Industrie Gaswerken Königshütte, den Tondachsteinwerken in Falkenberg OS (Niemodlin)

und einer Rüstungsfirma in Görlitz erwähnt. Im Juni 1943 wurde ein Personenzug auf der Strecke Kattowitz-Auschwitz zum Entgleisen gebracht, die Strecke war mehrere Tage lahmgelegt.

Die Stapostelle Oppeln verkündete im Juli 1943 die Festnahme des seit 1939 gesuchten ehemaligen polnischen Rundfunksprechers und Oberleutnants der Reserve Heinrich Hulok, Leiter des Inspektorats »Kalina« [die Kreise Kattowitz, Königshütte (Chorzow), Tarnowitz (Tarnowskie Gory), Loben (Lubliniec) und Oppeln] der polnischen Militärorganisation ZWZ (Zwiazek Walki Zbrojnej – Verband des bewaffneten Kampfes).

Im Kreis Warthenau führte die Gestapo eine Festnahmeaktion gegen die polnische Widerstandsbewegung durch. Sie inhaftierte 123 Personen, vorwiegend Beschäftigte der Reichsbahn, Mitglieder der illegalen PPS und der Geheimorganisation »Weißer Adler«.

Im November 1943 wurde in Breslau der Pole Henry Walczak und der Spanier Gullermo Menz wegen »Beschädigung von Kriegsmaterial« verhaftet. Im gleichen Monat nahm die Stapoleitstelle Kattowitz die Geistlichen Pfarrvikar Josef Batzarek, Pfarrer Thomas Kalfas und Pfarrer Ludwig Koisar wegen Unterstützung der AK (Armia Krajowa – Heimatarmee) fest.

Im Januar 1944 war die Gestapo in Schlesien mit der Ausweitung von Sabotageaktivitäten der polnischen Widerstandsbewegung konfrontiert. Auf dem Bahnhof Krummhübel (Karpacz) /Krs. Hirschberg wurden in einem Eisenbahnwaggon für die Wehrmacht bestimmte wertvolle optische Geräte zerstört, am Bahnhof Trzebinia (Strecke Kattowitz-Berlin) wurden Gleise gesprengt, in Breslau »verschuldeten« der Deutsche Max Leuschner und der Tscheche Josef Lojmann in einem IG Farbenbetrieb den »Ausfall wichtiger Maschinen«.

Außerdem hatte die Stapostelle Breslau im gleichen Monat eine im Aufbau begriffene Widerstandsgruppe der ZWZ (Zwiazek Walki Zbrojnej – Verband des bewaffneten Kampfes) aufgespürt. 53 Personen, vorwiegend Angehörige der polnischen Minderheit, welche bereits vor dem Krieg im »Verband der Polen in Deutschland« aktiv waren, wurden verhaftet, darunter deren Leiter Mieczyslaw Reszel.

Nachdem er seit Herbst 1943 durch das Beschädigen von Maschinen eine »Minderproduktion von 7.500 Stück wichtiger Teile des Jäger- und Zerstörerprogramms« verursacht hatte, wurde im Juli 1944 der polnische Zwangsarbeiter Wladyslaw Idosz in einem oberschlesischen Hüttenwerk festgenommen.

Im Kreis Bielitz (Bielsko-Biala) wurde die bisher unbekannt polnische Geheimorganisation ZOS (Vereinigte Schlesische Organisation) »aufgerollt«. 26 Funktionäre, unter ihnen der für den Fall eines bewaffneten Aufstandes vorgesehene Stadtkommandant Tadeusz Paluch, wurden verhaftet. Zur gleichen Zeit

wurde nach dem polnischen Arzt Dr. Bogdan Soroka und seiner Helferin Rosalie Kawik gefahndet, die durch medizinische Maßnahmen in mindesten 36 Fällen wehrpflichtigen Personen geholfen hatten, Wehruntauglichkeit vorzutäuschen.

Wegen illegaler Betätigung unter sowjetischen Kriegsgefangenen und »Ostarbeitern« (Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion) wurden von der Gestapo in Breslau 83, in Oppeln 24 und in Kattowitz vier Personen inhaftiert.

Im September 1944 ermittelte die Stapoleitstelle Breslau den Aufbau einer Kampfgruppe der AK, der polnischen Heimatarmee in Breslau. Als Leiter des hiesigen »Schlesischen Befreiungskomitees« wurde der Pole Alois Krzynowek festgestellt. Die Hauptaufgabe dieser Gruppe bestand in den »Vorbereitungen für einen Polenaufstand in Breslau«. Von der auf »2.000 Mann« geschätzten Organisation konnte die Gestapo »153 Hauptfunktionäre und Spezialmitarbeiter« festnehmen.

Die letzte überlieferte Meldung trägt das Datum 22. November 1944.

Kurze Zeit später begann mit der Einnahme der östlich der Oder liegenden Gebiete durch die Rote Armee die Befreiung Oberschlesiens.

Anne Hunger

Der Weg einer Breslauer¹ Antifaschistin

In Erinnerung an Irmgard Konrad 1915 bis 2003

In diesem Beitrag wird der Versuch unternommen, den Aspekt des politischen Widerstandes in Breslau, wie ihn Irmgard Konrad, geborene Adam, in persönlichen Gesprächen, Interviews und Filmaufnahmen vielen interessierten Menschen vermittelt hat, darzustellen. Dieser Schwerpunkt wurde gewählt, da Schlesien in der Zeit des »Dritten Reiches« noch immer ein Desiderat in der Forschung zum Nationalsozialismus darstellt.²

Jugend und Politisierung

Irmgards Vater, Georg Adam, ein liberaler Jude, war Maschinenschlosser in der Breslauer Schiffswerft Cäsar Wollheim und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Die Familie beging die jüdischen Feiertage, und manchmal kochte die Mutter auch koscher. Die Mutter, Margarete Adam, geborene Fliegner, war mit der Heirat aus der evangelischen Kirche ausgetreten und hatte den jüdischen Glauben angenommen. Irmgard liebte es, zusammen mit dem Vater in die Synagoge zu gehen, lernte sogar Hebräisch.

Mit dem frühen Tod des Vaters im Jahre 1924 riss Irmgards Verbindung zum Judentum schlagartig ab. Bis zum Tod Georg Adams hatte die Familie ein recht wohlhabendes Leben geführt. Die Mutter hatte sich zu Hause um die fünf Kinder gekümmert, aber nach dem Tod ihres Ehemanns stand sie vor dem Ruin. Fortan musste sie in einer Kneipe täglich bis in die Morgenstunden arbeiten, um ihre Kinder und sich durchzubringen.

Die politische Sozialisation Irmgard Adams begann 1926 mit elf Jahren bei den Arbeiter-Kinderfreunden, einer proletarischen Kinderorganisation der SPD. Sie verfolgte das Ziel, Kindern, auch von arbeitslosen Eltern und Alleinerziehenden, mehr Freude und Abwechslung zu ermöglichen. Dort verbrachte Irmgard den

1 Seit 1945 Wrocław.

2 Daniela Schmohl: Schlesien als Desiderat der NS-Forschung, in: Nationalsozialismus und antifaschistischer Widerstand in Schlesien. In memoriam Fred Löwenberg, hrsg. von Cornelia Domaschke/Daniela Schmohl/Günter Wehner, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte 84, Berlin 2009.

Großteil ihrer Kindheitsjahre.³ Diesen Abschnitt bezeichnete sie als die schönste Zeit ihrer Kindheit.

In den ersten Jahren ihrer Schulzeit besuchte Irmgard die Volksschule. Durch die Intervention ihres älteren Bruders Georg wechselten sie und ihre Schwester Helene auf die Freie Weltliche Schule, die konfessionslos und deren Lehrerinnen und Lehrer überwiegend Sozialdemokraten waren. Ihre gesamte Schulzeit sollte nur acht Jahre dauern. Während dieser Zeit kam sie von den Arbeiter-Kinderfreunden zu den Roten Falken, einer SPD-Jugendorganisation. Dort unternahm sie mit anderen Jugendlichen Fahrten mit dem Rad, zeltete, saß am Lagerfeuer und sang »Dem Karl Liebknecht haben wir’s geschworen« oder nahm an »Tanzgilden« teil. Aus dieser Zeit berichtete Irmgard auch, dass sie Unterschriften gegen den Bau neuer Kriegsschiffe sammelten. Außerdem diskutierten sie aktuell-politische Themen, wie die Arbeitslosigkeit oder Probleme des Kapitalismus. 1929, im Alter von vierzehn Jahren, wurde sie Mitglied der SPD-Jugendorganisation Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ), die in den Breslauer Arbeitervierteln viele Anlaufstellen besaß.⁴ Schon damals erlebte Irmgard die Schlägertrupps der Sturmabteilung (SA)⁵ der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP).

Im Rückblick auf die Zeit bei den Jugendorganisationen merkte Irmgard an, dass »[...] solche Namen wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, ja das waren für uns keine fremden Namen[...]. Aber wir haben so viel über sie gehört. Sie waren für uns so lebendig. Und dass dann ... sicher, meine Haltung später hing wahrscheinlich davon ab, dass ich in meinen jungen Jahren von ihrem Leben so viel erlebt ... erfahren hab’.«⁶

In der Zeit von 1926 bis 1929 existierten in Breslau mehrere starke sozialdemokratische und sozialistische Organisationen, die mit zahlreichen Aktivitäten und Lokalitäten im Stadtbild vertreten waren. Das langsame kontinuierliche Hineinwachsen Irmgards in das politische Denken und Handeln wurde hauptsächlich von ihrem ältesten Bruder Georg, aber auch von den Jugendgenossinnen und -genossen geprägt. Durch diesen fließenden Übergang von der Kinder- in die Jugendorganisationen der SPD wuchs sie in das sozialistische Denken hinein und lernte, was Solidarität bedeutet.

3 Einer ihrer Helfer, den sie dort kennengelernt hatte und der ihr lebenslang in Erinnerung geblieben ist, war Erich Kirschke.

4 Michael Herms/Gert Noack: Aufstieg und Fall des Robert Bialek, Berlin 1998, S. 24.

5 Die SA bestand seit 1920 als parteieigener Ordnerdienst der NSDAP zum Schutz von Veranstaltungen; in der frühen Phase der NS-Herrschaft gingen die paramilitärischen und braun uniformierten Truppen gegen politische Gegnerinnen und Gegner vor. Sie waren maßgeblich am Pogrom vom 9. zum 10.11.1938 beteiligt (Wolfgang Benz/Hermann Graml/Hermann Weiß: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 2007, S. 819 ff).

6 Irmgard Konrad: Erste politische Aktivitäten, 1929, in: Survivors of the Shoah Visual History GmbH: Erinnern für Gegenwart und Zukunft. Überlebende des Holocaust berichten, CD-ROM, Berlin 2000.

In Breslau hatte die SAJ mehrere Heime. Irmgard engagierte sich in der Gruppe Heim Acht im Stadtteil Nord, Gruppe Scheitnig. Für einen längeren Zeitraum übernahm sie die Funktion der Organisationsleiterin des Heimes. Dabei erhielt sie politische Unterstützung durch ältere Genossinnen und Genossen. In ihrer Gruppe war es unter anderem Fritz Konrad, der die Organisationsleitung inne hatte. Durch gemeinsame politische Arbeit und Freizeitaktivitäten lernten sie sich kennen. Später, im Mai 1933, wurden sie dann ein Paar.

Ende 1929 fuhren sie in die schlesischen Dörfer um Breslau und bestritten Wahleinsätze. Sie zogen mit ihren Fahnen und Sprechchören durch die Straßen und verteilten Parteizeitungen an die Bewohnerinnen und Bewohner. Dort ging die SA brutal gegen die Mitglieder der Gruppe vor: »Und da gab es schon Schlägereien mit der SA [...], die uns aufgelauert haben, wenn wir mit unseren Lastautos gekommen sind und mit unseren Fahnen, ja, und mit unseren Zeitungen, die SAP-Zeitung. [...] Dann gab es viele Keilereien. Ich muss sagen, ich bin nicht geschlagen worden. Aber die jungen Freunde [...], oder die Jugendgenossen, die sind tüchtig geschlagen worden. [...] Wir waren das nicht gewohnt gewesen, mit den Fäusten uns zu wehren. Das kam erst später, dass wir uns dann auch wehren konnten. Aber die ersten Einsätze, die wir in den schlesischen Dörfern [...] getätigt haben, die waren schlimm.«⁷

Irmgard lernte in der Organisation »wunderbare Genossen kennen, die uns viel gegeben haben. In dieser Zeit habe ich sehr viel Freude gespeichert, von der ich bis heute zehre«.⁸

Auch als Mitglied in einem proletarischen Kulturbund zog Irmgard vor anstehenden Wahlen oder bei Veranstaltungen gegen die Einführung des Paragraphen 218 mit Sketchen und selbst erarbeiteten Liedern auf die Straße.

Irmgards Bruder Georg war 1928 als Delegierter zum Sozialistischen Jugendkongress nach Österreich und von dort aus nach Frankreich gegangen. Dorthin emigrierten Anfang der 1930er Jahre ebenfalls die anderen Geschwister. Irmgard blieb mit ihrer Mutter in Breslau.

In der zweiten Jahreshälfte 1931 spaltete sich die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) von der SPD ab. Dabei verließen mehrere Tausend Mitglieder die SAJ und schlossen sich dem Sozialistischen Jugendverband Deutschlands (SJVD), der Jugendorganisation der SAPD, an. So auch Irmgard mit ihren Genossinnen und Genossen in Breslau. Zu dieser Zeit wuchs in der Stadt bereits der Einfluss der nationalsozialistischen Kräfte. Das zeigte sich bei den Reichs-

7 Ebenda, Wahlkampfhelfer auf dem Land, Ende 1929.

8 Anette Leo: Noch jetzt durchlebe ich alles wieder, in: FÜR DICH Nr. 37, 27. Jahrgang, Illustrierte Wochenzeitung für die Frau, Berlin 1989, S. 19.

tagswahlergebnissen vom 6. November 1932. Hitler war in diesem Jahr zweimal in Breslau aufgetreten.⁹

Die NSDAP erreichte mit einem Wahlergebnis von 40 Prozent die meisten Stimmen. 15 Prozent der Wählerinnen und Wähler stimmten für die Partei Zentrum, ca. 20 Prozent für die Deutschnationalen, 24 Prozent für die SPD und 11 Prozent für die KPD.¹⁰ Hier zeigte sich bereits, dass sowohl die Parteien der Mitte als auch die Arbeiterparteien ihre Mehrheiten verloren hatten.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten

Das folgende Jahr war ein ereignisreiches und schmerzhaftes für Irmgard und ihre Genossen. Am 30. Januar 1933 übernahm die NSDAP unter Adolf Hitler die Macht in Deutschland. Mit dem selbst initiierten Reichstagsbrand am 28. Februar schufen sich die Nazis einen Vorwand, um die Verordnung zum Schutz von Volk und Staat zur Verfolgung von Kommunistinnen und Kommunisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und anderen unliebsamen Kritikern zu erlassen. Den Höhepunkt bildete das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933. Daraufhin wurden alle übrigen politischen Parteien und Organisationen verboten, so auch der SJV, in dem Irmgard aktiv war. Sie erzählte, dass sich trotz des Verbots die Genossinnen und Genossen des SJV weiterhin ein- bis zweimal pro Woche illegal in den Oder-Wäldern trafen. Dort diskutierten sie über die politischen Ereignisse sowie über Inhalte verbotener Schriften, die sie gemeinsam lasen, planten Aktionen gegen die Nazis oder sangen ihre Lieder. Über das Plakatieren politischer Aufrufe erzählte sie: »Der eine hat Schmiere gestanden, der andere hat geklebt. Wir wollten zusammenbleiben. Wir wollten etwas machen mit den kleinen Mitteln, die wir zur Verfügung hatten.«¹¹ Auf den Zetteln stand dann: »Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!«¹² Irmgard begann sich in der Roten Hilfe¹³ zu engagieren. Gemeinsam mit ihren Jugendgenossinnen und Jugendgenossen sammelte sie in verschiedenen Stadtteilen Spenden für die Familien von Verhafteten, deren Angehörige ins Untersuchungsgefängnis der Gestapo verschleppt oder zu Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. Dabei konnte es ihnen passieren, dass sie an der Haustür eines Na-

9 Walter Tausk: Breslauer Tagebuch 1933–1940, hrsg. von Ryszard Kincel, Glossar, Berlin 2000, S. 271 f.

10 Der Zweite Weltkrieg und die Schlesische Niederlage (1939–1945), in: Julian Bartosz/Hannes Hofbauer: Schlesien, Europäisches Kernland im Schatten von Wien, Berlin und Warschau, Wien 2000, S. 117.

11 Dieter Jost: Es war wie ein Wunder ... Die Lebensbilder der Irmgard Adam, Transkription, 1989, S. 5.

12 AJZ Dessau/Film-Aufnahmen: Im Gespräch mit Irmgard Konrad, 1997, 8:30 Minuten.

13 Eine von vielen kommunistischen Neben- und Vorfeldorganisationen, die in den 1920er Jahren gegründet wurde, zur Unterstützung kommunistischer Häftlinge und ihrer Angehörigen. Durch illegale Sammlungen von Geldern, Lebensmitteln, Verteilung von Wäsche- und Lebensmittelpaketen aus dem Ausland sowie durch Unterstützung bei der Vorbereitung der Emigration kennzeichnete sich die Rote Hilfe (Peter Steinbach/Johannes Tuchel: Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004, S. 38).

zis klopften. Für Irmgard war klar, dass sie etwas gegen den Nationalsozialismus unternehmen muss.

In einem Interview erwähnte sie, dass die Situation der linken Parteien, die keine Einheitsfront zum Kampf gegen den Nationalsozialismus bilden konnten, ein Hindernis für den antifaschistischen Kampf darstellte. Die schon lang andauernde Spaltung der Arbeiterbewegung, aber auch innenpolitische Differenzen, waren die Gründe dafür. Die SPD-Führung konnte sich nicht zu einem entschlossenen Handeln durchringen, und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) beharrte auf der »Sozialfaschismus«-These. Diese unüberbrückbaren Gegensätze führten dazu, dass die Einheitsfront, die gerade von den Basisverbänden der beiden Parteien vielerorts gewünscht wurde, in dieser zeitlichen Phase scheiterte und der Nationalsozialismus von der Spaltung profitierte. Bei der ersten Wahl nach der Machtergreifung der Nazis am 5. März 1933 erreichte die NSDAP zusammen mit der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot rund 50 Prozent der Stimmen in Breslau.¹⁴ Diese Wahl war jedoch keine freie Wahl mehr, die meisten Kandidatinnen und Kandidaten der linken Parteien waren schon im Vorfeld verhaftet worden. Mit der Machtübernahme änderte sich auch das Straßenbild in Breslau. Walter Tausk¹⁵ beschrieb dies wie folgt: »Seit dem 13.2. ziehen jeden Tag punkt halb neun an exponierten Ecken und Plätzen der Stadt Nazileute mit großen Fahnen, Zeitungsaushängen und vor allem ›Klingelbüchsen‹ auf und werben mit mächtigem Stimmaufwand bis spät abends für den Wahlfonds.«¹⁶ Er notierte, wie die Nazis tagtäglich mit Aufmärschen, Fackelzügen und Versammlungen auftraten. Diese Aufzüge veranstalteten SA-Truppen mit alten Stahlhelmen aus dem Ersten Weltkrieg, auf denen vorn in der Mitte ein Hakenkreuz herausstach. Die jungen Männer der SA beschrieb Walter Tausk als »höchstens achtzehn bis zwanzig Jahre alt, die Gummiknüppel am Koppel tragen, ohne der Hilfspolizei anzugehören. In den Außenvierteln greifen diese Bengel Frauen und Mädchen an, von denen sie glauben, dass sie SPD und KPD sind! Und sie prügeln am hellen Tag auch wahllos in der Innenstadt herum! Die Polizei sieht nichts davon!«¹⁷ Er schilderte Situationen im März 1933, zum Beispiel, dass »sechs bis acht SA-Leute[n] mit vorgehaltenen Revolvern in die Wohnungen reicher jüdischer Kaufleute, und zwar ›nach Listen‹, [eindrangen] und [...] dort von den Anwesenden alles im Hause

14 Der Zweite Weltkrieg und die Schlesische Niederlage (1939–1945), S. 117.

15 Walter Tausk war Kaufmann in Breslau und Schriftsteller. Als Sohn einer eingewanderten jüdischen Familie aus Polen wandte er sich jedoch dem Buddhismus zu. Bekannt wurde er durch die Tagebücher, die er von 1933 bis 1940 in Breslau geschrieben hatte. Als Augenzeuge der Vorfälle in der schlesischen Hauptstadt hinterließ er ein Zeitdokument über das Ausmaß der gewalttätigen Übergriffe und Zerstörungen von Breslau. Vermutlich verstarb er 1941 im Ghetto von Kowno, Litauen.

16 Tausk: Breslauer Tagebuch 1933–1940, S. 28

17 Ebenda, S. 34

verfügbare Geld [erpressten]«. ¹⁸ Auch das Gerichtsgebäude wurde am 11. März 1933 von SA-Truppen besetzt und gesperrt. Sie veranlassten den Rauswurf aller jüdischen Anwälte und Richter. Dies sei, laut Tausk, zum damaligen Zeitpunkt in keiner anderen deutschen Stadt denkbar gewesen. In Breslau übernahm Gruppenführer Edmund Heines 1931 die Führung der SA-Obergruppe III (Schlesien). Ab Mai 1933 war er Polizeipräsident von Breslau. Unter seiner Führung wurde der reichsweit als besonders brutal berüchtigte Charakter der schlesischen SA geprägt. Die Standarte 11 agierte unter seinem Kommando eigenmächtig und »räumte« die Stadt »auf«. Die SA und Schutzstaffel (SS) ¹⁹ patrouillierten durch die besseren Cafés und kontrollierten die Gäste. Sahen die Menschen »zu jüdisch« aus, wurden sie des Cafés verwiesen, saßen die Personen »mit christlichen Mädchen oder Damen zusammen, so nimmt man sie mit auf das Braune Haus und ›verhört‹ sie, um sie dann mit ›Ermahnungen‹ wieder zu entlassen – oder etwas zu verprügeln«. ²⁰ Braunes Haus war die Bezeichnung für nationalsozialistische Versammlungslokale in Breslau. Es gab mehrere, aber Tausk wie auch Irmgard berichteten vom Braunen Haus in der Neudorfstraße (ul. Komandorska), dem Hauptquartier der SA. Im April folgten große Razzien auf Kommunistinnen und Kommunisten in vielen Stadtteilen mit mehreren Tausend SA- und SS-Männern. »Was ich selbst unter den mit Stahlhelmen ausgerüsteten SA-Leuten sehen konnte [...], waren furchtbare Raubtiergesichter: Folterknechte, [...]«. ²¹ Es folgten Verhaftungen und Abtransporte zahlreicher Freundinnen und Freunde und Bekannter Irmgards in Gefängnisse und erste Konzentrationslager. So wurden aus Jugoslawien zurückgekehrte Jugendgenossinnen und Jugendgenossen von Irmgard ins Braune Haus verschleppt. Dort hat man ihnen das Hakenkreuz in die Schädeldecke eingeritzt.

»Wir sind doch überrascht worden, von so etwas. Das gab es doch vorher gar nicht, dass Genossen verhaftet werden und zu Tode geprügelt werden.« ²²

Besonders erschüttert waren Irmgard und ihre Genossinnen und Genossen von der Festnahme Ernst Ecksteins im Februar 1933. Als Rechtsanwalt hatte er schon in der Weimarer Republik viele Genossinnen und Genossen verteidigt. In Breslau wirkte Ernst Eckstein lange Zeit als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins und übte das Amt eines Stadtverordneten der SPD aus. Jedoch schloss die Partei ihn aus politischen Gründen im September 1931 aus. Mit anderen Genossinnen und Genos-

18 Ebenda, S. 34

19 Die SS wurde 1925 gegründet, zunächst zum persönlichen Schutz von Adolf Hitler, 1934 unter Reichsführer der SS, Himmler, als selbständige Organisation der NSDAP. Die SS war gleichzeitig die politische Polizei des Deutschen Reiches. Als Großorganisation mit zwölf Hauptämtern war sie maßgeblich am Holocaust und am Massenmord von Sinti und Roma beteiligt. Die Konzentrationslager unterstanden der SS. Nach 1945 wurde die SS verboten (Benz/Graml/Weiß: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, S. 783-786).

20 Tausk: Breslauer Tagebuch 1933–1940, S. 58.

21 Ebenda, S. 62.

22 Jost: Es war wie ein Wunder ..., S. 5.

sen gründete er eine neue Partei, die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, in deren Vorstand er aktiv mitwirkte. Als langjähriger sozialdemokratischer und später sozialistischer Stadtverordneter war Ernst Eckstein bei den Breslauer Nazis höchst unbeliebt. Er wurde eines ihrer ersten Opfer. In der Nacht vom 27. zum 28. Februar verhafteten ihn die Nazis. Sie verprügelten, verhörten und folterten ihn im KZ Breslau-Dürrgoy²³, so dass er am 8. Mai 1933 an den Folgen verstarb.²⁴ Nach seiner Ermordung brachte die illegale SAP ein Flugblatt heraus, welches die Schuldigen des Mordes benannte und zur Teilnahme an der Beerdigung Ecksteins aufforderte. Außerdem riefen sie zur Solidarität auf: »Das kann und muss bei jedem Arbeiter, bei jeder Arbeiterfrau den Willen auslösen und befestigen, der Sache für die Ernst Eckstein kämpfte und starb, die Treue zu halten, so wie er uns allen die Treue hielt. Darum übt Solidarität bis zum Tage der endgültigen Befreiung.«²⁵ An der Beerdigung nahmen viele Breslauer teil. Für Irmgard war dies ein erhebender Moment, weil die Beerdigung auf dem jüdischen Friedhof Lohestraße zu einer der letzten großen Demonstrationen der Breslauer Arbeiterschaft gegen den Nationalsozialismus wurde. Sogar die Gestapo ließ sie an diesem Tag in Ruhe.

»Wir sind alle zur Beerdigung gegangen. Es war eine Massen ..., also es war eine derartige Beerdigung [...] nicht mit roten Fahnen, das haben wir uns nicht erlaubt – aber die Kränze, ja, die haben rote, rote Schleifen getragen, und auf den Schleifen stand ›Freundschaft für Ernst Eckstein‹.«²⁶

In dieser Zeit gab es weitere schlimme Ereignisse, die, auch wenn Irmgard sie nicht explizit erwähnte, wahrscheinlich nicht spurlos an ihr vorübergingen. In Breslau fanden ähnlich wie im ganzen Deutschen Reich der sogenannte Judenboykott vom 1. April 1933 und die kurz darauf folgende Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 statt. Bei dem sogenannten Judenboykott wurden Maßnahmen angeordnet, die gegen alle jüdischen Geschäfte, jüdische Waren, jüdische Ärzte und jüdische Rechtsanwälte – sowie durch den Nationalistischen Deutschen Studentenbund ausgeweitet, gegen jüdische Professoren und Assistenten – durchzuführen seien.²⁷ Die SA, die Hitlerjugend (HJ) und die Organisation Stahlhelm postierten

23 Konzentrationslager an der Strehleener Chaussee (ul. Bardzka), von SA-Obergruppenführer Heines für politische Schutzhäftlinge eingerichtet. Es bestand aus einigen Wellblechbaracken, Stacheldrahtzaun, einem kleinen Appellplatz, jedoch nur für einige Monate im Jahr 1933, da eine Untersuchungskommission festgestellt hatte, was die SA dort trieb (Breslauer Tagebuch, Glossar S. 269). Siehe auch Andrea Rudorff: »Privatlager« des Polizeipräsidenten mit prominenten Häftlingen. Das Konzentrationslager Breslau-Dürrgoy, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.): Instrumentarium der Macht. Frühe Konzentrationslager 1933–1937 (Reihe Geschichte der Konzentrationslager 1933–1945, Bd. 3), Berlin 2003, S. 147–170.

24 Herms/Noack: Aufstieg und Fall des Robert Bialek, S. 50, siehe auch Hanno Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Hannover 1983.

25 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, NJ 5342, Punkt VII.

26 Konrad: Ermordung und Begräbnis von Ernst Eckstein, 08. Mai 1933, in: Survivors of the Shoa Visual History GmbH.

27 Siehe Tausk: Breslauer Tagebuch 1933–1940, S. 264.



Irmgard und Fritz bei einem Ausflug 1935

sich vor den betreffenden Geschäften, um die Kunden vom Betreten abzuhalten. Dies war die erste reichsweite antijüdische Aktion als »Abwehrmaßnahme« gegen angebliche ausländische Gräuelpromaganda sowie gegen eine angebliche jüdische Kriegserklärung an Deutschland.²⁸ Bei der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 wurden Werke, unter anderem von Heinrich Heine, Erich Kästner und Karl Marx, aber auch von Breslauer Schriftstellern, wie Willy Cohn²⁹ und Alfred Kerr, öffentlich auf dem Breslauer Schlossplatz verbrannt. Tausk hält fest, dass am 4. Mai 1933 an den Anschlagssäulen rote Plakate mit der Aufschrift »Öffentliche Verbrennung« geklebt wurden. »Die Studentenschaft der Universität fordert alle Deutschen zu einer öffentlichen Verbrennung »marxistisch-jüdischer« Bücher beziehungsweise Bücher jüdischer Autoren auf, die am 10. Mai nachts von elf bis zwölf Uhr, auf dem alten Exerzierplatz [...] im Beisein der SA, SS, Stahlhelm und nationaler Studenten stattfinden wird. Die Deutschen sollen darauf ihre und die Bücherschränke ihrer Freunde durchsehen und Bücher im betreffenden Studentenheim abliefern beziehungsweise zur Abholung melden. Wahlweise hat das Verbrennungskomitee auch eine Liste der betreffenden Bücher herausgegeben, die man sich holen kann.«³⁰ Dieser Aufruf wurde in der Nacht zum 7. Mai mit kleinen gelben Zetteln »verschönert«: »VERGESST DIE BIBEL NICHT, AUCH SIE IST JÜDISCHES GEISTESGUT!«³¹

28 Siehe Benz/Graml/Weiß: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, S. 443.

29 Willy Cohn: *Verwehte Spuren, Erinnerungen an das Breslauer Judentum vor seinem Untergang*, hrsg. von Norbert Conrads, Köln 1995.

30 Tausk: *Breslauer Tagebuch 1933–1940*, S. 71.

31 Ebenda, S. 71.

Irmgard ließ sich von diesen Ereignissen nicht entmutigen. Trotz ihrer doppelten Gefährdung als Jüdin und Widerstandskämpferin engagierte sie sich weiter.

Knotenpunkt illegaler Vernetzung 1933–1934

»Aus heutiger Sicht waren unsere politischen Vorstellungen sehr vage, allerdings konsequent kontra Hitler. Wir trafen uns, diskutierten, verteilten verbotenes Material. In meiner Bibliothek war ich Anlaufstelle für den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands in Breslau.«³²

Im Jahr 1933 arbeitete Irmgard als Aushilfe in einer kleinen Buchhandlung, Am Graben 7, die mit einer Leihbücherei ausgestattet war. Beruflich wäre sie am liebsten Bibliothekarin geworden, was ihr aber durch die Nazis unmöglich gemacht wurde. Mit siebzehneinhalb verhaftete die Gestapo Irmgard zum ersten Mal. Die Festnahme erfolgte aufgrund ihrer illegalen Tätigkeit als Vermittlerin von Informationen und Kontakten für den sozialistischen und kommunistischen Widerstand. Laut Anklageschrift des Generalstaatsanwalts³³ befand sich in der Bibliothek, in der Irmgard arbeitete, die Personalanlaufadresse für auswärtige Kommunistinnen und Kommunisten. Irmgard arbeitete dort allein. Ihre Aufgabe bestand darin, den Genossinnen und Genossen der Gruppe von Willy Kalinke³⁴ kleine Zettelchen zukommen zu lassen. Diese versteckte sie in ihrem Kleiderausschnitt. Sobald jemand zu ihr kam und nach dem Titel des Romans »Mutter Erde« von Emile Zola fragte, war für sie klar, dass es sich um Gleichgesinnte handeln musste, da die Person die vereinbarte Parole aussprach. Sie antwortete dann mit dem Satz: »Tut mir leid, das können Sie erst morgen, eine Stunde vorher bekommen«, und übergab die Nachricht.³⁵ »Ich hab' hier für Genossen Willi Kalinke, [...] der hatte 'ne große Gruppe in seiner Obhut gehabt und brachte mir jeden Tag kleine Briefchen, die hab' ich mir immer hier 'reingesteckt. Die Genossen kamen im Laufe des Tages, da kriegte jeder sein Briefchen. Und da waren eben auch hier ... was sie zu besprechen haben und Treffpunkt usw. [...].«³⁶

Von dieser Arbeitsstelle aus unterstützten Irmgard und ihre Genossinnen und Genossen auch den Kommunistischen Jugendverband (KJVD). Im September 1933 hatte sie den Auftrag bekommen, den Genossen Karl Barthel an eine Kon-

32 Gabriele Voigt: Wir waren stärker als die Dunkelheit. Gespräch mit Irmgard Konrad, Häftling Nr. 23 196, in: Der Morgen, Zeitschrift, 20./21.04. 1985, S. 9.

33 Bundesarchiv Dahlwitz-Hoppegarten ZC II 14, Bd. 28.

34 Willy Kalinke war damals der Leiter der illegalen SAP, 1935 wurde er zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, nach der Befreiung übernahm er den Landesvorsitz der VVN Thüringen in Erfurt.

35 Bericht über die Zusammenarbeit mit Genossen Heinz und über seine Verhaftung, 0251/4/F/Abschrift, 9.1.1934, in: Kommunistische Partei Deutschlands, Zentralkomitee, Politbüro, Sign.: I 2/3/97, S. 2, Fundort: Bundesarchiv Berlin.

36 Jost: Es war wie ein Wunder ..., S. 6.

taktperson in Breslau weiterzuleiten. Barthel wurde extra aus Berlin nach Breslau geschickt, um den KJVD in Breslau zu reorganisieren. Er war unter anderem in der Weimarer Republik seit 1932 Reichstagsabgeordneter der Kommunistischen Partei. Nach der Zerschlagung der KPD durch die Nazis wurde er Instrukteur für Nieder- und Oberschlesien. Mit Irmgard wurde vereinbart, dass sie Karl Barthel erklären sollte, dass dieser Alfred Geppert,³⁷ seine Kontaktperson zur KJV in Breslau, immer um 17 Uhr am Kino Atrium treffen kann.

»Und eines schönen Tages kam auch dieser, der mir avisiert worden ist, vom Alfred. Aber, wie der reinkam, so mit 'm Kaffeebrenner und dem Lodenmantel, also schon á la Gestapo. Etwas hat man sie schon kennengelernt, die Brüder. [...] Natürlich wusste ich nicht genau [...]. Der hat nach dem Buch ›Mutter Erde‹ gefragt, ja. Und nachdem ich gezögert hab': ›Du kannst doch hier Vertrauen zu mir haben, ja. Ich bin doch Genosse, nicht.‹ Na ja, was sollt' ich machen. Ich hab' ihm dann gesagt, wo er den Alfred trifft. Und wie ich fertig war mit der Beschreibung: ›Gestapo!‹ War es ein Gestapomann. Draußen stand die Grüne Minna schon. Und ab ging die Post.«³⁸

Irmgard wurde ins Polizeipräsidium gebracht und von Kriminalrat Günter verhört. Zuvor konnte sie noch ein bestimmtes Buch in das Schaufenster der Leihbücherei stellen, um Fritz ein Warnzeichen für die anderen zu geben. Sie gab bei dem Verhör an, dass es das erste Mal gewesen wäre, dass jemand sie in der Leihbücherei aufgesucht hätte und sie als Kontaktstelle fungieren sollte. Aber die Gestapo brachte sie jeden Tag vom Gefängnis zum vereinbarten Treffpunkt, um dort Alfred Geppert und Karl Barthel festnehmen zu können. Durch die schnelle Warnung an Fritz sprach keiner Irmgard vor dem Kino an, und die Gestapo musste sie nach vier Wochen ohne Erfolg entlassen. Diese erste Erfahrung in der Haft und die Verhöre waren sehr schmerzlich für Irmgard: Sie wurde von der Gestapo bedroht, gedemütigt und geschlagen. Gleichzeitig hatte sie große Angst, dass eine ihrer Genossinnen und Genossen doch zum Treffpunkt kommen könnte und sich dadurch verraten würde. Kurze Zeit später kam es zur zweiten Verhaftung Irmgards. Das Versteck von Karl Barthel war verraten worden, die Gestapo war ihm von zu Hause aus zur Leihbücherei gefolgt. Dort wurde er verhaftet. Er wusste nichts von der Festnahme Irmgards, da er illegal untergetaucht war, und die Genossinnen und Genossen ihn nicht hatten warnen können. Aber Alfred Geppert, den Karl Barthel treffen sollte, konnte rechtzeitig informiert werden und floh aus Breslau. Karl Barthel schilderte die Verhaftung in seiner Autobiographie: »Am 28. Oktober 1933 suchte ich erneut die Bücherei auf, um den Bezirksleiter des KJVD zu einer Aus-

37 Bundesarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZC II 14, Bd. 28.

38 Jost: Es war wie ein Wunder ..., S. 6.

sprache zu bitten. Als ich eintrat, waren zwei junge Männer zugegen, die Bücher leihen wollten. Meine Anwesenheit ließ die junge Bibliothekarin, eine Genossin, erblassen. Da ich mir die Zusammenhänge nicht erklären konnte, entschied ich mich, zu warten, bis die beiden Kunden abgefertigt waren [...] und im gleichen Augenblick rissen vier Männer die Tür auf.«³⁹

Irmgard wurde wieder festgenommen, da die Gestapo ihr nachweisen konnte, dass sie bei der ersten Verhaftung gelogen hatte. Sie brachten sie erneut in das Polizeipräsidium und nach den Verhören in das Untersuchungsgefängnis, die Graupe⁴⁰. Irmgard hatte mehrere illegale Briefchen im Ausschnitt stecken, die sie eigentlich weiterleiten sollte. Zu ihrem Glück wurde sie nicht durchsucht. Während des Verhöres, bei dem sie auch geohrfeigt wurde, verlangte sie so oft zur Toilette zu gehen, bis sie keiner mehr begleitete. Dort konnte sie die Briefchen entsorgen. Karl Barthel wurde vor den Augen Irmgards, es trennte sie nur eine Glastür zwischen den Räumen, brutal zusammengeschlagen. Er sollte seinen richtigen Namen nennen. Der Gestapo war er bis dahin als Heinz Teubner bekannt. Während dieses Verhörs wendete er alles von Irmgard ab. Nach ungefähr vier Wochen entließ die Gestapo sie wieder. Karl Barthel wurde im April 1934 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt und anschließend nach Buchenwald abtransportiert. Irmgard erhielt in diesem Prozess einen Freispruch, da die Gestapo dank Barthel keine Beweise hatte. Beide Verhaftungen prägten Irmgard sehr. In späteren Interviews erinnerte sie sich mit tiefer Traurigkeit an diese Zeit. Besonders schwer fiel ihr, das Eingesperrtsein und die damit verbundene Einsamkeit auszuhalten. Die Trennung von Fritz und ihrer Mutter, dazu die Ungewissheit, wie es für sie weitergehen wird, quälten sie. Die einzigen Möglichkeiten der Ablenkung waren Brot und Kaffee, die einmal am Tag zu ihr in die Zelle geschoben wurden, das sogenannte Kübeln, und 20 Minuten Aufenthalt im Gefängnishof. Außerdem entdeckte sie für sich kleine Freuden wieder: »Ich hab' mir so Lieder vorgesungen und versucht, ob ich sie alle zusammenbekomme. Gedichte hab' ich aufgesagt. Ich hab' so kleine Leibesübungen gemacht. Ich hab' gehört Klopfen an der Wand: Ich kannte doch keene Klopfsprache. Aber ich hab' fleißig mitgeklopft. Alleine, dass man mal klopfen hörte, das gab schon das Gefühl: Du bist nicht alleine. Du bist nicht alleine.«⁴¹

39 Karl Barthel: Rot färbt sich der Morgen. Erinnerungen, Rudolstadt 1958, S. 65.

40 Das Untersuchungsgefängnis »Graupe« befand sich in der Graupenstraße (heute ul. Podwale).

41 Jost: Es war wie ein Wunder ..., S. 6.

Trotz alledem – Fortsetzung der illegalen, politischen Arbeit

Nach dem Verlust der Arbeits- sowie Ausbildungsstelle in der Bibliothek hielt sich Irmgard mit kleinen Tätigkeiten über Wasser. Mal schleppte sie Kohlen, ein anderes Mal räumte sie bei fremden Menschen auf. Ihre Mutter hatte noch ein kleines Einkommen von 8,40 Mark pro Woche. Mit Irmgards Stempelgeld (Arbeitslosengeld) von 5,30 Mark und ein paar Mark von Fritz schafften sie es mehr oder weniger, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Im Spätsommer 1935 emigrierte ihre Mutter auch nach Toulouse, zu ihren anderen Kindern. Damit war die ganze Familie in Frankreich. Irmgard aber entschied sich aus Liebe zu Fritz für Breslau. Die Einsamkeit, die sie ohne ihre Familie in Breslau zu spüren bekam, verstärkte sich mit der Einführung der Nürnberger Gesetze im September 1935. Durch diese Gesetzgebung erschwerte sich die Beziehung zu Fritz und ihren Genossinnen und Genossen, da sie nun als sogenannter Mischling ersten Grades beziehungsweise als sogenannte Halbjüdin geführt wurde. Die Gesetze verboten eine Beziehung zwischen einem Arier und einer Jüdin. Das galt als Rassenschande und Straftat.⁴² Angesichts dieser Situation und der zunehmend feindlichen Umgebung gab ihr die Beziehung zu Fritz Halt und Kraft. Er konnte sie fortan allerdings nur heimlich nachts in ihrem kleinen Zimmer besuchen.

»Und wenn ich Fritz nicht an meiner Seite gehabt hätte, ich weiß nicht, ob ich's überstanden hätte, seelisch überstanden hätte, weil ich unter die Nürnberger Gesetze fiel, als Halbjüdin.«⁴³

Im gleichen Jahr fing Irmgard an, als Aushilfskraft in der Bilderrahmenfabrik Floegel und Gramatke in der Sonnenstraße zu arbeiten. Diese Arbeitsstelle barg politischen Konfliktstoff, da ihre Arbeitgeber überzeugte Nationalsozialisten waren. Irmgard beschrieb ihren Chef Gramatke als einen Mann mit Hitlertolle und -bart, der zu jedem Nürnberger Parteitag fuhr und anschließend begeistert davon berichtete. Ihre tägliche Arbeit bestand darin, Bilder u. a. mit Hitlers Konterfei, Göring und dessen Frau, aber auch röhrende Hirsche und zechende Mönche einzurahmen.

Bis 1936 war Irmgard mehrfach verhaftet und in Schutzhaft⁴⁴ gesteckt oder »nur« vorgeladen worden. Soweit es die Umstände zuließen, war sie politisch in

42 Siehe Benz/Graml/Weiß: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, S. 679.

43 Jost: Es war wie ein Wunder ..., S. 11.

44 Schutzhaft ist eine sicherheitspolizeiliche Repressivmaßnahme, bei der verdächtige Personen in Haft genommen werden. Seit dem Jahr 1933, mit der Verabschiedung der Reichstagsbrandverordnung, wurde der Maßnahme keine zeitliche Begrenzung mehr gesetzt und der richterlichen und rechtsstaatlichen Kontrolle entzogen. Es folgten Verhaftungen von Kommunistinnen und Kommunisten, linken Intellektuellen, SPD-, Reichsbanner- und Gewerkschafts-Funktionärinnen und -Funktionären. Die Schutzhaft wurde zuerst willkürlich durch die SS und SA durchgeführt, ab 1938 nur noch durch die Gestapo angewendet (Siehe Benz u. a., S. 782).

Breslau tätig. Bei den Vorladungen ging es meistens nur um belanglose Angelegenheiten. Aber sie verbrachte jede Nacht vor einem solchen Tag schlaflos und voll innerer Unruhe. Die ständige Bedrohung durch die Gewalt der Nazis und der allgegenwärtige Antisemitismus belasteten sie psychisch auch in ihrem Alltag. Für sie waren es Jahre der Angst. Aber auf die Frage: »Die Brücken hinter sich abbrechen, umkehren?«, antwortete sie resolut: »Nie dachten wir daran. Wir hatten uns in unserem Freundeskreis fortschrittliche, antifaschistische Anschauungen erarbeitet, erste politische Einsichten gewonnen. Dafür lebten wir, etwas anderes kam nicht in Frage.«⁴⁵

Mitte Oktober 1936 wurde Irmgard erneut verhaftet. Die Gestapo drang früh morgens um sechs Uhr in ihre kleine Wohnung ein und führte sie ab. Die Verhaftungswelle betraf auch Fritz und weitere dreißig Genossinnen und Genossen der illegal arbeitenden SAP und des SJV. Ihnen wurde vorgeworfen, illegale Zeitungen verteilt zu haben sowie im Besitz des Braunbuches⁴⁶ zu sein. Dieses hatten sie zuvor noch schnell verstecken können. Die illegalen Zeitungen, u. a. das »Das Banner der revolutionären Einheit«⁴⁷, in der unter anderem die Verbrechen der Nazis aufgeführt waren, bezogen sie aus der ehemaligen ČSR.

Irmgard wurde nach einigen Wochen wieder freigelassen, weil Fritz und ihre Jugendgenossen sie entlastet hatten. Anfang 1937 wurde Fritz wegen politischer Aktivitäten im Untergrund und »Vorbereitung zum Hochverrat« vor Gericht gestellt. Weil er nicht der Hauptangeklagte in diesem Prozess war, erhielt er »nur« einhalb Jahre Gefängnis. Die anderen kamen ins Zuchthaus. In einem Dokument aus dem Bundesarchiv⁴⁸ werden vierzehn Namen⁴⁹, darunter auch Irmgard Adam und Fritz Konrad genannt, mit dem Verweis, dass es sich um eine Jugendgruppe in Breslau handeln muss, die illegal gewirkt habe. Irmgard konnte ihren Liebsten und Genossen, wie sie Fritz in mehreren Interviews nannte, drei- oder viermal im Breslauer Untersuchungsgefängnis besuchen, bevor er für die restliche Haftzeit in weitere Gefängnisse in Deutschland verlegt wurde. Außerdem schrieb sie täglich längere Briefe: »Der Untersuchungsrichter, der hat gerade Briefe zensiert, [...] sind sie Fräulein Adam? Nun, was stellen Sie sich denn vor, wer soll ihre ganzen Briefe zensieren? Ich hab' nämlich jeden Tag Riesenbriefe geschrieben. Wohnte ja nicht weit weg von der Graupe, also am Untersuchungsgefängnis.

45 Voigt: Wir waren stärker als die Dunkelheit. Gespräch mit Irmgard Konrad, Häftling Nr. 23 196, S. 9.

46 Das Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror wurde im August 1933 auf Initiative des kommunistischen Verlegers Willi Münzenberg vom Welthilfskomitee für die Opfer des deutschen Nationalsozialismus herausgegeben (Siehe Benz, S. 402).

47 Das Banner der revolutionären Einheit war eine Druckschrift und die Genossinnen und Genossen aus Breslau bezogen sie von der illegalen SAP aus Prag (Bundesarchiv Dahlwitz-Hoppegarten NJ 5277, ZC 20050).

48 Bundesarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZR 895, Akte 1, Bl. 16799 f.

49 Artur Haman, Walter Sust, Heinz Exler, Erich Wodarzek, Kurt Skowronek, Hermann Wegehaupt, Günther Mahler, Lucie Otto, Charlotte Bunke, Selma Hamann, Hildegard Eichler, Käthe Maywald.

Bin mit dem Rad hingefahren, hab' das Briefchen 'reingesteckt in Briefkasten, braucht kein Porto bezahlen. (Lachen) Und das hat ihn natürlich geärgert, dass ich musst immer so ellenlange Briefe schreiben. Aber, ich hab' weiter geschrieben. [...] Das Herz war uns beiden schwer, bei der ersten Begegnung. Und wir haben uns eben immer wieder zugeblinzelt, wie das so ist«. ⁵⁰

Irmgard sah sich wieder zunehmend dem Alleinsein ausgesetzt. Dies empfand sie nunmehr schlimmer als im Gefängnis. Die Briefe an Fritz halfen ihr gegen die Einsamkeit. Sie konnte auch ihre Jugendgenossinnen und Jugendgenossen nicht aufsuchen, da diese verhaftet waren. Familiäre Bindungen gab es nur noch mit Fritz' Eltern in Breslau, die jedoch Irmgard als Schuldige für seine Verhaftung ansahen. Im April 1938 wurde Fritz aus dem Zuchthaus Plötzensee entlassen und für »wehrunwürdig« erklärt.

Reichspogromnacht – November 1938 in Breslau

»Als politisch denkender Mensch war mir klar, dass Schlimmes gegen die Juden vorbereitet wurde. Um mein eigenes Schicksal bangte ich damals aber noch nicht. Dass ich Halbjüdin war, wussten nur wenige. Und da ich keine jüdische Familie hatte, war das so weit weg von mir.« ⁵¹

So beschrieb Irmgard in einem Interview mit Anette Leo, wie ihr zumute war, als sie am 10. November 1938 die rauchenden Trümmer der Neuen Synagoge, Am Anger 8, sah. Zu dieser Zeit wohnte sie in der Nähe des jüdischen Viertels. Auf dem Weg zur Arbeit in die Bilderrahmenfabrik fuhr sie mit dem Fahrrad daran vorbei. An diesem Tag waren die Straßen voller Scherben, erinnerte sich Irmgard. Auf ihrer Arbeitsstelle traf sie ihre beiden Chefs, die »sich die Hände rieben« und sich freuten: »[...] hast du schon gesehen, hast du schon gesehen, die Synagoge brennt!« Für ihre Gefühle von damals fand Irmgard auch Jahrzehnte später im Interview keine Worte.

Die Synagoge war eine der größten und prunkvollsten in Deutschland. In der Nacht vom 9. auf den 10. November wurde sie von den Nazis niedergebrannt. Später räumten sie auch die Ruine komplett ab. Heute erinnert ein Gedenkstein mit den Umrissen der zerstörten Synagoge und eine Inschrift daran. Im gesamten Deutschen Reich führte die SA Pogrome durch. Walter Tausk beschrieb die Situation in Breslau am Tag danach: »Und ich ahne immer deutlicher und mehr: man hat die jüdischen Geschäfte ganz einfach gestürmt und ausgeraubt. Die Bestätigung finde ich bald auf der Teichstraße: Bäckerei Hirschlik, Eisenwarenhandlung Brauer und Sohn, die kleine Konfektionsfirma Cheimowitz sind nicht wiederzuerken-

50 Jost: Es war wie ein Wunder ..., S. 10.

51 Leo: Noch jetzt durchlebe ich alles wieder, S. 20.

nen. Was Glas war, ist bis auf geringste Reste – akkurat bis zum Rahmenwerk der Fenster ausgeputzt, die Schilder sind zertrümmert, die Schaufensterinhalte liegen teils auf der Straße, teils im Fenster bunt durcheinander, die Fenster sind regulär ausgeraubt, und die Verwüstung setzt sich nach hinten zu fort. Um die Ecke, Gartenstraße, eine kleine Drogerie [...].⁵² Seine Beobachtungen zum Verhalten der Breslauerinnen und Breslauer notierte er wie folgt: »Die Burschen [der SA – Anm. d. A.] rühmten sich, unter lautem Geschrei der Mädels, wie sie reingesommert hätten [sommern: gleich ›pfeffern‹], und führten ihre ›Damen‹ von einem Laden zum anderen herum. Das ältere Publikum war sehr geteilter Ansicht, die allgemeine Stimmung aber war entschieden gegen diese Ereignisse.« Im Inneren der Stadt: »Die Straße dick mit gaffendem und heftig diskutierendem Publikum, teils in heller Begeisterung vom Kinde bis zu alten Leuten. Aber trotzdem eine fürchterliche Beklommenheit bei allen: es schien den meisten nicht recht.«⁵³ Und sehr nüchtern merkte er noch an: »Die Polizei regelte den Verkehr.«⁵⁴

Den Pogromen des Jahres 1938 folgte am 1. September 1939 der deutsche Überfall auf Polen und damit der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Der Nationalsozialismus zeigte nun seine Aggressivität nach außen. Irmgard beschrieb ihre Gedanken zum Ausbruch des Krieges: »Das war für uns ja nichts Neues, dass der Krieg ausbrach. Es waren ja alle Anzeichen schon vorhanden, dass es einen Krieg geben wird. Für uns politische Menschen war das nicht etwas, was auf einmal vom Himmel gekommen ist. Das war schon sichtbar.«⁵⁵

»Die härteste Zeit meines Lebens« – 1941/1942

Die Nazis beschlossen weitere Erlasse und Verordnungen gegen Jüdinnen und Juden. Irmgards Leben wurde komplizierter, verzweifelter und hoffnungsloser. Im September 1941 erhielt sie von der Gestapo eine Kennkarte mit dem aufgestempelten großen J und dem Namen Irmgard Sarah Adam. Außerdem mussten jüdische Menschen den sogenannten Judenstern sichtbar auf ihrer Kleidung tragen, wodurch sie nach außen hin gekennzeichnet und gedemütigt wurden. Der Judenstern war ein handtellergroßer, sechszackiger gelber Stern, schwarz umrandet und enthielt die Aufschrift Jude.⁵⁶ Durch die demütigende Verordnung der Nazis war Irmgard gezwungen, die Arbeitsstelle in der Bilderrahmenfabrik zu kündigen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten ihre beiden Chefs und Kolleginnen und Kollegen nicht

52 Tausk: Breslauer Tagebuch 1933–1940, S. 182.

53 Ebenda, S. 182 f.

54 Ebenda, S. 183.

55 Sabine Mieder: Interview mit Irmgard Konrad, Transkription, 1998, S. 6.

56 Siehe Benz/Graml/Weiß: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, S. 589.

gewusst, dass sie jüdisch war. Dies hatte sie sicherlich vor größeren Repressalien geschützt. Der Stern schränkte Irmgard außerdem in ihrem Alltag mit Fritz sowie im Umgang mit ihren Genossinnen und Genossen ein. Schließlich wollte sie ihr Umfeld nicht gefährden.

»Ich bekam einen Nervenzusammenbruch... Mein einziger Halt und Trost war Fritz, mit dem ich mich heimlich traf.«⁵⁷ Fritz sagte in diesem Moment zu ihr: »Mädel, ich trag den Stern mit dir.«⁵⁸ Er beschrieb die Situation mit dem Stern wie folgt: »Da hast du den Stern schon getragen. Aber wir waren trotzdem in Verbindung. An anderen Stellen haben wir uns dann getroffen, also im Freien oder sonstwie. [...] Wir waren auch viel unterwegs, waren im Gebirge. Die [Irmgard] ist wenig in Erscheinung eigentlich getreten, anderen gegenüber. Das fiel an sich nicht auf. In ihrem ganzen Umkreis auch nicht.« Und Irmgard ergänzte im Interview: »[...] dass Fritz neben mir blieb, nicht Angst hatte, sich in Gefahr zu begeben, sondern dass er alles versucht hat, dass er immer an meiner Seite blieb. Und wenn er nachts um zwei zu mir gekommen ist, ja, Fritz war da. Wir haben uns weiter nach wie vor jeden Tag gesehen.«⁵⁹

Die beiden waren zu dieser Zeit fast schon zehn Jahre ein Paar. Fritz gab ihr Trost und Rückhalt. Irmgard hätte ohne ihren Fritz das Tragen des Sterns nicht überlebt, sie hätte den Mut verloren, weiter zu leben. Es tat ihr weh, derartig gekennzeichnet zu sein. In einem Interview ging Irmgard auf ihre Gefühle ein:

»Also ich muss sagen, dass für mich die Zeit des Sterntragens die härteste Zeit meines Lebens war. Ich kann nicht davon weg. Wie ich dann nach Auschwitz kam, war ich wieder unter Menschen, verstehst du? [...] ich hatte das gleiche Schicksal wie sie [...] es war ein anderes Gefühl für mich. Ich fühlte mich nicht mehr alleine, trotz all dem Grausigen in Auschwitz war ich wieder [...] unter Menschen. Kannst du das nachempfinden?«⁶⁰

Ab Oktober 1941 musste sie und viele weitere junge jüdische Menschen aus Breslau täglich zur Zwangsarbeit in die Papierfabrik Sakrau, 30 Kilometer von Breslau entfernt, fahren. Dort mussten sie Toilettenpapier rollen. Gekennzeichnet mit dem Stern, waren sie auf dem Weg zur Arbeit und nach Hause Anfeindungen und Erniedrigungen ausgesetzt: Kinder und Jugendliche bespuckten und beschimpften sie, bewarfen sie mit Steinen und Schneebällen und grölten und johlten ihnen hinterher. In der Straßenbahn und im Zug durften sie sich nicht setzen, bei größter Kälte durften sie nicht in die Wartehalle. Sie arbeiteten zehn Stunden täglich und

57 Leo: Noch jetzt durchlebe ich alles wieder, S. 20.

58 Konrad: »Sterntägerin«, 01. September 1941, in: Survivors of the Shoa Visual History GmbH.

59 Jost: Es war wie ein Wunder ..., S. 11 f.

60 Konrad: Zwangsarbeit, 03. Oktober 1941, in: Survivors of the Shoa Visual History GmbH.

erhielten einen Lohn, der noch unter dem Stempelgeld lag. Meistens waren die Züge überfüllt, weil sie Verwundete von der Ostfront transportierten. »Und so bist du dann nach Hause gekommen und nächsten Tag früh wieder. [...] und niemand da, der mich hätt' mal getröstet. Niemand da, der hätt' gesagt: ›Auch das geht vorbei.«⁶¹

Fritz wurde nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus als politisch Verurteilter Ende Oktober 1942 zum Strafbataillon 999 der Wehrmacht nach Heuberg/Württemberg eingezogen. Anfang 1943 verlegte man das Bataillon nach Tunesien, um Rommels Rückzug aus Afrika zu unterstützen. Schon nach sechs Wochen kam die ganze Einheit in französische Kriegsgefangenschaft.

In den Konzentrationslagern Auschwitz und Ravensbrück, Todesmarsch und Befreiung

Irmgard bekam kurz vor Weihnachten, am 22. Dezember 1942, eine Vorladung zur Gestapo. Diese nahm sie erneut in Schutzhaft und schickte sie nach einigen Wochen Einzelhaft im Polizeipräsidium auf Transport. Als Begründung wurde »Politisches Vergehen« genannt, da man sie anhand ihrer Gestapo-Akten als Mitglied einer politischen Gruppe identifiziert hatte. Die Gestapo verschleppte sie mit anderen politischen Häftlingen nach Auschwitz. Wäre sie als sogenannte Halbjüdin auf den Transport geschickt worden, hätte sie Auschwitz nicht überlebt. Irmgard wurde nicht mit einem »Massentransport«, sondern in einem Gefangenenwaggon vom Breslauer Hauptbahnhof nach Auschwitz deportiert – zu fünft in einer Zelle, die eigentlich für zwei Menschen ausgelegt war. Während der Fahrt kam ihr intuitiv der Gedanke, das Risiko einzugehen und den Stern, der auf Papp mit einer Sicherheitsnadel am Mantel befestigt war, zu entfernen. Das rettete ihr das Leben in Auschwitz. Irmgard kam auf den Block zehn, den einzigen politischen Block mit Deutschen. Die Gefahr als sogenannte Halbjüdin identifiziert zu werden, bestand jedoch weiter. Weil aber der Schutzhaftbefehl aus Breslau noch nicht in Auschwitz angekommen war, führte die SS sie nicht als Irmgard Sarah Adam in der Liste, sondern nur als Irmgard Adam. Dadurch blieb ihr das schlimme Schicksal vieler anderer Jüdinnen und Juden erspart. Ihr wurden nicht die Haare abrasiert und keine Nummer in den Arm tätowiert. Fast ein Jahr lang musste Irmgard in Auschwitz Zwangsarbeit leisten. Zuerst wusch sie die Notdurft-Schüsseln und später gelangte sie durch die Unterstützung einer Blockältesten in die Nähbaracke. 1943 erkrankte sie schwer an Typhus und kam in das Revier, den Krankenblock zweiundzwanzig. Inzwischen war der Schutzhaftbefehl aus Breslau in Auschwitz eingetroffen. Doch

61 Ebenda, Zwangsarbeit, 03. Oktober 1941.



Irmgard Konrad während eines Zeitzeuginnengesprächs 1997

der Häftlingsärztin Margita Schwalbova gelang es, die SS davon zu überzeugen, dass Irmgard so krank wäre, dass sie bald sterben würde. Als sie sich dank Schwalbovas Hilfe wieder erholt hatte, konnte Irmgard sogar dort bleiben und den Kranken helfen. Später wurde sie Blockälteste im Block vierundzwanzig. Hier kümmerte sie sich um Typhuskranke und schwangere Frauen. In der Zeit in Auschwitz erlebte sie viele grausame Dinge, erlebte wie dicht Tod und Geburt beieinander liegen können, spürte Gewalt und Willkür der SS-Wachmannschaften. Irmgard war ständig umgeben vom Verbrennungsgeruch der Krematorien. Wegen ihrer Gefährdung als sogenannte Halbjüdin rieten ihr Margita Schwalbova und andere Frauen, sich für den Transport nach Ravensbrück zu melden. Dies war ein sogenannter Mischlingstransport, der am 16. September 1943 in Ravensbrück ankam. Irmgard leistete mit anderen Häftlingen Zwangsarbeit bei Siemens in einer der ungefähr zwanzig Arbeitsbaracken außerhalb des Lagers. Im Kommando Siemens arbeitete sie unter schlimmsten Bedingungen, unterernährt und völlig entkräftet. Die Befreiung durch die Rote Armee erlebte Irmgard auf dem Todesmarsch von Ravensbrück in Richtung Nordwesten.

Zuvor hatten sie und andere Kameradinnen versucht, sich in den leeren Baracken zu verstecken, weil sie die Befreiung im Lager erleben wollten. Die Aufseher und Aufseherinnen hatten sie jedoch mit Hunden hinausgejagt. Am 28. April 1945

trieb die SS an die zweitausend Häftlinge aus dem Lager auf den Todesmarsch. Am 3. Mai bot sich die Möglichkeit zu fliehen. Völlig entkräftet, versteckte sich Irmgard mit weiteren zehn Frauen im Belower Wald, unbehelligt von der SS. In dem Wald entdeckte sie schließlich ein Bauer, der sie in einer Scheune unterbrachte und mit Essen versorgte. Am nächsten Tag gingen sie mit ihm in den kleinen Ort Kritzow bei Schwerin und erlebten dort ihre Befreiung durch die Rote Armee. Durch das Oberkommando der Wehrmacht wurde in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 die Kapitulation im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst unterzeichnet. Damit war der Krieg beendet.

Nach der Befreiung – Wiedersehen mit Fritz, Neuanfang in Leipzig

Irmgard kam im Mai 1945 zusammen mit befreiten französischen Kriegsgefangenen in Toulouse an. Nach ihrer Ankunft erkundigte sie sich nach ihrem Bruder Herbert Adam in einer Polizeiwache. Sofort wurde sie aufgrund fehlender Dokumente in Gewahrsam genommen und für vier Monate ins Camp de Noé, Internierungslager für Kollaborateure und »Naziliebchen«, gebracht. Ihrer guten Freundin Marie-Claude Vaillant-Couturier⁶² gelang es, die Freilassung zu erwirken. Nach ihrer Entlassung ging sie zu ihrem Bruder Georg und dessen Familie in die Region Jura/Frankreich.

In Frankreich hatte sich Georg im Widerstand engagiert. Bruder Max, der auch in den Internationalen Brigaden Spaniens gekämpft hatte, war gefallen. 1939 verstarb ihre Mutter an den Folgen eines Unfalls in Frankreich. Bruder Herbert und Schwester Helene waren während der Besetzung Frankreichs wegen ihrer Tätigkeit im französischen Widerstand verhaftet und nach Breslau deportiert worden. Herbert wurde von der Gestapo Ende 1944 erschossen. Helene, an Tuberkulose erkrankt, starb im Juni 1947 an den Folgen der Misshandlungen. Nachdem Irmgard bei ihrem Bruder Georg vorerst ein neues Zuhause gefunden hatte, erhielt sie kurz darauf in Paris einen Job als Spezialarbeiterin an der Drehbank, den sie bis Ende 1947 ausübte. In dieser Zeit wurde Irmgard als *Deporté de Politique* anerkannt und Mitglied in der gleichnamigen Föderation. Außerdem gehörte sie einer deutschen Emigrantenorganisation und dem Komitee Freies Deutschland für den Westen an. Von Paris aus forschte sie mithilfe des Suchdienstes des Roten Kreuzes nach Fritz. Sie schrieb die entsprechende Stelle in Berlin an und erfuhr tatsächlich seinen Aufenthaltsort, ein französisches Kriegsgefangenenlager in Bizerta/Tunesien. Fritz suchte parallel nach ihr. Er befand sich zu diesem Zeitpunkt schon auf dem Rückweg aus Tunesien. Mit anderen ehemaligen Kriegsgefangenen wurde er

62 Marie-Claude Vaillant-Couturier war später u. a. kommunistische Abgeordnete der französischen Nationalversammlung sowie erste Generalsekretärin der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF).

nach Frankreich gebracht. Dank der Unterstützung von Kameradinnen und Kameraden sowie deren Angehörigen trafen sich beide Anfang Mai 1947 in Sorgues, in der Nähe von Avignon, wieder. Sie konnten sich nur einen kurzen Moment in den Armen halten und das Wichtigste erzählen. Irmgard hatte leider keine Besuchsgenehmigung.

Fritz wollte wieder nach Deutschland, weil seine Eltern inzwischen im Harz lebten. Deshalb beschlossen sie, sich erst einmal in Leipzig wiederzutreffen. Sie kehrte nach Paris zurück und bereitete ihre Abreise nach Deutschland vor. Mit dem verdienten Geld konnte sich Irmgard die Einreise im November 1947 leisten. Papiere besorgte sie sich über das Comité Intergouvernemental. Fritz gelangte illegal über die Grenzen in die sowjetische Besatzungszone. In Leipzig kam er zunächst bei seinem Genossen Herbert Blasig⁶³ unter. Dorthin fuhr dann auch Irmgard, die von ihren angstbesetzten Gefühlen bei der Einreise nach Deutschland erzählt:

»Je näher ich an die deutsche Grenze kam, umso unruhiger wurde ich. Das überfiel mich gefühlsmäßig derartig stark, dass ich ganz instinktiv meine Tasche genommen hab', die Tasche so gehalten hab', wie ich es früher gemacht hab', in Breslau, als ich den Stern tragen musste. Das hat mir so weh getan, dass ich dicke Tränen geweint hab', dass mich das so überkommen hat: Die Erinnerung an den Stern.«⁶⁴

In Leipzig fanden Irmgard und Fritz recht schnell ein neues Zuhause. Der erste Wunsch, den sie sich selbst erfüllten, war ihre Heirat (Januar 1948). Im gleichen Jahr gebar Irmgard ihr erstes Kind, Tochter Monika. Im Jahr 1954 kam Sohn Wolfgang auf die Welt.

Fritz wurde im Sommer 1947 sofort in der Deutschen Wertpapierdruckerei als Buchdrucker eingestellt. In den folgenden Jahren bekleidete er mehrere Ämter. 1951 übernahm er in Leipzig die Leitung des Sachgebiets Betriebsführung im Dezernat Wirtschaft und Arbeit. Irmgard wurde Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und war zeitweise Stadtbezirksverordnete für den Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD). Im Ausschuss der Opfer des Faschismus (OdF) und als Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes (VVN) im Kreisvorstand der VVN Leipzig unterstützte sie die Aufarbeitung der Vergangenheit und kümmerte sich um die Anerkennung der Verfolgten des Nationalsozialismus.⁶⁵ Nach Auflösung der VVN durch die SED im Jahr 1953 beteiligte sie sich aktiv in der Folgeorganisation, dem Komitee der Antifaschis-

63 Herbert Blasig war der Hauptangeklagte des Prozesses von 1937, in dem auch Fritz wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« angeklagt und verurteilt worden war.

64 Jost: Es war wie ein Wunder ..., S. 28.

65 Irmgard und Fritz wurden auch als Kämpferinnen und Kämpfer gegen den Nationalsozialismus durch den Ausschuss der OdF anerkannt.

tischen Widerstandskämpfer (KdAW). Auch der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft traten Irmgard und Fritz bei. Besonders wichtig waren für Irmgard die regelmäßigen Treffen mit den Kameradinnen aus Ravensbrück und Auschwitz sowie die Unterstützung der Lagerarbeitsgemeinschaft Ravensbrück (LAG) und des Internationalen Auschwitz Komitees. 1981 zogen sie aus familiären Gründen nach Berlin. Dort betätigte sie sich weiterhin gesellschaftlich. Nach vielen Jahren ihrer Befreiung aus dem Konzentrationslager stellte sie sich einer besonders schwierigen Herausforderung: »Doch es dauerte lange, ehe ich das erste Mal vor Pionieren und FDJlern auftreten konnte. Mir war anfangs viele Jahre der Mund zu, ich brauchte Abstand, um darüber reden zu können.«⁶⁶



*Irmgard Konrad beim Jahrestreffen
in Ravensbrück 1998*

Irmgard folgte später vielen Einladungen aus Schulen und Betrieben, obwohl dies für sie immer wieder emotionale und körperliche Anstrengung bedeutete. Sie sprach vor Jugendlichen, damit das Wissen um diese schrecklichen Jahre sowie um die Schuldigen nicht verloren ging. Irmgard vermittelte ihre Erfahrungen sehr eindringlich und nachvollziehbar.

»Und ich hatte auch das Verlangen gehabt, all das, was ich erlebt hab', den jungen Menschen zu erklären, in Jugendstunden, in Betrieben, FDJ [...]. Aber es war für mich auch ein persönliches Anliegen. Das muss ich sagen. [...] es war mir wie ein Wunder, dass wir auch Familie jetzt geworden sind [...].«⁶⁷ »Hart geworden bin ich durch die schrecklichen Erlebnisse während des Faschismus nicht. Eher sensibel – für Unrecht, Diskriminierung, Ausländerhass, Grundsätze wie, ›Deutschland zuerst‹, Forderungen nach Grenzen von 1937... Töne, wie sie von Neonazis und einigen anderen angeschlagen werden.«⁶⁸

Im Jahr 1989 verstarb ihr Ehemann Fritz. Trotz dieses großen Verlustes engagierte sich Irmgard weiter für junge Menschen. In Veranstaltungen, Interviews

66 Voigt: Wir waren stärker als die Dunkelheit. Gespräch mit Irmgard Konrad, Häftling Nr. 23 196, S. 9.

67 Jost: Es war wie ein Wunder ..., S. 30.

68 Leo: Noch jetzt durchlebe ich alles wieder, S. 20.

und persönlichen Begegnungen unterstrich sie immer wieder ihren Wunsch an die Jugend, dass diese aktiv gegen den aufkommenden Neonazismus und Antisemitismus einschreiten möge. Dabei betonte sie, dass nicht nur Handeln nötig ist, sondern auch eine theoretische Auseinandersetzung.

»Weißt du, ich möchte dir hier mit den Worten von Julius Fučík antworten: ›Seid wachsam‹. Das waren mit seine letzten Worte, und ich denke schon, ›Seid wachsam‹ ist berechtigt. [...] ich will mal so sagen, diese faschistische Idee ist aufgegriffen worden von vielen jungen Menschen, wahrscheinlich ist das aufgearbeitet worden von den Alten, die noch Faschisten geblieben sind.[...] Aber es müssen ja aus dieser Zeit Menschen noch leben, ja, die ihnen das gut beigebracht haben. Und darin sehe ich schon eine Gefahr[...]. Also da bin ich mir sicher, dass es berechtigt ist, dass man wachsam sein muss, denn der Faschismus, der ja heute in vielen jungen Menschen, ja, im Gedankengut drin ist, [...] überhaupt vorhanden ist, nicht nur in Deutschland, auch in anderen Ländern, [...] dass darin doch die Gefahr besteht.[...] Und ich möchte hier auch appellieren an alle Regierungen aller Länder, mit aufzupassen und dementsprechend auch wirksam zu werden, dass diese Gefahr gebannt wird.«⁶⁹

Erinnerungen an Irmgard Konrad

Das ist es, woran ich mich erinnere, wenn ich an Irmgard und unsere gemeinsamen Stunden denke – der Optimismus, die Kraft und die Überzeugung gegen das »Schlechte« in der Welt mit Ausdauer anzukämpfen sowie ihre Herzlichkeit, Güte und Bescheidenheit. Es war für mich das Bemerkenswerteste, wie sie bis zuletzt Interesse an der aktuellen politischen Entwicklung in der Gesellschaft und deren Folgen zeigte. Besonders in den Begegnungen mit Jugendlichen brachte sie dies zum Ausdruck. Sie war trotz ihres Alters und körperlicher Beschwerden an anderen Menschen interessiert, neugierig und offen. Und auch die Art und Weise, wie sie ihre Erfahrungen gedanklich vermittelte, war sehr lebendig.⁷⁰

Irmgard hatte stets eine klare politische Haltung gezeigt, z. B. in unterschiedlichsten Formen des Widerstandes in Breslau. Die zwischenmenschlichen Beziehungen jedoch, besonders zu ihrem Fritz und den Genossinnen und Genossen,

69 Konrad: Seid wachsam, Gegenwart, in: Survivors of the Shoa Visual History GmbH.

70 Ich lernte Irmgard 1996 in einem Zeiteuginnengespräch in Ravensbrück im Rahmen eines Workcamps kennen. Später habe ich erfahren, dass sie eine gute Freundin meiner Großmutter, Ilse Hunger, war. Obwohl meine Oma ebenfalls Ravensbrück überlebte, lernten sie sich beide erst einige Jahre später in der Leipziger Gruppe ehemaliger Ravensbrück-Häftlinge kennen. Aufgrund ihrer Freundschaft hatte ich das Glück, Irmgard zu begegnen. Irgendwann lud Irmgard mich zu sich ein. Daraus entwickelten sich dann regelmäßige Besuche. Bis zu ihren letzten Lebensjahren versuchte ich ihr nah zu sein. Mit ihrer Familie und vielen anderen Freundinnen und Freunden begleitete ich sie in ihren letzten Lebenstagen.

waren für sie lebensnotwendiger Alltag. Dies war ihr auch nach dem Ende des Nationalsozialismus tiefstes Bedürfnis. Sie traf alte Genossinnen und Genossen wieder, sah regelmäßig ihre Kameradinnen aus Auschwitz und Ravensbrück und engagierte sich in antifaschistischen Organisationen.

»Ohne sie hätten vermutlich kaum so viele Frauen der dritten Generation den Weg in die Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V. gefunden«⁷¹, schrieb Monika Hinner in einem Artikel über Irmgard in den Ravensbrückblättern. Leider musste Irmgard aufgrund von Krankheiten in ihren letzten Jahren oft ins Krankenhaus und Operationen über sich ergehen lassen. Es ist erstaunlich, wie sie sich immer wieder mit festem Willen »aufrappelte« und selten über ihre Situation klagte. Irmgard sagte in solchen Momenten: »Wo viel Schmerz ist, ist auch viel Freude.«⁷²

Sie blieb bis ins hohe Alter aktiv. Ihre Familie, Enkelkinder, Freundinnen und Freunde sowie ihre Kameradinnen und Kameraden aus dem antifaschistischen Widerstandskampf waren ihr Lebensinhalt. Ihre Zuneigung und Wärme, aber auch der Gedankenaustausch mit ihr, die Diskussionen sowie das gemeinsame Lachen, Singen und manchmal auch Weinen, all das verband mich sehr mit Irmgard. Sie verstarb am 7. November 2003.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Monika Seiffert, der Tochter von Irmgard Konrad, für ihre sehr intensive Unterstützung bedanken.

71 Monika Hinner: Heute reden wir mal nicht darüber. Portrait Irmgard Konrad, http://www.ravensbrueckblaetter.de/alt/portraits/i_konrad/i_konrad.html, 14.03.2011.

72 Ebenda.

Uta Hermann

Fritz Maiwald erinnert sich: »Kleingekriegt ham se mich nicht ...«

Ich wurde am 24. August 1916 in Breslau geboren. Mein Vater, der noch am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte, war nach 1918 Sozialdemokrat geworden. Er fand Arbeit im Städtischen Breslauer Elektrizitätswerk. Dort arbeitete er aktiv im Betriebsrat mit. Meine Mutter war vor Kriegsausbruch Angestellte bei dem Fürsten von Pleß. Durch die Kriegsereignisse hat sie sich zu einer politisch denkenden und handelnden Frau entwickelt. Meine Mutter hatte sechs Kinder, zwei starben im Ersten Weltkrieg an Hungerödemen. Das hat sie nie vergessen. Mein Vater, als Schlosser im Städtischen Elektrizitätswerk angestellt, stieg zum Werkmeister auf und wurde zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt.

Als meine Geschwister und ich eingeschult wurden, kamen wir in Breslau in die Freie Weltliche Schule. Ich war zuerst in der Sammelschule I und später in der Sammelschule IV unter dem Rektor Enders, der, wie ich mich erinnere, von den Faschisten ermordet wurde.

Wir Kinder sind durch unsere Eltern frei und politisch erzogen worden. Wir durften uns mit ihnen über alles unterhalten, was selbst in sozialdemokratischen Familien nicht immer üblich war.

Ich wurde Mitglied der Arbeiter-Kinderfreunde. Später als ich bei den Roten Falken war, leitete ich auch deren Kindergruppen – war somit bereits in Kinderorganisationen aktiv. Später ging ich dann in die Sozialistische Arbeiter-Jugend (SAJ). Dort setzten wir uns mit der drohenden faschistischen Entwicklung auseinander – auch infolge der Überfälle durch die HJ und die SA. Im Mittelpunkt unserer Diskussionen standen z. B. Fragen der »Fürstenentschädigung« und der »Panzerkreuzerbau« in der Weimarer Republik. Heftig gestritten wurde über die SPD-Losung: Wählt Hindenburg, um Hitler zu schlagen! Als linke SAJler, die sich intensiv mit den Schriften von Marx und Engels befasst hatten, traten wir aus Protest über diese SPD-Politik aus der SAJ aus und dafür der Jugendorganisation der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), dem Sozialistischen Jugendverband Deutschlands (SJVD), bei. Auch mein Vater tendierte zur SAP. Hier war er ebenfalls aktiv. Breslau war dafür bekannt, dass die SAP ziemlich stark war, ähnlich wie übrigens in Hannover. In Breslau und Schlesien war der Rechtsanwalt Dr. Eckstein die führende Persönlichkeit.

Meine Lehre als Elektriker trat ich bei dem nach meinem Wissen einzigen jüdischen Elektromeister in der Stadt an. Er war Soldat im Ersten Weltkrieg und mit dem EK I ausgezeichnet worden. Mein Meister wusste, welche politische Meinung ich hatte. Wir konnten gut diskutieren, obwohl ich Lehrling war und er der Meister. Er war ein sehr aufgeschlossener jüdischer Mensch. Bei ihm habe ich gelernt und meine Gesellenprüfung abgelegt. Die Prüfung erfolgte unter besonders schwierigen Bedingungen, weil die Prüfungskommission gegen den Lehrmeister eingestellt war, indem sie feststellte: »Ach, das ist der Fritz Maiwald, der hat doch bei dem Juden Eichwald gelernt und sein Vater ist Betriebsrat vom Kraftwerk.« Ich habe die Prüfung mit »Gut« abgelegt, was für meinen Vater einem Wunder gleichkam. Er ist wegen Staatsfeindlichkeit in Haft gewesen und war inzwischen entlassen worden. Er hat sich eigentlich nie direkt politisch betätigt, sondern wirkte auf der gewerkschaftlichen Ebene mehr oder weniger gefühlsmäßig als Sozialist. So kam ich durch die geschilderte politische Entwicklung zum Widerstand. Mein erster illegaler Einsatz bestand darin, Geld für Inhaftierte zu sammeln. Später war ich Kurier zwischen den illegalen Dreiergruppen und beteiligte mich an Schleusungen verfolgter Antifaschisten in die Tschechoslowakei. Wir halfen insbesondere, bedrohte jüdische Bürger in Sicherheit zu bringen. Ferner brachten wir illegale Schriften aus der Tschechoslowakei nach Breslau. Bedingt durch die Kurierarbeit durfte ich keine Kontakte mehr zu der einst großen Gruppe haben. Von meinen drei Schwestern arbeitete eine illegal im Zentralverband der Gewerkschaften der Angestellten. Sie musste äußerst wachsam sein, da ihr die Gestapo auf die Spur gekommen war. Mein Vater war bereits zusammengeschlagen und verhaftet worden. Meine Schwester und ich lebten heimlich bei Verwandten. Meine andere Schwester, Ilse, lernte bei der jüdischen Firma »Kristella und Pinkus«. Die Firma vertrieb Trikotagen und Wollwaren en detail & en gros. Ilse sollte dort aufhören, nicht mehr bei einer jüdischen Firma arbeiten. Das tat sie nicht. Die Firma wurde zerschlagen. Ilse wurde gezwungen, bei einem Schlachtmeister zu arbeiten. Dort hat man sie miserabel behandelt, so dass sie krank wurde. Daraufhin wurde sie als »arbeitsfaul« in eine Jugend Erziehungsanstalt eingewiesen. Dort ist sie verstorben. Wir mussten sie auf eigene Kosten auf dem Gräbschener Friedhof beerdigen. Ihre jüdischen Freunde haben sich nicht gefürchtet und sind zur Beerdigung gekommen.

Mein jüdischer Meister wollte in seinem Selbstverständnis als guter Deutscher Breslau nicht verlassen. Im November 1938 zerschlug man ihm bei dem barbarischen Judenpogrom die Werkstatt. Ob er später umgebracht wurde, kann ich nicht sagen, aber ich habe ihn in Breslau nicht mehr gesehen.

Mein Vater, meine Schwester und ich setzten unsere illegale Arbeit fort, ohne dass der eine oder der andere je darüber gesprochen hätte. Allerdings erzählte mir mein Vater nach einer Haftnacht, dass er Prügel für mich bekommen hätte. Bei sei-

ner Verhaftung hatte es sich um eine Namensverwechslung gehandelt. Mein Vater hieß richtig Friedrich, war aber nur als »Fritz« bekannt, während mein richtiger Vorname tatsächlich Fritz ist.

Wir Jugendlichen hatten zum 1. Mai eine Fahne auf dem Schornstein von »Linke-Hofmann-Lauchhammer-Werke« gehisst. Ich war an dieser Aktion beteiligt. Es muss ein Verräter dabei gewesen sein, denn sonst wäre die Gestapo nicht auf meinen Namen gekommen. Da mein Vater unter dem Namen Fritz bekannt war, wollten sie aus ihm herausprügeln, wer noch mit dabei gewesen war. Mein Vater beschwor mich, die Gruppe zu warnen. Ich wurde auch abgeholt, aber aus anderen Gründen.

Nach dem Tod meiner Schwester Ilse habe ich mich bereit erklärt, unmittelbar in den militärischen Widerstand zu gehen. Ich meldete mich nach Absprache unserer illegalen Gruppe freiwillig zur Wehrmacht, und zwar zur Luftwaffe. Das geschah, weil wir einen Kampfgefährten hatten, der in Breslau-Gandau bei der Fliegerei als Flugzeugmonteur tätig war. Ein anderer war Segelflieger und besaß schon einen Flugzeugführerschein. Darauf zielte unsere ganze Planung! Das hört sich heute beinahe unvorstellbar an. Als Elektriker hatte ich mich schon zum Funker weitergebildet. Unser Ziel bzw. Auftrag war, möglichst eine Maschine zu kapern und mit dem Flugzeug nach Spanien zu desertieren, um dort im nationalen Befreiungskampf dem spanischen Volk zu helfen. Auf diesen Auftrag haben wir uns konzentriert. Ich habe sogar mit unserem Flugzeugmechaniker einen Kurs in Finsterwalde absolviert. Doch ehe die Ausbildung endete, war die Spanische Republik gestürzt. Wir bekamen die Anweisung, nicht mehr miteinander in Kontakt zu treten.

Meine wichtigste Anlaufstelle war mein Vater, da ich öfter in Breslau auf Urlaub gehen konnte.

Mir unbekannte Helfer sorgten dafür, dass ich bei der Luftwaffe weiter im Nachrichtenwesen arbeiten konnte. Ich bin dann Bordfunker geworden und habe diese Stellung für die illegale Arbeit genutzt.

1945 bei Kriegsende war ich in Österreich und habe dort eine Gruppe von Kameraden überzeugt, nach Hause zu gehen. Ein SS-Offizier wollte das verhindern und einen von uns zur Abschreckung erschießen. Ich rief: »Halt! Hier habe ich das Kommando!« Er zog die Pistole. Ich gab meinem Zug den Befehl, die Waffen anzulegen. Da war der Mann so entsetzt, dass ihm das als SS-Angehörigen passieren konnte, dass er nicht schoss, sondern nur verdutzt dreinschaute. Ich erzähle das nur, weil ja häufig gesagt wird, man konnte ja gar nichts machen...

Abschließend möchte ich feststellen: Ich war Bauer, Elektriker, Arbeiter, Angestellter. Ich war im Gefängnis, bin ein paar Mal festgenommen worden und habe eine Menge Prozesse hinter mir, aber kleingekriegt haben sie mich bis jetzt nicht und das wird auch so bleiben.

Das Interview mit Fritz Maiwald wurde im Herbst 2002 in seiner Wohnung in Hannover geführt. Damals war er schon 86 Jahre alt. Das mehrstündige Gespräch schien ihn nicht zu ermüden, im Gegenteil. Er erzählte lebendig, suchte in den bereit liegenden Unterlagen nach Dokumenten und fand sie schnell. Geboren am 24. August 1916, verstarb er 91-jährig am 28. August 2007.

Noch während des Krieges kam Fritz Maiwald nach Hannover, lernte hier seine Frau kennen, die jedoch an Krebs erkrankte und frühzeitig starb. Mit Herta Dürrbeck begründete er eine über 30 Jahre andauernde bis zu ihrem Tod während Lebensgemeinschaft. Er war weiterhin in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit tätig und hauptamtlicher KPD-Sekretär. Nach dem KPD-Verbot arbeitete er wieder in einem Elektrobetrieb, wurde bald darauf Betriebsratsvorsitzender und Vertreter im hannoverschen Gesellenausschuss. Seine Einzelkandidatur zur Bundestagswahl 1961 brachte ihm eine Anklage und Verurteilung wegen angeblichen Verstoßes gegen das KPD-Verbot ein. Sieben Monate der 12-monatigen Haftstrafe verbrachte er im Gefängnis Oldenburg. Aus dieser Zeit datiert seine Mitgliedschaft in der VVN. Gemeinsam mit Herta Dürrbeck widmete er sich intensiv der Arbeit in dieser Organisation. Er war viele Jahre deren Kreisvorsitzender in Hannover und hatte Funktionen auf Landes- und Bundesebene. Jugendliche luden ihn oft und gern als Zeitzeugen zum Gespräch ein. In der Geschichtskommission und im Arbeitskreis Niedersächsischer Gedenkstätten bemühte er sich besonders um die Aufklärung über Zwangsarbeiterlager in der Umgebung von Hannover. 2002 wurde er Ehrenvorsitzender der Landesvereinigung der VVN (BdA Niedersachsen). Bis zuletzt verfolgte er voller Anteilnahme die politische Entwicklung des Landes.

Walter Schmidt

Widerstand in Auras/Oder, Kreis Wohlau 1933 bis 1945

Eine Geschichte des kleinen Städtchens an der Oder, zumal der neuesten Zeit, existiert noch nicht. Sie zu schreiben dürfte angesichts der äußerst schmalen Quellenlage auch sehr schwer sein. Allzu viel ist durch die Kriegseinwirkungen unwiederbringlich verloren gegangen. Was hier versucht wird, muss bescheiden bleiben. Die folgende Darstellung will den Widerstand von einzelnen Bewohnern der Kleinstadt gegen die Naziherrschaft nachzeichnen. Grundlage ist das wenige überlieferte Material, das einige Quellen und sporadische Publikationen bieten, eigene biographische Untersuchungen über drei Einwohner von Auras, die der Naziherrschaft widerstanden haben, schließlich eigene Erinnerungen an den Ort meiner Kindheit und Jugend und solche von Bekannten und Freunden, die heute das achte Lebensjahrzehnt erreicht oder gar schon überschritten haben, also in der zu behandelnden Zeit dem Kindesalter noch nicht entwachsen waren. Folglich sind es meist nur mehr bruchstückhafte, episodische Erinnerungen aus Erzählungen der Eltern, die im Gedächtnis der Kinder haften blieben und so auf uns gekommen sind.

Auras, etwa 20 km nördlich von der schlesischen Hauptstadt Breslau am rechten Oderufer, am Anfang des großen Oderknies nach Westen gelegen, war die nach ihrer Bevölkerungszahl kleinste der insgesamt sechs Städte (Wohlau, Steinau, Winzig, Dyhernfurth, Köben, Auras), die 1932 unter Einschluss des Kreises Steinau zum gebildeten Groß-Kreis Wohlau gehörten.¹ Das Landstädtchen zählte 1933 1.719 und 1939 1.639 Einwohner, von denen etwa drei Fünftel evangelisch und zwei Fünftel katholisch waren. Auras hatte ein 1847 umgebautes Rathaus,² das die letzten Kriegseinwirkungen unbeschadet überlebte, eine katholische und eine evangelische Kirche sowie eine katholische und eine evangelische Schule, die 1940/41 zu einer einheitlichen nichtkonfessionellen Schule zusammengelegt wurden.

- 1 Hierzu siehe Richard Juhnke: Wohlau. Geschichte des Fürstentums und des Kreises, Würzburg 1965, S. 105 f., 264 f., 342, 449, 450; Franz Josef von Gilgenheimb: Kleine Chronik über Auras Kreis Wohlau; Stadt Auras, hg. von Pfarrer Hoppe, Wiesbaden 1950; Handbuch der historischen Stätten. Schlesien, Stuttgart 1977, S. 8; Heinrich Bartsch: Die Städte Schlesiens, Frankfurt a. M. 1983, S. 41 f.; Paul Urbanski: Auras in Zahlen und Fakten, o.O., O.J.; Klaus Ullmann: Schlesien-Lexikon, Mannheim 1985, S. 24 f.
- 2 Dazu gibt es eine preußische Akte. GStA PK, I.HA Rep. 77 Tit. 2962 Nr. 4: Das Rathaus von Auras.

Erstmalig erwähnt wurde der Ort 1203, wie das nach dem ältesten Wappen von 1433 (mit der Unterschrift *Sigillum civitatis auriensis*) nachgestaltete modernere Wappen des Bürgermeisters ausweist. Es zeigt einen nach links gerichteten kampflustigen silbernen Stier auf grünem, festem Erdreich stehend. Seit 1312 besaß Auras nachweislich Stadtrecht. Seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts war sein Wahrzeichen ein als Wasserburg in eigenartiger Dreiecksform angelegtes Schloss, das aber bis ins 19. Jahrhundert mit dem dazu gehörigen Gutsbesitz und etwa 700 Bewohnern als sogenanntes Burglehn nicht zur Stadt gehörte. Auras-Burglehn wurde erst am Ende des 19. Jahrhunderts und endgültig in der Weimarer Republik in die Stadt eingemeindet.³ Über die Jahrhunderte wechselten die zahlreichen adligen Besitzer des Schlosses⁴ und des dazu gehörigen Dominiums, das offiziell Auras-Fischergasse hieß. Der letzte Eigentümer war der »Herr von Auras«, Hans Georg Maria Karl Joachim Hentschel von Gilgenheimb (1885–1945), der, katholischen Glaubens, in der Auraser Kirche des Sankt Michael für seine Familie eine »Stammbank« direkt vor der Kanzel besaß.⁵ Das Städtchen hatte es wegen der geringen Einwohnerzahl nach der preußischen Städtereform von 1808 schwer, sich als selbständiges Gemeinwesen zu behaupten. Auras galt bis ins 19. Jahrhundert nur als sogenannte Mediatstadt,⁶ hatte keine eigene Gerichtsbarkeit, sondern unterstand der jeweiligen adligen Herrschaft derer vom Burglehn und zählte mithin zum platten Land. In den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts sollte Auras sein Stadtrecht sogar ganz verlieren, was die Stadtverordnetenversammlung nur mit Mühe und Not verhindern konnte. Erst viel später, als aus dem deutschen Auras das polnische Uraz geworden war, musste der Ort das Stadtrecht aufgeben.⁷ Das Schloss, das im Frühjahr und Sommer 1945, also nach Kriegsende, noch vollkommen intakt war (wir haben im Sommer 1946 als Jugendliche darin noch Verstecken gespielt und den intakten Fahrstuhl zwischen Küche und Speisesaal benutzt), wurde erst in den folgenden Jahrzehnten dem Verfall preisgegeben und ist heute völlig zerstört.

Das große Plus von Auras war seine Lage an der Oder. Fluss-Schifffahrt, Schiffseigner wie Schiffer, eine Schiffsbauwerft mit ihren Schiffbauern sowie Arbeiter zur Flussregulierung, sogenannte Strombauarbeiter, bildeten seit dem 19. Jahrhundert einen Großteil der arbeitenden Bevölkerung von Auras. Nach den An-

3 Dokumentiert in: GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 2962 Nr. 5: Der Gemeindebezirk der Stadt Auras (1851–15.6.1922).

4 Den Besitzerwechsel bis 1900 verzeichnet Juhnke: Wohlau, S. 264.

5 Zu der speziellen Linie der v. Gilgenheimbs, eines alten verzweigten schlesischen Adelsgeschlechts, siehe Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Adligen Häuser, Teil B, 31. Jg. 1939, S. 242–244 und Teil B, Bd. I, 1954, S. 165 f.

6 Siehe Juhnke: Wohlau, S. 264.

7 Siehe Klaus Ullmann: Schlesien-Lexikon, Mannheim 1985, S. 24 f.

gaben im Einwohnerverzeichnis von 1940⁸ lebten in der Stadt 29 Schiffseigner, 40 Schiffer, 12 Schiffbauer, die auf der Schiffswerft von Max Wedemann beschäftigt waren, und 40 Strombauarbeiter. Ferner wurden ca. 60 Arbeiter gezählt, darunter zahlreiche Maurer, Landarbeiterinnen und Landarbeiter. Der Anteil an eigentumslosen Arbeitern, die sich im Schiffbau, vor allem als Schiffer bei den Schiffseignern, bei der Stromregulierung, auf dem herrschaftlichen Dominium oder bei Bauern verdingten, war mit über 150 relativ hoch und übertraf um Vieles die Zahl der Handwerksmeister, Gewerbetreibenden oder Händler.

Stark litt die Stadt darunter, dass sie im 19. Jahrhundert von den modernen Verkehrswegen geradezu abgeschnitten wurde. Die großen Eisenbahnlinien von Breslau nach Posen in nordöstlicher wie nach Berlin in nordwestlicher Richtung liefen in großem Abstand weit an der Stadt vorbei. Der Bahnhof an der Eisenbahnlinie Breslau-Posen, von dem aus man noch am schnellsten in die Hauptstadt Breslau gelangen konnte, hieß zwar Auras-Hennigsdorf, war aber nur eine freundlich gemeinte, recht formale Konzession an das Oderstädtchen. Er lag fünf Kilometer von Auras entfernt und war nur durch eine private Buslinie mit der Stadt verbunden. Die meisten Auraser, die in Breslau arbeiteten oder zur Schule gingen, nutzten allerdings das Fahrrad. Die Industrialisierung des Städtchens beschränkte sich auf eine Kartoffelflockenfabrik, die eng an die Landwirtschaft gebunden war und nur wenige neue Arbeitsstellen brachte. Wirtschaftlich vorherrschend blieben neben der Oderschiffahrt und dem Schiffbau sowie einem Sägewerk, das die Forstwirtschaft bediente, und einer Mühle (ursprünglich einer Wassermühle) bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts das kleine Handwerk und Gewerbe sowie die Landwirtschaft. Letztere gab Auras nicht nur an den Rändern, vor allem in den zu Auras gehörenden Vorwerken Raake und Weite Walke, das Gepräge eines Ackerbürgerstädtchens. Das Einwohnerverzeichnis⁹ zählte immerhin etwa 51 Landwirtschaftsbetriebe. Zugleich war nördlich der Stadt seit 1931 eine Siedlung entstanden.

In der Weimarer Republik gehörte Auras zu den ärmsten Städten des Kreises. Einen eigenen ordentlich bezahlten Bürgermeister konnte sich die Stadt nicht leisten. Das Amt führte kommissarisch der als Rendant für die Sparkasse zuständige Hauptmann a. D. Ernst Schwabe auf der Grundlage eines Privatdienstvertrages für 1.800 RM im Jahr, wovon die rentable Sparkasse der Stadt noch die Hälfte trug.¹⁰ Die Stadt litt wiederholt unter dem Oderhochwasser, das die Landwirtschaft be-

8 Einwohnerverzeichnis der Stadt Auras von 1940, o.O., o.J., 14 S.

9 Ebenda.

10 Hierzu und zum Folgenden GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 2962 Nr. 2: Die Anstellung der Communalbeamten in der Stadt Auras, die sonstigen Personalangelegenheiten sowie die Verwaltung der Communal-Angelegenheiten der Stadt Auras vom 10. August 1841 bis 4.12.1932, unpaginiert; Regierungspräsident Breslau an Mdl, Mai 1932. Ferner schriftliche Mitteilungen von Vera Brinkhoff (verw. Stiller, geb. Reimann), Walsrode, vom 22.1.2009.

sonders traf und dort zweimal rund 90 Prozent der Ernte vernichtete. 77 Landwirte reichten deshalb im Februar 1927 eine Petition um Unterstützung ans preußische Landwirtschaftsministerium ein.¹¹ Der Magistrat beantragte im gleichen Jahr, das sonst den »goldenen Zeiten« der Republik zugerechnet wird, einen finanziellen Zuschuss von 10.000 RM zur Entlastung der Gewerbetreibenden und begründete dies mit den schlechten Arbeitsverhältnissen, der hohen Erwerbslosenziffer als Folge des Niedergangs des Schifffahrtsgewerbes sowie der gewachsenen Fürsorge für arbeitslose Landarbeiter.¹² Die Zahl der Gewerbebetriebe hatte sich um 20 Prozent verringert. Es herrschten Wohnungsnot und -elend, und es gab keinerlei Entwicklungsmöglichkeiten, da betriebliche Arbeitsplätze fehlten. Der Apotheker Max Bartsch beklagte seine außerordentliche Notlage als Kleinstadtapotheker und erbat wegen drohender Pfändungen Steuer- und vor allem Nachzahlerlass.¹³ Die Breslauer Regierung sah einen Ausweg vor allem darin, Auras das Stadtrecht zu nehmen und es fortan der Landgemeindeverfassung zu unterwerfen, was die Stadtverordnetenversammlung trotz der schwierigen Wirtschaftslage ablehnte.¹⁴ Noch im Mai 1932 wurde der Stadt von der Regierung allerdings bescheinigt, dass »die politischen Verhältnisse in Auras ... durchaus übersichtlich« seien und in den städtischen Körperschaften »nennenswerte Gegensätze« nicht bestünden, was immer dies zu bedeuten hatte.¹⁵

Leider schweigen die wenigen zentralen Quellen, über die wir verfügen, über die tatsächlichen politischen Verhältnisse, etwa über die politische Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung in und vor allem am Ende der Weimarer Republik. Die Sozialdemokratie hatte zunächst einen signifikanten Einfluss. Daher ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass es eine Ortsorganisation der SPD gab, wenngleich darüber nichts überliefert ist. Ob die KPD über eine eigene Organisation in der Stadt verfügte, ist nicht bekannt, aber es wirkten in der Stadt nachweislich mehrere Kommunisten, die in Erinnerung geblieben sind. Vor allem scheint die NSDAP angesichts der Notlage in der Stadt seit den beginnenden dreißiger Jahren zunehmend an Einfluss und bald auch die Wählermehrheit gewonnen zu haben. Es bildete sich offenbar schon vor 1933 eine Ortsgruppe der NSDAP, der bis 1945 zunächst der Tischlermeister Paul Wende und der Baumeister Otto Raepe und zuletzt, als die meisten Männer zur Wehrmacht eingezogen waren, seit 1941 der Hauptlehrer der Volksschule Erich Geister vorstanden. Die Auraser NSDAP-Ortsgruppe hatte mit dem Sägemühlenbesitzer Max Tietze in ihren Rei-

11 GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 2962b Nr. 1: Kommunalhaushalt und die Aufbringung der Fonds zur Bestreitung der Kommunalbedürfnisse der Stadt Auras (Mai 1856 bis März 1927), unpaginiert: Petition vom 16.2.1927.

12 Ebenda: Antrag des Magistrats, 27.2.1927.

13 Ebenda: Schreiben von Max Bartsch an den Oberpräsidenten, 5.2.1927.

14 GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 2962: Regierungspräsident Breslau an MdL, Mai 1932.

15 Ebenda.

hen einen sogenannten Blutordensträger, der sich in der Weimarer Republik offenbar durch besonderen Einsatz für die Partei und erlittene staatliche Verfolgungen ausgezeichnet hatte.¹⁶ Wie stark die NSDAP-Ortsgruppe war, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Mitglieder der NSDAP waren zumeist Handwerksmeister, Eigentümer von Unternehmen, Verwalter, der Arzt Dr. Richard Goldbach,¹⁷ der im Januar 1945 Suizid begangen haben soll, der Apotheker, aber auch Angestellte, weniger jedoch Arbeiter. Die meisten NSDAP-Mitglieder waren alles andere als aktive oder gar fanatische Nazis, sondern mehr oder weniger Mitläufer. Allerdings war der Wählerzulauf zur NSDAP nicht zu übersehen. Über die Märzahlen von 1933 konnten für das Landstädtchen leider keine Ergebnisse ausfindig gemacht werden. Während der Stimmenanteil der NSDAP im Reich 43,9 Prozent betrug,¹⁸ stimmten im Kreis Wohlau bei einer hohen Wahlbeteiligung von 91,6 Prozent von 36.628 Wählern 22.260 für die NSDAP, das sind ca. 61 Prozent, somit weit über dem Reichsdurchschnitt liegend. SPD, Zentrum und DNVP erhielten mit rund 4.000 ca. 11 Prozent der Stimmen und die KPD erreichte gegenüber dem Reich, wo sie 12,3 Prozent gewann, mit 1.156 Stimmen lediglich 2 Prozent.¹⁹ Es ist anzunehmen, dass die Stimmenverhältnisse in Auras nicht wesentlich anders waren. Die NSDAP erreichte hier einen überdurchschnittlich hohen Stimmenanteil.

Nach dem 30. Januar 1933 spricht eine Aktion dafür, dass zumindest kommunistischer Widerstand noch existierte. Die auf dem Schornstein der Flockenfabrik gehisste Naziflagge wurde nachts heruntergerissen, in den Schornstein geworfen und durch die rote Fahne ersetzt, was in der Stadt ziemlich Furore machte.²⁰ Die Namen einzelner Kommunisten gerieten auch in den zwölf Jahren der faschistischen Diktatur nicht in Vergessenheit. Man wusste, dass der Strombauarbeiter Franz August Kitschke früher ebenso der KPD angehört oder ihr nahegestanden hatte wie der Strombauarbeiter Paul Baschwitz und die Arbeiter Karl Boiok und Erich Röhl. Letzterer war auch kurzfristig verhaftet worden.²¹ Kommunist war Robert Kaiser aus Auras-Raake, der in der Nazizeit regelmäßig mit dem Sozialdemokraten Fritz Kipke offen politische Fragen debattierte.²² Ob später noch weitere antifaschistische Aktionen stattfanden, ist unbekannt. Unvergessen blieb in der Stadt, dass der Tischlermeister Fritz Kipke (1891–1977) neben anderen Handwerkern und Arbeitern in der Weimarer Republik Mitglied der SPD war. Er gehörte bis 1933 der sozialdemokratischen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

16 Auskunft von Vera Brinkhoff, 6.9.2011.

17 Auskunft von Vera Brinkhoff, 6.9.2011.

18 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1933, S. 539.

19 www.verwaltungsgeschichte.de/wohlau.html.

20 Dazu die Mitteilungen aus den Erinnerungen des Vaters von Gerhard Kitschke vom 11.5.2011.

21 Ebenda. Zu den Namen siehe das Einwohnerverzeichnis der Stadt Auras von 1940.

22 Mitteilungen von Christa Kipke, Obermeitingen vom 10.1.2012.

an, war Beigeordneter in der Stadt und wirkte als Schöffe am Landgericht in Breslau. Er leistete in der Weimarer Republik durch Herstellung von Flugblättern politische Arbeit für die SPD.²³ Auch der Herrenschneider Stanislaus Strozky aus der Siedlung könnte SPD-Mitglied gewesen sein oder hatte dieser Partei zumindest sehr nahe gestanden. Bei Strozys fanden meine Mutter und ich Zuflucht, als wir wegen der Nähe zur Oder, die zur Frontlinie geworden war, unser Haus in der Breslauer Straße 32 Ende Januar 1945 vorsorglich verließen. Haussuchungen, die in den ersten Jahren der Naziherrschaft gegen Kitschke stattfanden, verliefen durchweg ergebnislos, weil die antifaschistische Literatur in einer verputzten Nische des Hauses versteckt worden war.²⁴ Auch in unserer Familie, bei meinem Vater, dem Händler Josef Schmidt, der erst im Frühjahr 1933 nach Auras gezogen war, dessen nazifeindliche, kommunistische Gesinnung in der Stadt aber nicht unbekannt war, fanden in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre ebenfalls zwei Haussuchungen statt, die ohne Ergebnis verliefen.

Als politisch unzuverlässig galten in der Stadt darüber hinaus außer den beiden Pfarrern der pensionierte Studienrat Alfons Exner, von dem man insgeheim wusste, dass er Feindsender hörte, der Arbeiter Bernhard Tonder und der Händler Bruno Kunze, die beide wohl linksorientiert waren, der Fleischermeister Fritz Gimmel und der Kaufmann Paul Urbanski.²⁵ Es war ein offenes Geheimnis, dass nicht wenige Gläubige katholischer wie evangelischer Konfession, die in einem festen Verhältnis zu ihrer Kirche standen, sich stillschweigend distanziert zum nationalsozialistischen Regime verhielten, so etwa der Bäcker Johann Heinze aus der Breslauer Straße. Auch nach fünf Jahren Nazidiktatur war Widerständiges in Auras nicht ganz erloschen. Die Wahlen nach der Eingliederung Österreichs ins Großdeutsche Reich unter dem Slogan: »Ein Volk, ein Reich, ein Führer!« erbrachten zum Erstaunen und Unmut der Nazis 25 Gegenstimmen. Man glaubte zu wissen, wessen Opposition gegen das Nazisystem sich darin ausgedrückt hatte.²⁶

Man konnte sich denken und war sich sicher, dass die Pfarrer der beiden Kirchen nicht zu den Freunden und Unterstützern der Nationalsozialisten gehörten. Pastor Johannes Halm, seit Januar 1928 an der Spitze der evangelischen Kirchengemeinde,²⁷ widerstand als einer der ersten in der Stadt der Absicht der Nazityrannei, die evangelische Kirche mit den sogenannten Deutschen Christen

23 Informationen seiner Tochter Christa Kipke, Obermeitingen vom 12.2.2005.

24 Mitteilungen von Gerhard Kitschke, April 2011.

25 Angaben von Paul Urbanski vom 13.1.2009 und Vera Brinkmann vom 22.1.2009 und 2.9.2011.

26 Aus eigener Erinnerung und nach Aussagen der Eltern.

27 Zur Biographie von Johannes Halm siehe Richard Hoppe: Pastor Johannes Halm, Auras, in: Wohlaer Rundbrief, 1953, S. 7, auch in: 1932. Leben im Kreis Wohlaue ... und das Leben danach, Würzburg 2007, S. 353; Walter Schmidt: Widerstand und Repressionen des Auraser evangelischen Pastors Johannes Halm in nationalsozialistischer Zeit, in: Wohlaue-Steinauer Heimatblatt, 10/2008, S. 14 f.



Johannes Halm, 1952

politisch gleichzuschalten. Der im Ersten Weltkrieg als Leutnant schwer verwundete Theologiestudent war 1921 ordiniert worden und vor seiner Berufung nach Auras Pfarrer in Dittersbach gewesen. Er schloss sich 1933 der Bekennenden Kirche an.²⁸ Anfang 1934 verlas er im Gottesdienst von der Kanzel eine Kundgebung des Pfarrernotbundes mit scharfen Anklagen gegen den Reichsbischof wegen dessen Verletzung des Bekenntnisstandes der evangelischen Kirche. Als er deswegen von der nazihörigen Kirchenleitung wegen angeblichen »Missbrauchs des Gottesdienstes« einem Verfahren unterzogen wurde und einen Verweis erhielt, wehrte er sich energisch.²⁹ Er zwang den Oberkirchenrat, den Verweis gegen ihn aufzuheben. Pastor Halm blieb in den Vorkriegsjahren bei seiner ablehnenden Haltung des Nazisystems. Den Behörden galt er um so mehr als politisch unzuverlässig, da er den »Treueid auf den Führer« nicht leistete.³⁰ 1935 wurde er wegen seiner Zugehörigkeit zur Bekennenden Kirche erstmals kurzfristig in Breslau in Haft genommen.³¹

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde der kirchenpolitische Widerstand in Auras erneut evident. Pastor Halm wurde am 8. September 1939 auf Anordnung des Landrats wegen seiner politischen Unzuverlässigkeit als Vorsichtsmaßnahme

28 Ernst Hornig: Die Bekennende Kirche in Schlesien 1933–1945. Geschichte und Dokumente, Göttingen 1977, S. 361: Mitgliederliste der Pfarrerschaft der Bekennenden Kirche Schlesiens nach dem Stand vom 1. Oktober 1934: »Kirchenkreis Wohlau–Halm, Auras über Obernigk«.

29 Hierzu und zum Folgenden siehe Evangelisches Zentralarchiv Berlin (EZA), Bestand 7, Nr. 14.271: Kirchenpolitische Vorgänge aus der Kirchgemeinde Auras, Kirchenprovinz Schlesien, unpaginiert: Johannes Halm an Oberkirchenrat und Konsistorium, Auras, 6.3.1934

30 EZA, Bestand 7 Nr. 14270: Die evangelischen Kirchen- und Pfarrangelegenheiten in der Stadt Auras sowie die Berufung, Anstellung und Besoldung der Geistlichen und Kirchenbedienten daselbst, ab November 1851, unpaginiert: Konsistorium Breslau an Oberkirchenrat, 1.5.1942.

31 Schriftliche Information von Christine und Eberhard Halm vom Januar 2008.

in Schutzhaft genommen und in der Kreisstadt Wohlau inhaftiert.³² Nur aufgrund seiner schweren Kriegsverletzung musste ihn der den Haftbefehl erlassende Landrat Johannes Slawik (der sich 1941 germanisch zu Wieck umbenennen ließ) nach Intervention eines Arztes und wegen eines Krankenhausaufenthaltes vier Tage später wieder freilassen.

Zweieinhalb Jahre später – 1942 – ging die Gestapo erneut gegen ihn vor. Pastor Halm hatte energisch gegen Störungen des Konfirmandenunterrichts durch einen neu eingerichteten Kindergarten protestiert. Nach einer Denunziation von der Gestapo wurde daraufhin gegen ihn ein Strafgeld von 1.000 RM verhängt. Dagegen intervenierte sofort der Gemeindegemeinderat, der es sich nicht erklären konnte, dass ein politisch Unzuverlässiger 1939 als Wehrmachtsoffizier gefragt war. Das Gremium berief sich darauf, dass Deutschland doch ein Rechtsstaat sei, in dem die Anzeige eines Gegners der christlichen Kirche oder eines Parteigenossen ohne die Gelegenheit einer Aussprache nicht zu solcher Maßnahme führen dürfe.³³ Weder dies noch eine Eingabe des Konsistoriums Breslau führten zu einer Aufhebung der Strafe. Die Gestapo-Leitstelle Breslau ließ Pastor Halm Ende März 1942 wissen, dass er erst am 31. Mai 1945 über das eingezahlte Geld verfügen könne, wenn er sich bis dahin »politisch einwandfrei geführt« hätte.³⁴

Die Sicherheitsbehörden waren umso mehr von der »gegen Partei und Staat eingestellten Haltung« des Pastors überzeugt, als er Ende 1941 mit dem Gemeinderat einen in Auras und Umgebung bekannt gewordenen Fall von Euthanasie erörtert hatte.³⁵ In Auras war die Urne eines Geisteskranken aus einer Heilanstalt eingetroffen. Dies hatte in der Bevölkerung von Auras und Umgebung große Empörung ausgelöst. Es wurde geäußert: »Wie sieht es bei uns aus, in den Klöstern und Irrenanstalten? Von dort erhalten die Angehörigen ohne jede weitere Mitteilung die Nachricht, dass der Verstorbene bereits beerdigt oder verbrannt ist und die Urne zur Abholung bereit stehe. Sogar bei Kriegsverletzten ist dies schon geschehen.« Der Evangelische Gemeinderat fragte vor diesem Hintergrund in seiner Sitzung am 16. November 1941 kritisch an, warum von Seiten der Kirchenleitung gegen die Euthanasie nichts unternommen worden sei. Pastor Halm erklärte daraufhin, »dass doch von Seiten der Kirche schon etwas unternommen worden war und las aus dem Schreiben des Landesbischofs Dr. Wurm aus Stuttgart an den Herrn Reichsminister des Innern einige Stellen vor. Er ergänzte in seinem Bericht

32 EZA, Bestand 7, Nr. 14270: Pfr. Halm an das Evangelische Konsistorium Breslau, Auras, 13.2.1940; Dokumentation Johannes Halm, Dok. 1.

33 EZA, Bestand 7, Nr. 14270: Evangelischer Gemeindegemeinderat Auras über Evangelisches Konsistorium an Regierungspräsident von Breslau, Auras, 12.4.1942.

34 Ebenda: Geheime Staatspolizei-Leitstelle Breslau an Pastor Halm, Breslau, 3.3.1942, Dokumentation Johannes Halm, Dok. 2.

35 Hierzu siehe ebenda Dok. 3: Bericht des Konsistoriums Breslau an den Oberkirchenrat, Breslau, 18.7.1942.



Martin Scholl, 1940er Jahre

ans Konsistorium vorsichtshalber: »Dies scheint irrtümlich als meine eigene Auslassung aufgefasst worden zu sein.«³⁶

Auch in der katholischen Kirche regte sich mit Kriegsbeginn insgeheim Widerstand. Er trat in Auras vor allem unter katholischen Theologen zutage, die Ende August 1939 als Soldaten in Vorbereitung auf den Überfall auf Polen einquartiert worden waren. Als katholischer Pfarrer amtierte in Auras Martin Scholl, ein Mann, der nach Herkunft, gesellschaftlicher Erfahrung und Bildung von Anfang an in deutlicher Distanz zum nationalsozialistischen System stand.³⁷ Er stammte aus einem tiefgläubigen Elternhaus Oberschlesiens,³⁸ hatte in Breslau katholische Theologie studiert und war nach seiner Priesterweihe am 17. März 1923 als Kaplan bereits an verschiedenen Orten in Schlesien, darunter auch in Wohlau, tätig gewesen. Ende April 1933 wurde er zum Pfarrer der katholischen Gemeinde von Auras und Kottwitz berufen. Bis 1928 hatte er sich als Mitglied der Zentrumsparterie, der politischen Vertretung des deutschen Katholizismus, auch direkt politisch engagiert. Wir wissen nicht,

welche politischen Auffassungen er nach 1933 vertrat und welche Kompromisse er wegen der angepassten nazifreundlichen Haltung des deutschen Episkopats unter Adolf Kardinal Bertram nach dem Konkordat zwischen dem Vatikan und dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933 eingehen musste. Wohl aber war im Ort unter den Gläubigen und darüber hinaus bekannt, dass er mit den Faschisten nichts zu tun haben wollte. Jederzeit achtete er auf strikte Distanz gegenüber den politischen Bestrebungen der neuen Machthaber, zumal diese den Bewegungsspielraum der Kirche zunehmend einengten. Als Priester erfüllte er seine Aufgaben unbeirrt und mit einer eisernen Konsequenz, so dass er und seine Kirche nicht wenigen als Zufluchtsort vor den Bedrängungen durch die allgegenwärtige Politik galten.

36 Ebenda.

37 Zu seiner Biographie siehe Walter Schmidt: Martin Scholl (1898–1945). Pfarrer in Auras in nationalsozialistischer Zeit, in: Archiv für schlesische Kirchengeschichte, Bd. 63, Münster 2005, S. 1055–1134; gekürzt auch in: Wohlau-Steinauer Heimatblatt, r. 9,10 und 12/2005.

38 Für Auskünfte zur Familie Scholl und über Persönliches zu Martin Scholl danke ich seinen Neffen Johannes M. Jaschick, Bensberg.

Kein Wunder, dass sich bei seiner Verhaftung durch die Gestapo im Mai 1941 in der Stadt das Gerücht verbreitete, auf Pfarrer Scholls Schreibmaschine seien im Herbst 1939 Flugblätter gegen den Krieg verfasst und dann verbreitet worden. Das konnte ihm zwar nicht nachgewiesen werden, doch hatte er die antinazistischen Texte, deretwegen er in Haft genommen wurde, im Frühjahr 1941 von einem Soldaten erhalten, der im Herbst 1939 in Auras einquartiert gewesen und mit dem er wohl in engerem Kontakt geblieben war.³⁹ Es handelte sich bei den zwei Schriften, die Martin Scholl übergeben worden waren, um religiöse Weissagen des Theologiestudenten Johannes Cierpke, nach denen der Katholizismus sich erst nach Siegen der Gottlosen – als solche wurden die Nationalsozialisten bezeichnet – vollständig durchsetzen werde. Nach Auffassung des Gerichts enthielten die Schriften »von niedriger Gesinnung zeugende böswillige Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates und von Einrichtungen der NSDAP. Die Nationalsozialisten werden als gottlos, ihre Führung als Luzifer bezeichnet. Ihnen wird Raub, Plünderung und Verwüstung des Weinbergs des Herrn nachgesagt, die nationalsozialistische Weltanschauung wird als Irrlehre bezeichnet, die SS wird den Rot-Milizen in Spanien gleichgestellt.«⁴⁰ Martin Scholl hatte diese Schriften nicht nur selbst gelesen und natürlich auch nicht angezeigt, was nach Meinung der Nazis korrekt gewesen wäre, sondern sie an seinen Amtsbruder Oskar Bansch in der Nachbargemeinde Schebitz weitergereicht. Dieser hatte sie seiner Schwester Helene Bansch, der Ursulinerin Tarsatia, in Oberweistritz zum Lesen übergeben, die sogar auszugsweise zwei Abschriften davon anfertigte. Beide wurden nach Abbußung der Straftat nicht freigelassen, sondern in die berüchtigte Schutzhaft genommen und überlebten das Ende der Naziherrschaft in einem Konzentrationslager.

Während die Breslauer Kirchenführung trotz Bemühungen der Schwester Martin Scholls nichts zur Verteidigung des Pfarrers unternahm, setzte sich Hans Georg von Gilgenheimb, ein Mitglied der Auraser katholischen Gemeinde, für die Gewinnung eines Wahlverteidigers ein.⁴¹ Martin Scholl wurde am 1. Juni 1942 gemeinsam mit dem Pfarrer von Schebitz und dessen Schwester nach dem Heimtücke-gesetz von 1934 wegen Billigung und Verbreitung nazifeindlicher Schriften unter Anrechnung der Untersuchungshaft zu einem Jahr und drei Monaten Ge-

39 Dazu und zum Folgenden: Urteil des II. Sondergerichts beim Landgericht Breslau vom 1.6.1942, in: Bundesarchiv Berlin, R.5101: Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten, Nr. 22249: Beschwerden und Strafverfahren gegen katholische Geistliche pp. im Regierungsbezirk Breslau von Juni 1940–1944, Bl. 184-190. Siehe Dokumentation Martin Scholl; Kurt Engelbert: Schlesische Pfarrer im Dritten Reich. Nach Aufzeichnungen des Kapitularvikars Bischof Dr. Piontek, in: Archiv für Schlesische Kirchengeschichte, 23, 1965, S. 228; Martin Scholl. Pfarrer in Auras, in: Wohlauer Rundbrief, Nr. 85, 1977, S. 17 f.; Leben im Kreis Wohlau, S. 381.

40 Dokumentation Martin Scholl: Urteil des II. Sondergerichts, Bl. 189-189v.

41 Auskunft von Johannes Jaschick vom 31.01.2005.



Josef Schmidt, 1942

fängnis verurteilt. Er verbrachte nach der Untersuchungshaft die Reststrafe teils in Breslau, teils aber wahrscheinlich in einem Arbeitslager in Glatz. Nach der Entlassung Mitte August 1942 nahm er seine Tätigkeit als Pfarrer der Auraser Gemeinde wieder auf, wobei ihm fortan die bisher gezahlte staatliche Pfarrerbesoldungsbeihilfe gesperrt wurde.

Wenige Wochen nach der Entlassung Martins Scholls wurde Ende September 1942 ein dritter Nazigegner aus Auras, der Elektromeister Josef Schmidt, von der Gestapo auf seiner Arbeitsstelle, einem Arbeitsdienstlager bei Zobten, verhaftet. Das Folgende ist die Geschichte meines Vaters Josef Paul Schmidt.⁴² Geboren in einer katholischen Kleinbauernfamilie im schlesischen Dorf Glambach, Kreis Münsterberg, war er in seiner Jugend von kirchlichen Institutionen gehindert worden, sich zum Lehrer, seinem Wunschberuf, ausbilden zu lassen. Er trat daraufhin eine Lehre als Elektriker an und brachte es 1921 bis zum Meister, fand aber in den zwanziger Jahren keine Arbeit in seinem Beruf. Er hatte deshalb mit seiner Frau – die Ehe

war im Februar 1929 geschlossen worden – 1930 ein ambulantes Handelsgeschäft mit landwirtschaftlichen Produkten aufgemacht. Das lief recht mühselig. Josef Schmidt war aufgrund der Erfahrungen als Soldat im Ersten Weltkrieg, spätestens seit der Novemberrevolution, ein entschiedener Linker. Nach seinen Schutz-Aussagen vor Gericht gehörte er zwar nur in den ersten Jahren der Weimarer Republik der KPD an, doch war er im Grunde in der ganzen Zeit der Weimarer Republik kommunistischen Idealen treu geblieben und wegen entsprechender, meist illegaler Aktivitäten, auch wiederholt verfolgt worden.

Von diesen Positionen aus lehnte er das Nazisystem rigoros ab und betrieb, in Absprache mit Gesinnungsgenossen aus Breslau, immer wieder antifaschistische Agitation, die er seit Kriegsbeginn, insbesondere nach dem Überfall auf die Sowjetunion, intensivierte. Er war, wie es in der späteren Anklageschrift hieß, »ein

42 Zur Biographie siehe Walter Schmidt: Josef Schmidt (16. März 1895 bis 8. November 1943). Erinnerungen an meinen Vater, in: Antifaschismus als humanistisches Erbe in Europa. Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Richter, Berlin 2005, S. 63-86; Kurzfassung in: Leben im Kreis Wohlau, S. 379 f.

erbitterter Feind des nationalsozialistischen Deutschland«⁴³ und wollte das Volk zum Widerstand und schließlich zum Sturz des Faschismus, zur Selbstbefreiung von der Nazidiktatur wachrütteln. Er hatte 1938 wieder in seinem Beruf bei der AEG Breslau als Elektromonteur Arbeit bekommen und installierte in verschiedenen Objekten der Wehrmacht oder des Reichsarbeitsdienstes Elektroanlagen. Dabei versuchte er die ihm zur Arbeit zugewiesenen Arbeitsdienstmänner über die Lage und die tatsächlichen Perspektiven des von den Faschisten vom Zaun gebrochenen Krieges aufzuklären. »Ihm tue das junge Blut leid«, so heißt es im Urteil des Volksgerichtshofs vom 15. Oktober 1943, »das aussichtslos dahinfließe; ... der Krieg werde dann zu Ende sein, wenn ihn das deutsche Volk beenden werde. Aus diesem Zusammenhang ergab sich, dass er damit eine Revolution meinte.«⁴⁴

Für ihn war der Krieg nach dem Überfall auf die Sowjetunion für Deutschland verloren. Seine in der Anklageschrift wiedergegebenen Argumente sind eindeutig: »Die Politik des Führers bedeute die völlige Katastrophe Europas. Deutschland hätte unbedingt mit der Sowjetunion zusammenhalten sollen, statt diese mit Krieg zu überfallen. Russland habe gar nicht die Absicht gehabt, das deutsche Reich anzugreifen; seine an der Westfront stehenden Truppen hätten nur Friedensstärke gehabt. Der Krieg werde für das deutsche Volk auf jeden Fall verloren gehen, da Sowjetrußland aus dem Nichts Gewaltiges geschaffen hätte und niemals besiegt werden könne. Die Frage sei nur, ob Roosevelt oder Stalin das Rennen mache.«⁴⁵ Den Krieg sah er als eine große Tragödie für das russische wie für das deutsche Volk, vor allem für die deutsche Jugend an. Er wollte jungen Männern, die vor der Einberufung zur Wehrmacht standen, die Augen über die tatsächliche Lage öffnen und sie, soweit er konnte, vor dem Schlimmsten bewahren. Und er hatte in zumindest einem Falle auch den Erfolg, dass ein Arbeitsmann – nach den Angaben seiner Mutter – seine »gläubige nationalsozialistische Einstellung« aufgab und sogar die Absicht äußerte, in Russland überzulaufen.⁴⁶

Denunziert wurde Josef Schmidt nicht von den Arbeitsdienstmännern, sondern vom Leiter des Zobtener RAD-Lagers, einem Obertruppführer Auschner, der die Arbeitsmänner ausdrücklich anhielt, den Elektromonteur Schmidt auszuhorchen und ihm das Gehörte zu melden. Dieser Obertruppführer erstattete Anzeige bei der Gestapo.

Daraufhin wurde Josef Schmidt am 25. September 1942 von der Gestapo verhaftet und in Untersuchungshaft nach Breslau gebracht. Der 3. Strafsenat des Oberlandesgerichts Breslau verurteilte ihn am 24. Mai 1943 wegen »Heimtücke«

43 Anklageschrift gegen Josef Schmidt vom 24.9.1943, Dokumentation, Dok. 2.

44 Urteil gegen Josef Schmidt vom 15.10.1943, in: Ebenda, Dok. 3.

45 Anklageschrift, Dokumentation Josef Schmidt, Dok. 2.

46 Ebenda.

zu drei Jahren Gefängnis und hielt dies für eine hohe Strafe.⁴⁷ Mein Vater meinte dazu nach der Verhandlung zu meiner Mutter, dass er die drei Jahre – zumal nach der Niederlage der Naziarmee bei Stalingrad – nicht mehr würde absitzen müssen. Doch gerade die Stalingrader Niederlage hatte inzwischen zu einer Verschärfung des Kriegsstrafrechts geführt. Was anfangs als »Heimtücke« bewertet wurde, galt jetzt als »Wehrkraftzersetzung«. Ernst Lautz, der Oberreichsanwalt am Volksgerichtshof, legte gegen das Breslauer Urteil »außerordentlichen Einspruch« ein und verfasste eine neue Anklageschrift, in der er feststellte: Als Feind des Nationalsozialismus »habe er die Zuversicht der jungen Arbeitsdienstmänner auf einen für das Reich siegreichen Ausgang des Krieges untergraben, und zwar im Falle ›Weber‹ auch mit Erfolg.« Er sei deshalb der Wehrkraftzersetzung schuldig und es sei »härteste Sühne geboten«.⁴⁸ Josef Schmidt wurde aus der Festung Glatz, wo er in einem Sägewerk arbeiten musste, nach Berlin ins Zuchthaus Plötzensee verlegt.

Der Anklage entsprechend, verurteilte der Volksgerichtshof in einer von Roland Freisler geleiteten Verhandlung Josef Schmidt am 15. Oktober 1943 zum Tode.⁴⁹ Drei Wochen darauf wurde er am 8. November 1943 im Zuchthaus Brandenburg-Görden auf dem Schafott umgebracht. Seine Urne, zunächst auf dem Friedhof Brandenburg beigesetzt, fand die letzte Ruhestätte im Ehrenhain des Friedhofs Brandenburg unter dem »Ehrenmal für die im faschistischen Zuchthaus Brandenburg-Görden ermordeten Antifaschisten«.⁵⁰ Auf einer der Grabplatten ist verzeichnet: »Josef Schmidt – 8.11.1943«.

Zwar wurde, wie wir erfuhren, das Urteil zur Abschreckung in dem Kreiszeitung Wohrlau der »Breslauer Neuesten Nachrichten« veröffentlicht⁵¹ und auch in NSDAP-Versammlungen behandelt. Doch ließen die Bewohner der Stadt die Familie keinerlei Aversionen, sondern eher Mitgefühl spüren.⁵² Der kommissarische Bürgermeister Ernst Schwabe erließ meiner Mutter, der Witwe Klara Schmidt, fortan die Steuer und setzte für den Sohn eine Halbweisenrente durch.⁵³

47 Die Akten des Breslauer Oberlandesgerichts aus den Jahren 1929 bis 1945 wurden durch Kriegseinwirkungen vernichtet. Information von Magister Waclaw Sobocinski/Wroclaw vom 17.11.2004. Ein Band Hauptakten und ein Band Beiatkten von dem Breslauer Prozess kamen im Spätsommer an den Berliner Volksgerichtshof, gingen hier aber wohl ebenfalls durch Kriegseinwirkungen verloren.

48 Anklageschrift, Dokumentation Josef Schmidt, Dok. 2.

49 Urteil, Dokumentation Josef Schmidt, Dok. 3.

50 Bernhard Bogedain und Klaus Heß: Revolutionäre Gedenkstätten in Brandenburg, Brandenburg 1985, S. 43-47.

51 In den Breslauer Zeitungen: »Schlesische Volkszeitung«, »Breslauer Neueste Nachrichten«, »Schlesische Tageszeitung« waren keine derartigen Inserate zu finden; allerdings sind die Kreisteile von Wohrlau nicht überliefert. Ich danke Magister Waclaw Sobocinski/Wroclaw für die Recherchen. Mitteilungen vom 17.11. und 23.12.2004.

52 So unterstützte uns – um nur ein Beispiel zu nennen – die Nachbarfamilie Kipke seit der Verhaftung des Vaters mit monatlich 5 RM. Auskunft von Christa Kipke, Obermeitungen vom 12.2.2005.

53 Handschriftlicher Vermerk auf einem Original der Sterbeurkunde: »1 Kind ... Antrag stellen«. Information von Vera Brinkmann, Walsrode, vom 22.1.2009.

Pfarrer Martin Scholl erlitt ein besonders tragisches Schicksal. Er blieb seiner antifaschistischen Haltung bis zuletzt treu und lehnte es ab, mit der Naziherrschaft westwärts zu flüchten, bevor die Rote Armee Ende Januar 1945 das rechte Oderufer aufrollte und Auras besetzte. Scholl wollte die Zurückgebliebenen, meist Alte und Gebrechliche seiner Gemeinde, nicht allein lassen. Daher entgegnete er auf die Bitte einer Familie, die sich aus dem zur Frontlinie werdenden Auras in ein weiter zurückliegendes Dörfchen zurückzog, doch mitzukommen: Die Russen sind auch Menschen. Es ließ sich nicht aufklären, was in den Tagen des Einmarschs der Roten Armee, als noch Kämpfe mit der Waffen-SS stattfanden, in der Stadt geschah. Wir wissen nicht, ob die Waffen-SS noch die beiden Kirchtürme anbrannte und ihre nachweisliche Drohung wahr machte, Zurückbleibende eventuell zu erschießen. Ebenso wenig ist auszuschließen, dass die meisten im Stadtzentrum verbliebenen Bewohner von durch den Krieg verrohten und angesichts der Verbrechen der Faschisten in ihrer Heimat gegen alle Deutschen hasserfüllten Rotarmisten umgebracht wurden. Vieles spricht dafür, dass Pfarrer Scholl der Kriegsfurie und dem Hass der erobernden Soldaten zum Opfer fiel. Sein Leichnam war zuerst in einem Massengrab unweit der Stelle, an der er getötet wurde, bestattet worden.

Am Silvestertag 1945 wurde er von Auraser Männern und Jugendlichen in einem provisorisch gezimmerten Sarg auf den städtischen Friedhof umgebettet und von einem polnischen Franziskaner eingesegnet. Seit langem weist ein schlichter Grabstein auf sein Grab hin. Ungelenk, weil wohl von einem Laien, ist in Latein die Erinnerung an den Auraser Priester in den Stein gemeißelt: »Martin Scholl. Parochus in ecclesia Auras. *29.12.98 + 27.1.45. sac. 13.3.23. Rip.« Die Grabpflege liegt heute in den Händen von Schulkindern der Szkola Podstawowa im. »Unii Europejskiej« von Uraz.

Pastor Johannes Halm begab sich mit seiner Familie im Januar 1945 auf die Flucht und erlebte die fürchterlichen Luftangriffe vom 13. und 14. Februar 1945 in Dresden. Er kehrte im Juli noch einmal nach Schlesien zurück, arbeitete in Breslau im Konsistorium und betreute als Seelsorger bis September 1945 Auras, Riemberg und Klein Bresa. Aus Schlesien ausgewiesen, nahm er kurzzeitig mehrere Pfarrstellen in Thüringen und Sachsen-Anhalt wahr und wirkte von Oktober 1948 bis zu seinem Tode als Pfarrer in Klein-Rodensleben im Kreis Wanzleben. Im Einstellungsschreiben der Superintendentur des Kirchenkreises Wanzleben⁵⁴ heißt es, dass seine seelsorgerliche Arbeit bereits Früchte trage. Vor allem gelinge es ihm, Einheimische und Flüchtlinge zusammenzubringen und »den schmerzlichen Riss, der in dieser Hinsicht durch unsere Gemeinden geht«, zu heilen. Und man verwies

54 Archiv Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen Magdeburg, Rep. A Spec. G Nr. 8966: Superintendentur Wanzleben an Ev. Konsistorium der Kirchenprovinz Sachsen in Magdeburg, Wanzleben, 12.2.1948.

darauf, dass er »als B.K.-Pfarrer [Pfarrer der Bekennenden Kirche = der Verf.] in Schlesien mancherlei Kampf und Leiden durchgemacht hat«. Johannes Halm starb mit 60 Jahren am 1. November 1953 an einem Herzschlag und wurde nach einer Trauerfeier in seiner Rodenslebener Kirche in der Familiengruft auf dem Dresdener Johannesfriedhof beigesetzt. Das Kondolenzschreiben des Magdeburger Konsistorialrats würdigt, »mit welcher Aufopferungsfreudigkeit und Hingabe der Dahingeschiedene nach den vielen schweren Prüfungen, die ihm das Leben bisher auferlegt hatte, ... seine neuen pfarramtlichen Aufgaben fern seiner alten Heimat Schlesien erfüllt hat. Nun hat er sich in all seinen Mühen verzehrt. Und wir achten und lieben ihn darum.«⁵⁵

Auras unterschied sich in der Haltung wie im Verhalten seiner Bewohner gegenüber dem Nationalsozialismus sicher kaum von der Mehrzahl der deutschen Städte gleicher oder ähnlicher Größenordnung. Die Mehrheit hatte sich angepasst und bewegte sich im sogenannten politischen Mainstream jener zwölf Jahre, ja unterstützte in großen Teilen das Nazisystem. Da hierzu Quellen für Auras fehlen oder nur vereinzelt vorhanden sind, wissen wir darüber jedoch kaum Genaueres. Es gab in diesen Jahren nur wenige, die sich dem damaligen Zeitgeist entzogen haben und nur Einzelne, die ihm auf diese oder jene Weise auch aktiv widerstanden. An diese Einzelnen und ihr Lebensschicksal aus einer schlesischen Kleinstadt sollte hier erinnert werden. Wenn wir über die Widersacher und Gegner des Systems heute etwas mehr wissen als über die Mehrheit, dann »verdanken« wir das nicht zuletzt der Tatsache, dass sie von den Herrschenden verfolgt wurden und dabei schriftliche Zeugnisse entstanden, die uns überliefert sind.

55 Ebenda, Rep. A Spec. P. H 794: Konsistorialrat Dr. Holdefleiß an Frau Pastor Käthe Halm, Magdeburg, 9.11.1953.

Dokumentation

I

Zu Johannes Halm

Dokument 1

Beihilfegesuch von Pfarrer Johannes Halm an das Evangelische Konsistorium der Kirchenprovinz Schlesien; Auras, den 13.2.1940⁵⁶

Abschrift zu IV 995 III

Ohne Erlass

Beihilfegesuch

Auras a. Oder, den 13.2.1940

Das Evangelische Konsistorium bitte ich ergebenst um Beihilfe zur Deckung der unten angeführten Unkosten.

In der Zeit vom 8.–12. September 1939 wurde ich auf Anordnung des Herrn Landrat Slawik – Wohlau in Schutzhaft gehalten. Eine Antwort auf meine schriftliche Anfrage, weshalb ich in Schutzhaft genommen wurde, habe ich lt. Mitteilung des Herrn Regierungspräsidenten in Breslau nicht zu erwarten. Da die Zelle, in der ich in Wohlau untergebracht war, mit Zementfußboden im Erdgeschoss eines Hinterhauses, meinem durch Kriegsdienst geschwächten Gesundheitszustand (Ischias beiderseits, Nervensystem) unbedingt nachteilig sein musste, machte ich sofort den betreffenden Wachtmeister darauf aufmerksam, ebenso in einem schriftlichen Gesuch am 9. September Vormittag den Herrn Landrat. Doch trotzdem wurde ich erst Montag, den 11. September 18 Uhr 40 Minuten durch Medizinalrat Freihuber untersucht und noch am selben Abend 21 Uhr 10 in das Wohlauer Krankenhaus gebracht. Dienstag, den 12. September, wurde ich auf Anordnung des Herrn Landrats aus der Schutzhaft entlassen. Infolge dieser Aufregung musste ich das Sanatorium von Dr. Schön in Landeck aufsuchen, um nach Stärkung meiner Nerven meine Pfarramtstätigkeit wieder aufnehmen zu können. Hier hielt ich mich vom 14. September – 7. Oktober auf. Die Kosten betragen 314,55 RM. Nur unter der Bedingung, dass ich nicht sogleich meinen Dienst wieder aufnahm, entließ mich Dr. Schön. Da ich durch das Verhalten des Herrn Landrats Slawik – Wohlau diesen Nervenzusammenbruch erlitt und darum

56 Sämtliche Dokumente zu Johannes Halm sind entnommen: Evangelisches Zentralarchiv in Berlin (EZA), Bestand 7, Nr. 14270: Die evangelischen Kirchen- und Pfarr-Angelegenheiten der Stadt Auras sowie die Berufung, Anstellung und Besoldung der Geistlichen und Kirchenbedienten daselbst (unpaginiert).

das Sanatorium aufsuchen musste, bitte ich ergebenst um eine Unterstützung zur Deckung der entstandenen Ausgaben.

Heil Hitler
gez. Johannes Halm, Pfarrer

(An das Evangelische Konsistorium,
Breslau d.d. Superintendenten in Winzig.)

Dokument 2

Geheime Staatspolizeileitstelle Breslau an Pastor Johannes Halm
in Auras, Kreis Wohlau; Breslau; den 30.03.1942

Abschrift

Breslau, den 30. März 1942

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Breslau
B. – Nr. 11 B/2 – 3303/41

Verfügung.

Gegen Pastor Johannes Halm, geb. 23.7.1893 in Riemberg, haben wir ein Sicherungsgeld von 1000 RM festgesetzt. Der Betrag ist bis zum 10. jedes Monats in Monatsraten von 100 RM bei der Kreissparkasse Wohlau, Zweigstelle Auras einzuzahlen. Das Konto wird auf den Namen von Pastor Johannes Halm–Auras errichtet. Es wird bis auf weiteres mit staatspolizeilichem Sperrvermerk versehen. Falls sich Pastor Halm bis zum 31. Mai 1945 politisch einwandfrei geführt hat, wird die Löschung des staatspolizeilichen Sperrvermerks erfolgen, so dass der Kontoinhaber einschließl. der bis dahin aufgelaufenen Zinsen wieder frei über das Konto verfügen kann. Sollten dagegen in dieser Zeit erneute Verstöße vorkommen, so wird der Gesamtbetrag an die NSV überwiesen.

Dr. Harke

An Pastor
Johannes Halm
in Auras Kr. Wohlau

Für die Richtigkeit der Abschrift
Auras, d. 6.4.1942
LS. gez. Halm Pf.

Dokument 3

Bericht des Evangelischen Konsistoriums an den Oberkirchenrat
in der Sache Pastor Johannes Halm; Breslau, den 18. Juli 1942

Evangelisches Konsistorium
der Kirchenprovinz Schlesien
Nr. IV 3211

Breslau 4, den 18. Juli 1942
Schlossplatz 8
Postscheckkonto Breslau 16021
Fernruf Sammelnummer 58641

Betr.: Festsetzung eines Sicherungsgeldes gegen Pfarrer Johannes H a l m
in Auras, Kirchenkreis Wohlau.
Erlass vom 8. Juni 1942 – E.O. III 871/42 II -.

Berichterstatter: Konsistorialrat Dr. Kunisch

Der Herr Inspekteur der Sicherheitspolizei und des S.D. hat uns unter dem 30. Mai 1942 – Aktenzeichen IV-1005/42 – auf unsere Anfrage über den Tatbestand, der zur Festsetzung des Sicherungsgeldes gegen Pfarrer Halm geführt hat, folgendes geantwortet:

»Gegen Pastor H a l m, geb. 23.7.1893 in Riemberg, Krs. Wohlau, wohnhaft in Auras, wurde am 30.3.42 ein Sicherungsgeld in Höhe von 1000 RM verhängt, weil er am 16. und 18.8.41 aus seiner gegen Partei und Staat eingestellten Haltung heraus die NSV-Kindergärtnerin des neu übernommenen Kindergartens in ihrer Arbeit insofern behindert hat, als er seine Konfirmandenschüler während der Pause auf den Hof trieb und die Kindergärtnerin in der unflätigsten Weise aufforderte, mit den Kindern sofort den Hof zu verlassen. Außerdem hat er sich über ein an der Tür des Kindergartens befestigtes Plakat der NSV »Für die Kinder schaffender Frauen wird gesorgt im Kindergarten des NSV« mit beleidigenden Äußerungen bei der NSV-Kindergärtnerin beschwert. In der darauf folgenden Nacht wurde das Plakat abgerissen und entwendet. Halm behauptet, dass der Wind es abgerissen habe.

Am 16.11.41 hat H. den Ratsherrn T r u n s c h zur Gemeindegemeinderatssitzung beordert und hat bei der Beratung über Kündigung des NSV-Kindergartens gemäß Erlass des Führers folgendes geäußert:

»Wie sieht es denn bei uns aus, in den Klöstern und Irrenanstalten. Von dort erhalten die Angehörigen ohne jede weitere Mitteilung die Nachricht, dass der Verstorbene bereits beerdigt bzw. verbrannt sei und die Urne zur Abholung bereit stehe. Sogar bei Kriegsverletzten ist dies schon geschehen.«

Das Verhalten des Pastors Halm hat in der Bevölkerung von Auras und Umgebung bereits eine große Empörung ausgelöst. H. ist Schwerekriegsverletzter aus

dem Weltkrieg und musste im Jahre 1939 aufgrund eines ärztlichen Zeugnisses aus der Haft entlassen werden.«

Wir haben hierzu Pfarrer Halm gehört, der folgendes zu Protokoll gegeben hat: »Es war vereinbart worden, dass während des Konfirmandenunterrichts von Seiten des NSV-Kindergartens eine Störung des Unterrichts nicht erfolgen sollte. Trotzdem wurden an dem fraglichen Tage auf dem Hofe von der Helferin der NSV-Kindergärtnerin Spiele, insbesondere Klatschspiele veranstaltet. Die Kinder im Konfirmandenunterricht wurden hierdurch abgelenkt. Ich ging daraufhin hinaus und sagte zu der Helferin, die meine Konfirmandin und höchstens 16–17 Jahre alt ist, sie möge die Spiele einstellen. Kaum war ich in den Konfirmandenunterrichtsraum zurückgekehrt, als die Spiele im Hof fortgesetzt wurden. Meine Konfirmandenschüler lachten über die Fortsetzung der Spiele und meinen Misserfolg. Mir riss deshalb, da ich nervös bin, die Geduld. Ich ging deshalb nochmals hinaus, fasste die Helferin beim Genick und wies sie in den Kindergartenraum. Sie ging auch darauf mit den Kindern hinein. Heute stehe ich mit dieser Helferin wieder auf gutem Fuße.

An dem zweiten Tage, der hier in Rede steht, ließ ich die Konfirmandenschüler während der Pause auf den Hof. Wie Schüler in diesem Alter sind, tollten sie herum. Ich ging deshalb auf den Hof und forderte die Kindergärtnerin auf, die Kinder des NSV-Kindergartens, damit sie nicht von den großen Jungs umgerannt würden, beiseite zu nehmen. Sie nahm sie daraufhin auch beiseite. Es ist möglich, dass die Aufforderung etwas laut – ich bin alter Frontoffizier mit entsprechender Stimme – erfolgt ist.

Zu dem Vorfall mit dem Plakat bemerke ich folgendes: Ich sagte zu der Kindergärtnerin: da wir die Plakate für die ev. Kirchengemeinde auch nicht an die Tür des Gemeindehauses anbrächten, gehöre das Plakat des NSV-Kindergartens auch nicht an die Gemeindehaustür. Sie möge das Plakat in das Fenster des Kindergartens stellen, wie wir es auch tun. Ich bestreite, das Plakat entfernt zu haben. Ich erkläre dies bei meiner Ehre als alter Frontoffizier. Ich kann dazu nur sagen, dass das Plakat am anderen Morgen von der Aufräumerin des Kindergartens auf der Erde liegend gefunden worden ist. Ich kann mir dies nur so erklären, dass es in der stürmischen Nacht von Wind und Wetter heruntergerissen worden ist.

Hinsichtlich des Vorfalles in der Gemeindegemeinderatssitzung vom 16. November 1941 erkläre ich:

Der Ratsherr Trunsch erschien auf Einladung als Patronatsvertreter. In der Sitzung wurde von einem der Mitglieder des Gemeindegemeinderats die Frage aufgeworfen, warum von Seiten der Kirchenleitung gegen die Euthanasie nichts unternommen worden sei. Anlass hierzu gab ein Fall aus dem Orte Auras, da einige Zeit vorher in Auras die Urne mit den Ascheresten eines Geisteskran-

ken eingetroffen war. Ich erklärte, dass doch von Seiten der Kirche schon etwas unternommen worden sei und las aus dem Schreiben des Landesbischofs Dr. Wurm aus Stuttgart an den Herrn Reichsminister des Innern einige Stellen vor. Dies scheint irrtümlich als meine eigene Auslassung aufgefasst worden zu sein.«

Zur Vervollständigung des Sachverhalts glauben wir, dies berichten zu sollen und bemerken, dass der NSV-Kindergarten seinerzeit mittels Beschlagnahme der Räume in das Gemeindehaus der Kirchengemeinde Auras hineingelegt worden ist. Eine Entschädigung für die Benutzung der Räume hat die Kirchengemeinde von der NSV bisher nicht erhalten. Im Übrigen haben sich die Vorgänge, wie aus der Anhörung des Pfarrers Halm hervorgeht, zwangsläufig ergeben. Dafür, dass Pfarrer Halm aus einer gegen Partei und Staat eingestellten Haltung heraus gehandelt hätte, liegt u. E. kein Anhalt vor.

In Vertretung
Redlich

Dokument 4

Geheimes Staatspolizeiamt an den evangelischen Oberkirchenrat;
Berlin, den 18. August 1942

Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt
IV B 2 – 629/42 E

Berlin SW 11, den 18. August 1942
Prinz-Albrecht- Str. 8
Fernsprecher 120040

An den evangelischen Oberkirchenrat
in Berlin Charlottenburg
Jebensstr. 3

Betrifft: Pfarrer Halm in Auras
Bezug: Schreiben vom 8.6.42 EO. III 871/42 II

Nach Prüfung der Angelegenheit teile ich mit, daß ich keine Veranlassung sehe, die gegen Pfarrer Halm in Auras getroffenen Maßnahmen zu beanstanden.

Im Auftrage
(unleserliche Unterschrift)

II Zu Martin Scholl

Urteil des Sondergerichts II bei dem Landgericht Breslau gegen Pfarrer Martin Scholl, Pfarrer Oskar Bäsch und Ordensschwester Helene Bäsch vom 1. Juni 1942⁵⁷

Der Oberstaatsanwalt
als Leiter der Anklagebehörde
bei dem Sondergericht

Breslau, den 23. Juni 1942

Durch den Herrn Generalstaatsanwalt in Breslau
an den Herrn Reichsminister der Justiz in ...
Sondervorlage vom 1.5.42 - IIIa 16 95/42
Letzter Bericht vom 10.3.42
Anlagen: Schriftstücke

Gegen das Urteil sind Bedenken nicht zu erheben.

Sichtvermerk Seite – 14 -
42 Sg 15 KMs 32/42/233/42

Im Namen des Deutschen Volkes!
Strafsache

gegen 1.) den Pfarrer Martin Thomas Scholl aus Auras Kreis Wohlau, geboren am 29.12.1898 in Kattowitz, Reichsdeutscher, ledig, katholisch,

2.) den Pfarrer Oskar Richard Karl Bäsch aus Schebitz Kreis Trebnitz, geboren am 15.12.1883 in Märzdorf Kreis Löwenberg, Reichsdeutscher, ledig, katholisch,

3.) die Ordensschwester Helene Antonie Bäsch, Ordensname Tarsitia, aus Oberweistritz, Haus Ursula, geboren am 5. Februar 1892 in Märzdorf Kreis Löwenberg, Reichsdeutsche, ledig, katholisch,

wegen Vergehens gegen § 2 Absatz 1,2,3 des Heimtückegesetzes vom 20.12.1934 (RGBl. I S. 1269)

57 Bundesarchiv (BArch) Berlin, R. 5101(Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten), Nr. 22249: Beschwerden und Strafverfahren gegen katholische Geistliche pp. im Regierungsbezirk Breslau von Juni 1940 bis 1944, Bl. 184-191. Einige Zitierungen aus den Schriften des Theologiestudenten aus seinen Träumen wurden gekürzt und mit [...] gekennzeichnet.

Das Sondergericht II bei dem Landgericht in Breslau hat in der Sitzung vom 1. Juni 1942 in Breslau, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Dr. Teuchert, als Vorsitzender,
Landgerichtsrat Jost,
Landgerichtsrat Oesterreich
als beisitzende Richter,

Staatsanwalt Dr. Jaeger
als Vertreter des Leiters der Anklagebehörde bei dem Sondergericht,

Justizobersekretär Wallusch
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Die Angeklagten werden wegen Vergehens gegen § 2 des Heimtückegesetzes wie folgt verurteilt:

Oskar Bänsch zu zwei Jahren Gefängnis,
Martin Scholl zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis,
Helene Bänsch zu einem Jahr und einem Monat Gefängnis.

Die von den Angeklagten erlittene Polizei- und Untersuchungshaft wird auf die erkannten Strafen voll angerechnet.

Die Kosten des Verfahrens fallen den Angeklagten zur Last.

Gründe

1.) Der Angeklagte Scholl besuchte in Oppeln zunächst die Volksschule und dann das Gymnasium. Im Jahre 1917 wurde er Soldat und im Jahre 1919 wieder entlassen. Während seiner Militärzeit machte er das Abitur. Dann studierte er in Breslau Theologie und wurde am 17. März 1923 als Priester geweiht. Vom Jahre 1923 bis zum Jahre 1933 war er als Kaplan in Groß-Wartenberg, Wohlau und Breslau tätig. Seit April 1933 amtiert er in Auras als Pfarrer. Der Angeklagte war bis 1928 in der Zentrumsparterie tätig. Anderen politischen Parteien oder Organisationen hat er nicht angehört.

2.) Der Angeklagte Bänsch besuchte vom 6. bis 13. Lebensjahr die Volksschule in Märsdorf und anschließend das Gymnasium in Glogau und Patschkau O/S. Nach dem Bestehen der Reifeprüfung besuchte er die Universität in Breslau und studierte 4 Jahre lang katholische Theologie. Nachdem er in 8 verschiedenen

Orten als Kaplan tätig gewesen war, wurde er als Pfarrer in der Gemeinde Schebitz angestellt.⁵⁸

Der Angeklagte war Mitglied der Zentrums-Partei bis zu deren Auflösung.

3.) Die Angeklagte Helene Bänsch besuchte vom 6. bis 14. Lebensjahr die Volksschule in ihrem Heimatort. Mit 16 Jahren besuchte sie eine Haushaltungsschule. Vom 14. bis 16. und vom 17. bis zum 21. Lebensjahr war sie bis auf kurze Unterbrechungen im Hause ihrer Eltern. Dann trat sie in den Orden der Ursulinen in Schweidnitz ein. 1921 legte sie den Profess ab und wurde 1923 nach St. Ursula in Oberweistritz versetzt, wo sie seither als Klavierlehrerein tätig ist.

Politisch hat sich die Angeklagte nicht betätigt. Sie wählte ihrer Angabe nach die Zentrums-Partei.

Ihrem Geständnis nach haben die drei Angeklagten zwei von dem katholischen Theologiestudenten Johannes Cierpke verfasste Schriften politisch-religiösen Inhalts, die staatsabträgliche Äußerungen enthalten, nach Kenntnisnahme von deren Inhalt weitergegeben bzw. sich an der Vervielfältigung derselben beteiligt. Gegen Cierpke ist durch Urteil der 3. Strafkammer des hiesigen Landgerichts vom 10. April 1942 (33 – 13 K. Ls. 2/42 - 31/42) die Unterbringung in einer Heil- oder Pflegeanstalt angeordnet worden.

Im Einzelnen hat die Hauptverhandlung folgendes ergeben:

Cierpke, der nach den gutachterlichen Feststellungen des Nervenarztes Dr. Willibald Sossinka in Breslau an einer paranoiden Geisteskrankheit leidet, hat, angeblich aufgrund verschiedener Träume, die er als »Eingebung Gottes« auffasste, zwei Schriften gefertigt, die folgende Titel tragen:

»Die entscheidende Stunde ist nun gekommen«

und

»Wie das Schriftchen »Die entscheidende Stunde ist nun gekommen« entstanden ist.«

Der Inhalt der Schriften ist im Wesentlichen religiös, doch enthalten sie auch zahlreiche gehässige und hetzerische Äußerungen gegen die nationalsozialistische Staatsführung. In der Hauptschrift wird ausgeführt, dass Gott Richter der Menschen und Völker sei. Er richte die Völker nach ihrer Haltung der gottgewollten Religion gegenüber. Wenn über ein Volk Unglück komme, dann entweder, weil die Unzucht und Unkeuschheit ein zu großes Ausmaß angenommen habe, oder, weil ein zu großer Teil von der gottgewollten Religion abgefallen sei. Die

58 Schebitz ist eine Nachbargemeinde von Auras, eine Bahnstation vor Auras-Hennigsdorf auf der Bahnlinie von Breslau nach Rawitsch und Posen.

»Vor der Entscheidung siegen die Gottlosen, deren sich Gott bedient, um die Halbchristen zu schlagen. In der Entscheidung siegen die Guten. Wenn die gottlosen Mächte glauben, alles erreicht zu haben, kommt das Strafgericht über sie.«

Eine Schuld der Völker liege dann vor, wenn sie sich gegen die gottgewollte Religion gewandt hätten, oder wenn sich ein großer Teil nicht mehr um diese gottgewollte Religion kümmere.

Im Weiteren versucht dann der Verfasser an Hand geschichtlicher Ausführungen nachzuweisen, dass die gottgewollte Religion die römisch-katholische sei und sagt:

»Jedes Land, jedes Volk, jede Nation, die einst römisch-katholisch war und sich von dieser Religion bis auf wenige Ausnahmen getrennt hat, wird zur Strafe dafür einer antichristlichen Macht, den Heiden preisgegeben. Jede Nation, die in ihrer Geschlossenheit von der römisch-katholischen Kirche abgefallen ist, wird nach Ablauf der Gnadenfrist weggefegt.«

Als Beispiel dafür führt er folgendes an:

- » 1. Norwegen: Es hat seine Selbständigkeit verloren. (König Haaken verjagt)
2. Schweden: Es ist noch nicht gefallen, aber jedem Angriff preisgegeben. Es wird auch verschwinden!
3. Dänemark ist gefallen. [...]
4. Ist jedem Angriff ausgesetzt wie Schweden (Finnland).
5. Die baltischen Staaten sind dem russischen Bolschewismus preisgegeben.
6. Wie steht es mit der Schweiz?
7. Holland ist gefallen, die Königsfamilie verjagt. [...] Die Fürstenhäuser sind immer die Beschützer der protestantischen Kirche gewesen.
8. Norddeutschland – Preußen: Das Haus der Hohenzollern wurde hinweggefegt. Im Übrigen ist Deutschland nur zur Hälfte abgefallen, während sich Deutsche bemühten, diese Saat auszurotten (Gegenreformation).«

Unter der Abschnittsüberschrift: »Wie steht es nun mit Deutschland« heißt es dann:

Die französische Ordensschwester Nativitas (gestorben 1798) prophezeite:

»Ich sah eine große Macht sich gegen die Kirche erheben. Sie raubte, plünderte und verwüstete den Weinberg des Herrn und gab ihn dem Hohen aller Nationen preis. Nachdem sie den Zölibat geschändet und den Mönchsstand unterdrückt hatte, riss sie frech die Güter der Kirche an sich und kleidete sich gleichsam mit der Gewalt unseres Heiligen Vaters, des Papstes, dessen Gesetze sie verachtete.«
Der Gegenreformation entspricht in der entscheidenden Stunde die Gegenrevolution der Guten gegen die Antichristen zur Rettung der Kirche, des Abendlandes und damit Deutschlands selbst. Dieselbe Seherin sagt:

»Und ich sehe eine 2. große vom heiligen Geist geführte Macht, welche zwar das 2. Mal die bestehende Ordnung umstürzen, aber gerade dadurch die gottgewollte Ordnung wiederherstellen wird.«

Anschließend daran folgen geschichtliche Ausführungen über die Entwicklung des deutschen Reiches, an deren Schluss es heißt:

»Preußen wuchs im Reich empor, es erlangte die Führung in Deutschland. Dem protestantischen Preußen gelang eine Einigung der Deutschen, die aber weder politisch noch religiös vollständig war. Im Weltkriege erlangte das prot. Preußen (Hohenzollern) seine größte Ausdehnung, dann brach es zusammen. [...] Es folgte eine Periode der Verwirrung. [...] Dann trat eine andere Macht auf, welche ihrem Wesen nach rein preußischen Charakter zeigt. Dieses Preußen ist antichristlich, gegen das gesamte Christentum. Diesem Preußen gelingt ebenfalls eine Einigung in Deutschland, welche politisch nun vollständig ist. Religiös gelingt sie nicht. [...] Das antichristliche Preußen bekommt eine noch viel größere Macht als das protestantische Hohenzollern. Es verschlägt sämtliche protestantischen Staaten und einige katholische.

Wenn das letzte protestantische Volk, das ist England, gefallen ist, dann ist die entscheidende Stunde da. [...] Die Antichristen werden die religiöse Einigung erzwingen wollen, und zwar in ihrem Sinne. Die Folge ist ein Kampf gegen die Kirche auf Leben und Tod. Rottet aus die verruchte Kirche! Gegenreformation – Gegenrevolution der Guten (Süddeutschland). Deutsche werden auftreten, die Antichristen schlagen und Europa, das sich nicht mehr helfen kann, wieder befreien. Dann wird die Bekehrung folgen. Preußen, erst protestantisch, dann antichristlich, wird in der entscheidenden Stunde genau so verschwinden, wie Norwegen, Schweden, Holland England usw.

Die Führung in Deutschland geht wieder auf diejenigen über, die sie vor der Glaubenspaltung hatten: Süddeutschland!

Ein neues christliches Deutschland wird über Schlachtengetöse hinweg von Sünden ausgehend das antichristliche Deutschland ablösen. [...]

Preußen hört auf zu existieren.

Damit ist politisch die Einigung Deutschlands wiederhergestellt. Religiös gesehen: Die Norddeutschen werden ebenso wie die Schweden, Norweger, Engländer, Holländer, Dänen usw. durch eine Schreckensherrschaft zur Besinnung gebracht, ganz von selbst zur Religion der Befreiung zurückkehren.

Damit ist die für Deutschland so verhängnisvolle Glaubenspaltung überwunden und die Einigung nunmehr vollständig und endgültig.

pp.

Die Kirche geht einer blutigen Verfolgung entgegen! Lasst euch durch ihre bedrängte Lage nicht in Verwirrung bringen. Gott ist auch Herr über den Satan. Er hat die Macht, ihm zu gebieten, wenn er will!

Die Ereignisse sprechen nur scheinbar für die Ungläubigen, in Wirklichkeit sprechen sie für uns, wie ich bewiesen habe. Wenn die Antichristen uns heut von allen Seiten ankündigen, dass nach dem Kriege – der übrigens gar nicht mehr aufhören wird, bis dies alles geschehen ist – eine Revolution gegen die Pfaffen kommt, dann können wir nur sagen: Wenn euch das Beispiel Spaniens nicht genügt, dann müsst ihr die Konsequenzen ziehen!

Es ist jedenfalls ein schlimmes Zeichen für den Unglauben, wenn sein Auftreten und sein Sturz bereits vor mehr als 100 Jahren angekündigt worden ist.

[...]

Der Angeklagte Scholl erhielt von einem katholischen Geistlichen(,) z. Zt. Schütze(n), Alois Stigler(,) der im Dorf im Quartier lag, im April 1941 je ein Stück der beiden Schriften. Gegen Stigler hat der Oberreichsanwalt beim Volksgesichtshof das Verfahren eingestellt, da ihm nicht mit hinreichender Sicherheit nachgewiesen werden konnte, dass er bei der Weitergabe der Schriften des Cierpke mit dem Vorsatz gehandelt hat, hochverräterische Bestrebungen zu fördern oder herabwürdigende Äußerungen gegen die nationalsozialistische Staatsführung einem weiteren Personenkreis zugänglich zu machen.

Stigler hatte dem Angeklagten Scholl schon vorher von Cierpke erzählt und ihm berichtet, dass es sich um einen Menschen handle, der sehr merkwürdige Träume habe. Als er ihn sodann wieder einmal aufsuchte, brachte er ihm die beiden Schriften zum Lesen mit. Scholl hat die Schriften durchgelesen. Wie er angibt, kamen ihm bei der Lektüre derselben Bedenken darüber, dass der Inhalt der Schriften für den Verfasser gefährlich sei. Als er sodann gelegentlich nach Schebitz zu dem ihm seit Jahren befreundeten Mitangeklagten, dem Pfarrer Bänsch, fuhr, nahm er die Schriften auf die Reise mit und übergab sie diesem zur Lektüre, er erklärte dabei, er halte die Schriften für etwas sehr Sonderbares, gab auch in kurzen Worten eine Inhaltsübersicht über die Schriften. Nach den Angaben des Angeklagten Bänsch verhielt sich Scholl zu dem Inhalt der Schrift aber nicht ablehnend.

Bänsch las die Schriften ebenfalls durch. Sie interessierten ihn so stark, dass er sie teilweise abschrieb, mit der Überschrift versah:

»Das Schicksal der protestantischen Kirche und katholischen Religion, in Deutschland schließlich«

sowie folgenden Zusatz machte:

»Das sind Gedanken eines Hellsehers, die er aufgrund von 9 Gesichtern von Februar 1939 bis Januar 1941 entworfen hat (Blut über Ländern, Truppen marschieren, Polen, Tyroler, Russen, Deutsche.)«

Er machte die Schrift auch seiner in Schebitz wohnhaften, nicht mit angeklag-

ten Schwester Hedwig zugänglich und gab sie der Oberin des Oswald-Stiftes in Schebitz, Schwester Liberata, zum Lesen, als diese einmal bei ihm war, und besprach sie mit seiner Schwester und der Oberin.

Die Oberin hatte er zur Erörterung der Schriften besonders eingeladen und sie dabei gebeten, allein zu ihm zu kommen, damit »von dem Inhalt der Schriften nichts ins Dorf komme«. Ferner fuhr er nach Oberweistritz, wo seine Schwester, die Angeklagte Helene Bänsch, Ordensschwester im Ursulinen-Orden ist. Er zeigte dieser die Schrift, die davon so beeindruckt war, dass sie auf der dem Orden gehörigen Schreibmaschine zwei auszugsweise Abschriften herstellte. Ein Stück stellte sie ihrem Bruder und eines der Präfektin des Ordens, Anna Hübner (Schwester Mechthild), zur Verfügung. Bänsch machte die Schrift weiter zum Gegenstand der Unterhaltung im Ordenshause in Oberweistritz, an der vier Schwestern teilnahmen. Die vier anwesenden Schwestern bat er, dritten Personen, insbesondere dem Dorfpfarrer, von dem Inhalt der Schriften nichts zu erzählen, damit die Sache nicht ins Dorf komme.

Dieser Sachverhalt ist aufgrund der eigenen Angaben der Angeklagten festgestellt.

Die Angeklagten verteidigen sich dahin, den Inhalt der Schriften nur für religiös angesehen und die politische Tendenz derselben nicht erkannt zu haben; Scholl behauptet weiterhin, dass er die Schriften nur kurz überflog und den Inhalt der Schriften gar nicht recht in sich aufgenommen habe. Er habe sie für eine unreife Seminararbeit eines Theologiestudenten angesehen und beurteilt und sie auch nur in diesem Sinne an den Angeklagten Bänsch weitergegeben.

Das ist den Angeklagten jedoch nicht zu glauben.

Der religiöse Inhalt der Schriften ist durchaus geeignet, besonders auf fromme Katholiken Eindruck zu machen. Gleichzeitig mit dem religiösen Inhalt, gleichsam in das religiöse Mäntelchen gehüllt, werden dem Leser dann aber Dinge rein politischer Natur vorgesetzt, die im Verfahren gegen Cierpke mit Recht als hochverräterisch bezeichnet worden sind. Das haben die Angeklagten auch erkannt. Sie waren sich mindestens darüber klar, dass der Inhalt staatsfeindlich war. Bei Bänsch ergibt sich das ohne weiteres daraus, dass er die Schwestern darum bat, nichts von dem Inhalt des Gehörten verlauten zu lassen, damit »nichts ins Dorf käme« und dass er die Schriften für so wichtig ansah, dass er sie auszugsweise abschrieb und mit eigenen Zusätzen versah. Aber auch der Angeklagte Scholl muss einräumen, dass er den Inhalt der Schriften als für deren Verfasser gefährlich beurteilte. Er muss sie auch aufmerksam durchgelesen haben, weil er dazu imstande war, Bänsch eine Inhaltsübersicht der Schriften zu geben. Er sah die Schriften auch für derart wichtig an, dass er sie sich für eine Reise zu Bänsch besonders einsteckte, um sie dort seinem Freunde zur Kenntnis zu geben.

Die Angeklagte Bäsch muss einräumen, dass ihr Bruder ihr und den anderen Teilnehmern eingeschärft habe, von den Schriften nichts weiter zu erzählen. Sie erkannte schon daraus, dass es sich um Schriften politischer und staatsfeindlicher Natur handelte. Das hat sie jedoch nicht davon abgehalten, zwei Abschriften zu fertigen und eine davon an die Präfektin des Ordens Anna Hübner weiter zu geben.

Nach dem als festgestellt erachteten Sachverhalt haben sich die drei Angeklagten des Vergehens der Heimtücke gegen § 2 des Heimtückegesetzes vom 20. Dezember 1934 schuldig gemacht.

Die Schriften enthalten gehässige, hetzerische und von niedriger Gesinnung zeugende böswillige Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates und über Einrichtungen der NSDAP. Die Nationalsozialisten werden als gottlos, ihre Führung als Luzifer bezeichnet. Ihnen wird Raub, Plünderung und Verwüstung des Weinberges des Herrn nachgesagt; die nationalsozialistische Weltanschauung wird als Irrlehre bezeichnet, die SS wird den Rot-Milizen in Spanien gleichgestellt. Der Schluss der Hauptschrift muss in besonders hohem Maße als hetzerisch und staatsfeindlich bezeichnet werden.

Die Angeklagten haben diesen Charakter der Schriften erkannt und sie dennoch weitergegeben, sich also die darin enthaltenen Äußerungen zu Eigen gemacht. Sie mussten bei der Weitergabe damit rechnen, dass der Inhalt der Schriften an die Öffentlichkeit dringen werde.

Zu dieser Öffentlichkeit zählen auch die einem Orden zugehörigen Schwestern, so dass es gleich bleibt, ob die Ordensschwestern auch mit anderen Personen im Dorfe zusammenkommen konnten oder nicht. Dass jedoch auch diese Gefahr bestand und der Angeklagte Bäsch dies erkannte, ergibt sich aus den Warnungen des Angeklagten Bäsch, von den Schriften nichts zu erzählen, damit »nichts ins Dorf käme«. Gleiches gilt für seine mitangeklagte Schwester. Ebenso musste auch der Angeklagte Scholl damit rechnen, dass der Inhalt der Schriften an die Öffentlichkeit dringen werde. Er hatte sie selbst von einem katholischen Geistlichen erhalten, gab sie an einen ebensolchen weiter und konnte nicht erwarten, dass dieser sich verschwiegener erweisen würde, als er selbst es war.

Die Angeklagten waren daher aus § 2 des Heimtückegesetzes zu bestrafen. Die Strafverfolgung ist durch Sondererlass des Reichsministers der Justiz vom 1. Mai 1942 angeordnet.

Bei der Strafzumessung fiel strafverschärfend ins Gewicht, dass die Weiterverbreitung solcher unter Umständen äußerst zersetzend wirkenden Schriften während der Kriegszeit eine außerordentliche Gefahr bedeutet. Der Inhalt der Schriften, die letztlich nur die Behauptung vertreten, Deutschland würde den Krieg zwar gewinnen, aber sodann selbst in einem Spaltungsprozess untergehen, kann, in ein religiöses Mäntelchen gekleidet, einen erheblichen Eindruck

insbesondere auf gläubige Katholiken machen und dieses umso mehr, wenn sich wie hier katholische Geistliche dafür einsetzen.

Die Strafe musste daher empfindlich ausfallen.

Strafmildernd wurde dagegen die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten berücksichtigt und dass sie im Großen und Ganzen geständig waren. Es ist ihnen auch zu glauben, dass sie nicht aus ausgesprochen staatsfeindlicher Gesinnung tätig geworden sind. Politisch Nachteiliges ist insbesondere sonst über sie nicht bekannt geworden.

Das Gericht hat daher folgende Strafen für angemessen, aber auch ausreichend angesehen:

bei Bänsch, der am meisten aktiv geworden ist, 2 Jahre Gefängnis,
bei Scholl ein Jahr und drei Monate Gefängnis,
und bei der Angeklagten Helene Bänsch ein Jahr und ein Monat Gefängnis.

Wegen ihres Geständnisses ist den Angeklagten die erlittene Polizei- und Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet worden.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 464 St.P.O.

gez. Dr. Teuchert

Jost

Oesterreich

Für die Richtigkeit der Abschrift:

Matthäus Justizobersekretär,
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle des Landgerichts

Der Generalstaatsanwalt
143B – 2a – 148/42

Breslau, den 30. Juni 1942

Gesehen.

Das Urteil ist im Schuldausspruch zutreffend. Die erkannten Strafen erscheinen mir ausreichend.

In Vertretung
gez. Dr. Stoll

III Zu Josef Schmidt

Dokument I

Die Vorladung⁵⁹

Der Vorsitzende des 1. Senats
beim Volksgerichtshof

Berlin, W 9, den 7. Oktober 1943
Bellevuestr. 15
Fernsprecher: 218341

Geschäftszeichen: 7 J 436/43
BS 9/43

In der Strafsache gegen S c h m i d t
wegen Vorbereitung zum Hochverrat
werden Sie auf

Freitag, den 15. Oktober 1943, 9 Uhr

vor den 1. Senat des Volksgerichtshofs zu der im Sitzungssaal I im 1. Stockwerk
des Volksgerichtshofs, hier W 9, Bellevuestraße 15, stattfindenden Hauptver-
handlung geladen.

Zugleich werden Sie aufgefordert, zu erklären, ob und welche Anträge Sie in
Bezug auf Ihre Verteidigung in der Hauptverhandlung zu stellen haben.

Zur Hauptverhandlung sind geladen:

als Pflichtverteidiger:

Rechtsanwalt Justizrat Hercher in Berlin W 8, Charlottenstraße 68.

als Zeugen:

Die in der Anklageschrift unter Beweismittel Ziff. II genannten Zeugen.

Auf Anordnung

(Unleserlich)

Gedruckter Name

Sekretär

Herrn

Josef Schmidt

Zur Zeit im Strafgefängnis

Berlin-Plötzensee

59 Privataarchiv Walter Schmidt. Die Vorladung wurde dem Angeklagten zusammen mit einer Abschrift der Anklage und dem Haftbefehl erst einen Tag nach der Verhandlung, am 16. Oktober 1943, überreicht. Siehe dazu Dok. 4.

Dokument 2

Die Anklageschrift⁶⁰

Abschrift!

Der Oberreichsanwalt
beim Volksgerichtshof

Berlin W 9, den 24 September 1943
Bellevuestr. 15
Fernsprecher: 21 83 41

Geschäftszeichen: 7 J 436/43
(handschriftlich): BS 9/43

An den
Herrn Präsidenten des Besonderen Senats
des Volksgerichtshofs

Strafhaft!

h i e r.

Anlagen: 1 Band Hauptakten,
1 Band Beiakten.⁶¹

In der Strafsache gegen den Elektromeister Josef S c h m i d t aus Auras, geboren am 16. März 1895 in Glambach, erhebe ich gegen das Urteil des 3. Strafsenats des Oberlandesgerichts in Breslau vom 24. Mai 1943 (Bl. 94/99 der Beiakten 2 OJs 216/42) aufgrund des § 3 Abs. 1 und 3 des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des allgemeinen Strafverfahrens, des Wehrmachtstrafverfahrens und des Strafgesetzbuches vom 16. September 1939 (RGBl. I S. 1841) den

außerordentlichen Einspruch.

Zugleich beantrage ich gegen Josef Schmidt Haftbefehl zu erlassen, da er dringend verdächtig erscheint, im Jahre 1942 in Zobten durch hetzerische Äuße-

60 Privatarchiv Walter Schmidt. Die Abschrift der Anklage befand sich wie auch die Vorladung im Futter des Mantels, der mit anderen Kleidungsstücken des Verurteilten im Dezember 1943 der Familie übersandt wurde. Eine Kopie der Anklageschrift befand sich auch im Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv Berlin, Bestand: Materialsammlung der VVN, Sign.: V 287/797 und müsste sich jetzt im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde befinden.

61 Die beiden Aktenbände, die offensichtlich vom Breslauer Oberlandesgericht zum Volksgerichtshof nach Berlin kamen, waren nicht auffindbar. Sie sind möglicherweise beim Bombentreffer auf die Bellevuestraße am 3.2.1945 vernichtet worden.

rungen gegenüber jungen Arbeitsdienstmännern öffentlich den Willen des deutschen Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen und zu zersetzen gesucht zu haben, Verbrechen gegen § 5 Abs. 1 Nr. 1 KSSVO.⁶²

Der Verurteilte führte im Jahre 1942 im Auftrage der AEG im Arbeitsdienstlager in Zobten Elektroarbeiten aus. Diese Gelegenheit benutzte er immer wieder zu hetzerischen und wehrkraftzersetzenden Äußerungen gegenüber den ihm zur Hilfeleistung zugeteilten jungen Arbeitsmännern. So unterhielt er sich z. B. mit dem Arbeitsdienstmann Wallasch wiederholt über die politische Lage und äußerte hierbei unter anderem im Frühjahr 1942 Folgendes:

»Die Nachrichten des deutschen Rundfunks brächten nicht immer die Wahrheit. Vor allem würden die schweren und blutigen Verluste der deutschen Wehrmacht geflissentlich verschwiegen. Wenn der Krieg noch einen Winter dauere, werde das deutsche Volk kaputt gehen. Schon die Einführung der Lebensmittelkürzungen sei ein Beweis dafür, dass es nicht mehr lange so weitergehen könne.«

In ähnlicher Weise ließ sich der Verurteilte auch gegenüber dem Arbeitsmann Schwan aus. Fast täglich zog er diesem gegenüber über die Reichsregierung und deren politische Maßnahmen her, schimpfte auf den Krieg und betonte dabei, dass das deutsche Volk nicht mehr mitmachen und damit die Niederlage des Reichs besiegelt sein werde.

Als ihm später die Arbeitsdienstmänner Fischer und Buhl zur Hilfeleistung zugeteilt wurden, setzte er sein hetzerisches Treiben unentwegt fort. So führte er diesen gegenüber unter anderem Folgendes aus:

»Die Politik des Führers bedeute die völlige Katastrophe Europas. Deutschland hätte unbedingt mit der Sowjetunion zusammenhalten müssen, statt diese mit Krieg zu überfallen. Russland habe gar nicht die Absicht gehabt, das deutsche Reich anzugreifen; seine an der Westfront stehenden Truppen hätten nur Friedenstärke gehabt.

Der Krieg werde für das deutsche Volk auf jeden Fall verloren gehen, da Sowjetrussland aus einem Nichts Gewaltiges geschaffen hätte und niemals besiegt werden könne. Die Frage sei nur, ob Roosevelt oder Stalin das Rennen mache. Die großen Erzlager Amerikas würden alle Schiffsverluste der Feindmächte wieder ausgleichen. Diese Tatsache werde sich schon in nächster Zeit durch das Erscheinen der Langstreckenbomber über deutschem Gebiet bemerkbar machen. In seinem Tagebuch habe er sich die Namen verschiedener Personen notiert, denen es mit an den Kragen gehen würde, wenn einmal sein Kopf rollen sollte.«

62 Es handelt sich um die berüchtigte, unmittelbar vor Kriegsausbruch am 17. August 1939 veröffentlichte Kriegs-sonderstrafrechtsverordnung, deren § 5 Abs. 1 Nr. 1 die Zersetzung der Wehrkraft mit Todesstrafe bedrohte. Siehe dazu Wagner: Der Volksgerichtshof, S. 57 f.

Im Anschluss an derartige hetzerische Ausführungen ermahnte der Verurteilte einmal den Arbeitsdienstmann Fischer zum Schweigen und betonte hierbei, dass »er sowieso mit der Schlinge um den Hals herumlaufe und nur auf denjenigen warte, der sie ihm zuziehen werde«.

Nachdem der Arbeitsdienstmann Weber im März 1942 dem Verurteilten zur Hilfeleistung zugeteilt worden war und sich mit diesem offen über politische Dinge unterhalten hatte, mussten dessen Mutter und dessen Dienstvorgesetzter alsbald feststellen, dass er seine gläubige nationalsozialistische Einstellung mehr und mehr aufgab, störrisch und aufsässig wurde und vor seinem Abrücken zur Wehrmacht sogar erklärte, er werde, falls er an die Ostfront käme, ohnehin zu den Russen überlaufen. Zwei bei dem Verurteilten sichergestellte selbstverfasste Hetzgedichte sind nur eine Bestätigung seiner nach dem Vorgeschilderten klar und eindeutig zu Tage tretenden politischen Einstellung. Für diese Einstellung ist seine Einlassung bezeichnend, dass »er nur über die Illusionen, in denen die jungen Arbeitsmänner lebten, verärgert gewesen sei und deshalb es für angezeigt gehalten habe, sie beizeiten über den Ernst der Lage aufzuklären«.

Der Verurteilte will nur im Jahre 1920 für wenige Wochen der KPD angehört und sich dann nicht mehr politisch betätigt haben.

Aufgrund des geschilderten Sachverhalts ist Schmidt wegen eines fortgesetzten Vergehens gegen § 2 des Heimtückegesetzes zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Gegen die Richtigkeit dieses Urteils bestehen schwere Bedenken.

Zwar mag es zweifelhaft erscheinen, ob der Verurteilte die Arbeitsdienstmänner durch seine Auslassungen zu einer hochverräterischen Einstellung hat bestimmen wollen und sich damit der Vorbereitung zum Hochverrat schuldig gemacht hat. Hingegen ergibt sich aus seinen Äußerungen mit voller Eindeutigkeit, dass er ein erbitterter Feind des nationalsozialistischen Deutschlands ist und den Sieg der Feinde des Reiches im gegenwärtigen Krieg herbeiwünscht. Aus dieser Einstellung heraus hat er es unternommen, die Zuversicht der jungen Arbeitsdienstmänner auf einen für das Reich siegreichen Ausgang des Krieges zu untergraben, und zwar im Falle »Weber« offenbar auch mit Erfolg. Dass er bei seiner Hetztätigkeit damit gerechnet hat, dass die Arbeitsdienstmänner seine defätistischen Reden weiter verbreiten könnten und auf diese Weise der Wehrwille eines größeren Personenkreises gelähmt und zersetzt werden würde, ergibt sich zwangsläufig aus dem Gesamtsachverhalt.

Schmidt erscheint somit der Wehrkraftzersetzung schuldig. Besonders im Hinblick darauf, dass er dieses Verbrechen im Kriege gegen die U.d.S.S.R. gegen-

über jungen Arbeitsdienstmännern, die unmittelbar vor ihrer Einberufung zur Wehrmacht standen, verübt und dabei zum Teil (Fall »Weber«) offenbar auch Erfolg gehabt hat, ist härteste Sühne geboten. Die vom Oberlandesgericht ausgeworfene Gefängnisstrafe ist völlig unzureichend.

Zu der neuen Hauptverhandlung beantrage ich die Ladung folgender Zeugen anzuordnen:

Obertruppführer Auschner,⁶³ RAD. Abt. 8/115, Freiburg i. Schlesien,
Kanonier Günter Fischer, 3. Sturmgeschütz-Ausb. Abt. Guben,
Panzerjäger Josef Schwan, Panzerjägerschulungsabteilung 8, Oppeln, Ludendorff-Kaserne,
Grenadier Fritz Wallasch, Marsch-Kompanie, Gren.Ers.Btl. 164, Freudenthal.

gez. Lautz⁶⁴

- 63 Max Auschner, geb. 14.7.1912; Mitglied der NSDAP seit 1.5.1937 (Mitglieds-Nr. 4936899); Truppführer in verschiedenen schlesischen RAD-Lagern, darunter außer in Zobten auch bei Namslau und Ohlau; wohnhaft 1937 in Buchwitz, Landkreis Breslau (BArch; NSDAP-Reichskartei).
- 64 Ernst Lautz (1887–1977) war vom 20. September 1939 bis Kriegsende 1945 Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof. Er beantragte nachweisbar 393 Mal die Todesstrafe. Am 4.12.1947 verurteilte ihn ein US-amerikanisches Militärtribunal in Nürnberg wegen Beteiligung an den Justizverbrechen des Volksgerichtshofs zu zehn Jahren Freiheitsentzug. Er erhielt seit 1952 in der Bundesrepublik Deutschland eine monatliche Pension von 1342,- DM. 1956 wurde die Pension aufgrund von Protesten nach einem »Disziplinarverfahren« auf monatlich 800,- DM gekürzt. Siehe Fall 3. Das Urteil im Juristenprozess, gefällt am 4. Dezember 1947 vom Militärgerichtshof I der Vereinigten Staaten von Amerika. Hg. von P. A. Steiniger und K. Leszczynski, Berlin 1969, S. 243 ff.; Gestern Hitlers Blutrichter. Heute Bonner Justiz-Elite, hg. vom Ausschuss für deutsche Einheit 1957; Wir klagen an. 800 Nazi-Blutrichter – Stützen des Adenauer-Regimes, hg. vom Ausschuss für deutsche Einheit, Berlin 1959, S. 179 ff.; Günther Wieland: Das war der Volksgerichtshof. Ermittlungen-Fakten-Dokumente, Berlin 1989, S. 164.

Dokument 3
Das Urteil⁶⁵

Abschrift
7 J 436/43
B S 9/43

Im Namen
des Deutschen Volkes

In der Strafsache gegen den Elektromeister Josef Schmid aus Auras, geboren
am 16. März 1895 in Glambach

zur Zeit in Haft,

wegen Vorbereitung zum Hochverrat, hat der Volksgerichtshof, Besonderer Senat, aufgrund der Hauptverhandlung vom 15. Oktober 1943, an welcher teilgenommen haben

als Richter:

Präsident des Volksgerichtshofs Dr. Freisler,⁶⁶ Vorsitzender,
Volksgerichtsrat Lämmle,⁶⁷
SS-Brigadeführer Oberst a. D. Goetze,
Generalmajor der Landespolizei a. D. Meißner⁶⁸,
Kapitän zur See Symons⁶⁹
als Vertreter des Oberreichsanwalts
Oberstaatsanwalt Weisbrod⁷⁰

65 Kopie von 1991 aus: Bundesarchiv. Außenstelle Berlin, Freiwalder Str. 16/17, Bestand. Volksgerichtshof: Sgn. NJ 16078. Die Abschrift müsste jetzt im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde deponiert sein.

66 Dr. Roland Freisler (1893–3.2.1945). Seit 20.8.1942 Präsident des Volksgerichtshofs. Siehe Wieland, S. 75 ff.; Hermann Weiß (Hg.) Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1998, S. 130 f.

67 Paul Lämmle (1892–20. 7.1945) Volkgerichtsrat. Siehe Wieland, S. 159.

68 Hans Meißner, 1933 Oberst der Schutzpolizei, wurde im Mai 1933 zum Generalmajor befördert und als Inspekteur der Landespolizei in Sachsen und Thüringen eingesetzt; er trat nicht wie die anderen Senioren der Landespolizei in die Wehrmacht ein; wirkte als Mitglied des Volksgerichtshofes (siehe Axis History Factbook. View topic – Polizeigenerals).

69 Alfred Hans Symons, von Januar 1942 bis Oktober 1943 in der Militärabteilung des Marinewehrants; er wirkte als Mitglied des Volksgerichtshofs (siehe Axis History Factbook. Marinewehrant).

70 Dr. Rudolf Weisbrod (geb. 10.1.1902; 1945 verschollen) Oberstaatsanwalt; seit 1937 Staatsanwalt beim Volksgerichtshof. Siehe Wieland, S. 167. Von den Staatsanwälten und Richtern des VGH ist in der Bundesrepublik Deutschland von den Gerichten kein einziger rechtskräftig verurteilt worden. Zu den durchgeführten Prozessen siehe Wagner: Der Volksgerichtshof, S. 844 ff.; Wieland, S. 134-148; Jörg Friedrich: Freispruch für die Nazi-Justiz. Die Urteile gegen NS-Richter seit 1948. Eine Dokumentation, Berlin 1998, S. 543-643; Bernhard Jahntz/Volker Kähe: Der Volksgerichtshof. Darstellung der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin gegen ehemalige Richter und Staatsanwälte am Volksgerichtshof. Hg. von der Senatsverwaltung für Justiz

für Recht erkannt:

Josef Schmidt ist daran gegangen, im Kriege systematisch die Einsatzbereitschaft deutscher Arbeitsdienstmänner zu zersetzen und ihre Kriegszuversicht zu zermürben.

Als Zersetzungspropagandist unserer Kriegsfeinde ist er für immer ehrlos.

Er wird mit dem

Tode
bestraft.

Gründe

Der Elektromeister Josef Schmidt war im Jahre 1942 für die AEG zweimal im Arbeitsdienstlager Zopten am Berg⁷¹ tätig. Als er das zweite Mal hinkam, verbot der Obertruppführer Auschner den Arbeitsdienstmännern, mit ihm zu verkehren, wie uns heute der damalige Arbeitsdienstmann, jetzige Kanonier Günter Fischer bekundet hat. Denn Auschner hatte von der ersten Anwesenheit Schmidts her Meldung bekommen, dass er staatsfeindliche Reden führe. Deshalb beauftragte Auschner nach Fischers Bekundung diesen, zu hören, was Schmidt sage, und staatsfeindliche Äußerungen ihm zu melden. Fischer wurde zu diesem Zweck Schmidt zugeteilt und hat etwa 10 Tage lang mit ihm zusammen gearbeitet. Gleich am ersten Tage sagte er ihm: »Die von Hitler eingeschlagene Politik sei die völkische Katastrophe Europas«, legte, als Fischer wegging, seinen Finger auf den Mund als Zeichen, Fischer möge schweigen und sagte dazu: »Ich laufe sowieso mit der Schlinge um den Hals herum und bin neugierig, wer sie mir zuziehen wird.« Am Abend ging Fischer wieder zu Schmidt, und da lobte dieser Russland und hob hervor, was dieses alles geschafft habe. An diesem oder an nächsten Tagen führte er weitere verhetzende Reden. So sagte er, ihm tue das junge Blut leid, das aussichtslos dahinfließe, und bemerkte, der Krieg werde dann zu Ende sein, wenn ihn das deutsche Volk beenden werde. Aus diesem Zusammenhang ergab sich, dass er damit eine Revolution meinte. Wieder hob er Russland hervor, sagte, dessen Bauwerke erregten die Bewunderung unserer Soldaten und erklärte, Deutschland werde den Krieg verspielen.

Berlin, 19861, 19923. Erst am 25. Januar 1985 nahm der Bundestag eine Entschließung an, in der festgestellt wurde, dass »die als ›Volksgerichtshof‹ bezeichnete Institution kein Gericht im rechtsstaatlichen Sinne, sondern ein Terrorinstrument zur Durchsetzung nationalsozialistischer Willkürherrschaft war. Den Entscheidungen des ›Volksgerichtshof‹ kommt deshalb nach der Überzeugung des Deutschen Bundestags keine Rechtswirkung zu« (ebenda, S. 48a). Zur Verfolgung und Aburteilung von Juristen des VGH in der DDR siehe Wieland, S. 127 ff.

71 Richtig: Zopten am Berge

Er wisse nur noch nicht, ob Roosevelt oder Stalin der Hauptsieger sein würden. Als Fischer meinte, die Niederlage sei für uns aber sehr schlimm, beruhigte ihn Schmidt, auch die Russen hätten Facharbeiter nötig, und meinte weiter, der Führer sei wortbrüchig geworden, er habe Russland angegriffen, genau wie Polen, und Russland habe gar nicht die Absicht gehabt, Deutschland zu überfallen.

Der Kanonier Günter Fischer hat auf uns heute in der Hauptverhandlung den besten Eindruck gemacht. Er ist intelligent, er ist offen, er hat ein sehr gutes Gedächtnis (denn er sagt heute noch so aus wie seinerzeit vor der Polizei, und zwar auch in Einzelheiten). Er redet kein Wort zu viel. Ihm muss man glauben. Ohne jeden Grund will Schmidt ihn damit abtun, dass er unehrlich sei.

Übrigens passt das, was Schmidt zu Fischer gesagt hat, auch ganz zu dem, was er anderen Arbeitsdienstmännern damals sagte.

So bekundet der jetzige Panzerjäger, damalige Arbeitsdienstmann Josef Schwan, auch ihm habe Schmidt öfters gesagt, Deutschland werde den Krieg verlieren, und zwar weil das Volk Revolution machen werde; fast jeden Tag habe er etwas gegen den Nationalsozialismus gesagt.

Und der Grenadier Fritz Wallasch, ebenfalls damals Arbeitsdienstmann, bekundet, auch ihm habe Schmidt seinerzeit gesagt, er zweifle am Siege Deutschlands, die wenigen Lebensmittel würden das Volk kaputt machen. Auch habe er erklärt, unsere Rundfunknachrichten seien nicht wahr und vorausgesagt, noch ein Winter und unser Volk werde kaputt gehen. Er habe sehr viel vom Kommunismus gesprochen, und er – Wallasch – habe den festen Eindruck gehabt, dass Schmidt ihn in seiner festen nationalsozialistischen Haltung habe wankend machen wollen.

Schmidt hat auf alles das nicht viel zu erklären gehabt. Auf die Frage des Vorsitzers, wie er denn innerlich stehe, antwortete er, er sei völkischer Sozialist. Damit wollte er zwar zugeben, dass er nicht Nationalsozialist ist, aber doch sein wahres Wesen verstecken. Das kann er aber nicht. Denn er hat selbst zugegeben, folgenden Gedichtentwurf verfasst zu haben:

»Soweit habt Ihrs gebracht, ein ganzes Volk zu Sklaven gemacht.

In Eurer Selbstsucht, Gemeinheit und Niedertracht
dass Ihr ein ganzes Volk dem Moloch Krieg geopfert
in Eurem Dünkel, Eurer Dummheit.«

Gefragt, wen er damit gemeint habe, antwortete er heute in der Hauptverhandlung, darüber wolle er seine Erklärung zurückhalten.

Ein für immer ehrloser Wicht, wer unseren jungen deutschen Arbeitsdienstmännern Zweifel in die Brust legt, ihren Siegglauben zu erschüttern unternimmt, sie verhetzt. Das sind gerade solche Zersetzungspropagandisten unserer Kriegsfeinde, wie diese sie sich wünschen (§ 5 KSSVO.; § 91b StGB.). Wühlmäusen

gleich versuchen sie, den Boden zu untergraben, auf dem allein der Sieg wachsen kann. Der Volksgerichtshof aber ist dazu da, zu seinem Teil dafür zu sorgen, dass es diesen Kreaturen nicht gelingt, ein Jahr 1918 wieder heraufzuführen. Deshalb musste Schmidt zum Tode verurteilt werden.⁷²

Weil Schmidt verurteilt ist, muss er auch die Kosten tragen.

gez.: Dr. Freisler

Lämmle

Dokument 4

Josef Schmidt: Ansatz für ein Gnadengesuch⁷³

»Der Endunterzeichnete, Elektromeister Josef Schmidt aus Auras Kr. Wohlau, z. Zt. im Strafgefängnis Bl.-Plötzensee, am 15. Oktober 1943 vom Bes. Senat des Volksgerichtshofes Berlin zum Tode verurteilt, erlaubt sich dem Herrn Oberreichsanwalt dies Gnadengesuch einzureichen. Folgende Gedankengänge (Ausführungen) unterbreitet er zu diesem Zwecke dem Herrn Oberreichsanwalt. Am 16. Oktober, also erst 1 Tag nach dem Todesspruch, wurden ihm folgende Schriftstücke ausgehändigt 1.) eine Abschrift der Anklage, geschrieben am 24. September 1943, also bereits 22 Tage vorher; 2.) ein Haftbefehl vom 4. Oktober 1943, in dem ihm mitgeteilt wird, dass er innerhalb von 3 Tagen Anträge oder Einwendungen erheben könne⁷⁴ (aber erst 12 Tage später erhält er überhaupt erst diese Mitteilung) 3.) eine Vorladung zum Termin, geschrieben am 7.10.43, die ihn erst 9 Tage später, 1 Tag nach dem Termin erreicht. Irgendetwas Wirksames zu seiner Verteidigung zu unternehmen, war ihm durch diese zu späte Zustellung zur Unmöglichkeit gemacht. Diese zu späte Zustellung hat ihn, wo es um Leben und Tod eines Menschen ging, recht sonderbar berührt.

Noch sonderbarer, geradezu unfassbar war für ihn der Urteilsspruch vom 15.10.43. Nach 8-monatlicher Untersuchung durch den Herrn Generalstaatsanwalt in Breslau kam der Vorsitzende des 3. Strafsenats des Oberlandesgerichts in Breslau zu der Überzeugung, dass die Straftat als Vergehen § 2 des Heimtückegesetzes mit 3 Jahren Gefängnis gesühnt werden müsse. Diese Strafe erschien ihm damals außerordentlich hoch.«⁷⁵

72 Dieser letzte Absatz ist zitiert bei Wagner, S. 316.

73 Handschriftlicher Text auf der Rückseite der Vorladung vom 7. Oktober 1943. Privatarchiv Walter Schmidt.

74 Der Haftbefehl ist nicht überliefert.

75 An dieser Stelle bricht der Text ab. Warum dies geschah, bleibt im Dunkeln. Möglicherweise hat Josef Schmidt

Dokument 5

Der Verteidiger Justizrat Hercher an Clara Schmidt

Berlin, den 3. November 1943⁷⁶

Justizrat Hercher, Notar
Rechtsanwalt beim Landgericht Berlin

Berlin W 8, den 3. November 1943
Charlottenstraße 62
Fernsprecher: 16 37 37

Frau
Clara S c h m i d t
Auras Kr. Wohlau
Breslauer Str. 32

Sehr geehrte Frau Schmidt!

Hierdurch teile ich Ihnen auf Ihr Schreiben vom 28. Oktober 43, das erst heute, am 3. November, bei mir einging, mit, dass Ihr Mann bereits am 15. Oktober wegen Zersetzung der Wehrmacht zum Tode verurteilt worden ist. Gegen das Urteil, in dem Ihr Mann vom Oberlandesgericht Breslau wegen Heimtücke verurteilt worden war, war vom Generalstaatsanwalt außerordentlicher Einspruch eingelegt worden und die Sache kam dann vor dem Volksgerichtshof am 15. Oktober 1943 zur Verhandlung, wo es sich herausstellte, dass die Straftat Ihres Mannes unter den heutigen Verhältnissen so schwer war, dass das Gericht sie nur mit dem Tode für sühnbar hielt. Ich muss Ihnen anheim geben, evtl. ein Gnadengesuch einzureichen, doch ich kann Ihnen jetzt schon sagen, dass ein Gnadengesuch meiner Ansicht nach kaum Erfolg haben dürfte mit Rücksicht auf die Feststellungen, die gegen Ihren Mann in der Hauptverhandlung getroffen worden sind.

Heil Hitler!
Hercher
Justizrat.

zu diesem Zeitpunkt erfahren, dass er selbst kein Gnadengesuch einreichen darf, sondern dies nur von der über den Rechtsanwalt zu benachrichtigenden Familie eingereicht werden kann. Woraufhin er nach Hause schrieb und uns aufforderte, uns an den Rechtsanwalt zu wenden, was wir umgehend taten. Der Brief meines Vaters an meine Mutter ist ebenso wenig erhaltengeblieben wie der meiner Mutter an Justizrat Hercher, in dem sie wegen eines Gnadengesuchs anfragte.

76 Privatarchiv Walter Schmidt.

Zu den Autorinnen und Autoren

Bois, Marcel

Jg. 1978; Studium der Geschichte, Soziologie und Kunstgeschichte in Konstanz und Hamburg; Februar 2007 Forschungsaufenthalt an der Harvard University in Cambridge (Mass.), USA; derzeit Promotion an der Universität Hamburg über die antistalinistische Opposition in der KPD der Weimarer Republik; Mitglied des Gesprächskreises »Geschichte« der Rosa-Luxemburg-Stiftung; zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der KPD; gemeinsam mit Bernd Hüttner Herausgeber der dreibändigen Reihe »Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken« (RLS-Papers, Berlin 2010/11); Überblick über Veröffentlichungen unter: clio-online.de/forscherinnen=1582.

Domaschke, Cornelia

Jg. 1953; 1973–1977 Studium der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin mit Abschluss als Diplomhistorikerin; 1978/79 Länderreferentin für Polen an der Liga für Völkerfreundschaft der DDR; 1979 bis 1990 Akademie für Gesellschaftswissenschaften/Institut für Internationale Arbeiterbewegung als Assistentin, Aspirantin, wiss. Oberassistentin; 1984 Promotion zur Zeitgeschichte Albaniens und zu sozialstrukturellen Entwicklungen des Landes im 20. Jahrhundert; danach Forschungen zu regionalen Entwicklungsproblemen in Osteuropa; zahlreiche Publikationen/Beiträge/Artikel zum Balkan; 1990 bis 2000 Ehrenamt und ABM bei Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V./RLS zu Transformationsprozessen, nationalen Konflikten in Osteuropa, insbesondere Balkan, und Migrationsprozessen nach Westeuropa; seit 2000 wiss. MA/Referentin Zeitgeschichte; Arbeitsgebiet »Biographisch-historisches Lernen« im Bereich/Akademie für politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Koordinatorin des Gesprächskreises »Geschichte für die Zukunft«; stellv. Vorsitzende des Deutschen Mauthausen Komitees Ost e.V.

Fuchs-Frotscher, Daniela

Jg. 1954; Geschichtsstudium in Wrocław (Polen); Abschluss als Diplomhistorikerin (Magister historii); 1984 Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin; Arbeitsgebiete: Polnische Geschichte und Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen; dazu zahlreiche Publikationen und Vorträge; siehe: www.daniela-fuchs.de; Mitglied des Gesprächskreises »Geschichte für die Zukunft« der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitglied des Sprecherrates der Historischen Kommission beim Parteivorstand der LINKEN.

Herrmann, Uta Ariane

Jg. 1955; 1974 Abitur an der Klement-Gottwald-OS in Berlin-Treptow; 1974/75 Volontariat im Berliner Verlag; 1975 bis 1979 Studium der Journalistik an der Karl-Marx-Universität zu Leipzig; Redakteurin im Berliner Verlag; 1988 bis 1997 Korrespondentin für verschiedene Medien in Moskau; 1999 bis 2004 Leiterin der Geschäftsstelle der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (BV-VdN); danach Mitarbeiterin in verschiedenen Projekten des Luisenstädtischen Bildungsvereins, des Berlin-Brandenburgischen Bildungsvereins, des Interkulturellen Frauenzentrums S.U.S.I.; Mitautorin des Berliner Bezirkslexikon Treptow-Köpenick; freie Journalistin und Autorin in Berlin.

Hunger, Anne

Jg. 1980; 2008 bis 2012 Studium an der Universität Leipzig im Fach Politikwissenschaft; Praktikum an der Akademie für politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Bereich Zeitgeschichte; Bachelorarbeit zum Thema »Die Extremismusklausel und deren Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft«; aktiv in der politischen Bildungsarbeit, in antifaschistischen Initiativen sowie im VVN-BdA Berlin-Pankow e.V.; Arbeitsschwerpunkte: Antisemitismus, Nationalismus und Rassismus sowie Gedenkstättenarbeit; aktuelles Projekt: Erstellung von Schulmaterialien zum Zwangsarbeiter_innenlager in der Schönholzer Heide in Berlin-Pankow; Mitglied des Gesprächskreises »Geschichte für die Zukunft« der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Ordylowski, Marek

Jg. 1949; wohnhaft in Wrocław; Historiker, Absolvent der Universität Wrocław; Spezialgebiete: Neueste Geschichte Niederschlesiens und Geschichte des Sports; nach dem Studium Mitarbeiter des Staatsarchivs in Wrocław; Professor an der Akademie für Körpererziehung in Wrocław, an der Universität von Zielona Góra, gegenwärtig Abteilungsleiter an der Niederschlesischen Hochschule für Journalistik; Publikationen (alle in Polnisch): Das tägliche Leben in Wrocław 1945 bis 1948 (1991); Der Kampf gegen die politische Opposition in Niederschlesien 1945 bis 1948 (1994); Geschichte des Sports (1997, 2000, 2004); Das niederschlesische Dorf 1945 bis 1956. Macht und Gesellschaft (1999); 1000 Jahre Sport in Breslau/Wrocław gemeinsam mit A. Ostrowski (2002); Skizze zur Geschichte der Körpererziehung (2005); 50 Jahre Sport in Wrocław, gemeinsam mit L. Szymanski und Z. Schwarzer (2007), Der Sejm der III. Republik zu Problemen des Sports 1989 bis 2005 (2012).

Schmidt, Walter

Jg. 1930; Historiker; Prof. Dr. phil. habil., Dr. phil. hc.; bis 1990 Direktor des Zentralinstituts für Geschichte der AdW der DDR; bis 1992 Mitglied der AdW der DDR, seit 1993 der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin; Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam; Arbeitsgebiete: Geschichte des 19. Jahrhunderts, bes. Vormärz und Revolution 1848/49, Geschichte der frühen Arbeiterbewegung und Marx-Engels-Forschung, Burschenschaftersbiographien, Geschichte Schlesiens; Jüngste Publikationen: Helmut Bleiber & Walter Schmidt: Schlesien auf dem Weg in die bürgerlichen Gesellschaft. Bewegungen und Protagonisten der schlesischen Demokratie im Umfeld von 1848, Berlin 2007; Hg.: Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 3, Berlin 2010.

Wehner, Günter

Jg. 1932; Historiker; Studium der Geschichte und Germanistik an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald; 1978 Promotion; 1964 bis 1970 Fachlehrer an der Heinrich-Heine-Schule Hennigsdorf; 1970 bis 1980 wiss. Oberassistent am Museum für Deutsche Geschichte; 1980 bis 1985 wiss. Mitarbeiter an der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften der DDR; bis 1992 Leiter des Traditionskabinetts »Antifaschistischer Widerstandskampf« in Berlin-Prenzlauer Berg; Forschungsschwerpunkt: Probleme der Neusten und Zeitgeschichte, seit 1962 speziell zum

Widerstand gegen das NS-Regime; Publikationen: Kataloge zu den Ausstellungen zum gemeinsamen Kampf bulgarischer, sowjetischer, jugoslawischer, polnischer und deutscher Antifaschisten, Berlin 1972, 1973 und 1975; Autor des ständigen Zeitabschnitts 1941 bis 1945 im Museum für Deutsche Geschichte Berlin, Mithrsg: Widerstand in Berlin gegen das NS-Regime 1933 bis 1945 – Ein biographisches Lexikon in 12 Bänden Berlin 2002 bis 2005; Autor Bd. 3; Mitglied des Gesprächskreises »Geschichte für die Zukunft« der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Woinar, Klaus

Jg. 1957; Hochschulingenieurökonom; Studium an der Offiziershochschule der Grenztruppen der DDR; Abschluss 1979; danach bis 1986 Dienst an der Westgrenze der DDR; 1986 bis 1990 Ingenieur im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf; 1990 bis 1992 kulturpolitischer Mitarbeiter im Heimatmuseum Falkensee; Mitglied in der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung und im Sachsenhausenkomitee in der BRD; Mitglied des Gesprächskreises »Geschichte für die Zukunft« der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Forschungen und Publikationen zu den Themen Konzentrationslager und Zwangsarbeit auf dem Gebiet der Kreise Ost- und Westhavelland in der Nazizeit; faschistische Rüstung am Beispiel des Panzers V »Panther« und antifaschistischer Widerstand in Schlesien/Oberschlesien.

Zilkenat, Reiner

Jg. 1950; Studium der Geschichte und Politologie an der FU und TU Berlin; 1980 Magisterexamen; 1989 Promotion über den Berliner Metallarbeiterstreik 1930 an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften; Mitglied des Sprecherrates und Redakteur des von der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der LINKEN herausgegebenen »Rundbriefes«; Vorsitzender des »Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.«; Publikationen: Mitherausgeber und -autor: Neues vom Antisemitismus. Zustände in Deutschland, Berlin 2008; »Volkstumskampf«, faschistische Geheimdienste und die Politik der Sudetendeutschen Partei – Zur Vorgeschichte der Zerstückelung der Tschechoslowakei im Oktober/November 1938, in: Rundbrief, H.1-2/2008, S.18-38; Herausgeber: Deutschland im 20. Jahrhundert. Aus dem Nachlass von Rolf Richter, Berlin 2011; Einheit ohne Zwang – zur Konstituierung der SED im Berliner Stadtbezirk Neukölln 1945/46, in: Rainer Holze u. Siegfried Prokop (Hrsg.): Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag, Berlin 2012, S.150-166.

Schlesien zählte in den Nachkriegsjahrzehnten zu jenen Themen, die weitgehend den Vertriebenenverbänden überlassen wurden. Als eine Geburtsstätte des Widerstands gegen das Kapital blieb Schlesien bestenfalls durch den Aufstand der schlesischen Weber 1844 in einer breiteren Öffentlichkeit präsent – vor allem über Heines und Hauptmanns Werke. Als ein Ort antisemitischer Verfolgungen, aber auch als ein wichtiges Zentrum des Widerstands gegen die Nazidiktatur ist Schlesien hingegen fast vollständig vergessen.

Hier werden die aus Breslau stammenden, rassistisch und politisch Verfolgten Fred und Martin Löwenberg sowie ihre Familie und Mitkämpfer dem Vergessen entrissen. Quellenmaterial und viele Details über die antifaschistische Arbeit, über Heimatverlust und die neue Zugehörigkeit Schlesiens zu Polen fließen ein. Erstmals wird auch ein Täterprofil des gefürchteten Gestapo-Beamten Josef Kluske aus Breslau erstellt, dessen Prozess in der Bundesrepublik während des Kalten Krieges eingestellt wurde.



www.dietzberlin.de

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

